

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Airbus-Reisender

Von Peter Ruge

Die Politik folgt dem Handel: Franz Josef Strauß scheint diese Erfahrung zur Richtschnur zu nehmen, sonst wäre er wohl kaum als Handlungsreisender an die Seine gekommen. Im Gepäck ein grünes Airbus-Programm, mit dem sich Arbeitsplätze sichern lassen - da gehen in Paris die Türen auf, und zwar nicht nur bei Jacques Chirac, dem Gaullisten im Hôtel Matignon. Auch der Sozialist François Mitterrand lädt den Herrn Aufsichtsratsvorsitzenden in den Elysée-Palast, obwohl er sich für heute, Stunden später also, mit Helmut Kohl in Trier verabredet hatte.

Kanzler und Präsident werden an der Mosel gewiß Ernsthaftes bereden. So viel ist schon durchgesickert: Es geht vor allem um Agrarprobleme - und da sind sich eigentlich Deutsche und Franzosen einig, ihren Bauern trotz Brüsseler Protesten zusätzlich Gutes zu tun, mit zusätzlichen öffentlichen Mitteln.

Auch die neue Airbus-Generation dürfte erst einmal Subventionen beanspruchen. Aber es wird angenommen, daß sie sich auszahlen werden: Ohne Investitionen keine Forschung, ohne fortschrittliche Technologie keine Konkurrenzfähigkeit, ohne Weltstandard kein Export. Der Airbus ist heute Weltklasse. Er könnte es morgen noch sein, argumentiert Strauß, wenn sich die Bundesregierung dazu durchringt, ihre Politik der verschlossenen Kassen aufzugeben.

Das belastet seit Monaten die deutsch-französischen Beziehungen: Weltraumfähre Hermes, Superschnellzug Paris-Köln, Atommeiler Phoenix - die Liste der Unentschiedenheiten ist lang. Darüber helfen weder die offiziellen Schönwetter-Analysen hinweg noch die freundschaftlichen Gesten auf dem letzten Gipfel. Jede Politik braucht letztlich was zum Anfassen - etwas Konkretes, das die Zusammenarbeit herausfordert, mit neuem Schwung erfüllt.

Der Handlungsreisende aus München hat dafür wohl ein Gespür. Die Handlungsbevollmächtigten in Bonn sollten sich vom Airbus beflügeln lassen.

Ernst-Tarpenbek-Weg

Von Günter Zehm

Nicht jedermann verfügt über den Humor der Leipziger. Demen war nach 1933 ihre große Südstraße in Adolf-Hitler-Straße umbenannt worden. Nach 1945 hieß sie eine Zeitlang wieder Südstraße, aber dann taufte sie die SED in Karl-Liebknecht-Straße um. Im Volksmund heißt sie seit dieser Zeit nur noch Adolf-Stücknecht-Straße.

In Hamburg wurde unter dem Einfluß der KPD nach 1945 ein bedeutender Straßenzug zur Ernst-Thälmann-Straße erklärt. Nach der blutigen Niederschlagung des Ungarnaufstandes im Jahre 1956 bekam diese Straße durch den Spruch der Bürgerschaft (mit sämtlichen Stimmen der SPD) den Namen Budapest-Straße. Damit hätte man gut leben können. Aber nein, die neue Willfährigkeit der in Hamburg regierenden SPD gegenüber den Kommunisten brachte es dahin, daß im vorigen Jahr abermals ein Hamburger Straßenzug den Namen Thälmann erhielt. Die Kreuzung Tarpenbekstraße/Lockstedter Weg nennt sich seitdem Ernst-Thälmann-Platz. Jetzt ist dort sogar der Grundstein für ein spektakuläres Thälmann-Denkmal gelegt worden.

Was sich die SPD-Stadtväter bei alledem denken mögen, steht in den Sternen. Thälmann war nicht nur ein erklärter Feind der Demokratie, sondern ganz speziell auch der SPD, die er als einen „Häufen von Sozialfaschisten“ hinstellte. Er war ein willfähriges Werkzeug Stalins, auf dessen Geheiß er die KPD in eine Kaderpartei sowieitschen Zuschnitts ummodelte. Unbequeme Genossen wurden dem tödlichen Zugriff des Moskauer Diktators preisgegeben. Kein einziger positiver Impuls in der deutschen Arbeiterbewegung läßt sich guten Gewissens mit dem Namen Thälmanns verbinden. Sein unglückliches Schicksal in Buchenwald macht ihn noch lange nicht zu jener Lichtgestalt, zu der ihn die Kommunisten verküßert haben.

Man habe in Thälmann eine Figur der Zeitgeschichte ehren wollen, verkündet Hamburgs Erster Bürgermeister v. Dohnanyi. Neblich Hitler war schließlich auch eine „Figur der Zeitgeschichte“, aber kein Mensch wird auf den Gedanken kommen, ihm deshalb ein Denkmal zu errichten. Bleibt nur zu hoffen, daß die Hamburger recht bald dem Vorbild der Leipziger nacheifern werden. „Ernst-Tarpenbek-Weg“ ist auch ein schöner Name.

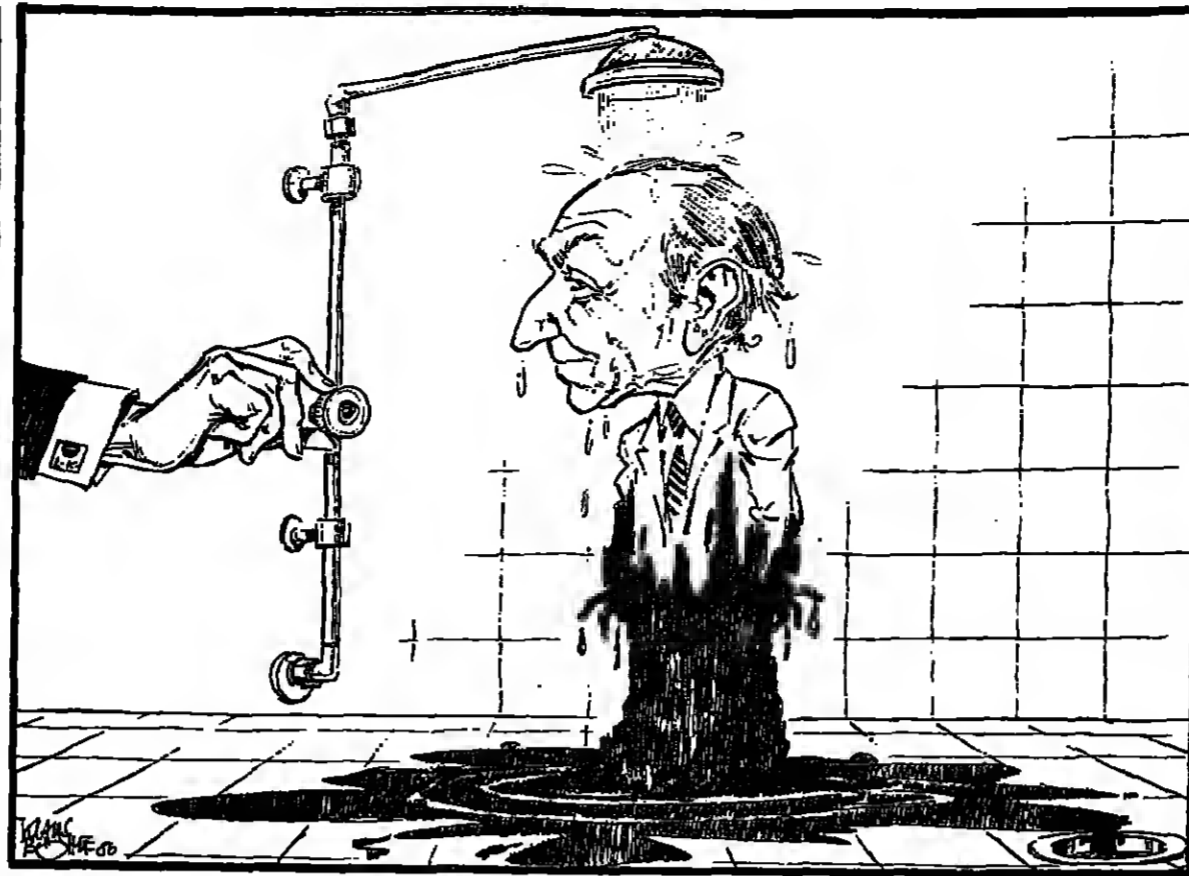
Die Infamie

Von Enno v. Loewenstern

Lieber Willy, schreibt Helmut Schmidt, und dann kommt keine schneidend verachtungsvolle Abrechnung mit seiner Partei und deren Vorsitzendem. Peter Schulz habe ihn auf einen „erstaunlichen Artikel“ im Vorwärts aufmerksam gemacht (will sagen: Helmut Schmidt liest das Blatt seiner Partei grundsätzlich nicht, kann also nicht von selbst auf solche Artikel stoßen), in dem der Name Schmidt mit einer Bluts spur vom Mord an Rosa Luxemburg bis Stammheim (Schmidt: „Wer ist dort eigentlich ermordet worden?“) und mit „Abtreibungen schönerer, menschlicher Möglichkeiten“ verbunden wurde („Abtreibungen, an denen übrigens die Sozialdemokratie der Eberts und Scheidemänner, der Lebers und Schmidts stets staatstragend mitwirkte“).

Brandts zarte Kritik an dem Artikel - „nicht ganz gelungen“, „Geschichtsklitterung“ - wird von Schmidt zur Rede gestellt: „Tatsächlich handelt es sich nicht nur um Geschichtsklitterung, sondern um infame Herabsetzung.“ Dann folgt die Warnung: „Ich habe seinerzeit ohne gehörige Meinungsäußerung meinerseits ertragen, daß ein Mitglied des Parteivorstandes mir öffentlich attestiert hat, mit meinen „Sekundär-Tugenden“ könne man auch ein KZ betreiben.“ Die jetzige Beleidigung aber werde er nur schweigend ertragen, wenn der Parteivorstand „eindeutige Konsequenzen zieht“. Und bei einem dritten solchen Vorfall gar werde er die Zurückhaltung aufgeben, die er übe, „weil ich weder den Chancen Johannes Raus noch unserer Sache schaden wollte“.

Die Attacken durch Lafontaine damals und durch den Vorwärts jetzt erinnern an den Ton, den zu Weimarer Zeit die Kommunisten anschlugen: für sie waren die Sozialdemokraten die „Faschisten“, die Nationalsozialisten wurden außerdem mit diesem Titel belegt. Daß das jetzt, wie dünn verhüllt auch immer, aus den eigenen Reihen kommt, ist ein Zeichen politischer Kultur heute. Daß der ehemalige Kanzler sich nur noch mit offenen Drohungen vor der eigenen Partei schützen kann - falls er sich damit vor ihr schützen kann! - ist ein weiteres solches Zeichen. Der liebe Willy muß wissen, wo er die Partei hinführt.



Bad Waldheim

KLAUS BOHLE

Tu felix Austria doce

Von Herbert Kremp

Die Österreicher werden Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten wählen, aber die Diskussion wird weitergehen. In gewissem Sinne hat das Nachbarland einen neuen Anlauf an Deutschland erlebt. Nicht an das Deutsche Reich, sondern an das deutsche Schicksal, dem man glaubte entkommen zu sein. War die Wende von 1945, die Erhebung Österreichs in den Stand eines befreiten Landes, eine historische Lage, die allerlei Lebendigen zeugte?

Wer wirft den ersten Stein auf die Alpen-Republik? Hatte sie nicht Glück im deutschen Untergang? Karl Renner proklamierte als Staatskanzler im Jahr der Niederlage die Wiederherstellung der Republik Österreich und trat dann als Bundespräsident an ihre Spitze. Derselbe Karl Renner, ein Sozialist, hatte sich sieben Jahre vorher, 1938, für den Anschluß an das nationalsozialistische Deutsche Reich ausgesprochen. Dieser Widerspruch hat keine moralische Qualität. Ein Politiker hat 1945 gehandelt - aus der Verantwortung für die Menschen, die ihn umgaben.

Der Tragik des Politischen war Karl Renner sich bewußt, die anderen, zu deren Wohlergehen, deuteten die Fügung der Siegermächte als Chance - tu felix Austria... Man war die Vergangenheit durch einen furchtbaren Ruck der Weltgeschichte los. Über Hitlers triumphalen Empfang auf dem Wiener Heldenplatz brauchte man nicht nachzudenken, niemand schien es zu verlangen. Die Große Koalition, die Unabhängigkeit und immerwährende Neutralität von 1955, die Erneuerung des Anschlußvertrotes, der Kanzler Kreisky und der UNO-Generalsekretär Waldheim - wech seln ein beneidenswerter Ausstieg aus dem deutschen Totalschaden. Nach der Marshall-Hilfe der großzügigen Amerikaner, nach dem Abzug der letzten Russen kamen nur noch Touristen ins ungeteilte Land. Wien, der Wasserkopf des alten Reiches, wurde endgültig zum Synonym von Walzer, Prater, Hendl und Heuriger. Aber es stand auch noch der Stephansdom mit der Pummerin oben, man überstand das Ungarn-Jahr 1956 und leistete tätige Hilfe, und im Jahre 1983 gab es eine Türken-Ausstellung zum Gedenken an die Belagerung und Befreiung der Stadt vor

drehundert Jahren. Das sollte kein gefestigtes Staatswesen sein?

Nun auf einmal ein Fall Waldheim. Er traf das Land wie der Blitz aus einem längst abgezogenen Gewitter. Wer hätte gedacht, daß er just dort einschlagen würde, wo Kurt Waldheim stand, der Generalsekretär der Vereinten Nationen für zehn Jahre, der Kandidat für die Bundespräsidenten-Wahlen von 1971, der damals knapp unterlegen war. Der - ein Kriegsverbrecher, 1985 sozusagen unpolitisch entdeckt? Präsident Kirchschläger, der Volksmonarch im Amt, hat ihn von der Tribüne des Fernsehens herab nicht freigesprochen und nicht verurteilt, aber er drückt, wenn man den Text seiner Rede mit der Lupe liest, die Beschuldigungen als unbeweisbar und nicht anklagewürdig beiseite.

Politisch läuft seine Rede auf eine einzigartige, mit der höchsten Autorität vorgebrachte Wahlhilfe für Kurt Waldheim hinaus. Sie schließt unausgesprochen eine schwere Rüge an die Adresse der Regierung Sinowatz ein, die während der ganzen Affäre Ratlosigkeit repräsentierte. Kirchschlägers Rede wertet das Amt des Bundespräsidenten, was es in Zukunft auch einnehmen mag, auf. Und sie beendete in den Sinnen der Österreicher die sozialistische Ära. Denn den Vertretern dieser Ära wird man anlasten, was am Rufe Österreichs geschehen ist. Sie wird man



Teil der Geschichte der Deutschen: Kirchschläger FOTO: DPA

bezichtigen, den alten Hammer des germanischen Thor herunterbeschworen zu haben. Nichts wird so übelgenommen wie historische Ruhestörung. Da ist der Volkstamm unerbittlich.

Nur - das Wesentliche ist damit nicht erkannt. Der Politiker Kirchschläger versuchte mit seiner Rede ex cathedra die Landsleute zu beruhigen. Damit in Österreich alles so weitergehe wie bisher, damit die Insel nicht unselig werde, damit der Kern der Neutralitäts-Philosophie, das lächelnde Unbeteiligtsein, nicht verlorengehe, nahm er die Wahl des Kandidaten der anderen Partei in Kauf. Güterabwägung oder Irrtum?

Wahrscheinlich ein Irrtum. Denn das Öl der Objektivität, das Verständnis des Hauptmanns a. D. für den Oberleutnant a. D. können nicht überdecken, was geschehen ist: Die Auseinandersetzung um Waldheim hat die glücklich verdrängte Identitätsfrage Österreichs aufgeworfen. Hinter der trutzigen Aussage: „Wir wählen, wen wir wollen“ steht nämlich nichts anderes als die Frage: Wer sind wir eigentlich? Wandelte unsere Geschichte von Marc Aurel geradeverwies bis Sinowatz, ein paar Umwege abgesehen, oder sind wir Mitglieder der deutschen Historie, einer unklaren Vereinigung? Darüber wird in Österreich schon lange diskutiert, akademisch ganz offen, politisch hinter dem Paravent „Mitteleuropa“. Eine Antwort wurde nicht gefunden. Sie kam, man mag es trübsinnig nennen, mit der Sache Waldheim, und sie lautet: Wir sind Teil der Geschichte der Deutschen, Nationalsozialismus eingeschlossen.

Die Wahrheit zu sagen ist nicht nur edel, sondern eine Provokation. Wenn die Nachbarn in der Bundesrepublik es tun, sollte es mit Takt, nicht mit dem Grinsen des Voyeurs geschehen. Die Hitler-Hand über dem Gebirge der Republik Österreich ist eine lägenhafte Collage. Sie tut dem Rechtsstaat und dem Volk bitter unrecht. Staat und Volk Österreichs haben selbst, ohne Einwirkungen von außen, zu entscheiden, wer sie sind. Austria docet, Österreich lehrt es, daß die Entscheidung im Angesicht der Geschichte getroffen werden muß.

IM GESPRÄCH Michael Sauer

Bürger und Programm

Von Andreas Engel

Er ist ein Macher-Typ und sorgfältiger Planer; seine Untergebenen aus Bundeswehrzeiten kennen ihn als loyalen Vorgesetzten und gelassenen Menschen. Michael Sauer hat Fernseh-Sendungen moderiert, aber leitende Organisationsfunktionen sind ihm eigentlich lieber. Insofern muß ihm sein neues Amt Freude machen: Heute tritt der vierundvierzig Jahre alte Journalist den Posten an als Stellvertreter des Zweiten Deutschen Fernsehens und Nachfolger von Helmuth Bendt, der als Sportchef und Stellvertreter des Programmleiters zum Privatfernsehen SAT 1 wechselte.



Kein Schubladendenker: Neuer ZDF-Sendeleiter Sauer FOTO: KÖNIG

Noch hatte Sauer keine Gelegenheit, den Vertrag für den in erster Linie organisatorischen Posten zu unterschreiben. Denn Intendant Dieter Stolte ermahnte ihn soeben „mit sofortiger Wirkung“ zum neuen ZDF-Verantwortlichen für den Sendelauf und die Programm-Präsentation der Mainzer Anstalt. Sauer, mit seinen insgesamt zwanzig Mitarbeitern nun unmittelbar dem Programmleiter unterstellt, wird damit unter anderem Vorgesetzter der Anzeigenredaktion und hat zu entscheiden, um wieviel Minuten etwa Frank Elstner „Wetten, daß...“ verlängern darf. „Obwohl Stolte und sein Programmleiter Alois Schardt vor kaum mehr als vierzehn Tagen von dem Weggang Bendts in Kenntnis gesetzt wurden und kurzfristig einen neuen Mann aussuchen mußten, sprechen Kollegen von einer guten und überlegten Entscheidung.“

Sauer arbeitet seit mehr als fünfzehn Jahren in verantwortlichen Positionen beim ZDF. Im Februar dieses Jahres wurde er Chef der Ausbildungs-Abteilung, davor hatte er die zur Hauptredaktion Kultur gehörende Sport-Sendereihe „Piff“ aufgebaut und moderiert. Das hatte ihm besonderen Spaß gemacht, denn schon vor und während seines Studiums der Publizistik, Soziologie und Alten Geschichte in Mainz betrieb er eine Karriere als Leichtathlet. Er ist neunzehnfacher deutscher Meister im

Dreisprung, einmal errang er den Titel im Weitsprung.

Der Vater von zwei schulpflichtigen Kindern, der 1964 in die CDU eintrat und lange im Bundesfachschul der Partei für Sport aktiv war, sammelte erste journalistische Erfahrungen als Hörfunk- und Fernsehreporter beim Südwestfunk. Sauer Heimat ist Fulda, wo er das Abitur ablegte und anschließend eine dreijährige Offiziersausbildung absolvierte. Heute leistet er als Major der Reserve in der Andernacher Rundfunkkompanie seine Wehrübungen ab und vermittelt jungen Soldaten journalistische Kenntnisse für Truppenbetreuungssendungen in den USA und Kanada. Darüber hinaus engagiert sich Sauer in einigen Verbänden für den Umweltschutz. Wie er sich selbst einschätzt? „Als ein Schwarzer mit grünen Zügen“ - aber Schubladendenkenken sei ihm fremd.

Michael Sauer lobt seinen Vorgänger Helmuth Bendt, der „ein gut funktionierendes Sendesystem mit einschneidenden Neuerungen“ hinterlassen habe. „Es ist wichtig, daß sich die Bürger in ihrem Programm wiederfinden.“ Das müsse in Zukunft noch verbessert werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hamburger Abendblatt

Hochschulbildung schützt nicht mehr vor Arbeitslosigkeit. Und wer rechnen gelernt hat, kommt leicht zu dem Ergebnis, daß sich die Aussichten hier so schnell nicht bessern werden. Bis zum Jahr 2000 werden nur 800 000 Akademiker aus dem Erwerbsleben ausscheiden, aber rund 2,8 Millionen Hochschulabsolventen neu auf den Arbeitsmarkt drängen.

ALLGEMEINE

Auf der Suche nach attraktiven Wahlversprechen sind Finanzexperten der Koalition fundig geworden. Sie wollen die 1988 in Kraft tretende zweite Stufe der Steuerreform noch vor der Bundestagswahl um einige Milliarden aufbessern. Zum Beispiel soll der Grundfreibetrag so weit angehoben werden, daß Einkünfte in Höhe der Sozialhilfesätze steuerfrei sind. Das fordert die SPD schon seit langem. Bisher war die Entlastung der Kleinverdiener jedoch an der Haushaltslage des Bundes gescheitert... Die Union solle nicht den Fehler machen, vor Wahlen zu viel zu versprechen.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Die Ankündigung der US-Regierung, sie wolle zwei mit Poseidon-Raketen bestückte Atom-U-Boote außer Dienst stellen und in absehbarer Zeit abwracken, um sie durch ein

weiteres mit Trident-Raketen bestücktes Boot der Ohio-Klasse ersetzen zu können, ist konkrete Rüstungsbegrenzung. Washington wird sich niemals zu solcher Selbstbeschränkung entschließen, wenn es nicht Beweise dafür gäbe, daß auch die Sowjetunion mit ihrer Umrüstung den gesteckten Rahmen nicht sprengt hat.

NEUESTE NACHRICHTEN

Richtig ist, daß Lothar Späth wie keiner seiner Vorgänger in der Landespolitik zur alles dominierenden Person geworden ist - machtbehaftet, autoritär, empfindlich gegen Widerspruch, von vielen (auch in den eigenen Reihen der CDU) fast schon mehr gefürchtet als geliebt. Seine sprichwörtliche Beredsamkeit und sein durch keinerlei ängstliche Bedenken gestäubtes Selbstbewußtsein helfen ihm freilich immer noch über Schwierigkeiten hinweg, denen er in letzter Zeit häufiger ausgesetzt war.

NEUE RUHR ZEITUNG

Im „Vorwärts“, dem Organ der SPD, wurde die Sozialdemokratie der Eberts und Scheidemänner, der Lebers und Schmidts beschuldigt, „staatstragend“ an den Abtreibungen schönerer Möglichkeiten der deutschen Geschichte mitgewirkt zu haben. So der Kommentar zu einer „Blutspur vom Mord an Rosa Luxemburg im Januar 1919 über Auschwitz und Dachau, über Benno Ohnesorg, Rudi Dutschke und Stammheim“ Welcher Verfälschung!

Das Spiel mit den Kollegschulen geht weiter

Wie Düsseldorf die Einigung der Kultusminister umgehen will / Von Paul F. Reitze

Während die Kultusminister sich am vergangenen Freitag auf eine Kompromißformel im Streit um die nordrhein-westfälische „Kollegschule“ verständigten, saßen in Düsseldorf Ministerium Beamte beisammen, um weitere Schritte in der alten Richtung zu beraten. Der Hauptpunkt des Kompromisses der Minister bedeutet, daß es weitere Schritte nicht geben kann: Zu den derzeit zwei- und zwanzig „Kollegschulen“ dürfen keine neuen hinzukommen, bis in zwei, allenfalls drei Jahren eine endgültige Entscheidung über die bundesweite Anerkennung der Zeugnisse fällt. In Düsseldorf sollen fast neunzig Anträge auf Errichtung einer solchen Schule vorliegen, die einem Teil ihrer Absolventen nicht nur einen beruflichen Abschluß zuerkennen will, sondern gleich auch noch das Abitur.

Was nun, nach dem Abkommen der Minister? Als die Beamtenrunde darüber telefonisch informiert wurde, breitete sich zunächst Enttäuschung aus. Doch rasch schöpften man wieder Mut. Könnte man

nicht der einen oder anderen „Kollegschule“ eine Filiale verordnen? Der härteste Gegner dieser Bildungseinrichtung, Baden-Württemberg Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder, sagte der WELT zu dieser Überlegung: „Wir werden dann die Vereinbarung sofort aufkündigen. Die Schmerzgrenze ist erreicht.“

Möglich, daß Nordrhein-Westfalen zunächst einen Umweg versucht. Raus Kultusminister Hans Schwieler hat dafür schon vor geraumer Zeit die Weichen zu stellen begonnen. Er möchte vom nächsten Schuljahr an den Höheren Berufsschulen einen gymnasialen Zweig angliedern. An den entsprechenden Fachrichtlinien wird mit Hochdruck gearbeitet. Würden diese auf die „Kollegschulen“ übertragen, so entstände eine unübersichtliche Situation: Was ist noch „Kollegschule“, was bereits Höhere Berufsschule? Ein neuer langwieriger Streit wäre vorprogrammiert, mit Grauzonen.

Die CDU-Landtagsfraktion scheint entschlossen, noch in die

ser Woche eine Kleine Anfrage einzubringen: Minister Schwieler soll gezwungen werden, auf Punkt und Komma genau die derzeitigen Größenordnungen der „Kollegschulen“ anzugeben. Damit wäre ein Stück Klarheit geschaffen, für alle Fälle.

Doch der Streit geht mittlerweile nicht mehr um die „Kollegschule“ allein, sondern um die Qualität des Abiturs generell. Nordrhein-Westfalen ist offenbar nicht gewonnen, den Konflikt einzugehen. In Schwiers Schulade liegt ein Papier mit Erwägungen darüber, ob eines nicht fernem Tages nicht auch die Volkshochschulen die Studienberechtigung erteilen könnten.

Dies alles ist eine schlimme Belastung für die Kultusministerkonferenz, die sich eine Neuordnung der gymnasialen Oberstufe vorgenommen hat. Entsprechende Entscheidungen stehen für 1987 an. Im wesentlichen geht es dabei um drei Bereiche. Es müßte zu nächst grundsätzlich geklärt werden, inwieweit berufliche Elemente zugelassen werden können, ohne

die allgemeine Studierfähigkeit zu gefährden. Die Union möchte den Rahmen für eine bessere Allgemeinbildung bundesweit festlegen. Vor allem Rheinland-Pfalz drängt darauf, daß die Noten in den Leistungsfächern nicht mehr wie bisher im Schulzeugnis mit dem Faktor drei multipliziert werden, sondern nur noch mit dem Faktor zwei.

Baden-Württemberg hat 1983 den Streit um die Anerkennung von mittleren Gesamtschulabschlüssen dazu genutzt, für sich im Tauschhandel eine Sonderregelung zu erkämpfen. In diesem Frühjahr wurde sie erstmals angewandt, mit einigen ermutigenden Ergebnissen.

Alle Schüler müssen sich nun in Deutsch und Mathematik prüfen lassen. In einer Reihe von Fächern sind Schwerpunktthemen entweder nicht mehr gestattet oder breiter anzulegen als bisher. Die Resultate der schriftlichen Prüfung werden fünfmal (früher vierfach) gewertet. Dazu gehören die beiden Leistungsfächer und ein (aus dem

Pflichtbereich) frei zu wählender Grundkurs.

Deutsch und Mathematik haben einen so hohen Stellenwert erhalten, daß sich viele Schüler für sie als Leistungsfach entschieden haben. Die obligatorische Prüfungsarbeit in Deutsch beispielsweise wird doppelt gewertet. Aus Arbeitsökonomie - schließlich kommt man hier um Büffeln gar nicht herum - legen viele jetzt lieber gleich einen der beiden Leistungsschwerpunkte auf dieses Fach, das vor der Neuregelung Jahr für Jahr an Interesse verloren hatte.

Wenn bundesweit die Grundkurse nur zu einem Drittel im Schulzeugnis zu Buche schlagen, dann verführt dies dazu, möglichst alle schweren Disziplinen in diesen für die Gesamtnote weniger wichtigen Bereich abzudrängen. Schaden nimmt dabei die Studierfähigkeit. Die Minister bräuchten jetzt vor allem eines: Ruhe, um über die Reform der Reform nachzudenken. Schwiers Tricks sind da kontraproduktiv.

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

Der Fall Rotsch: Rätsel um einen Tresor

Der Angeklagte ist geständig, doch den Schaden, den er anrichtete, sieht er geringer als der Staatsanwalt. Manfred Rotsch, angeklagt der Industrie-Spionage, bietet vor Gericht ein Bild des Jammers. Nur eine Strategie der Verteidigung?

Von PETER SCHMALZ

Die Zuhörer in Saal 208 lassen sich an diesem Morgen an den Fingern zweier Hände abzählen. Das Interesse derer, die Zeit und Mühe haben, die stürmische Rolle der Öffentlichkeit zu übernehmen, hat in dem Verfahren gegen Rotsch, Manfred, geboren am 19. Juni 1924 in Bockau, CSSR, vorzuführen aus Münchens Justizvollzugsanstalt Stadelheim, schon nach einer Woche erheblich nachgelassen. Was insoweit verständlich ist, weil Spione in Film und Fernsehen attraktiver sind als der schmachvolle Angeklagte.

Die wenigen, die gestern morgen dennoch erschienen sind, müssen mehr als eine halbe Stunde warten, ehe der 3. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts erscheint. Damit beginnt der fünfte Tag einer Hauptverhandlung, die mit 100 Zeugen und zwölf Sachverständigen bis mindestens August Klarheit bringen sollte über den Schaden, den Rotsch in 30 Jahren als Spion des sowjetischen KGB in der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie angerichtet hat.

Als aber der Vorsitzende Richter Werner Biehl seine roten Handakten auf die Tischplatte legt und sich mit seinen Kollegen setzt, hat die letzte Minute dieser Hauptverhandlung geschlagen. Schuld daran sind die plötzliche Erkrankung eines Richters und die Strafprozeßordnung. Denn sie bestimmt, daß ein Richter nur dann am Urteil mitwirken darf, wenn er der Verhandlung von der ersten bis zur letzten Minute bei möglichst wachem Geiste beiwohnt.

Bei zeitraubenden Verfahren sitzt deshalb von Beginn an ein Ersatzrichter als stummer Zuhörer in Richterrobe am Ende des langen Tisches. Weil dieser aber nun nachträglich mußte, ist dem Senat das Risiko, die nächsten Monate ohne Ersatzmann durchzustehen, zu groß, und er schließt die Akten dieser Hauptverhandlung.

Zitternde Stimme und Tränen in den Augen

Aber schon Minuten später, um 9.46 Uhr, ruft Biehl die Sache Rotsch erneut auf, Ankläger und Verteidiger verzichten „auf sämtliche Ladungsfristen und Formalitäten“, und Manfred Rotsch sagt noch einmal, wann und wo er geboren ist. Er wird in den nächsten Tagen wiederholen, was er dem hohen Gericht mit zitternder Stimme und Tränen in den Augen schon einmal erzählt, und die fünf Richter plus Ersatzmann werden so tun, als wäre alles neu für sie. Und sie werden dabei mehr Mühe haben als während der ersten vier Tage, sich ein



Vor Gericht ging das Lächeln verloren: Manfred Rotsch

Bild zu machen von dem Menschen, der wie ein Häuflein Elend vor ihnen sitzt und hier und da an einem Glas Mineralwasser nippt.

Wie ist das Bild des Mannes in der zu groß wirkenden grünen Trachtenjacke in Deckung zu bringen mit den Konturen, die aus der Anklageschrift erkennbar sind? Er habe „die Gefahr einer schweren Beeinträchtigung der Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland“ herbeigeführt, verlas der Bundesanwalt in roter Robe gestern noch einmal. Satelliten-Projekte, Skizzen zum Raumlabor Spacelab und wichtige Details über das europäische Kampfflugzeug Tornado sind nur einige der westlichen High-Tech-Produkte, die Rotsch seinen russischen Kontaktleuten gegeben haben soll.

Die Strategie seiner Verteidigung - er hat den aus dem Guillaume-Prozess bekannten Anwalt Horst-Dieter Pötschke zur Seite - ist offenkundig: Rotsch präsentiert sich als Opfer des Ost-West-Konflikts und als ein obrigkeitlicher Schlappschwanz, der nicht den Mut aufbrachte, nach seiner Übersiedlung aus der „DDR“ im Jahr 1954, für deren reibungslose Abwicklung er die Verpflichtung zur KGB-Mitarbeit unterschrieb, sich den Behörden in der Bundesrepublik zu öffnen. Hätte er damals gewußt, dadurch strafrei davonzukommen, hätte er sich gemeldet, sagt er heute. Nur widerwärtig habe er mitgemacht, eigentlich habe er „die ganze Sache im Sande verlaufen lassen wollen“.

Erfolg kann der Angeklagte jedoch nur haben, wenn seine Schilderungen beim Vergleich mit Zeugnisaussagen nicht allzusehr an Glaubwürdigkeit einbüßen. Für die Strafzumessung wird die Frage nicht unerheblich sein, ob das Gericht am Ende der Beweisaufnahme die Story von Panzerschrank als wahr und nicht als gefunktet empfindet. Die Tresor-Geschichte soll sich nach der Erzählung von Rotsch folgendermaßen zugetragen haben: Als Statiker bereits in der „DDR“ mit Problemen des Flugzeugbaus beauftragt, machte er im Westen seinen Weg von der Stuttgarter Flugzeugfirma Heinkel über Junkers zum Münchner Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blom (MBB), wo er als Abteilungsleiter mit der

Entwicklung von Waffenbehältern für den Tornado beauftragt wurde. Im Panzerschrank seiner Abteilung lagerten zeitweise auch wichtige Verschlüsselschlüssel, die den Eintragungen im Panzerschrankbuch zufolge auch Rotsch ausgehändigt wurden.

Verschlüsselschlüssel aber will der Angeklagte nicht verraten haben, das Tresorbuch sei manipuliert. Seine Erklärung dafür mag nicht weit entfernt sein von Unsanen in Großbetrieben, wenn es gilt, Statussymbole im Arbeitsumfeld zu verteidigen: Überflüssige Tresore sollten abgebaut werden, weshalb der Panzerschrankführer in Rotschs Abteilung die Bedeutung seines Tresors anhand durch fingierte Bewegungen, die der Abteilungsleiter bezeichnete.

Zum Agententreff nach Salzburg

Deutlich ist auch das Bemühen des Angeklagten, seine Familie aus dem Spionage-Schlamassel herauszuhalten. Nie habe Ehefrau Ella etwas gemerkt, wenn er Geschäftspapiere mitbrachte ins Doppelhaus in Poing bei München und sie mit seiner „DDR“-Spiegelreflexkamera „Practica“ ablichtete. Auch die Briefe von drüben machten sie nicht stutzig, nur er sah genau auf Datum: War es in Ziffern geschrieben, steckten verschlüsselte Nachrichten im Kuvert.

Und machte er sich zwei- oder dreimal jährlich auf zum Agententreff in Salzburg, dann trug er bis zu 20 Filme in der Hosentasche und schickte die Frau in Freilassung an der Grenze zum Einkauf, während er angeblich Kirchen und Ausstellungen besuchen wollte. Dafür habe sie sich nicht interessiert, sagt er. In der Mozartstadt habe er sein Material übergeben, man sei Mittag essen gegangen, und beim anschließenden Spaziergang habe er neue Wünsche empfinden. Weil er vergesslich ist, schrieb er sich die Aufträge auf.

Zehn solcher Zeitaler liegen dem Gericht vor und belasten den Angeklagten schwer, denn die Wunschliste reicht von der Raumfahrt über Kernwaffen bis zu „Cruise Missile“-Triebwerken.

Bauer ist nicht gleich Bauer

Der Bauernverband klagt, was in Bonn oder Brüssel auch immer beschlossen wird. Diese nach außen hin demonstrierte Eintracht spiegelt nur einen Teil der Wahrheit wider, denn das Interesse der großen und kleinen Höfe ist sehr unterschiedlich. Das macht das Geschäft für die Politiker noch schwieriger.

Von HANS-J. MAHNKE

Im Prinzip war es wieder so wie in den vergangenen Jahren immer: Da setzten sich in der vergangenen Woche die Unions-Minister Stoltenberg, Kiechle und Blüm mit den Experten der FDP zusammen, um über weitere Hilfen für die Bauern zu beraten, wobei die grundsätzliche Zusage vom Bundeskanzler bereits vorlag. Trotzdem gab es Ärger. Nicht nur, weil sich die Freidemokraten übergeben fühlten, da sie an dem Treffen des Kanzlers mit der Spitze des Bauernverbandes in Hannover nicht beteiligt waren, sondern zum Schluß zog der CDU-Abgeordnete und Bauernverbands-Präsident Constantin Freiherr Heereman seinen abweichenden Vorschlag hervor. Und das, obwohl es intensive Vorbesprechungen mit seiner Organisation gegeben hatte.

Diese Reaktion habe nicht überrascht, kommentiert ein Experte aus dem Hause Kiechle, der bereits zu wissen meint, wie die Reaktion des Verbandes ausfallen wird, wenn - möglicherweise Freitag - die angeordnete Milliarde festgeschrieben werden sollte: ein Schritt in die richtige Richtung oder ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Bundesregierung kann machen, was sie will, dem Verband reicht's nicht.

Als Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle entgegen vielen Erwartungen in Brüssel eine Quotenregelung auf dem Milchmarkt durchsetzen konnte, eine alte Forderung des Bauernverbandes, schall ihm ein „So nicht“ entgegen. Und auch das Wehklagen bei der Härteregelung verdeckte, daß sich Kiechle hier auf einen Weg begeben hatte, der von der Ständesorganisation empfohlen worden war. Auch als die Milch-Bauern einschließlich des Mehrwertsteuer-Ausgleiches später bessere Erlöse erzielen konnten als vorher, mußte sich Kiechle selber loben. Die Bauern blieben stumm.

Noch ein Beispiel: Vor knapp zwei Jahren machte Kiechle 130 Millionen Mark für die Alterssicherung der Landwirte zusätzlich locker. Die Alterskasse, eine Selbstverwaltungskörperschaft, einigte sich einstimmig auf einen neuen Verteilungsmodus. Obwohl die Beziehung zum Berufsstand eng ist, kamen von dort geharnischte Proteste. Denn beim Nachrechnen stellte sich heraus, daß nach dem neuen, von den Bauern selbst erstellten Schlüssel die süddeutschen Bauern 15 Millionen weniger erhielten als nach dem alten. Die norddeutschen Landwirte bestanden aber auf dem Beschluß. Vorschlag des Bauernverbandes: Der Bund sollte doch die 15 Millionen Mark noch oben draufgeben. Da dies landauf, landab gefordert wurde, sah die Regierung Kraftaktes bei den Bauern nicht gut aus.

Die Verärgerung war gewaltig, und sie hält an. „Mancher von uns würde schon gern jetzt ein klares Wort sagen, wenn nicht wichtige Wahlen vor der Tür stünden“, stellte ein CDU-Abgeordneter aus dem Süddeutschen

fest. „Die können doch nicht immer noch mehr fordern und nicht anerkennen, was wir für sie schon alles gemacht haben.“ Dieser Eindruck hat sich festgesetzt. Und die Gefahr, daß die Stimmung umschlagen könnte, wird auch im Bauernverband gesehen. Trotzdem: Das Spiel geht weiter.

Als Erklärung reicht die Lage, in der sich Teile der Landwirtschaft befinden, nicht aus. Sicher, die Gegensätze innerhalb der Landwirtschaft haben zugenommen. Der Nord-Süd-Konflikt wird untererhand auch gar nicht geleugnet. Die größten Betriebe in Schleswig-Holstein haben ganz andere Interessen als die durch die Erhebung in Süddeutschland entstandenen kleineren Höfe. Bauern mit einem großen Umsatz nutzen höhere, subventionierte Preise mehr als denen, die wenig verkaufen. Diese haben mehr von Sozialmaßnahmen und von direkten Überweisungen als die in den benachteiligten Gebieten.

Für die Veredelungsbetriebe spielt die Fläche kaum noch eine Rolle. Durch den Import billiger Futtermittel haben sich an der Küste andere Standortvorteile herausgebildet. Ge-

in der Konsequenz ähnliche Politik wurde in der Bundesrepublik national, später EG-weit mit garantierten Preisen und staatlicher Abnahmeverpflichtung fortgesetzt. Jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht.

Verbandspolitisch hat dies erhebliche Folgen. Im Präsidium, in dem die Politik formuliert wird, geben die Landesfürsten den Ton an, zum Teil starke Figuren. Sie vertreten Landesverbände, in denen die Gegensätze nicht so groß, die in sich homogener sind, aber untereinander kaum auf einen Nenner gebracht werden können. Und sie sollen sich auf eine gemeinsame Marschroute verständigen, ein Problem, vor dem viele Organisationen stehen. Lösbar ist dieses zum einen dadurch, daß es einen starken Präsidenten gibt, der irgendwann auf den Tisch haut und sagt, hier geht es lang. Oder aber, und dies geschieht beim Bauernverband, man schreibt alles zusammen, was einer gern hätte. Die Verständigung auf Maximalforderungen ist dann der Kitt für den Zusammenhalt und der Grund für die Verärgerung der Politiker, die alles nicht mitmachen können.

Nur: Mit noch so langen Wunsch-

soll Eindruck gemacht werden. Am meisten wirkt jedoch der angeordnete Liebesentzug bei Wahlen, was Ignaz Kiechle, der sich nun wahrlich für seine Klientel eingesetzt hat, besonders trifft. Der Verdruß ist deshalb besonders groß, weil die Methode so subtil ist. Keiner ruft zum Wahlboykott auf, man distanziert sich sogar davon, um gleichzeitig hinzuzufügen, die Bauern wüßten schon, was sie zu machen hätten.

Auf den ersten Blick ist das Verhalten der Politiker unverständlich. So sind Vertreter der Verbraucherverbände von der SPD enttäuscht, weil sie, die in der Landwirtschaft über keine großen Anhang verfügt, auch in der Opposition keine klare Alternative formuliert. In der Union, die bei den Bauern einen starken Rückhalt hat, wird nicht von einem quantitativen Problem gesprochen, sondern eher von einem der Stimmung.

Viele Bauern erwarten von ihrem Verband mehr als nur immer neue Forderungen. Sie setzen auf den Selbsthilfe-Gedanken, der früher hoch im Kurs stand. Wenn der Verband dafür sorgen würde, daß ich mein Getreide nicht im September abgerechnet bekomme, sondern für



Reden vor demonstrierenden Landwirten: Für den Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman, eine alltägliche Aufgabe

nerell: Der Getreidebauer will einen hohen Preis für sein Erzeugnis. Wer dies im Stall vertritt, möchte möglichst wenig zahlen.

Dies alles ist nicht neu. Die Gegensätze konnten so lange überhört werden, wie ohne allzu große finanzielle Konsequenzen aus der Preisschraube gedreht und auch die Produktion immer mehr gesteigert werden konnte. Damit ist es vorbei. Die Überproduktion ist schon zu den gegenwärtigen Preisen nicht mehr absetzbar, der Ausweg ist verbaut.

Aber, und dies wird im Bauernverband gesehen, auch wenn darüber nicht öffentlich gesprochen wird, das Anspruchsdenken ist ungebrosen. Die totale Alterssicherung, wie es sie zu Zeiten des Reichsversicherungsamt ist häufig immer noch die Maßgabe. Eine

zufrieden. Dort ist der Realitätssinn, auch das Verständnis für das Machbare ausgeprägt. Und: Auch wenn es an das Verteilen von Wohlständen geht, gibt es immer wieder Unzufriedene, selbst wenn es nur jene sind, die nicht einsehen wollen, daß dem, der abgesehen schon genug hat, auch noch etwas gegeben wird.

Es rumort in der Landwirtschaft. Auf manchen Versammlungen bekommen die Verbandsvertreter mehr Fett ab als die da aus Bonn. Die ständigen Gerichte, der Verband würde sich spalten, belegen dies nur allzu deutlich. Immerhin: Wegen der Gegensätze gab es in der Weimarer Republik auch mehrere Bauernverbände. Jetzt wird der Zusammenhalt über einen Aktionismus versucht.

Mit Fahnen und Demonstrationen

Lagermöglichkeiten sorgen würde, so daß es erst im Dezember verkauft würde, dann hätte ich mehr davon, als bei den Preisverhandlungen in Brüssel herauskommen kann“, meint ein Bauer aus Schleswig-Holstein. Andere erwarten Initiativen für außerlandwirtschaftliche Einkommen - vom Golfplatz bis zum Reiterhof. Aber dieses findet sich nicht in den Katalogen des Verbandes, dafür werden die laufenden Gespräche über mehr Hilfe lautstark begleitet.

„Wir müssen aufpassen“, heißt es im Bauernverband. Noch gäbe es Verständnis für die Nöte der Bauern. Es sei jedoch nicht auszuschließen, daß Geschickliche, wie die vom Persepektiv im Kuhstall, die nach dem Krieg das Verhältnis belastet haben, wieder auf den Tisch kommen.

Die Zeitbombe des Mr. Stockman entpuppt sich als Blindgänger

Fast ist es zur Mode geworden, daß in Washington ehemalige Mitarbeiter des Weißen Hauses ihr dort erworbenes Wissen in Dollar umsetzen. Ex-Budgetdirektor David Stockman legte nun gestern ein Buch vor, das eine politische Bombe werden sollte. Doch diese Bombe scheint nicht hochzugehen.

Von FRITZ WIRTH

Ein Bestseller aus der Retorte war geplant. Die Zutaten scheinen zu stimmen. Der Autor: ein junger Mann aus der oberen Hierarchie des Weißen Hauses, der sich seit fünf Jahren als „Wunderkabe“ feiern ließ, namens David Stockman, Budgetdirektor und damit in erster Linie Schuldenverwalter der Reagan-Administration.

Der Stoff: das Scheitern der „Reagan-Revolution“. Die Opfer: die „kalifornische Mafia“ des Weißen Hauses, die „politischen Analphabeten um Ronald Reagan“, wie Stockman sie bezeichnete.

Dem angesehenen Buchverlag „Harper & Row“ schien diese Mischung so brennend und das Bestsellergeschäft so sicher, daß es den größten Scheck unterschrieb, den das Verlagshaus je einem Autor zahlte. Stockman erhielt für sein Buch ein Honorar von 2,3 Millionen Dollar. Als Budget-Direktor mit einem Jahresgehalt von 72 000 Dollar hätte er für diese Summe fast dreißig Jahre arbei-

ten müssen. Zur Abfassung seines Buches „Triumph of Politics: Why the Reagan Revolution failed“ benötigte er ein knappes halbes Jahr.

Um sein Geld wieder hereinzubekommen, hat sich der Verlag auf eines der größten geschäftlichen Abenteuer des amerikanischen Buchgeschäfts eingelassen. Er druckte eine Erstauflage von 325 000 Exemplaren. Ein so grenzenloses Vertrauen hatten nicht einmal die Verleger der Autobiographie des Lee Iacocca zu ihrem Autor.

Um Stockman, der in Washington eine interessante Figur, doch landesweit kein Begriff ist, an den Mann zu bringen, veranstaltete der Verlag in den letzten 14 Tagen eine auch für amerikanische Begriffe ungewöhnliche Kampagne. Er versuchte, die amerikanische Öffentlichkeit mit einigen als Vornabdruck in „Newsweek“ gelieferten Happen neugierig zu machen. Die Rezensionsexemplare an die Buchkritiker wurden mit Warnungen versehen, als gingen sie mit Staatsgeheimnissen um, und David Stockman selbst wurde zu Interviews von Fernsehgesellschaften weitergereicht.

Heute am Erscheinungstag, steht fest: Was als publizistische Zeitbombe geplant war, entpuppte sich als Blindgänger. Die aufwendige Publicity-Kampagne verpuffte. Schuld daran sind „höhere Umstände“. Denn was als „David Stockman-Woche“ geplant war, entpuppte sich als „Muhammad Khadhafi-Woche“. Die „Buchbombe“ des David Stockman ging

restlos in der Libyen-Krise unter. Der Bestseller aus der Retorte wurde zum Randereignis.

Dazu kommt: Es stellte sich schnell heraus, daß der angebliche Wunderkabe des Weißen Hauses dem kargen Flutlicht, das für ihn in dieser bewegten Woche noch übrigblieb, nicht gewachsen war. Er entpuppte sich in den Interviews nicht als das Finanzgenie und als der intellektuelle „Überflieger“, als der er bisher verkauft wurde, sondern eher als unsicherer, zögernder und sich selbst anklagender, hasser Staatsfunktionär, der besser als jeder andere zu wissen glaubte, daß seine Regierung finanzpolitisch auf dem Holzwege war, der jedoch nicht die Courage besaß, auszuscheren und sich abzusetzen.

Seiner Kritik und seiner Abrechnung mit dem Weißen Haus fehlen daher die Autorität und die Logik. So jammert er einerseits: „Was tun mit einem Präsidenten, der die relevanten Fakten ignoriert und sich im Kreise bewegt“, um später festzustellen, es sei kein Wunder, daß Reagan sich nie mit der Tatsache auseinandergesetzt habe, daß nicht genug Geld für seine Staatsausgaben vorhanden war, denn er selbst, Stockman, habe ihn niemals darauf hingewiesen. In einem Fernsehinterview gestand Stockman am Sonntag schließlich ein, er habe der amerikanischen Öffentlichkeit einen schlag-



Buchautor David Stockman

ten Dienst erwiesen, daß er erst im Sommer 1985 und nicht schon im Jahre 1981 von seinem Amt zurückgetreten sei.

Seine Kritiker sind nicht gnädig mit ihm: „Stockmans Ansichten sind nur für jene neu, die entweder gerade erst lesen gelernt oder die letzten vier Jahre bei den Freiheitskämpfern in Nicaragua verbracht haben“, schrieb die „New York Times“ sarkastisch.

Ronald Reagan beurteilte das Buch seines einstigen Mitarbeiters Stockman bisher gelassen. „Ich lese keine Romane“, sagte er. Mehr erzählt man wahrscheinlich, wenn das authentische Buch über seine Präsidentschaft erscheint. Es soll 1991 auf den Markt kommen. Der Autor der 600 Seiten steht schon fest. Es ist der Pulitzer-Preisträger und Historiker Edmund Morris. Sein Honorar: drei Millionen Dollar.

Eine Reise nach Polen - oder: Briefe an den Präsidenten

Ein Besuch in Polen ohne Funktionäre und ohne offizielles Abkommen, das gegen einen Schutchor aus Husum. Die Jungen und Mädchen waren so begeistert, daß sie spontan ihre Eindrücke dem Bundespräsidenten schrieben.

Von BERTT CONRAD

Ganz unerwartet flatterten auf den Schreibtisch des Bundespräsidenten mehr als 50 Postkarten aus Polen. Die Anreden variierten von „Sehr geehrter Herr Bundespräsident“ über „Dziam Dohry, Pan Weizsäcker“ (Guten Tag, Herr Weizsäcker) bis zu einem burschikos „Mein lieber Richard“. Der Inhalt aber war überall gleich: Er spiegelte helle Begeisterung über herzliche Kontakte mit polnischen Gastgebern und mündete in der dringenden Bitte, solchen „Kulturaustausch“ nachdrücklich zu fördern.

Die Aufforderung wird nicht einfach zu erfüllen sein. Denn hinter dem postalisches übermittelten Enthusiasmus stand eine Unternehmung besonderer Art, deren Wiederholung auf Hindernisse stoßen könnte, gerade weil sie unterhalb der Ebene offizieller Programme stattfand.

Initiator war ein Oberstudient, der sich in den Kopf gesetzt hatte, dem Oberstudienchor der Theodor-Storm-Schule in Husum zu einer Begegnung mit jungen Polen zu verhehlen. Er wollte keine Konzertreise im üblichen Sinne, sondern einen Be-

such bei einem polnischen Gymnasium, das bereit war, die Jungen und Mädchen aufzunehmen, privat unterzubringen, mit ihnen zu musizieren, zu diskutieren und sie den dortigen Unterricht erleben zu lassen.

Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten fand Oberstudient Erich Hansen eine Schule in dem Städtchen Jarocin bei Posen - das Licium Tadeusza Kosciuszki -, deren Lehrer, Schüler und Eltern sich bereit erklärten, das Unternehmen mitzumachen. Mitte März reisten die Husumer Schulsänger also gen Jarocin - und wurden dort in einer Weise überwältigt. Nicht nur Unterkunft, Verpflegung und Besichtigungen waren kostenlos - alle Schüler wurden auch noch reich beschenkt.

Chorleiter Hansen: „Unsere Konzerte gemeinsam mit dem polnischen Schulsänger und in Ostrow mit dem dortigen Schulchor wurden bejubelt. Die Schulen, die Bühnen waren geschmückt mit den Flaggenfarben der Bundesrepublik Deutschland und Polens und dem Wort Frieden in polnisch und deutsch. Der Abschied war tränenreich bei den Schülern und bei den Erwachsenen.“

Ein älterer Pole, der die Husumer führte, wies sie auf ein Mahmal im freien Felde hin und sagte: „Hier wurde mein Vater von Deutschen erschossen. Nach dem Kriege wollte ich nie mehr deutsch sprechen. Aber nach einigen Jahren sagte ich mir: Das ist falsch. Nur wenn Deutsche und Polen Freunde sind, können wir so etwas verhindern.“

Der Husumer Chorsprecher, ein 18jähriger Schüler, hielt beim Abschied eine Ansprache, in der er feststellte: „Daß wir jungen Menschen zueinander finden würden, hatten wir gehofft und erwartet: Daß aber Sie als Erwachsene, die Sie so viel Böses durch unser Volk erlebt hatten, uns so aufnehmen würden, das dürfen wir nicht erwarten - damit haben Sie uns ein Beispiel menschlicher Größe gegeben, das in uns nachwirken wird.“ Dabei dachte er gewiß an den polnischen Chorleiter, der in einem deutschen KZ war.

Während einer Busfahrt entschlossen sich die Gymnasiasten spontan, ihre Erlebnisse auf Postkarten dem Bundespräsidenten mitzuteilen. Was Richard von Weizsäcker dabei zu lesen bekam, waren durchgehend ganz sachlich formulierte, aber in ihrer Aufrichtigkeit und ihrer Begeisterungsfähigkeit anrührende Bekenntnisse junger Menschen.

„Wir erleben hier die schönsten Tage, die man sich denken kann, und werden von der Freundlichkeit der Menschen nahezu erdrückt“, schrieb eine Schülerin. Eine Klassenkameradin: „Es konnten hier viele Vorurteile abgebaut und Kontakte geknüpft werden.“ Auf einer anderen Karte heißt es: „Diese Begegnung von Menschen beider Nationen wird keiner von uns vergessen.“ Stets von neuem kehrte die Bitte wieder, „solche Partnerschaften zwischen Schulen aus Ost und West zu fördern, denn die Eindrücke sind unbeschreiblich wichtig für den Frieden in der Welt“.

Streit um die Vertragsfolgen bei SDI-Projekt

In einer von scharfen und unüberbrückbaren Gegensätzen bestimmten Debatte hat die Opposition der Regierung gestern im Bundestag vorgeworfen, mit dem in Washington unterzeichneten SDI-Abkommen den deutschen Interessen geschadet zu haben. SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel hielt der Regierung in einer von ihm beantragten Aktuelle Stunde vor, den Amerikanern beispiellos großen Einfluß auf den deutschen Osthandel eingeräumt zu haben. Er sagte, die SPD werde das Abkommen kündigen, „sobald wir dazu in der Lage sind“.

In teilweise heftigen Wortgefechten wies Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) als Verhandlungsführer die Vorwürfe zurück und beschuldigte die Opposition, „bewußt die Unwahrheit“ zu sagen. Jeder wisse, daß die SDI-Forschung militärischen Absichten diene und daß die Beteiligung an dieser Forschung „eine zivile Intention“ sei. Auch Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) unterstrich die zivile Forschungsausrichtung in den „hochinnovativen Bereichen“.

Für die FDP verteidigte Otto Graf Lambsdorff das SDI-Abkommen und verwies die Behauptungen über eine Gefährdung des deutschen Osthandels „in das Reich der Phantasie“. Der SPD-Wirtschaftsexperte Wolfgang Roth hielt der Regierung dagegen „einen unangenehmen politischen Konflikt“ vor und warnte vor großen Schäden für die deutsche Exportwirtschaft. Außerdem habe die Regierung mit dem Zugeständnis des Vorranges bilateraler Konsultationen den Rahmen der europäischen Solidarität verlassen.

Innerdeutsche Städtepartnerschaft

Saarouis im Saarland und Eisenhüttenstadt in der DDR haben erstmals zwischen zwei deutschen Städten eine Städtepartnerschaft vereinbart. Die amtliche „DDR“-Nachrichtagentur ADN meldete gestern den Abschluß einer entsprechenden Vereinbarung zwischen beiden Städten als Ergebnis zweitägiger Verhandlungen. Die Oberbürgermeister Manfred Sander (Eisenhüttenstadt) und Manfred Henrich (Saarouis) hätten sich befriedigt über das Ergebnis der Verhandlungen geäußert.

Auf westlicher Seite war die Hoffnung geäußert worden, daß der mit der Städtepartnerschaft auf anderem beabsichtigte Besuchsverkehr zwischen beiden Städten nicht nur offizielle Delegationen umfassen würde. Darüber waren dem ADN-Bericht über den Abschluß der Verhandlungen keine Einzelheiten zu entnehmen.

Urteil: Polen können keine Rente verlangen

Einwohner der heutigen Volksrepublik Polen können aus der Bundesrepublik keine Rente wegen früherer Versicherungszeiten in Deutschland verlangen. Das hat das Bundessozialgericht in Kassel entschieden. Die ständig in Polen lebenden Rentnerberechtigten müssen nach der höchstgerichtlichen Feststellung ihren Rentenanspruch allein gegen die polnische Sozialversicherung richten. Die deutsche Rentenversicherung ist nach Auffassung des Gerichts bei dauerndem Aufenthalt der Anspruchsberechtigten in Polen nicht zur Rentenzahlung legitimiert. (Aktenziffern 4 RJ 71/84.)

Genscher reist nach Algerien

A. REMDE, Bonn Außenminister Genscher wird am Sonntag zu einem eintägigen Besuch nach Algerien reisen, um seine Vorstellung über eine Intensivierung des Dialogs mit den arabischen Staaten bei der Terrorisusbekämpfung zu erläutern. Ursprünglich wollte Genscher diesen Besuch mit einer Reise nach Senegal verbinden. In Dakar wollte er überprüfen, ob einzelne Aspekte der deutschen Afrika-Politik noch zeitgemäß sind. Die Konferenz wurde im Hinblick auf die Ereignisse in Libyen kurzfristig abgesagt. Algerien ist führendes Mitglied der Blockfreien-Bewegung und gilt auch in arabischen Lager als einflussreich. Politische Beobachter werteten denn auch die Reise Genschers als einen Versuch, den Gegensatz zur amerikanischen Politik auf Vermittlung zielenen Kurs der Bundesrepublik gegenüber Libyen weiterzuentwickeln. Gleichzeitiger erwirbt Genscher damit einen Besuch seines algerischen Amtskollegen Tahib Ibrahim, nachdem er im Februar Marokko besucht hat.

Weiss: Neues Gesetz „nicht durchpeitschen“

WELT-Gespräch mit dem Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrats

GÜNTHER BADING, Bonn Die geplanten Änderungen im Betriebsverfassungsgesetz müssen nach Ansicht des Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrats, Heinrich Weiss, keinesfalls mehr in der zu Ende gehenden Legislaturperiode verabschiedet werden. Im Gespräch mit der WELT sagte Weiss, zwar sehe er einen „mittelfristigen“ Handlungsbedarf bei der Einführung eines Minderheitenschutzes im Betriebsverfassungsgesetz, doch sei die „Situation in den Betrieben nicht so bedrohlich, daß man diese Änderung quasi durchpeitschen müßte“.

Weiss bestritt, daß es zwischen dieser auch vom Wirtschaftsrat befürworteten Neuregelung und den beiden anderen von der Koalition diskutierten Vorhaben - Einführung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte und Erweiterung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei Einführung neuer Technologien - „überhaupt einen sachlichen Zusammenhang“ gebe. Hier solle offenbar vielmehr ein „Paket“ geschmürt werden, in dem alle Koalitionspartner und alle Parteiführer für jeweils ihre Klientel etwas Vorzeigbares erhalten sollten. Für die gesetzliche Verankerung der in der chemischen Industrie auf freiwilliger Basis schon existierenden Sprecherausschüsse macht sich die FDP stark. Für die Erweiterung der Mitbestimmung des Betriebsrats bei Einführung neuer Technologien setzt sich die Arbeitnehmerföderation der Union ein.

„Unternehmer eingeeignet“

Dazu erklärte Weiss: „Zu einer solchen Gesetzesänderung sagt der Wirtschaftsrat eindeutig nein.“ Er sei überzeugt, daß das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 alle angestrebten Anordnungen des Betriebsrats bei technischer Innovation abdecke. „Was die Arbeitsplatzbedingung angeht, so wird deren Regelung schon heute durch das Betriebsverfassungsgesetz voll erfüllt.“ Eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte über Information und Anhö-

rung hinaus würde dagegen „das Prinzip der unternehmerischen Entscheidung unzulässig einengen“. In der Praxis könne das sogar bedeuten, daß etwa multinationale Konzerne, die derzeit gute Firmen in Deutschland hätten, dies nicht mitzumachen bereit seien und sich zurückzögen. „Wenn bei der Einführung eines neuen Computers nicht nur die Arbeitsplatzbedingungen mit dem Betriebsrat erörtert werden müssen, sondern sogar gefragt werden muß, ob wir diesen Computer überhaupt aufstellen dürfen - dann greift das unzulässig in die Unternehmerentscheidung ein.“

Problem der Leitenden

Weiss, selber Unternehmer und daher im Umgang mit Betriebsräten erfahren, sieht neben der Frage der Qualifikation des Betriebsrates bei der Beurteilung von Entscheidungen vor Einführung neuer Techniken eine weitere praktische Gefahr. Es könne durchaus sein, daß sich ein stark gewerkschaftsorientierter Betriebsrat nach dem grundsätzlichen Ja des DGB zur Innovation in langen Verhandlungen mit der Betriebsführung die Zustimmung zur Einführung neuer Techniken „abringen“ lasse, dafür dann aber als Gegenleistung die Erfüllung anderer Forderungen verlange. „Damit wäre der Kungelei Tür und Tor geöffnet“, warnt Weiss.

Die Einführung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte hält Weiss nicht für vorrangig. Dort, wo die betrieblichen Verhältnisse dies suggerieren, sei man ohnehin schon auf freiwilliger Basis dazu gelangt, solche Vertretungen einzurichten. In der chemischen Industrie hätten sie sich auch bewährt, weil dort die zweite und dritte Ebene unter dem Vorstand noch als „Leitende“ akzeptiert würden. Anders in der Metallindustrie, wo in der Regel nur die direkt unterhalb des Vorstands angesiedelten Angestellten als Leitende angesehen würden. Weiss: „Und diese Herren können sich sehr gut selber vertreten.“

Eine Spitze gegen Späth?

Entscheidung über Einspeisung von Eins Plus aufgeschoben

HARALD GÜNTHER, Stuttgart Der Fehlstart war nicht zu übersehen. Noch vor wenigen Tagen hatte Baden-Württembergs Regierungssprecher Matthias Kleintert sibyllisch „vermutet“, die neugegründete Landesanstalt für Kommunikation (LfK) werde im Licht des Versöhnungskurses, der vom Ministerpräsidenten zur Rettung eines bundeseinheitlichen Medienstaatsvertrages eingeschlagen worden war, eine „vorläufige Einspeisung“ des unstrittigen ARD-Satellitenprogramms Eins Plus in das Kabelnetz des Landes zulassen. Doch die Anstalt mußte passen: Wegen fehlender „Entscheidungsparameter“ vertagte der Vorstand das Problem nach „eingehender Beratung“. Dem Nutzungsplan für die in Baden-Württemberg verfügbaren Rundfunk- und Fernsehkanäle, in den die Übertragungsrechte von ARD Eins Plus eingebettet gewesen wären, erging es ebenso.

ten Sitzung, gut einen Monat nach Konstituierung der Landesanstalt, ebenso wenig vor, wie der Text des Einspeisungsvertrages zwischen ARD und Bundespost oder die Kompromißvorschläge Lothar Späths. „Davon habe ich aus der Presse erfahren“, gestand Gerhard Mahler, LfK-Vorstandsvorsitzender, langjähriger CDU-Betriebsvorsitzender und Intimfeind des Ministerpräsidenten.

Zu den beschriebenen Wissenslücken gesellte sich obendrein ein wenig kaschierte Hilflosigkeit der Entscheidungsträger. In Sachen ARD Eins Plus sieht man sich nicht nur durch die anhängigen Gerichtsverfahren über die Programmhoheit der öffentlich-rechtlichen Sender lahmegelegt. Der Vorstand macht sich auch keine Illusionen über die Bedeutung der nicht erteilten Freigabe für das ARD-Zusatzprogramm. „Wenn die Bundespost sich entscheiden würde, morgen in das baden-württembergische Kabelnetz einzuspeisen“, sagte Vorstandsvorsitzender Haischer, „dann wäre das unter dem Gesichtspunkt der Programmfreiheit vertretbar“. Und das kann passieren.

Kohl und die Cohabitation

Kanzler trifft Chirac / Auf Kontakt zu Mitterrand bedacht

BERNHARD CONRAD, Bonn Bundeskanzler Helmut Kohl wird heute - vor dem Hintergrund der neuen Machtkonstellation in Frankreich - mit Staatspräsident François Mitterrand in Trier aktuelle internationale Fragen erörtern. Auf der Tagesordnung stehen vor allem die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio sowie die EG-Agrarpolitik und der Ausbau des europäischen Binnenmarktes.

den - und hat dort volles Verständnis gefunden. Chirac hatte gegenüber Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 17. April in Bonn ein nachdrückliches Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland abgelegt. Er stellte sich nicht nur hinter die zwischen dem Kanzler, Präsident Mitterrand und der damaligen sozialistischen Regierung in Paris vereinbarte stärkere sicherheitspolitische Kooperation, sondern plädierte sogar für deren Erweiterung. Damit war Kohl sehr zufrieden.

Die Begegnung in der einstigen römischen Metropole an der Mosel findet genau eine Woche nach einem Kurzbesuch des neuen französischen Premierministers Jacques Chirac in Bonn statt. Für Kohl bedeutet das die erste Bewährungsprobe in seinem durch die Umstände erzwungenen Balanceakt zwischen Mitterrand und Chirac (Cohabitation), die seit dem Wahlsieg der bürgerlichen Parteien über die Sozialisten hinter der Kulisse offizieller Kooperation in Paris mit Flexibilität und Zähigkeit um die politische Vormacht ringen.

Nun gilt es für ihn, das seit Jahren bewährte harmonische Zusammenwirken mit Mitterrand - ungeachtet der neuen Achse zu Chirac - in freundschaftlichem Geist zu bekräftigen und fortzuentwickeln. Der historische, kulturelle und landschaftliche Reiz der alten Bischofsstadt Trier könnte dies erleichtern. Der Kanzler hat das offensichtlich bewußt einkalkuliert, indem er mit dem Staatspräsidenten heute zunächst im Palais Sesselstaud zu Mittag ist und dann fünfzig Minuten lang mit ihm durch die Stadt spaziert, deren Geschichte viele Berührungspunkte mit Frankreich aufweist und die heute eine der größten Garnisonen der französischen Streitkräfte beherbergt.

Der Kanzler hat die feste Absicht, mit dem ihm parteipolitisch nahestehenden Regierungschef eng zusammenzuarbeiten und gleichzeitig die freundschaftlichen Kontakte mit dem sozialistischen Staatspräsidenten konsequent fortzuführen. Dieser Wunsch, dessen Realisierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen sicher die einzige Chance für eine Weiterentwicklung der deutsch-französischen Partnerschaft darstellt, ist den Beteiligten in Paris vom Kanzleramt ohne Umschweife übermittelt wor-

den. Den Abschluß bilden ein Gespräch und ein Presseauftakt im Kurfürstlichen Palais, dem Sitz der Bezirksregierung. Das Gebäude war von 1794 bis 1814 von den damaligen französischen Besatzungstruppen als Lazarett und als Kaserne benutzt worden.



Haben sich erfolgreich ergänzt: Franz Josef Strauß und Karl Schiller, der heute 75 Jahre alt wird. FOTO: DPA

Grundsätzen treuer als der Partei - Karl Schiller

Von F. J. STRAUSS

Vor genau 20 Jahren führten uns die Aufgaben als Wirtschafts- und Finanzminister in der Großen Koalition für eine kurze, aber sehr bedeutsame Wegstrecke zusammen. Damals konnten sich viele nicht vorstellen, daß zwei Minister bei dieser grundsätzlichen Verschiedenheit ihrer politischen Herkunft gerade auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik miteinander harmonieren könnten. Das Gegenteil war der Fall.

sei auch finanzierbar und machbar. Es war nur eine Frage der Zeit, bis der aufrechte Einzelkämpfer Schiller keine Gefolgschaft in der Partei mehr hatte und schließlich seinen Hut nehmen mußte.

Im gemeinsamen Bemühen, Probleme zu meistern und die Bundesrepublik nach den Jahren des Wiederaufbaus auf einen stetigen Wachstumspfad zu halten, haben wir uns schon deswegen erfolgreich ergänzt, weil keiner von uns das Bedürfnis hatte, ideologische Scharmützel auszutragen und parteipolitische Profilierung auf Kosten des anderen zu betreiben.

1971 rief er auf dem berühmten Steuerparteitag der SPD den Linken in seiner Partei mutig zu: „Die wollen ja eine ganz andere Republik.“ Am 7. Juli 1972 trat Schiller zurück. Er hatte zuvor dem damaligen Kabinett 2,5 Mrd. DM Einsparungen für das Haushaltsjahr 1972 vorgeschlagen, konnte sich aber nicht durchsetzen.

Professor Schiller war ein Nationalökonom, der wissenschaftliche Grundsätze nicht für billige Tageserfolge verhielt. Dies hatte er auch nicht nötig, denn ihn zeichnete eine Gabe aus, die nur bei wenigen anzutreffen ist. Er war klar und überzeugend in der Gedankenführung, und er sprach eine hildhafte Sprache, die von allen verstanden wurde. Die Begriffe „Globalsteuerung“, „Mittfrü“, „konzentrierte Aktion“ und „soziale Symmetrie“ werden auch heute noch zu Recht mit Karl Schiller in Zusammenhang gebracht.

Fortschrittlicher als junge Parteifunktionäre

In seinem Abschiedsbrief schrieb er an Brandt: „Ich bin nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, die nach außen den Eindruck erweckt, die Regierung lehnt nach dem Motto: nach uns die Sintflut.“

Er lebte die Soziale Marktwirtschaft

Karl Schiller lebte die Soziale Marktwirtschaft als Beispiel. Seine Devisen war, so wenig Staat wie möglich, darum stemmte er sich vor allem gegen jede Form der Investitionslenkung. Mit seiner unbestechlichen Grundstrenge geriet er bald bei den eigenen Genossen in Mißkredit. Diese sonnten sich zwar gern in seinem Ruhm und seiner Popularität, warfen ihm aber mangelnde ideologische Linientreue vor.

Als Schiller nicht länger im Weg stand, konnte sein Nachfolger Helmut Schmidt zum Marsch in den Verschuldungsstaat aufbrechen. Wohin die Reise ging und wo sie schließlich 1982 endete, wissen wir alle. Auch Helmut Schmidt ist schließlich ein Opfer dieser Entwicklung geworden, als er seiner Fraktion sagen mußte, sie weigere sich, Einsparungen vorzunehmen, und wolle dafür noch mehr Schulden aufnehmen - das aber sei mit ihm nicht mehr möglich. So zerfiel die „historische Koalition“ von SPD und FDP.

Karl Schiller war vor allem ein Symbol für solide Finanzpolitik und mußte sich darum zwangsläufig mit den Genossen von der Basis und seinem parteiinternen Widersacher Helmut Schmidt anlegen, die schon damals mehr Staat verlangten und behaupteten, alles Wünschenswerte

Ich bin sicher, für Karl Schiller war es keine Genugtuung, im nachhinein bestätigt zu werden. Er war ein Wirtschaftspolitiker, wie ihn die SPD nie mehr in ihren Reihen hatte und wie sie ihn auch gar nicht mehr haben will, denn heute verläßt sich diese Partei lieber auf die ideologische Engstirnigkeit à la Farhmann als auf den wirtschaftspolitischen Sachverstand à la Schiller.

Die SPD hat zu keiner Zeit erkannt, welches Kapital sie in Karl Schiller hatte. Heute wäre sie mehr denn je gut beraten, auf seinen Rat zu hören, denn mit 75 Jahren ist Karl Schiller immer noch weit fortschrittlicher als die jungen Parteifunktionäre, die meinen, mit den alten Hüften von gestern Staat machen zu können.

„Wallmann-Koalition“ auch ohne Frankfurts OB

Kulturdezernent Hoffmann (SPD) will nach 1987 im Amt bleiben

JOACHIM NEANDER, Frankfurt Wenn Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) im Januar 1987, wie es seine feste Absicht ist, in die Bundespolitik nach Bonn übersiedelt, wird dadurch die weithin beachtete „Wallmann-Koalition“ im Frankfurter Magistrat entgegen bisherigen Befürchtungen nicht in Gefahr geraten.

Während „Haverkamp“ mehr der (ideenreiche) Fachmann und Programmierer seines Ressorts ist, ist Walter Hoffmann seit Jahren die Verkörperung eines Prototypen einer „sozialdemokratischen, nach Meinung vieler sogar „linken“ Kulturpolitik“. Sein Buch „Kultur für alle“ wurde zum Schlagwort. Seine energiegeladene Förderung auch alternativer Aktivitäten erntete teilweise scharfe Kritik. Doch sein persönlich gutes Verhältnis zu Wallmann und sein in der Bundesrepublik seit Jahren gutes Image halten ihm stets über eventuelle Konflikte hinweg.

Der Frankfurter Dezernent für Kultur und Freizeit, Stadtrat Hilmar Hoffmann (SPD), - die Galionsfigur dieses Bündnisses - hat der WELT gegenüber versichert, er werde für den Rest seiner Wahlperiode (noch circa zweieinhalb Jahre) auch unter einem Nachfolger Wallmanns im Amt bleiben und unter Umständen (das kommt auf die Person des neuen Oberbürgermeisters an) dann sogar für eine Wiederwahl zur Verfügung stehen. Vor einigen Jahren hatte Hoffmann immer wieder betont, sein Verbleiben im Magistrat der seit 1977 von einer absoluten CDU-Mehrheit regierten Stadt hänge aufs engste mit der Person Wallmann zusammen.

Wolfram Brück als Nachfolger im Gespräch

Obwohl er nun seit neun Jahren unter Wallmann anhielt und, wie viele Kritiker meinten, dem CDU-Oberbürgermeister wichtige Weichenstellungen zugeschrieben hat, behielt Hilmar Hoffmann auch innerhalb der SPD Einfluß und Ansehen. So ist er Vorsitzender des sogenannten „Kulturforums“ der SPD, in dem sozialdemokratische Politiker und Intellektuelle zur Zeit den kulturpolitischen Teil eines „revidierten Godesberger Programms“ zu formulieren versuchen.

Walter Wallmann hatte, um in der Frankfurter Stadtpolitik neue, vor allem kulturpolitische Akzente zu setzen und die vielgeschmähte Bankmetropole endlich aus dem Geruch des „Maihaitan“ herauszuführen, gegen teilweise heftigen Widerstand in der eigenen Partei drei sozialdemokratische Dezernenten - neben Hoffmann den Baudezernenten Erhard Haverkamp und den Sportdezernenten Peter Rhein - in seinen Magistrat geholt bzw. deren Wiederwahl mit den Stimmen der CDU-Mehrheit durchgesetzt.

Daß der 60jährige Hoffmann auch unter einem Nachfolger Walter Wallmanns (im Gespräch ist vor allem der CDU-Kreisvorsitzende und Personaldezernent Wolfram Brück) weiter im Amt bleiben will, begründet er mit der Verbundenheit mit seinem Frankfurter Vorhaben. Der Wiederaufbau der Alten Oper, die Behebung des Dom-Bömer-Bereichs, mit der kürzlich eröffneten „Kulturschirm“ und die Beruhigung der Theaterzene seien erreicht. Schließlich habe er dafür Angebote aus Hamburg und Berlin ausgeschlagen. Nun müsse noch das Museumsufer vollendet werden.

SPD-Dezernenten mit Ärger in ihrer Partei

Dies hatte die drei „Abtrünnigen“ angesichts einer ansonsten erbitterten Konfrontation zwischen CDU und SPD beziehungsweise den Grünen zum Teil auch in heftige Konflikte mit ihrer eigenen Partei gedrängt. Rhein trat denn auch im Lauf des Kommunalwahlkampfes 1985 aus der SPD aus, ohne allerdings zur CDU (an deren Dezernentensitzungen er seitdem teilnimmt) überzuwechseln. Hoffmann und Haverkamp hielten ihrer Partei treu und verteidigten ihr Verbleiben im Magistrat mit der auch nach ihrer Ansicht auf vielen Feldern „liberalen Politik des Oberbürgermeisters“.

Aber vielleicht ist bei dem geschäftigen Vollerwerb mit Kulturfunktionären, der ganz nebenbei noch an einer sechsbändigen Kulturgeschichte Europas werktet auch trotz im Spiel. Gerade jetzt attackieren ihn die Linken besonders scharf. Hoffmanns „Kulturschirm“ wird ein „Fleischwolf der Kultur für alle“ genannt. Der Mann steigere um seines Ehrgeizes willen die „Kunst- und Kulturgeier einer ganzen Stadt“. So etwas mag es, nur wie Hoffmann natürlich nicht auf sich sitzen lassen.

Zentralheizung soll weniger Ruß ausstoßen

E. N. Bonn

Dem deutschen Ofen geht es jetzt aus Rohr. Nach Erfolgen mit der Großfeuerungsverordnung, die Industrieabgase bis zur Umweltverträglichkeit minimieren soll, hat das Bundeskabinett am Mittwoch ein von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann vorgelegtes Papier gebilligt, dessen Forderungen auf eine drastische Reduzierung der Emissionen aus Kleinfeuerungsanlagen hinauslaufen.

Arbeitgeber und DGB melden Bedenken an

rt, Bonn

Die von Teilen der Koalition geplante Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes ist gestern in der Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung bei Arbeitgeber, DGB und bei der Mehrheit der Rechtsexperten auf starke Bedenken und Ablehnung gestoßen. Die endgültige Entscheidung darüber, diese Novelle nicht mehr vor der Bundestagswahl 1987 zu veröffentlichen, hatte die Regierungskoalition auch vom Ergebnis dieser Anhörung abhängig gemacht. Die Novelle soll die Minderheitenrechte bei Betriebsratswahlen stärken und die Sprecherausschüsse leitender Angestellter gesetzlich verankern. In der Anhörung der etwa 30 Vertreter von Verbänden, Betriebsräten und Arbeitgebern, die wegen des großen Zuhörersalles stattfand, kritisierte der Arbeitgeber-Vertreter, die Novelle beeinträchtige die Funktionsfähigkeit der Betriebsräte und erschwere den Einzug nationaler Gruppierungen in die Betriebe. Der stellvertretende DGB-Chef Gerd Muhr lehnte das Gesetzesvorhaben ab.

Während nach der jetzigen Regelung der Bundes-Immissionsschutzverordnung für Heizungsneuanlagen Abgasverluste bis zu 14 Prozent zulässig sind, soll die Zulässigkeit auf zehn Prozent gesenkt werden, weil dies dem „Stand der Technik“ entspricht. Da von den Schornsteinfegern in der Praxis bei Neuanlagen höhere Werte gemessen werden, will die Bundesregierung auf sachgerechter Einstellung der Anlagen bestehen. Die Staub- und Rußemission bei privaten Öfenfeuerungsanlagen könnte nach dem Stand der Technik von der jetzt gültigen „Rußzahl 3“ um mindestens einen Punkt herabgesetzt werden. Bei neueren mit Zerstäubungsbrenner ausgestatteten Anlagen könne die „Rußzahl 1“ erreicht werden.

Späth zieht seine Erfolgs-Bilanz

gu, Stuttgart

Eine „erfolgreiche Halbzeitbilanz“ zwischen den Wahlen hat Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) gestern in Stuttgart Landtag gesteuert. „Baden-Württemberg“, betonte er in seiner fast zweistündigen Regierungserklärung, „hat den tiefgreifenden Strukturwandel der 80er Jahre unter den deutschen Bundesländern mit am besten bewältigt.“ Erreicht worden sei dies durch Kontinuität in den langfristigen Zielsetzungen, durch Konzentration der Mittel und Maßnahmen, vor allem in der Forschungs- und Industriepolitik, sowie durch Offenheit gegenüber neuen Problemstellungen. Als Beispiel einer „versäumten Strukturpassung“ nannte Späth den Niedergang des Ruhrgebietes, der Nordrhein-Westfalen „ein Stück wirtschaftliche und soziale Lebensqualität“ gekostet habe. Aktivposten der Halbzeitbilanz seien vor allem die unverändert guten Wirtschaftsdaten des Landes: 3,2 Prozent reales Wachstum und 5,4 Prozent Arbeitslosigkeit 1985, 7500 Unternehmensneugründungen seit 1984, jährliche Steuerertragssteigerungen im Export von durchschnittlich 9,8 Prozent.

Zur Herabsetzung des Schwefelgehalts in leichtem Heizöl, der zur Zeit bei 0,3 Prozent liegen darf und nach deutschen Vorstellungen auf 0,15 Prozent gesenkt werden soll, sind Verhandlungen mit den EG-Mitgliedstaaten aufgenommen, aber noch nicht abgeschlossen worden.

Die Notwendigkeit der Überwachung von Kleinfeuerungsanlagen durch das Schornsteinfegerhandwerk hat das Bundesinnenministerium mit dem Hinweis darauf unterstrichen, daß zum Beispiel im Jahre 1982 an fünf Millionen häuslicher Öfenfeuerungsanlagen und drei Millionen Gasfeuerungsanlagen Messungen durchgeführt wurden, und daß dabei 15 beziehungsweise neun Prozent dieser Heizungen wegen ihrer zu großen Emissionen zu beanstanden worden waren. In Ballungsgebieten könnten die Beiträge der Kleinfeuerungsanlagen zur Luftverschmutzung auf 50 Prozent ansteigen.

Machtlos ist der Gesetzgeber vorerst nur beim mit Braunkohlenbriketts oder Gasflammkoble beheizten „Zimmerofen“, weil der Schwefelgehalt dieses Heizmaterials deutlich über ein Prozent liegt und deshalb künftig (ohne Terminangabe) nur noch in Feuerungsanlagen mit Abgasreinigung eingesetzt werden soll.

Kompromiß in Brüssel?

Kiechle will Agrarpreise nach der Produktqualität richten

WILHELM HADLER, Luxemburg Nicht ungünstig standen gestern die Chancen für einen Durchbruch bei den Luxemburger Agrarpreisverhandlungen. Die Landwirtschaftsminister der EG haben sich in den letzten Tagen so weit zusammengerauft, daß zumindest ein politischer Rahmenkompromiß in greifbarer Nähe gerückt zu sein schien.

Differenzierung der Getreidepreise nach Qualitätsmerkmalen. Während die EG-Kommission für schlechteren Weizen einen Preisabschlag vorgeschlagen hat, trat die Bundesregierung dafür ein, Getreide, das sich besonders gut zum Backen eignet, durch einen Preisabschlag zu belohnen. Dies würde der deutschen Landwirtschaft erheblich zugute kommen und den britischen Bauern schlechtere Preise bescheren.

In der Nacht zum Mittwoch waren die Gespräche unterbrochen worden, um der niederländischen Präsidentenwahl Gelegenheit zur Überarbeitung ihres zu Beginn der Woche vorgelegten Kompromißpapiers zu geben. Der gestrige Vormittag blieb außerdem Einzelgesprächen der Delegationen vorbehalten.

Allgemein bedeuteten die Vorschläge der EG-Kommission erhebliche Einkommensopfer für die deutschen Bauern. Auch das erste Kompromißpapier der Präsidentschaft brachte zum Beispiel bei Getreide 10 Prozent Minderungen um rund 10 Prozent. In den Verhandlungen gelang es Kiechle jedoch, erhebliche Verbesserungen für die deutschen Bauern herauszuholen. Ob diese ausreichen, um das Gesamtpaket akzeptieren zu können, war gestern noch ungewiß.

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle berichtete in dieser Pause dem Bonner Kabinett über den Stand der Beratungen und kehrte anschließend nach Luxemburg zurück. Er will heute - unabhängig vom Verlauf der Konferenz - an der Agrardebate im Bundestag teilnehmen.

Die meisten anderen EG-Länder befinden sich in einer günstigeren Lage als die Bundesrepublik. Sie verfügen über eine bessere Agrarstruktur und können sich als Folge der jüngsten Neuordnung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) sogar leichte Preisabsparungen in nationaler Währung erhoffen.

Kiechle kämpfte vor allem für eine

DIE WELT (USPS 605-970) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to DIE WELT GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

Selbst im eigenen Lager verliert Mugabe Rückhalt

Wieder Stammeskongflikte in Zimbabwe / Weiße beunruhigt

M. GERMANI, Johannesburg
Sechs Jahre nach der Entlassung Zimbabwes in die Unabhängigkeit drohen die Stammeskongflikte, die das Land nie haben zur Ruhe kommen lassen, Regierungschef Robert Mugabe über den Kopf zu wachsen. Es geht nicht länger nur um die historisch begründete Feindschaft zwischen Mugabes Maschona-Volk und den Matabele seines früheren Mitstreiters und heutigen Widersachers Joshua Nkomo, sondern auch um scharfe Differenzen in den Reihen der Maschona selbst. Führende Matabele-Politiker sprechen bereits davon, daß Mugabes Stern im Sinken begriffen sei.

Nachdem Nkomo noch vor einem Monat gezwungenermaßen seine Bereitschaft zur Anerkennung Mugabes als uneingeschränkter Führer in einem künftigen Ein-Parteien-Staat erklärt hatte, ist der Konflikt zwischen beiden Stämmen durch den Tod des Chefs der Guerillaorganisation der Matabele, Lookout Masuko, wieder voll entbrannt. Masuko war nach schweren Kämpfen zwischen Maschona und Matabele im März 1982 unter dem Vorwurf der Verschwörung verhaftet worden. In der Haft erkrankte er an einer Hirnhautentzündung, wurde jedoch erst im fortgeschrittenen Stadium der Erkrankung entlassen und starb kurz darauf.

Die Lage in Matabeleland wird als äußerst instabil bezeichnet. Immer öfter tauchen Plakate mit dem Bild

des beliebten Guerillaführers Tjogoga auf, der im Dezember 1979, kurz vor der Unabhängigkeit, in einem äußerst mysteriösen Autounfall in Mochambique ums Leben kam. Tjogoga galt als aussichtsreichster Rivale Mugabes im Kampf um die Führung des Landes.

Gleichzeitig hat der Betrugsandal um den seit Jahren umstrittenen Transportminister Herbert Ushewokunze und Mugabes nur zögernd erfolgte Zurechtweisung eine Kluft innerhalb der regierenden Zanu-Partei aufgerissen. Ushewokunze, wie Mugabe Mitglied des zum Matabele-Volk gehörenden Minderheitsstammes der Zezuru, behielt seinen Kabinettsposten und mußte lediglich als Mitglied des Zentralkomitees zurücktreten. Dagegen wurde sein größter Widersacher, Innenminister Byro Hove, der den Skandal um den illegalen Verkauf von Häusern der Eisenbahngesellschaft aufgedeckt hatte, entlassen. Beobachter weisen immer wieder erneut auf den außerordentlichen Einfluß hin, den Ushewokunze auf den Ministerpräsidenten hat.

Unruhe unter den etwa 70 000 Weißen im Land hat Mugabes Ankündigung ausgelöst, er werde dafür sorgen, daß die 20 für die weiße Bevölkerung reservierten Sitze im Parlament im kommenden Jahr verschwinden. 15 der 20 Mandate werden von Abgeordneten der Konservativen Allianz des Mugabe-Gegners und früheren Premiers Ian Smith gehalten.



Libyens Botschaft in Rom Zentrale des Terrorismus?

F. M. Rom
Die Festnahme eines ehemaligen libyschen Diplomaten durch die italienische Polizei und die angebliche Entdeckung einer lange Zeit von Libyen frequentierten, jetzt leerstehenden konspirativen Wohnung in Rom haben den in der italienischen Öffentlichkeit immer wieder geäußerten Verdacht verstärkt, daß in der libyschen Botschaft an der römischen Via Nomentana Fäden des internationalen Terrorismus zusammenlaufen. Die Botschaft liegt in einem gut abgesicherten Park und soll mit der benachbarten iranischen Botschaft durch einen unterirdischen Gang verbunden sein.

Bei dem Festgenommenen handelt es sich um den ehemaligen Kulturattaché der Botschaft, Arabi Mohammedi Futur, der schon zweimal als „persona non grata“ von der italienischen Regierung des Landes verwiesen worden war, dann aber immer wieder nach Italien zurückkehrte. Er wird beschuldigt, gemeinsam mit dem bereits am 5. Februar verhafteten Libyer Raguei Hammouda Daghigh Mordanschläge auf die Botschafter der USA, Ägyptens und Saudi-Arabiens geplant zu haben.

Über die weiteren Ermittlungen, die die Futur-Festnahme auslösten, wahren die italienischen Behörden striktes Schweigen. Nach Indiskretionen, die von Rundfunk und Presse verbreitet wurden, sollen weitere fünf bis sechs Botschaftsangehörige im Verdacht stehen, den Terrorismus zu unterstützen. Gegen einen anderen ehemaligen Botschaftsangehörigen, der Italien bereits vor einem Jahr verlassen hatte und dessen jetziger Aufenthaltsort unbekannt ist, wurde Haftbefehl erlassen.

In der nach Zeitungsberichten entdeckten konspirativen Wohnung soll auch Material zur Fälschung von Pässen sichergestellt worden sein.

Nur der Felsen belastet das herzliche Verhältnis

REINER GATERMANN, London
„Ich vertraue darauf, daß unsere Regierungen in der Lage sind, den geschichtlichen Test zu bestehen und den einzigen Schatten auf unsere Beziehungen in Harmonie zu verwandeln.“ Nichts interessierte die Briten während des Staatsbesuches des spanischen Königs Juan Carlos im Vereinigten Königreich mehr, als seine Worte zu diesem „Schatten“, der eigentlich ein Felsen ist, namens Gibraltar. Nach spanischer Auffassung kann die Harmonie nur bedeuten: Rückgabe des Felsens an Spanien. Aber das bleibt abzuwarten. Immerhin betrachten die Briten Gibraltar bereits seit 1713 als ihr Eigentum.

Andererseits konnten er und Königin Sofia nicht übersehen, wie sich die Briten, allen voran Königin Elizabeth, bemühten, den langsehnten Gästen Empfang und Aufenthalt im regnerischen und kalten England einmal durch persönliche Wärme und zum anderen durch Anerkennung und Lob der politischen Arbeit des Königs so angenehm und herzlich wie möglich zu gestalten.

Mit dem anglo-spanischen Abkommen von 1984, das nach 16 Jahren wieder die Öffnung der Tore zwischen Gibraltar und Spanien ermöglichte, sowie mit dem EG-Beitritt des Landes waren auch wieder die Voraussetzungen für offizielle Besuche geschaffen worden. Seit dem letzten, 1965, sind immerhin 81 Jahre vergangen, der vorletzte fand 1557 statt.

Dabei sind die beiden Königshäuser, sowohl durch Geburt als auch durch Heirat miteinander verwandt, Königin Elizabeth und König Juan Carlos sind Vettern, aber neben dem Regime Franco stand eben gerade der Affenfelsen engeren staatlichen und zeitweise auch privaten Beziehungen im Wege. So blieben die Spanier vor fünf Jahren der Hochzeit von Prinz Charles und Lady Diana fern, weil diese beschlossen hatten, ihre Hochzeitsreise am Südpol Spaniens zu beginnen.

Jetzt stand das Kronprinzenpaar, laut Protokoll dafür eigentlich zu hochrangig, auf dem Flugplatz, um die Gäste zu begrüßen. Auch wieder jedes Protokoll beugte sich die Prinzessin von Wales vor dem Spanier zum Hofknicks, bevor dieser ihr zu nächst familiär-freundschaftlich die Wangen küßte und dann galant die Hand. Bei solch herzlichen Szenen vergaß man schnell, daß man sich offiziell noch nie gesehen hatte.

Die Briten bereiten den Spaniern auch noch eine andere ungewöhnliche Ehre: Juan Carlos ist der erste amtierende Monarch, der zu einer Rede vor beiden Häusern des britischen Parlaments eingeladen worden war. Nach so viel Herzlichkeit und Anerkennung sollte es nun – trotz Felsen – vielleicht auch möglich sein, daß ein Premierminister des Vereinigten Königreiches offiziell spanischen Boden betritt. Das hat es in der Geschichte noch nicht gegeben.

Washington beharrt auf Sanktionen gegen Libyen

Zeichen wachsender Ungeduld über Haltung der Europäer

FRITZ WIRTH, Washington
Präsident Reagan hat die jüngsten anti-libyschen Maßnahmen der EG-Staaten dankbar zur Kenntnis genommen, dennoch wird er die Europäer auf dem Wirtschaftsgipfel in Tokio unter Druck setzen, noch mehr zu tun. Ideal wäre nach amerikanischer Ansicht, wenn die Europäer dabei auf den amerikanischen Kurs einschwenken und sich den Wirtschaftssanktionen gegen Khadhafi anschließen würden.

Zumindest im State Department hat man sich darauf eingerichtet, daß dieses Ziel kaum erreicht wird. „Wir werden uns wohl damit abfinden müssen, daß dies ein Punkt sein wird, bei dem wir weiterhin darin übereinstimmen, daß wir nicht übereinstimmen“, erklärte ein leitender Beamter des State Department der WELT.

„Wir wissen sehr wohl um die Grenzen von Sanktionen und wissen ebenso, daß sie in der Vergangenheit als politisches Mittel nicht sehr erfolgreich waren. Ironischerweise ist Libyen jedoch ein Fall, bei dem wir glauben, daß Sanktionen wirksam wären. Der einzige Rohstoff dieses Landes ist Öl. Es ist besonders zum gegenwärtigen Zeitpunkt leichter als sonst, Libyen von dieser Quelle abzuschneiden.“

Im übrigen deutet man im State Department an, daß das Problem der Beteiligung amerikanischer Firmen an der Ölförderung in Libyen in absehbarer Zeit gelöst werden kann. Es war bei dem Bemühen, die Europäer zu Sanktionen zu gewinnen, bisher ein schweres Hindernis gewesen.

Man hofft in Washingtoner Regierungskreisen dennoch, in Tokio mit den europäischen Partnern ein bohes Maß an Zusammenarbeit in der Terrorbekämpfung erzielen zu können. Das dürfte sich vor allem auf den Geheimdienstbereich und den internationalen Terroristenstempel erstrecken.

Die Sowjets von Anfang an richtig eingeschätzt

Doch auch im State Department ist man der Meinung, daß die Europäer insgesamt zu langsam und schwerfällig auf die Provokationen Khadhafis reagiert haben. „Hätten sie im Januar dieses Jahres beschlossen, was sie gestern als Maßnahme gegen Libyen vereinbarten, hätte die amerikanische Regierung wahrscheinlich anders auf Khadhafi reagiert“, erklärte der Beamte des State Departments, der jedoch mit Nachdruck dementierte, daß der Schlag gegen Libyen nur unternommen worden sei, um die Europäer zum Handeln zu bewegen.

Dagegen wird heute innerhalb der Reagan-Administration immer häufiger die Frage gestellt, ob dieser Schlag gegen Khadhafi in seinem Ausmaß und seiner Intensität nicht besser hätte umfangreicher und aufwendiger sein sollen. Dafür sei, nach Pressemeldungen, auch der französische Präsident Mitterrand eingetreten.

Die Haltung der Sowjets in diesem Konflikt hat im State Department nicht überrascht. „Wir haben damit gerechnet, daß sie propagandistisch versuchen werden, das Beste daraus zu machen. Sie lieben es, im Trüben zu fischen. Wir beurteilen ihr Verhalten jedoch nicht nach ihrer Rhetorik sondern an dem, was wirklich geschieht“, erklärt man im State Department, „und da haben wir den Eindruck, daß sie zu einem Gipfeltreffen in diesem Sommer noch nicht bereit sind, ebenso wie sie eigentlich zum letzten Gipfeltreffen in Genf noch nicht bereit waren.“

Man rechnet jedoch in der Administration fest damit, daß der nächste Gipfel im November oder Dezember in Washington stattfindet. Außerdem ist man in der Reagan-Administration darauf eingerichtet, daß die Sowjets im Schatten der Libyen-Krise größere politische Aktivitäten im Nahen Osten entwickeln und versuchen werden, in den arabischen Staaten aus dieser Krise politischen Kredit zu schlagen.

Auftrieb für Waldheim

Präsident Kirchschräger fordert auf, „sich zu beruhigen“

CARL GUSTAF STRÖM, Wien
„Ich bin dem Herrn Bundespräsidenten sehr dankbar. Alle Vorwürfe sind mit seiner Erklärung zusammengebrochen.“ Mit diesen Worten reagierte der Präsidentschaftskandidat der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Kurt Waldheim, auf die Rede von Bundespräsident Rudolf Kirchschräger, in der dieser die gegen Waldheim erhobenen Beschuldigungen wegen angeblicher Kriegsverbrechen weitgehend entkräftet hatte. In politischen Kreisen Wiens werden Waldheim nach der Erklärung Kirchschrägers jetzt noch bessere Chancen für die Wahlen am 4. Mai eingeräumt.

In einer Fernsehansprache hatte Kirchschräger nach dem Studium der von der UNO und vom Jüdischen Weltkongreß übermittelten Waldheim-Akten erklärt: „Wäre ich ein Staatsanwalt, so würde ich es nicht wagen, eine Anklage vor einem ordentlichen Gericht zu erheben.“

Als einzigen gravierenden Anknüpfungspunkt gegen Waldheim führte Kirchschräger die Aussage eines in zwischen verstorbenen Oberfeldwebels der Wehrmacht an, der sich in

jugoslawischer Kriegsgefangenschaft zu erinnern glaubte, Waldheim habe im Zusammenhang mit einer Desertion im November 1944 mehrere Personen hingerichten lassen. Der Bundespräsident meinte aber, Waldheim sei damals Ordonanzoffizier im Stab der Heeresgruppe E gewesen, so daß ihm eine Befehlsgewalt für Vergeltungsmaßnahmen nicht zustand. Es sei nicht auszuschließen, daß Waldheim durch den Oberfeldwebel belastet wurde, weil letzterer sich selbst entlasten wollte.

Zu den Akten des Jüdischen Weltkongresses, die sich mit den Juden deportationen aus Saloniki befassen, sagte Kirchschräger, eine Beziehung zu Waldheim sei auf Grund der vorliegenden Urkunden nicht nachzuweisen. Um ein Wissen Waldheims über diese Juden deportationen festzustellen, reichten die vorgelegten Dokumente nicht aus. Kirchschräger warte in seiner Rede vor dem Ausbreichen antijüdischer Gefühle: „Sie haben in unserer Geschichte bisher nie Segen gebracht. Sie sind zutiefst inhuman.“ Zugleich appellierte er an alle Österreicher, zu einem „Beruhigungsgang“ beizutreten.

Das State Department versucht zu überbrücken

Ein transatlantisches Konzept zur internationalen Terroristen-Bekämpfung wäre auf amerikanischer Seite erwünscht, man glaubt im State Department jedoch nicht, daß es in Tokio erreicht werden kann. Man sieht hier vor allem Widerstände von französischer Seite, von der man erwartet, daß sie beim Entscheidungsprozess in Fragen der Terrorbekämpfung ihre Eigenständigkeit betonen und erhalten möchte. Auf amerikanischer Seite würde man das Scheitern eines solchen gemeinsamen Konzeptes nicht allzu tragisch nehmen. „Wir sind nicht so sehr an Konzepten als an Realitäten interessiert“, sagt man im State Department.

Im übrigen ist bei der Beurteilung des Verhaltens der Europäer in der

Telefonnummer führt zu Abu Nidal

W.K. Bonn/Berlin
Der Palästinenser Ahmed Nawaf Mansur Hasi, der im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Berliner Discothek „La Belle“ verhaftet wurde, gehörte offenbar zum Kreis einer neuen Deutsch-Arabischen Gesellschaft, die 1985 in Berlin gegründet worden war. Diese Gesellschaft ist mit der vom Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Miellemann, geleiteten Deutsch-Arabischen Gesellschaft e.V. in Bonn und Aachen nicht identisch.

Unter den beschlagnahmten Papieren in der Wohnung Hasis in Berlin-Tempelhof befand sich auch eine Telefonnummer, die der Zentrale des Terroristenführers Abu Nidal zugeordnet wird. Bei der Auswertung der sichergestellten Materialien wurden Verbindungen nach Libyen, Libanon und Syrien festgestellt.

Über Banken

Warum wir privaten Banken privat mit persönlich, frei und mündig übersetzen

Privat – das ist für uns private Banken ein Schlüsselwort. Weil es für persönlich steht, und weil persönliche Initiativen der Schlüssel zum Fortschritt sind. In Kunst und Kultur, in Wirtschaft und Wissenschaft, in Staat und Gesellschaft. Persönliche Initiativen aber setzen Entscheidungs-freiheit voraus – für mündige Bürger.

Deshalb heißt privat für uns: persönlich, frei und mündig. So verstehen wir die Marktwirtschaft, und so sehen wir auch unsere Rolle. Freie Initiativen und selbstverantwortliche Bürger sind Fundamente unseres Staates und unseres Wohlstandes.

Wir, die privaten Banken, vertrauen auf diese Prinzipien – sei es als große Filialbank, als Regionalbank, als Privatbankiers oder als Hypothekenbank.

Private Banken – die persönlichen Partner



Eine Anzeige des Bundesverbandes deutscher Banken.
Mohrenstraße 35 – 41, 5000 Köln 1
Btx * 459 00

Wie die Nation zusammenwuchs

Die erste deutsche Verwaltungsgeschichte

Man muß das zügige Fortschreiten dieses großangelegten Werkes, mithin die Energie seiner Herausgeber K.G.A. Jeserich / H. Pohl / G. Chr. von Unruh bewundern. Wo kann man sonst mit Sicherheit darauf rechnen, daß eine mehrtausendseitige Gesamtdarstellung innerhalb eines halben Jahrzehnts ihre Vollendung findet? 1983 waren die ersten beiden Bände über die Zeit „Vom Spätmittelalter bis zum Ende des Reiches“ und „Vom Reichsdeputationshauptschluß bis zur Auflösung des Deutschen Bundes“ erschienen. Nur ein Jahr später folgte die Darstellung der Jahre 1871-1918 und wiederum ein Jahr später der die Weimarer und die NS-Zeit betreffende vierte

stehen im vorliegenden Band die Namen von Karl Wittrock, Präsident des Bundesrechnungshofes, und Innenminister Karl-Eduard Clausen aus Kiel. Das sonst leicht übersehene historische Interesse der inaktiven Staatssekretäre und Präsidenten ist für die Verwaltungsgeschichte gewiß ein Glücksfall.

Man mag es als einen Vorteil dieser Gesamtdarstellung ansehen, daß die Erfahrung der Praxis in der Darstellung von Verwaltungs- und Behördengeschichte hat eingebracht werden können. Man kann auf der anderen Seite beobachten, daß dadurch die Auswahl der Quellen unterschiedliche Breite aufweist. Während mancher der Autoren souverän auch mit ungedrucktem Material umzugehen weiß und seinen Beitrag auf eigene Quellenstudien stützt, kann man bei anderen eine bewußte Beschränkung auf die vorhandene Sekundärliteratur und auf gedruckte Quellen beobachten.

Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. III (Das Deutsche Reich bis zum Ende der Monarchie), 944 S., 258 Mark, Bd. IV (Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus), 1168 S., 258 Mark. Beide in der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart.

Band. Nun fehlen nur noch zwei Bände, deren einer die Bundesrepublik Deutschland behandeln und der andere das Gesamtregister enthalten soll.

Handbücher dieses Umfangs sind heutzutage die Frucht von Gemeinschaftsarbeit. Ohne das arbeitsteilige Verfahren der Mitverfasserschaft, die Sammlung von Einzelbeiträgen geht es anscheinend nicht mehr. Das gilt erst recht für die Rechts- und Verfassungsgeschichte. Abgesehen von der fortschreitenden Spezialisierung der Wissenschaften tritt einer Gesamtdarstellung der Verwaltungsgeschichte ein weiteres Hindernis entgegen. Sie war überfällig und hat doch keinen Alleinbearbeiter finden können. Inzwischen gibt es 65 Mitarbeiter, und ihre Zahl wird noch zunehmen.

Rechtshistorische Forschung bringt heute ideell wie materiell wenig ein. Die Prominenz der Verwaltung und Verwaltungswissenschaft betätigt sich auf anderen Gebieten. Man muß es schon als einen Glücksfall ansehen, wenn den Leuchten des Öffentlichen Rechts die Geschichte ihres Faches wenigstens in ihren Nebenstunden liebt ist.

Die Herausgeber von Sammelwerken sind mit Hypothesen belastet, denen der Alleinverfasser bei seiner Arbeit begegnet. Sie müssen zur Mitarbeit überreden, persönlichen Engpässigkeiten Opfer bringen, begünstigen, drohen, Termine setzen, betteln, schmeicheln, Enttäuschungen über Eingereichtes wegstecken und am Ende manches selbst machen.

Die Herausgeber haben ihre Mitarbeiter überall gesucht und gefunden. Die nichtjuristischen Historiker tragen eine Hauptlast des Bandes. Unter den Namen der Autoren prangen die von Rudolf Morsey, Walter Hubatsch, Hans Fenske, Wolfgang Hofmann. Daß auch die Juristen ihren Teil beitrugen, haben wir vor allem Christoph Link, Michael Stollens und Wolfgang Rüfner zu verdanken. Dazu haben sich aktive wie pensionierte Verwaltungsfachleute der ersten Garnitur gesellen lassen. Für die aktiven

Auch das hat seinen guten Sinn. Sammelwerke sollen nicht so sehr Forschungen ersetzen, als vielmehr Forschungsergebnisse sortieren, bündeln und durch Lieferung des Überblicks zu weiteren Forschungen anregen. Handbücher sind niemals letztes Wort, sondern, wenn es gut geht, Vorwort für kommende Forschung. Andererseits können sie die kommende Arbeit dann nur bedingt entlasten, wenn die vorgelegten Einzelbeiträge allzu knapp und allzu beschränkt in der Auswahl der verwerteten Einzeluntersuchungen ausgefallen sind. Das gilt für Theoretiker wie Praktiker im gleichen Maße, prägt aber doch nicht den Stil des gesamten Werkes. Die hier angelegten Bände bieten eine Materialfülle, die jeden Leser begeistert.

Die drei Herausgeber haben den Stoff richtig bemessen, umschichtig alle wichtigen Gebiete betreut. Dennoch darf der Rezensent fragen, ob das Gesamtwerk nach solch glücklichem Vortanschreiten heute nicht schon der Ergänzung nach zwei Seiten bedarf. Die eine betrifft das Wörtlein „Deutsch“ im Titel. Die Darstellung hat sich mit gutem Grunde an den Gang der deutschen Verfassungsgeschichte gehalten. So enthält der dritte Band keine Beiträge mehr zur österreichischen Verwaltungsgeschichte, die in den ersten beiden zu finden waren. War es die Angst vor einer Verstimmung der Österreicher, daß Band III kleindeutsch angelegt wurde? Sicher hat Österreich seit 1866 sein eigenes staatliches Schicksal genommen. So hart und drastisch war die Trennung aber nicht.

Die deutsche Nation besteht heute, geschichtlich gesehen, aus drei Staaten unterschiedlicher Verfassung. Alle drei gehören daher auch für die Zeit nach 1866 thematisch in eine „deutsche“ Verwaltungsgeschichte. Auch wenn die Österreicher heute dieser Nation nicht mehr angehören, gibt es doch bis in die Gegenwart eine gemeinsame Geschichte, also auch Verwaltungsgeschichte, die zwischen Österreich und den beiden deutschen Staaten mehr Gemeinsamkeiten aufweist, als der Laie annimmt.

HANS HATTENHAUER



In typischer Pose: Herbert Wehner im Bundestag

FOTO: DPA

Nicht ohne Bitterkeit

„Politisches Urgestein“: Wehner im Buch

Herbert Wehner gehört fraglos zu den Politikern, die als Handelnde die Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland am stärksten beeinflusst, das parlamentarische Erlernen und Ringen um öffentlichkeitswirksamsten mitgeprägt haben. 80 Jahre alt wird dieser Mann im Juni, dessen politische Entwicklung ein in der diktatorischen kommunistischen Bewegung begonnen hatte und der sich später - als „Gebrannter“ und als „illegitimes Kind“ der Sozialdemokratie, wie er sich selber bezeichnete - umso nachhaltiger um die Demokratie verdient gemacht hat.

„Politisches Urgestein“ ist er von der für Schlagworte so empfänglichen veröffentlichten Meinung später oft genannt worden, obwohl er selbst diese Worte erst für seinen großen Widersacher Adenauer geprägt hat.

Herbert Wehner: Christentum und Demokratismus Hrsg. v. Rüdiger Reitz, Dreisam Verlag, Freiburg, 243 S., 28 Mark.

Der Onkel Herbert Wehner in Gesprächen und Interviews, Hrsg. v. Knut Terjung, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, 288 S., 32 Mark.

Das zweite Etikett, das ihm aufgeklebt wurde und das er oft auch willig annahm, war das des geheimnisvollen Taktikers, dem alle erst zu spät auf die Schliche kämen.

Zwei Bücher sind jetzt über Wehner auf den Markt gekommen: Das eine konzentriert sich vordergründig auf sein lebenslanges Ringen als Sozialist mit dem christlichen Glauben. „Kirche ist keine Tankstelle oder Raststätte für die politischen Autofahrer“, lautet sein Credo. Sehr persönlich, fast intim ist der oft allzu Bärbelbige hier dargestellt. Vor allem wird in diesem Band auch etwas von dem in der Tat großen, doch gar nicht so geheimnisvollen politischen Taktiker deutlich: Wer beispielsweise seine Äußerungen zur Ost-Denk-schrift der EKD nachliest, sieht, wie sehr er sie den politischen Opportuni-

tätsprinzipien eines Oppositionspolitikers untergeordnet hatte. Er wollte sich die Wahlchancen der Partei und damit die von der SPD in Grundzügen geplante neue Ostpolitik nicht dadurch kaputt machen lassen, daß eine Kirchen-Veröffentlichung zur Unzeit das Wahlvolk zu einer Gegenreaktion veranlaßte und wieder wegrief. Fast wie ein Eierkatz mutet es an, im zeitlichen Ablauf nachzulesen, wie Wehner zuerst hart ablehnte, um sich dann in homöopathischen Schritten allmählich doch der eigentlich von ihm von Anfang an innerlich für richtig gehaltenen EKD-Position zu nähern.

Es sind die Rückblicke, die Nachdrucke früherer Wehner-Äußerungen und Interviews, die in beiden Büchern für den politischen Zeitgenossen wie den Nachgeborenen den Reiz der Lektüre ausmachen. Es gehört fraglos zu Knut Terjung, Wehners langjährigem Pressesprecher, Verdiensten, die wegweisende Rede vom 30. Juni 1960 noch einmal zu dokumentieren, mit der Wehner die deutsche Sozialdemokratie fast im Alleingang in den Bundestag auf die Westintegration der Bundesrepublik festgelegt hat - wenige Monate nach der Vorlage des aus heutiger Sicht völlig mißglückten Deutschlandplans.

Doch die ersten 64 Seiten sind manchmal geradezu peinlich. Was dieser von Alter und Krankheit gezeichnete Mann dort über sich, seine Partei und manche Spitzengenosse verbillert von sich gibt, wirkt nur auf den ersten Blick erheitend - auf den zweiten stimmt es traurig. Zeigt es doch, wie sehr manchmal auch (ehemalige) Untergebene sich ihrer Fürsorgepflicht erinnern sollten. Es läßt einen Menschen erscheinen, der mehr in der Vergangenheit als der Gegenwart lebt. Mit einem Wort: den man daran hindern sollte, die Erinnerung an ihn selber zu zerstören. „Si tacuisses“, möchte man Terjung zurufen, der offenbar Sorge hatte, allein mit dem zeitgeschichtlich durchaus genügend gewichtigen Dokumentar-teil seines Buches nicht genügend Aufmerksamkeit und damit Auflage zu erringen.

PETER PHILIPPS

„Die Sowjets wollen uns doch zu ihrer Kolonie machen...“

Aus den Tagebüchern eines finnischen Zeitzeugen

Das kürzliche Erscheinen von Band I des Tagebuches des ehemaligen Staatspräsidenten Juhos Kusti Paasikivi war das große Ereignis auf dem Gebiet der zeitgeschichtlichen Forschung in Finnland (Verlag Werner Söderström Osakeyhtiö, Juva). Der cholerische Paasikivi, von 1944 bis 1946 Ministerpräsident und 1946 bis 1956 Staatspräsident, war trotz seines hohen Alters ein fleißiger Tagebuchschreiber, der seine Notizen stenographisch festhielt.

Im Jahre 1958, nach seinem Tod, wurden die Notizen von mehr als 3000 Seiten ins Reine geschrieben. Der jetzt publizierte, von den Historikern Yrjö Blomstedt und Matti Klinge redigierte Band enthält das Material, das für Paasikivi in den 50er Jahren wichtig war.

Der Schlüssel zum Verständnis seiner Außenpolitik ist sein illusionärer Realismus. „Alle Großmächte treiben nackte Machtpolitik, die Sowjetunion so wie die anderen“, schrieb er am 17. 8. 1948. Und am 22. 7. 1948: „Der russische Imperialismus ist entsetzlich“, und wieder nach zwei Monaten: „Die Absicht der Kommunisten ist - mit der Hilfe der Russen - das heutige System in Finnland umzustürzen und die Diktatur herzustellen.“

Mit großer Sorge verfolgte der Präsident die Ereignisse in Europa der Nachkriegszeit. In Estland gibt es heute ebenso viel oder sogar mehr Russen als Esten. Dies ist entsetzlich. So verfahren die Russen.“ (12. 12. 1947). Der kommunistische Umsturz in der Tschechoslowakei im Februar 1948 machte auf Paasikivi „einen sehr bösen Eindruck“. „So etwas darf in Finnland nicht geschehen, und bevor ich erschossen werde, geschieht es auch nicht.“ (21. 5. 1948).

Er sprach vom Kampf: „Dieser Kampf gilt unseren Kommunisten und dem hinter ihnen stehenden sowjetischen Imperialismus, die beide Finnland zur Kolonie der Sowjetunion im geistigen und realen Sinne machen wollen. Unser Volk muß immer diesen Kampf im Gedächtnis bewahren. Das Sinken in die Arme des Slawentums bedeutet für uns den Tod. Denn wir gehören zu den nordischen Ländern und zum Kulturkreis der nordischen und westlichen Länder.“ (11. 8. 1948).

Zeitweise war der Staatsmann sehr pessimistisch. „Die gewaltige Mehrheit des finnischen Volkes hält fest an seiner Selbständigkeit, und wenn die Sowjetunion diese zu berühren begänne, würde ein heiliger Kampf - wenngleich nicht mit Waffen - entbrennen. Bevor das finnische Volk niedergeworfen wird, muß man wenigstens eine halbe Million Finnen umbringen oder deportieren.“ (18. 11. 1948).

Das politische Konzept des Präsidenten war einfach: Der Sowjetunion müsse darauf vertrauen, daß Finnland nie mehr auf der Seite der Feinde der Sowjetunion stehe: „Wenn die Sowjetunion sieht, daß sie nicht auf Finnland vertrauen kann, erachtete sie es ver-

mutlich als notwendig, hier andere Garantien, reale Garantien, zu schaffen dafür, daß Finnland nicht in die Hände der Feinde der Sowjetunion fällt.“ (22. 11. 1945).

In dieser Hinsicht war Paasikivi bereit, sehr weit zu gehen: „Wenn man theoretisch annimmt, daß ein Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion ausbricht, sollten wir nach meiner Meinung auf der Seite Rußlands stehen, auch dann, wenn wir vermuten müßten, daß Rußland verliert.“ (12. 5. 1948). Wie Mannerheim war Paasikivi der Ansicht, daß ein so großes Volk wie die Russen auf Dauer nicht niederzuhalten sei. Einmal würde es sich wieder erheben und die Rechnung präsentieren.

Aber allzu weit wollte Paasikivi dann doch nicht gehen. Das Abkommen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom April 1948 war für ihn die äußerste Grenze: „Die Russen wußten, daß wir nicht weiter gegangen wären, sondern den Kon-

vention hat ihre Beute behalten, hat Finnland verstümmelt. Was für Menschen sind die Führer der Sowjetunion, die so reden und sich so benehmen? Sogar als moralische Sachwalter! Dies ist Verlogenheit und Falschheit, die das Leben erschwert.“ Mit offener Genugtuung notierte er die zynische Dämonisation seines Gastes Randolph Churchill am 18. November 1945: „Kriegsverbrecher sind alle, die den Krieg verloren haben.“

Paasikivi konnte und wollte nicht öffentlich gegen die Siegethesen über die Schuld der früheren finnischen Staatsmänner protestieren, „aber es ist eine andere Sache, ein Geständnis abzulegen und laut zu verkünden, daß das Falsche das Richtige sei und das Richtige das Falsche. In gewissen Kreisen will man das. Man will, daß unser Volk sich zu Boden wirft, sich selbst beschmutzt und hinausstreift, daß wir Verbrecher sind und alle anderen schuldlos und weiß wie Tauben. Dazu können wir uns nicht erniedrigen, denn gerade dadurch würden wir die Seele unseres Volkes vernichten.“ (20. 10. 1946).



Juhos Kusti Paasikivi

FOTO: A.F.P.

flikt riskiert hätten.“ (4. 6. 1948). Gerade in jenem Frühjahr schwirrte es von Gerüchten, daß die finnischen Kommunisten einen Umsturz beabsichtigten. Paasikivi ergriff harte Gegenmaßnahmen, zu denen er später anmerkte: „Wir mußten die Frage entscheiden, ob wir das Risiko auf uns nehmen, daß die Sowjetunion gegen uns militärische Gewaltmaßnahmen ergreift und so mit Gewalttaten unsere Kommunisten unterstützt. Aber wir können nicht dulden, daß die Entwicklung so verläuft wie in der Tschechoslowakei.“ (7. 10. 1948).

Schwer litt Paasikivi unter den Kriegsverbrecher- oder Kriegsschuldigenprozessen, wie man in Finnland sagt. Als Molotow im Mai 1946 erklärt hatte, der Angriff und der Einfall in fremde Gebiete könne nicht ohne Strafe bleiben, schrieb der Finne am 29. 5.: „Aber die Sowjetunion hat am 30. 11. 1939 Finnland angegriffen, ist in fremde Gebiete eingedrungen. Ist sie nicht auch strafwürdig? Sie ist aber ohne Strafe geblieben. Im Gegenteil, die So-

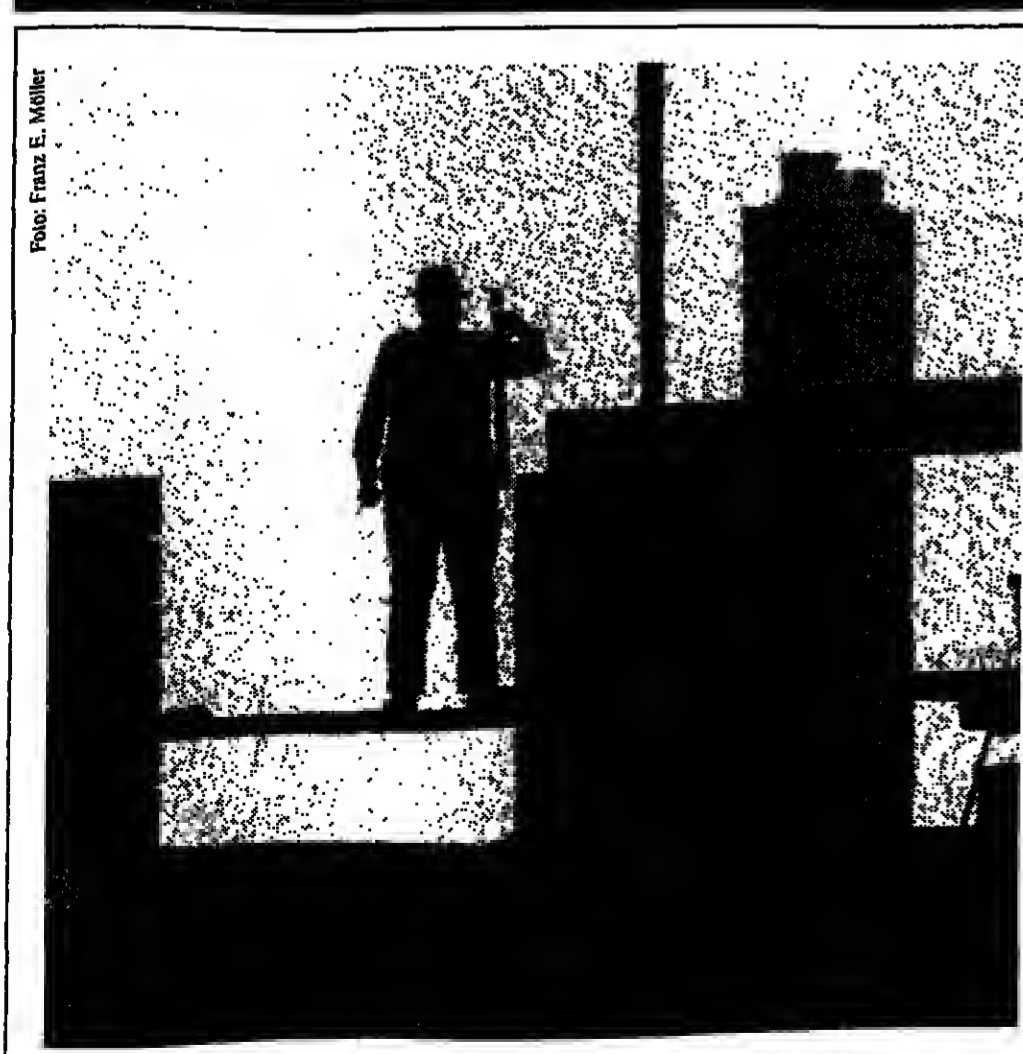
Über Deutschland und die deutsche Frage schrieb Paasikivi in diesen Jahren relativ wenig. Die Politik des Dritten Reiches sei „kopflös“ gewesen, und die Sowjetunion müßte ein Denkmal für Hitler wegen dessen „verrückter“ Behandlung der europäischen Völker errichten. Die deutschfeindliche Psychose der Nachkriegszeit fand bei ihm kein Gehör. Als Minister Luukkainen im April 1945 einen finnischen Doktoranden tadelte, weil er seine Dissertation auf deutsch geschrieben hatte, notierte Paasikivi: „Entsetzlich! Ein derartiger Tölpel ist Mitglied der Regierung!“

Keine Gnade in den Augen von Paasikivi fand auch der finnische Botschafter in Moskau, Cay Sundström, der erklärte, daß die Gebiete östlich der Elbe altes slawisches Land seien und daß die Oder-Neiße-Grenze eine geschichtliche Gerechtigkeit wiederherstelle. Der Präsident warf ihm vor, er betrachte die Lage „gänzlich mit russischen Augen... Sundström hat keine Kritik und kein Urteilsvermögen.“ Es wäre besser gewesen, wenn Sundström daran gedacht hätte, daß „Karelien seit 1000 Jahren finnisches Land war und daß die Sowjetunion es uns jetzt mit Gewalt genommen hat.“ (19. 3. 1947).

Paasikivis Tagebuch war in dieser Saison der große Bestseller in Finnland. Es liest sich nicht leicht wegen der zahlreichen Details, aber es gehört trotzdem unbedingt in die Bibliothek der Interessierten. Eine schwedische Übersetzung liegt zwar schon vor, aber die Übersetzung in andere Sprachen bereitet leider Probleme - vielleicht könnte man da an eine Kurzfassung denken. Tatsache ist, daß man an diesem Buch nicht vorbeigehen kann, wenn man sich mit ernsthaft mit Zeitgeschichte befaßt.

SAMPO AHTO

Lesetip der Woche



In der vergangenen Woche hat Heinrich Franke, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, „traurige Rekorde“ ausgemacht. Aufgestellt von der Schattenwirtschaft im Allgemeinen und der Schwarzarbeit im Besonderen. Unser Autor, Professor für Soziologie an der Universität Oldenburg, widerspricht den Thesen von Franke, vor allem ihren gängigen Interpretationen, entschieden. Und er verweist nach ausführlichen Forschungen sowohl die Staatskritik neoliberaler Wirtschaftspolitik als auch die sich an informelle Wirtschaftsformen knüpfenden Hoffnungen der Grün-Alternativen ins Reich der Illusionen.

Der Mythos Schattenwirtschaft

Nur wer Arbeit hat, ist auch erfolgreich in Schwarzarbeit und Selbsthilfe. Von Walther Siebel.

Daß in der Diskussion über informelle Ökonomie mit soviel Großzügigkeit über unzuverlässige Daten, methodische und theoretische Abgründe hinweggegangen wird, ist nicht schwer zu erklären. Der Wunsch ist der Vater der Einzigkeit oder, wie es de Grazia formuliert hat: Ein Mythos ist beileibe keine Lüge, sondern etwas, an das heinahe jeder gerne glauben möchte, und im Glauben daran unarmt man eine kalte Zahl zu heißhütig.

Die Schattenwirtschaft ehnet die Kluft zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen nicht ein. Sie mildert

auch nicht die Ungleichheiten des Einkommens aus beruflicher Arbeit, sondern vertieft diese eher. Je höher das Einkommen aus beruflicher Arbeit, desto höher ist auch das Einkommen aus Nebenverw., Eigenarbeit und Selbsthilfe.

Viele der illegalen Aktivitäten in der Untergrundwirtschaft gelten als lässliche Sünden. Ihre schärfere Kontrolle und Bestrafung wird eher größere Projekte wie den Einfamilien-Hausbau verschwinden lassen. Damit aber entfielen auch Nachfrage-Effekte der Schattenwirtschaft für die offizielle Wirtschaft.

Als eine Art Volkssturm auf dem Wohnungsmarkt, als Ersatz für reguläre öffentliche Mittel der Wohnungspolitik wird Selbsthilfe kaum zu mobilisieren sein. Sie taugt dazu, staatliche Politiken besser, nicht, sie hilfloser zu machen.

Eine Politik, die die Schattenwirtschaft als eine Alternative zu Lohnelkommen und sozialstaatlicher Absicherung einzuspannen versucht, wird eher gegenteilige Effekte haben, nämlich Schrumpfen auch der Schattenwirtschaft. Die Schattenwirtschaft ist eben weder ein eigenständiger Sektor, noch wächst sie schneller oder zu Lasten der offiziellen Wirtschaft. Daran finden

konservative Sparstrategien wie grün-alternative Aufstiegs Hoffnungen ihre Grenzen.

Die Hoffnungen, den Markt zu Lasten der Schattenwirtschaft zu stärken oder umgekehrt, mit ihrer Hilfe den Wohlfahrtsstaat zurückzudrängen oder die entfremdete Lohnarbeit zu überwinden, sind wenig realistisch, weil sie an den Tendenzen der Integration von Markt, Staat und Schattenwirtschaft vorbeigehen.

Lesen Sie mehr - diese Woche in der ZEIT

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

Georg Leber: Eine mögliche Folge des neuen 116 AFG ist die Aufsplitterung großer tariflicher Geltungsbereiche

Bundestag und Bundesrat haben die Neufassung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes beschlossen. Die Wolk...

Gefährdet die Neufassung des Paragraphen 116 AFG den Arbeitsfrieden? Werden die Gewerkschaften dem Gesetz mit einer Umweg-Strategie die Wirkung nehmen? Georg Leber (SPD), der sich zuletzt als Schlichter im Tarifstreit der Metallindustrie Baden-Württembergs bewährt hat, weist in seinem Exklusiv-Beitrag für die WELT auf mögliche negative Fol-

gen der Neuregelung hin, die bislang nicht genügend beachtet worden seien: „Wenn das von Bundestag und Bundesrat beschlossene Recht so in Kraft tritt, ist damit zu rechnen, daß die gewerkschaftliche Tarifpolitik sich an die neue Lage anpaßt und sie durch eine andere Konzeption wirkungslos macht.“ Leber, Minister in mehreren Bundesregierungen und über Jahre hin

Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau - Steine - Erden, erscheint die zu erwartende Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes in Sachen Paragraph 116 problematisch. Karlsruhe könne das Gesetz nur auf seine Verfassungsmäßigkeit hin abklopfen, nicht aber darauf, ob die durch das neue Gesetz geschaffene Lage sozial und wirtschaftlich vernünftig ist.

hem Maße gleiche Tarifinhalte gäbe - was vielleicht noch wichtiger ist - Tarifverträge mit gleichen Laufzeiten gegeben hat, die für einen ganzen Industriezweig oder für eine ganze Branche Ruhe und Arbeitsfrieden brachten, künftig Aufsplitterungen vorgenommen werden.

Es kann dazu kommen, daß in der gleichen Branche konjunkturell starke Regionen und Bereiche sich sehr erfolgreich behaupten und durchsetzen, erfolgreicher als bisher, weil man auf Schwachstellen und schwächere Regionen keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht. Diese werden zurückbleiben.

Je nach der Konzeption, nach der eine solche Strategie gehandhabt wird, kann es dazu kommen, daß es in der gleichen Branche immer irgendwo gärt, und auch in einer anderen Branche wird es zur gleichen Zeit vielleicht irgendwo gären und brodeln. An diesen Brodeltopfen können dann diejenigen endlich ihr Süppchen kochen, die es den Gewerkschaften, die den Erfolg auf vernünftige Weise gesucht haben, von außen und im Inneren der Gewerkschaften schon immer schwer gemacht haben.

Schlussfolgerung: Die Voraussetzungen, nach denen die Arbeitslosenunterstützung in Ausführung des Paragraphen 116 zu versagen ist, liegen dann vor, wenn die Tarifpolitik so konzipiert ist, wie in dieser Betrachtung beispielhaft dargestellt. Das ist zwar nicht typisch für alle Tarifverträge, aber doch für einen wesentlichen Teil, vor allem in der gewerblichen Wirtschaft. Daran kann auch der Ausschluß, der nach Paragraph 116 (5) gebildet werden kann, nichts ändern, denn seine Aufgabe ist es lediglich, festzustellen, ob die im Gesetz genannten Voraussetzungen vorliegen oder nicht. In diesem hier gebildeten Beispiel liegen sie zweifellos vor.

Wenn das vom Bundestag und Bundesrat beschlossene Recht so in Kraft tritt, ist damit zu rechnen, daß die gewerkschaftliche Tarifpolitik sich an die neue Lage anpaßt und sie durch eine andere Konzeption wir-

„Die Gefahr der Aufsplitterung großer räumlicher und fachlicher Geltungsbereiche in kleinere Einheiten macht die Tarifpolitik unter Umständen mit dem Blick auf den Arbeitnehmer sogar attraktiver, weil sie näher an ihn herankommt; sie macht den Arbeitskampf für jede große Gewerkschaft viel führbarer, und alles bleibt im Rahmen des neuen Gesetzes.“

kunglos macht. Das, was vom Gesetzgeber für den Arbeitskampf als eine gerechtere Regelung gedacht ist, wirkt sich also viel mehr und viel nachhaltiger auf die Tarifpolitik aus.

Wenn eine solche Entwicklung eintritt, die auch andere Wege als diesen hier angenommenen beschreiben kann, dann sind Folgen zu vermuten, die mit großer Wahrscheinlichkeit für die betroffenen Wirtschaftszweige, vor allem in Teilen der gewerblichen Wirtschaft, heute noch gar nicht bedacht sind und die auch nur schwer einzuschätzen sind.

Die Gefahr der Aufsplitterung großer räumlicher und fachlicher Geltungsbereiche in kleinere Einheiten macht die Tarifpolitik unter Umständen mit dem Blick auf den Arbeitnehmer sogar attraktiver, weil sie näher an ihn herankommt; sie macht den Arbeitskampf für jede große Gewerkschaft viel führbarer, und alles bleibt im Rahmen des neuen Gesetzes.

Eine solche Aufsplitterung wirkt gegen die bisher als gesegnet geschätzte Einheitlichkeit in der Regelung für vergleichbare Arbeitsbedingungen eines Industriezweiges. Ein Abgehen davon würde für die Arbeitnehmer aber vermutlich schwerer wiegen als für die Arbeitgeber.

Es wäre überhaupt nicht auszudenken, was eintreten würde, wenn aus diesen Überlegungen Schlussfolgerungen gezogen würden, die auf eine Schwächung der Gewerkschaften oder auf eine Einengung der sozialen Autonomie durch staatlich verordnete Zwangsschlichtung hinausläufen. Vor dieser Logik sollte jeder, der ein wenig Verantwortung spürt, Angst haben.

„Eines Tages könnte es überall gären und brodeln“

Von GEORG LEBER



Hat sich als Schlichter einen Namen gemacht: Georg Leber

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

auch außerhalb des Spannungsbogens, unter dem sich Unternehmerverbände und Gewerkschaften treffen - überall wo Menschen sind. Entscheidend ist, daß nicht des Streitens wegen miteinander gestritten wurde, daß auch nach Streit und Streik immer der Frieden zustande kommt und auf beiden Seiten immer wieder vernünftig miteinander geredet wird. So war es auch nach dem letzten großen Arbeitskampf in der Metallindustrie 1984.

Worin besteht nun in diesem Zusammenhang die neue Lage, die sich aus Paragraph 116 ergibt? Sie ist für jemand, der sich auf den Arbeitskampf einläßt und nur ihn ins Auge faßt, nicht leicht erkennbar. Deshalb soll mit diesem Beitrag auch nicht nachgekartet und niemandem ein Vorwurf gemacht werden. Um zu erkennen, worum es in diesem Zusammenhang geht, sind nicht Theorien zum Arbeitskampf und zum Arbeitskampfbrecht gefordert, sondern ein paar profane Kenntnisse und Erfahrungen und eine gewisse Übersicht über die tarifpolitische Praxis. Um das zu erläutern, soll ein - allerdings nicht praxisfremdes - Beispiel konstruiert werden:

Für eine Branche sind auf der Ebene der Länder Tarifverträge abgeschlossen, deren räumliche Geltungsbereiche die einzelnen Länder umfassen. Die Inhalte der für ein Land geltenden Tarifverträge sind in der gleichen Branche in der Bundesrepublik annähernd gleich. Das gilt auch für ihre Laufzeiten. Bevor die Tarifverträge auslaufen, klären die Gewerkschaft und der Unternehmerverband in internen Beratungen ihr Verhalten und ihr Vorgehen für die kommenden Verhandlungen. Die Gewerkschaft beschließt eine für alle Tarifbezirke annähernd gleiche Forderung. Sie strebt damit an, wie bisher, in allen Tarifbezirken über annähernd gleiche Verbesserungen zu annähernd gleichen Tarifinhalten zu kommen, zum Beispiel zu einem annähernd gleichen Lohn bei gleicher Tätigkeit.

In unserem Beispiel kommt es noch während der Laufzeit des auslaufenden Tarifvertrags zu Verhandlungen über einen Nachfolgevertrag. Die Arbeitgeber lehnen zunächst in allen Bezirksverhandlungen die Forderungen der Gewerkschaft ab oder machen ein geringes Angebot, das die Gewerkschaft nicht für akzeptabel hält. In der Zwischenzeit geht die Laufzeit der Tarifverträge zu Ende. Damit läuft auch die beiderseitige Friedenspflicht ab. Beide Seiten bleiben zunächst verhandlungsbereit und versuchen auch, in weiteren Verhandlungen zu einem Kompromiß zu kommen. Es stellt sich aber heraus, daß in Verhandlungen auf der Ebene der Bezirke keine Lösung zu finden ist. Nun wird in Abstimmung miteinander der Versuch gemacht, in zentralen Gesprächen zwischen den Bundesvorständen beider Seiten eine für beide Seiten tragbare Verständigungsformel zu finden. Nach Versuchen des Abbruchs der Gespräche geführt haben, wird schließlich eine Lösung für die Kernpunkte gefunden, die von beiden Bundesvorständen gerade beider für vertretbar gehalten wird. Wenn das erreicht ist, müssen beide Bundesvorstände versuchen, ihren jeweiligen Bezirks- oder Landesorganisationen die gefundene Lösungsformel schmackhaft zu machen, und

sie bewegen, auf dieser Basis nun erneut auf der Bezirks- oder Landesebene in Verhandlungen einzutreten und Tarifverträge abzuschließen. Bei einem solchen Verlauf müssen die Bundesorganisationen oft viel Kraft aufwenden, um ihre Bezirksorganisationen für die zentral gefundene Ver-

einbarung zu gewinnen. Es kommt nicht selten vor, daß auf der Bezirksebene beider Seiten gemurrt wird und daß die Bundesvorstände kritisiert werden. Man ruft sich aber zusammen und schließt neue Tarifverträge auf Bezirksebene ab. Das ist ein Regelfall, der sich so oder ähnlich fortwährend ereignet. Daß es dabei keinen lauten Streit gibt, davon wird

Bezirksverträge gekündigt wurden, kommt es nicht zu einer Einigung über neue Verträge. Eine Seite allein oder beide Seiten gemeinsam erklären das Scheitern der Verhandlungen. Danach kann versucht werden, auf dem Wege über eine freiwillige Schlichtung doch noch eine Lösung zu finden. Wir unterstellen in dieser Betrachtung, auch dieser Versuch führe zu keinem Ergebnis, so daß es keinen Ausweg mehr gibt, der am Arbeitskampf vorbeiführt. Die Gewerkschaft greift also zum letzten Mittel, um ihre Forderung zu unterstreichen. Damit kommen die Fragen, die das neue Recht aufwirft. Alle Bezirksarbeitsverträge sind gekündigt, und für alle Bezirke ist annähernd die gleiche Forderung erhoben worden, weil man ja in der ganzen Branche wieder gleiche oder annähernd gleiche Tarifinhalte haben will. Das ist die Fußangel des Ganzen: Was aus Gründen der Solidarität und der Gerechtigkeit auf der Arbeitnehmerseite und aus Gründen gleicher oder annähernd ähnlicher Wettbewerbsbedingungen auf der Arbeitgeberseite bisher immer vernünftig war, wird für die Gewerkschaft, wenn es nicht zu einer Verständigung unterhalb der Schwelle des Arbeitskampfes kommt, zur Fußangel.

„Entscheidend ist, daß nicht des Streitens wegen miteinander gestritten wurde, daß auch nach Streit und Streik immer der Frieden zustande kommt und auf beiden Seiten immer wieder vernünftig miteinander geredet wird.“

in der Presse kaum mit mehr als ein paar Zeilen Notiz genommen. So oder so ähnlich wird in der Bundesrepublik mit Erfolg Arbeitsfrieden gewahrt, neu geschaffen und in oft mühevollen Verhandlungen immer wieder neu gestiftet.

Abweichend von diesem die Regel kennzeichnenden Verlauf des Geschehens kommt es zum Streit, weil eben trotz aller Bemühungen keine Verständigung zu erzielen ist. Dann droht der Arbeitskampf. Diesem bei uns nicht so häufig vorkommenden Tatbestand Arbeitskampf gilt die Regelung des neuen Paragraphen 116 AFG. Dieses neue Recht, das genau genommen das Verhalten der Arbeitslosenversicherung neu regelt, soll hier in dieser Betrachtung nicht behandelt werden. Darüber ist schon viel geschrieben und gesprochen worden, und dies wird wohl auch noch weitergehen. In diesem Zusammenhang geht es um fast zwangsläufige Folgen, die nicht den Arbeitskampf, sondern die praktische Tarifpolitik betreffen, und zwar nicht

duzieren und in hohem Maße voneinander abhängig sind. Wenn die Vorräte eines Unternehmens an Teilen, die ihm zugeführt werden, so gering sind oder angesichts aufstauender Tarifverträge bewußt so gering gehalten werden - was man kann - statt sie, weil die Tarifverträge auslaufen, be-

dem guten Willen der Gegenseite ausliefern will, muß sie sich im voraus darauf einstellen. Der Betrachter darf nicht übersehen, daß ein solches tariffreundliches Geschehen nicht in kleinen menschlichen Gefälligkeiten besteht, sondern daß es sich um ein den Regeln der Marktwirtschaft adäquates Ringen in einem volkswirtschaftlichen Verteilungskampf handelt, um vieles also, was zwischen Menschenwürde und hartem Geld eingebettet ist. Wenn die Gewerkschaft unter der vom Gesetzgeber neu formulierten Prämisse einen Arbeitskampf nicht will und auch nicht in ihm hineinschlüpfen will, wird sie sich wahrscheinlich mit einer anderen tarifpolitischen Konzeption und Strategie auf die neue Lage einstellen. Die Tarifpolitik wird sich einen Weg suchen, der die Wirkungen des neuen Rechts umgeht. Wie dieser Weg aussehen kann und wohin er führen kann, läßt sich für den tarifpolitisch Erfahrenen fast mit Händen greifen.

Die Erkenntnis aus der neuen Lage in dem hier gebildeten Beispiel lautet: Die für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften in den Bezirken, in denen nicht gestreikt wird, zu fürchtenden Folgen des Paragraphen 116 sind nur dann zu erwarten, wenn in allen Bezirken die Tarifverträge zur gleichen Zeit auslaufen oder gekündigt werden und wenn für alle Bezirke annähernd die gleichen Forderungen erhoben werden wie in dem Bezirk, in dem man den Arbeitskampf zu führen beabsichtigt.

„Die Tarifpolitik wird sich einen Weg suchen, der die Wirkungen des neuen Rechts umgeht. Wie dieser Weg aussehen kann und wohin er führen kann, läßt sich für den tarifpolitisch Erfahrenen fast mit Händen greifen.“

Das drängt der Gewerkschaft zunächst wohl die Frage auf, ob sie nicht in ganzen Bundesgebiet, für alle Bezirke, in denen die Verträge gekündigt sind, in den Arbeitskampf eintritt. Das kann sie vielleicht auch nicht, das kann sie vielleicht auch dann gar nicht wollen, wenn es sich um einen großen Bereich handelt, für den sie selbst bei gefülltesten Kassen auf längere Zeit die Mittel nicht aufzubringen vermöchte.

Sehr entscheidend in der tarifpolitischen Praxis ist die Tatsache, daß die Gewerkschaft im voraus kaum, bestimmt aber nicht mit Gewißheit, erkennen kann, ob es zu einer friedlichen Verständigung durch die beiderseitige Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, kommt, auch wenn die Erfahrung lehrt, daß es in der Regel so geschieht. Wenn sich die Gewerkschaft nicht der Ungewißheit oder

dem guten Willen der Gegenseite ausliefern will, muß sie sich im voraus darauf einstellen. Der Betrachter darf nicht übersehen, daß ein solches tariffreundliches Geschehen nicht in kleinen menschlichen Gefälligkeiten besteht, sondern daß es sich um ein den Regeln der Marktwirtschaft adäquates Ringen in einem volkswirtschaftlichen Verteilungskampf handelt, um vieles also, was zwischen Menschenwürde und hartem Geld eingebettet ist. Wenn die Gewerkschaft unter der vom Gesetzgeber neu formulierten Prämisse einen Arbeitskampf nicht will und auch nicht in ihm hineinschlüpfen will, wird sie sich wahrscheinlich mit einer anderen tarifpolitischen Konzeption und Strategie auf die neue Lage einstellen. Die Tarifpolitik wird sich einen Weg suchen, der die Wirkungen des neuen Rechts umgeht. Wie dieser Weg aussehen kann und wohin er führen kann, läßt sich für den tarifpolitisch Erfahrenen fast mit Händen greifen.

Bei dem in dieser Betrachtung angenommenen Beispiel - bleiben wir ruhig bei der Automobilbranche - werden die Tarifverträge folglich künftig nicht zur gleichen Zeit gekündigt wie in der übrigen metallverarbeitenden Industrie.

Und auch in der Automobilindustrie werden in der Bundesrepublik künftig nicht alle Bezirksarbeitsverträge zur gleichen Zeit gekündigt. Es werden keine zentralen Hauptforderungen, wie der neomodische Ausdruck in dem neuen Gesetz heißt, erörtert und beschlossen und schon gar nicht erhoben. In den einzelnen Bezirken werden unabhängig voneinander Kündigungen vorgenommen und bei unterschiedlichem Auslaufen der einzelnen Verträge deutlich geringere Forderungen erhoben. Dann werden je nach Auslaufen des jeweiligen Vertrages, in einem Bezirk nach dem anderen, Verhandlungen geführt, denen die Unternehmer sich kaum entziehen können. Wenn die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, kann zum Arbeitskampf aufgerufen werden. Wenn dann in einem Nachbarbezirk, in dem der Tarifvertrag noch in Kraft ist, weil keine Zulieferung aus dem bestreikten Bezirk erfolgt, gekündigt wird, dann kann der Arbeitnehmer, wenn er gekündigt wird, natürlich Arbeitslosengeld erhalten. Er ist vom Gesetz nicht betroffen.

Bei einer solchen Entwicklung wird es vermutlich nicht lange dauern, und es wird in der hier beispielhaft genannten Automobilindustrie keine Bezirksarbeitsverträge mehr mit gleichen oder annähernd gleichen Löhnen für gleiche oder annähernd gleiche Tätigkeiten geben und damit auch keine gleiche oder annähernd gleiche Wettbewerbsgrundlage mehr für die Betriebe. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dort, wo es bisher für einen ganzen Industriezweig in ho-

müssen bei dem gewählten Beispiel also fürchten, daß sie entlassen werden und keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben.

Das drängt der Gewerkschaft zunächst wohl die Frage auf, ob sie nicht in ganzen Bundesgebiet, für alle Bezirke, in denen die Verträge gekündigt sind, in den Arbeitskampf eintritt. Das kann sie vielleicht auch nicht, das kann sie vielleicht auch dann gar nicht wollen, wenn es sich um einen großen Bereich handelt, für den sie selbst bei gefülltesten Kassen auf längere Zeit die Mittel nicht aufzubringen vermöchte.

„Ein Hauptgrund unseres relativen Arbeitsfriedens ist das Organisationsprinzip unserer Gewerkschaften in der gewerblichen Wirtschaft. Es beruht auf dem Gedanken, daß in jedem Wirtschaftszweig nur eine Gewerkschaft tätig sein soll. Wo dieses Prinzip verwirklicht ist, gibt es keine Rivalitäten mit einer anderen Gewerkschaft, die zu einem fortwährenden Kräftemessen führen, um zu beweisen, wer die bessere ist.“

gibt es im Baugewerbe 39 Berufsgewerkschaften statt einer einzigen Industriegewerkschaft bei uns. In Frankreich und Italien sind es ideologisch und parteipolitisch aufgespaltene Gewerkschaften, die immer auch bemüht sind, einander den Rang abzulaufen.

Dazu kommt noch etwas. Wer die deutsche Sozialgeschichte studiert, kann leicht erkennen, daß zwei Entwicklungen fast exakt parallel zueinander verlaufen sind: das Heranreifen der gewerkschaftlichen Organisationen und der Berufsgewerkschaft zur Industriegewerkschaft und, Hand in Hand damit, die Veränderungen im Geltungsbereich der Tarifverträge. Zuerst waren es Verträge für einzelne Berufsgruppen in kleineren Regionen. Dann wurden die Verträge in ihren fachlichen und räumlichen Geltungsbereichen immer ausgedehnter und erfaßten mehr und mehr die Gesamtheit der Beschäftigten eines Industriezweiges und eines ganzen Industriezweiges. Schon vor dem Ersten Weltkrieg wurden auf diesem Wege die ersten Reichsarbeitsverträge abgeschlossen. Für beide Seiten, für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften wie für die Unternehmer und ihre Verbände, war diese Entwicklung von Vorteil. Für die Arbeitnehmerseite verbanden sich damit Begriffe wie Gerechtigkeit und Solidarität - auch, weil so die Schwächeren mitgenommen werden konnten. Für die Unternehmerseite ergaben sich daraus ein gesicherter Arbeitsfrieden und eine bessere Grundlage im Wettbewerb mit der Konkurrenz: weil gleicher Lohn und gleiche Sozialkosten aus einem großräumig gültigen Tarifvertrag die von diesen Kosten verursachten gleichen Wettbewerbsgrundlagen schafften.

Diese organisatorischen Voraussetzungen und die sich im wesentlichen deckenden gemeinsamen Interessen waren tragende Elemente, für die ein entsprechendes Tarifvertragsrecht den Raum eröffnete; sie haben das möglich gemacht, was wir sozialen Frieden nennen. Es hat den Interessen der Tarifvertragspartner und denen der Allgemeinheit gutgetan und sich bewährt, auch dann, wenn es einmal zum Streit kam. Aber gelegentlichen Streit gibt es doch wohl

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ladenöffnungszeiten

„In Hannover bummelten die Stadtwirten, nicht Käufer“, WELT vom 16. April

Manche Leute meinen, daß die „Tante-Emma-Läden“ in den Wohngebieten eingingen, weil in den letzten Jahrzehnten die Mietnebenkosten der Hochhäuser den Zuwachs von einer Lohnerhöhung verzehrten. Ob das nicht eher an den geänderten Erwerbsstrukturen liegt?

Als zum Beispiel in Großbritannien die „Shop Acts“ verabschiedet wurden, arbeitete der Mann sogar samstags und die Frau noch überhaupt nicht in der Regel. Wir müssen nun aber beide berufstätig sein und verlassen bei Fahrten mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln die Wohnung bereits um 6.00 Uhr; benutzen wir ein Auto, verlassen wir die Wohnung um 6.45 Uhr. So kann der „Tante-Emma-Laden“, der erst um 8.00 Uhr öffnet,

vormittags gar keine Geschäfte machen, denn die meisten Mitbürger und Mitbürgerinnen nehmen ihre Arbeit schon um 7.00 Uhr oder noch ein wenig früher auf.

Es wäre jedoch sinnlos, die Offenhaltung der Geschäfte in Innenstädten zu ermöglichen, wenn gleichzeitig nach 19.00 Uhr keine öffentlichen Nahverkehrsmittel mehr fahren. Weshalb erlaubt man nicht Ladeninhabern in Wohngebieten, in einem Test von vierzehntätiger Dauer das Geschäft unbegrenzt offen zu halten, wobei ein Ladenschließungsüberwachungsgerät nach Art eines LKW-Fahrtenschreibers zum Einsatz kommt?

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Knüthen,
Liederbach

„Der gute Deutsche“

Am 6. September 1944 wurden, als Repräsentanten für Angriffe der Partisanen, 120 Männer, alle Einwohner der Bergarbeitersiedlung Eisdien (Provinz Limburg, Belgien), von SS-Soldaten an die Wand gestellt. Zwei MG-Schützen stellten ein auf die Geiseln gerichtetes MG auf...

Da erscheint plötzlich ein deutscher Offizier und befiehlt der SS-Soldateska, „keine Schweinereien anzurichten“. Den Geiseln rät er, nach Hause zu gehen und sich ruhig zu verhalten.

Diese Geschichte erschien in der Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Heimatkunde „Eisdien“ und wurde in den belgischen Tageszeitungen als Story „des guten Deutschen“ übernommen. Der Eisdienverein aber stellte die Frage: Wer war dieser deutsche Offizier? Man wäre dankbar für jeden Hinweis.

In der Nähe der Siedlung und des Bergwerkes gab es, von Juli 1942 bis September 1944, ein Kriegsgefangenenlager für russische Kriegsgefangene. War dieser Offizier ein Mitglied der Wehrmachtskompanie, die verantwortlich war für die Bewachung und Eskortierung der Gefangenen zum Bergwerk? Gehörte er zu einer Einheit der Kriegsmarine, wovon einige Kompanien in der Schule der Siedlung untergebracht waren? Oder gehörte er zu einer Einheit auf dem

Rückzug? Wer war damals als Soldat, Unteroffizier oder Offizier in der belgischen Gemeinde Eisdien?

Der Verein für Geschichte und Heimatkunde hofft auf Hinweise aus Deutschland.

G. H. K. Eisdien
p/a Jan Kohlbacher,
Paul Nicoulaan 24,
B-3640 Eisdien-Maasmechelen

Bitte um Hilfe

Leider ist die Not unter unseren deutschen Landsleuten in den Ostblockländern immer noch sehr groß, so daß wir unsere ehrenamtliche Tätigkeit fortsetzen müssen.

Nach wie vor senden wir Pakete mit Textilien und Lebensmitteln an deutsche Landsleute in Pommern, Ost- und Westpreußen, Danzig, Schlesien, Sudetenland, Siebenbürgen, ferner an Deutsche in Polen, UdSSR und auch nach Mitteldeutschland.

Wir sind sehr dankbar, wenn wir Damen-, Herren- und Kinderkleidung, vor allem Babykleidung, Unterwäsche, Gardinen, Schuhe, alte Brillen, Kinderspielsachen, selbst haltbare Lebensmittel, wenn möglich die Pakete zustellgebührenfrei, gesandt bekommen.

Ganz besonders sind wir um das nötige Bargeld besorgt, damit wir die

Paketaktion weiter durchführen können.

Geldspenden erbitten wir auf das Konto der Eckernförder Kreissparkasse Konto Nr. 102 087 (BLZ 21 052 090) zu überweisen, damit wir den Spendern die absetzbare Quittung zustellen können.

Alle Pakete versenden wir privat an Privat. Es ging bisher noch kein Paket verloren.

Kurt Schramm,
Sozialwerk der Pommeren e. V.
Prinzenstr. 74, 2330 Eckernförde

Wo Boxberg ist

Jetzt muß Karlsruhe entscheiden, ob Dalmatier bei Boxberg Amos testen darf“, WELT vom 14. April

Sehr geehrte Damen und Herren, immer wieder wird behauptet, die umstrittene Dalmatier-Teststrecke läge im „nordwürttembergischen Boxberg“ oder gar im „Hohenloischen“. Beide Aussagen sind falsch. Boxberg und die ganze Teststrecke gehören seit der napoleonischen Errichtung Badens (1803-1810) zu Baden. Vorher war ein Teil des Teststrecken-Gebietes kurpfälzisch und der andere Teil kurmainzisch. Noch heute zeigt das Wappen von Assamstadt das Mainzer Rad.

Das mit Hohenlohe umschriebene Gebiet gehört auch erst seit der Schaffung Großwürttembergs durch Napoleon zu Württemberg. Stammesgeschichtlich ist der ganze Raum fränkisch. Die Teststrecke liegt am Rande des „Baulandes“, das insgesamt nach Süden zur Jagst (beziehungsweise Neckar) hin entwässert wird. Boxberg selbst dagegen liegt bereits jenseits der Wasserscheide; es wird zur Tauber beziehungsweise zum Main hin entwässert. Im Nordbairischen gilt diese Ecke seit Jahrhunderten als „badisch Sibirien“; der Frühling pflügt dort stets erst mit wochenlanger Verzögerung einzukehren.

Durch die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte bessere Verkehrs-

schließung nach Stuttgart wurden die früheren badischen Landkreise Wertheim und Tauberbischofsheim dem Regierungsbezirk Stuttgart angegliedert. Dadurch wurden die Gebiete aber ebensowenig württembergisch wie Freudenstadt durch die Zuordnung zum Regierungsbezirk Karlsruhe badisch.

Mit freundlichen Grüßen

Willi Frank,
Fachberater für Geschichte und Politik am Oberschulamt, Karlsruhe

Den Hut nehmen

„Sexualität heute“ ist abgesetzt“, WELT vom 15. April

Wenn ein Intendant eine derart primitive, alles Menschliche (außer niedrigster Denkmalsart) außer acht lassende und jeden Zuschauer beleidigende Sendung im TV bringt, hat dieser seinen Hut zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen
R. Huber,
Nürnberg

Dorn im Auge

„Bauern werden belogen“, WELT vom 14. April

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist geradezu rührend, wenn der SPD-Politiker Hans Apel davon spricht, daß den Bauern in einer akuten Notlage die Wahrheit gesagt werden müsse. Hier spielt sich ein ehemaliger Kurpfuscher im Münsterland als Vertrauensarzt auf.

Die Wahrheit ist doch, daß der SPD der freie, selbständige Bauer schon immer ein Dorn im Auge war und daß durch die Politik der „Förderschwellen“ zahlreiche kleine bäuerliche Existenzen vernichtet wurden oder in eine uns heute belastende, gnadenlose Überschussproduktion getrieben wurden.

Die Probleme der Bauern von heute haben ihre Ursachen in den Fehlern der Politik der 70er Jahre. Die SPD klagt zu Recht über finanzielle Nöte der Landwirtschaft, lehnt aber zugleich Preisoberbündelungen als unzumutbar ab. Unverzichtbare Stützungsmaßnahmen, wie die Erhöhung der Vorsteuer-Pauschale, bezeichnet sie als „Skandal und Zumutung“.

Bei der in der SPD allgemein verbreiteten Erinnerungsschwäche im Zeitraum von 1969 bis 1982 wäre es nicht verwunderlich, wenn Herr Apel nicht mehr wüßte, daß er die Bauern schon einmal als Geldscheffler mit der Mistgabel verunglimpft hat.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Held,
Stv. Generalsekretär der CSU

Wort des Tages

„Umändern kann sich niemand, bessern jeder.“

Ernst von Feuchtersleben,
deutscher Autor und Philosoph
(1806-1849)

Personalien

Professor Dr. Dietrich Knorr, Full-Professor an der Universität von Delaware/USA, hat vom Senat für Wissenschaft und Forschung einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Fachgebiet „Lebensmitteltechnologie“ im Fachbereich 13 Lebensmitteltechnologie und Biotechnologie der Technischen Universität Berlin erhalten.

GEBURTSTAGE

Marianne Hoppe: Ausgerechnet an ihrem Geburtstag darf sie nicht auf den Brettern stehen, die die Welt bedeuten. Dabei hätte es ihr wieder so trefflich ins Konzept gepasst, auch an ihrem 75. am Samstag im Berliner Schiller-Theater in „Savannah Bay“, dem Zwei-Personen-Stück



Marianne Hoppe

FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH der Französin Marguerite Duras, das Rampenlicht zu spüren. Spielplanänderungen machten Marianne Hoppe indes einen Strich durch diese Theaterrechnung. Diese Kronzeugin deutscher Film- und Theatergeschichte, eine große Vertreterin der „hohen Schule“ des Schauspiels, begnügt sich durchaus gelassen mit einer Feier im kleinen Kreis in Moabit. Der Plattenkuchen dafür ist schon bestellt.

Helmnt Buschbom, Richter und Berliner Bundestagsabgeordneter, wird am 24. April 65 Jahre alt. Nach dem Krieg studierte er in Köln und Berlin sowie an der Law School der Universität von Virginia Jura. 1954

bis 1981 arbeitete er als Richter in Berlin, zuletzt als Leiter des Amtsgerichtes Charlottenburg. Zudem gehörte er 1967 bis 1982 dem Justizprüfungsamt Berlin an. Sein Spezialgebiet ist die Widergutmachung nationalsozialistischer Ururteile. Von 1964 bis 1981 war er als Direktor der Widergutmachungsämter von Berlin tätig, und er ist Mitautor einer Dokumentation über dieses Thema. Der CDU war er 1967 beigetreten. Seit 1980 gehört er dem Deutschen Bundestag an.

EHRUNGEN

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat an fünf Mitglieder seines Kabinetts hohe Auszeichnungen überreicht: Staatssekretärin Mathilde Bergthofer-Weicher und Staatssekretär Albert Meyer erhielten das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die Staatssekretäre Heinz Rosenbamer und Georg von Waldenfels wurden mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und Staatssekretär Edmund Stoiber mit dem Verdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

Der Autor Peter Handke hat den mit 70 000 Schilling (10 000 Mark) dotierten Literaturpreis der Stadt Salzburg in Empfang genommen. Der Preis wurde von Bürgermeister Josef Reschen überreicht. Bei den kommenden Sommerfestspielen in Salzburg wird Handkes Übertragung des Aischylos-Dramas „Prometheus“ uraufgeführt. Handke lebt seit 1979 in der Festspielstadt.

Der Zoologe Professor Dr. Hans-Joachim Antrum (79) erhält am Freitag die Ehrendoktorwürde der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fachbereiche der Georg-August-Universität Göttingen. Mit dieser Ehrung - es ist im Bereich der Biologie erst die zweite innerhalb 40 Jahren - wird ein Wissenschaftler gewürdigt, der durch die Einführung und konsequente Anwendung physikalischer Methoden die vergleichende Sinnes- und Nervenphysiologie über mehr als ein halbes Jahrhundert entscheidend geprägt hat.

BUCHPREMIERE

Der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) stellte bei einem Empfang des Ernst-Kabel-Verlages sein neues Buch „Hamburg - mein Standort“ vor. Es ist das vierte Buch des ehemaligen Bildungsministers und Staatsministers im Auswärtigen Amt, der sich in früheren Werken mit Japan, der Jugendarbeitslosigkeit und dem Thema Bildung befaßt hatte. Dohnanyi, der sich im November bei der Bürgerstimmwahl nach fünfjähriger Tätigkeit als Präsident des Senats erneut um ein Mandat bewirbt, beschreibt nach eigenen Worten „sein“ Hamburg, in dem er 1928 geboren wurde. Er belegt das mit eigenen Erfahrungen in einer Betrachtung, die von der Wirtschaftspolitik bis zum Lobgesang auf „Die Außenster - Hamburgs Kleinod“ reicht. Kritik am „Flügelgeschlag“ der eigenen Partei wird nicht ausgespart.

KIRCHE

Zum neuen Patriarchen der maronitischen Christen ist der 66jährige bisherige Generalvikar von Antiochien, Bischof Nasrallah Sfeir, gewählt worden. Das 76. Oberhaupt der mit Rom unierten Christen, die in Libanon die größte christliche Bevölkerungsgruppe stellen, ist Nachfolger von Kardinal Antoine Pierre Khorraiche, der aus Altersgründen von seinem Amt zurückgetreten war.

MEDIEN

Der Kieler Theologe Eitel Friedrich Dressler ist zum ersten Privatfunkpastor für Hamburg von der Nordelbischen Evangelischen Kirchenleitung berufen worden. Der 53jährige Pastor wird seinen Dienst am 1. Juni 1986 aufnehmen. Dressler soll im künftigen Hamburger Privatfunk kirchliche Programmangebote entwickeln.

UNIVERSITÄT

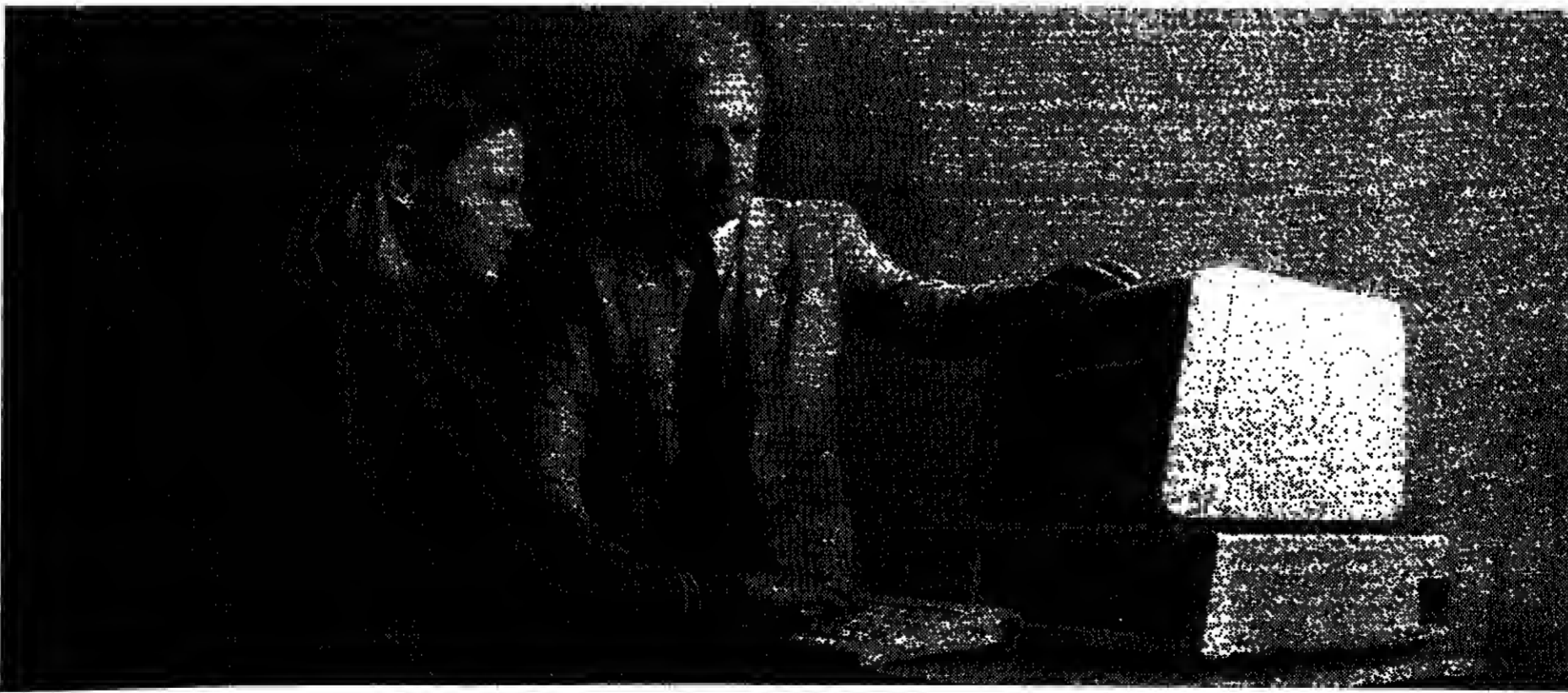
Professor Dr. Stavros Savidis vom Fachgebiet „Grundbau und Bodenmechanik“ im Fachbereich VII Bauingenieur- und Vermessungswesen der Technischen Universität Berlin hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für das gleiche Fachgebiet zum 1. Oktober dieses Jahres erhalten und angenommen.

Aus dem M.A.N.-Dienstleistungsangebot Mit Transportberatung Fuhrparkkosten spürbar senken

Der Weg zu mehr Wirtschaftlichkeit im Fuhrpark
Voraussetzung für einen rentablen Fuhrpark sind nicht nur wirtschaftliche Fahrzeuge, sondern auch entsprechende Dienstleistungen. M.A.N. bietet ein komplettes Paket: Dichtes Service-Netz, Ersatzteil-Schnelldienst, Reparatur-Notdienst, Wartungsverträge, Leasing, Full-Service-Leasing, Fahr- und Spar-Training und Transportberatung.

Die M.A.N.-Transportberatung hilft bei Rationalisierungsentscheidungen
Transportberatung durch Spezialisten von M.A.N. bedeutet: Senkung der Kosten des Fuhrparks bei gleichbleibender oder sogar gesteigerter Leistung. Dafür nötige Rationalisierungsmaßnahmen erfordern laufend aktuelle Informationen über das gesamte Unternehmen. Ein mikrocomputer-gestütztes Fuhrpark-Informationssystem gewährleistet einen ständigen Überblick über Fahrzeugkosten und -leistungen. Eine tourenbezogene Wirtschaftlichkeitsanalyse zeigt mangelnde Auslastung, falschen Fahrzeugeinsatz oder unrentable Kunden. Der Nutzen einer so gestalteten Transport-Analyse wird in der Praxis sehr schnell sichtbar: Senkung der Fuhrparkkosten bis 15% netto.

Wirtschaftlichkeit ist unser Konzept



M.A.N. - Das Programm für den wirtschaftlichen Fuhrpark
Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, mit unseren Leistungen die optimale Wirtschaftlichkeit jedes Fuhrparks zu erzielen. Dazu gehört die Kenntnis aller branchenspezifischen Probleme, ein leistungstarkes, breites Programm und das Know-how über Optimierungsfragen eines modernen Fuhrparks. Wie wir das im speziellen Einzelfall machen - darüber sollten wir uns unterhalten. Möchten Sie aber erst zu dem Anzeigentema eine weiterführende Information, bitten wir Sie, das auf dem Coupon zu vermerken.

M.A.N.



Nutzfahrzeuge

Bitte senden Sie mir weitere Informationen zum Anzeigentema

M.A.N. Nutzfahrzeuge GmbH
VMK 15
Postfach 500620
8000 München 50

Anschrift/Firmenstempel

Handwritten signature or stamp at the bottom of the page.

Wer die Waffe der Geduld, des Aushaltens im Glauben an Gott immer neu in die Hand nimmt, der ist unbezwingbar, er erlebt Hilfe.

Mein so sehr geliebter Mann, unser guter Vater Peter Wilhelm Rentrop

verstarb nach 59 Jahren eines an Glück und Pflicht erfüllten Lebens.

Wir sind ihm von Herzen dankbar. Barbara, Matthias und Babette Rentrop im Namen der Familie

5990 Altena, den 20. April 1986 Hermann-Voss-Straße 29

Wir haben in aller Stille von ihm Abschied genommen.

Anstelle der freundlich zugedachten Blumen- und Kranzspenden wäre eine Spende an die Gießener Hochschulgemeinschaft (Commerzbank Gießen, Konto-Nr. 2104 131, BLZ 513 400 13), zur Unterstützung der medizinischen Forschung, im Sinne des Verstorbenen.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb am 20. April 1986 im Alter von 59 Jahren Herr

Dipl.-Ing. Peter Wilhelm Rentrop

geschäftsführender Mitinhaber

25 Jahre hat der Verstorbene die Entwicklung unseres Unternehmens entscheidend mitgeprägt. Er erkannte mit bemerkenswertem Weitblick die unternehmerischen Notwendigkeiten. Dabei galt sein besonderes Interesse jeder technischen Neuentwicklung, die er dann auch in die Tat umsetzte.

Sein Wirken hat maßgeblich zu der heutigen Bedeutung der Firma Joh. Moritz Rump beigetragen.

Seine Hilfsbereitschaft und auch sein soziales Engagement galten ebenso seinen Mitarbeitern, wie auch sein Rat und seine aktive Mitarbeit in zahlreichen Verbänden und Gremien geschätzt wurden.

Wir trauern um einen Mann, dessen große Erfahrung und Rat wir sehr vermissen werden, und nehmen in Dankbarkeit und hoher Verehrung Abschied von einer großen Unternehmerpersönlichkeit.

5990 Altena, den 20. April 1986

Geschäftsführung, Gesellschafter Betriebsrat und Mitarbeiter JOH. MORITZ RUMP

Anstelle von freundlich zugedachten Blumen- und Kranzspenden wäre eine Spende an die Gießener Hochschulgemeinschaft (Commerzbank Gießen, Konto-Nr. 2104 131, BLZ 513 400 13), zur Unterstützung der med. Forschung, im Sinne des Verstorbenen.

26% der verkauften WELT-Auflage werden über den Zeitungshandel abgesetzt 74% gehen an Abonnenten.

STADT OSLO (Königreich Norwegen)

6% Deutsche Mark-Anleihe von 1973/90 - WKN 462501/15 -

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wurden am 18. April 1986 unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 3 - WKN 462503 - Serie 4 - WKN 462504 - Serie 15 - WKN 462515 -

mit den Stücknummern

12001 - 18000 18001 - 24000 84001 - 90000 zu je DM 1000,-

im Nennbetrag von insgesamt DM 8.261.000,- zur Rückzahlung zum 1. Juli 1986 ausgelost. Weiteres noch DM 27.000,- Teilschuldverschreibungen werden aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden ab 1. Juli 1986 gegen Einreichung der Wertpapiermärkte und Zinsscheine per 1. Juli 1987 zum Nennbetrag eingelöst.

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen:

- Deutsche Bank Aktiengesellschaft ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft Bankers Trust GmbH Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft Bayerische Hypothek- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft Bayerische Landesbank Girozentrale Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft Joh. Berenberg, Gossler & Co. Berliner Handels- und Frankfurter Bank Commerzbank Aktiengesellschaft Dalbrück & Co. Dresdner Bank Aktiengesellschaft Sal. Oppenheim jr. & Cie. Trinkaus & Burkhart Kommanditgesellschaft auf Aktien Vereins- und Sparkassenbank Aktiengesellschaft M. M. Warburg Brinckmann, Wirtz & Co. Westdeutsche Landesbank Girozentrale Westfalenbank Aktiengesellschaft

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken:

- Amsterdam-Rotterdam Bank N.V. Banca Commerciale Italiana Christiania Bank og Kreditkasse Den norske Creditbank Generale Bank N.V. Kreditbank S.A. Luxembourggoose Societe Generale S.G. Warburg & Co. Ltd.

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 30. Juni 1986. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die am 1. Juli 1986 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serie 14 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Oslo, im April 1986

STADT OSLO

Am 22. April 1986 verstarb Herr

Kurt Weigel

Fabrikdirektor i. R.

Herr Weigel gehörte über 50 Jahre unserem Unternehmen an und hat nach dem Kriege die Leitung des Röntgenwerkes übernommen. In diese Zeit fiel der entscheidende Aufbau des Werkes in Hamburg-Fuhlsbüttel.

Unter seiner Leitung gewann das Röntgenwerk über die Grenzen hinaus im Rahmen der Philips-Organisation internationale Bedeutung.

Mit Kurt Weigel verlieren wir eine unternehmerische Persönlichkeit, die den Geist des Unternehmens wesentlich geprägt hat und dadurch zum Erfolg maßgeblich beitrug.

Seine menschliche Ausstrahlungskraft und sein persönliches Engagement sind in unserem Hause unvergessen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

C. H. F. MÜLLER

Unternehmensbereich der Philips GmbH

GESCHÄFTSLEITUNG BETRIEBSRAT MITARBEITER

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 25. April 1986, um 14.00 Uhr in Mölln, Friedhofskapelle Hindenburgstraße.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Tel.: Hamburg (0 40) 3 47 - 43 80, oder - 42 30

Berlin (0 30) 25 91 - 29 31

Ketzwig (0 20 54) 5 18 und 5 24

Telefax: Hamburg 02 17 001 77 z s d

Berlin 01 84 611

Ketzwig 08 579 104

Sie wohnen in

Italien

und wollen in der WELT inserieren?

Dann wenden Sie sich bitte an folgende Anschrift:

Hans Conrath

Via Giovanni Giorgi 27

1-00 149 Roma

Tel.: 55 66 078

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



N. V. GEMEENSCHAPPELIJK BEZIT VAN ANDEELEN PHILIPS' GLOEIILAMPENFABRIEKEN

Eindhoven/Niederlande

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 21. April 1986 ist die Dividende für das Geschäftsjahr 1985 auf hfl 2,00 in bar je Stammaktie von hfl 10,- festgesetzt worden. Da von dieser Dividende bereits hfl 0,80 je Stammaktie am 8. Januar 1986 als Interdividende gezahlt worden sind, beträgt die Schlußdividende für das Geschäftsjahr 1985 hfl 1,20.

Die obengenannte Schlußdividende ist abzüglich 25% Dividendensteuer ab 5. Mai 1986 gegen Einlieferung der Dividendenscheine Nr. 143 zahlbar. Die Auszahlung geschieht in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) bei folgenden Banken:

- Dresdner Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München, Saarbrücken, Bank für Handel und Industrie AG, Berlin, Berliner Gewerbebank AG, Berlin, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt a. M., Berlin, Commerzbank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München, Deutsche Bank AG, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, München, Deutsche Post Bank AG, Berlin, Trinkaus & Burkhart E.G.a.A., Düsseldorf, Frankfurt a. M.

M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg, Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken, Sal. Oppenheim jr. & Co., Köln, Frankfurt a. M.

Die Auszahlung erfolgt in Deutscher Mark, ungeachtet zum jeweiligen Tages-Geldkurs, sofern nicht ausdrücklich eine Güterchrift in holländischen Gulden gewünscht wird.

Von der niederländischen Dividendensteuer von 25% wird auf Grund des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens ein Steueranlasser zwei Fünftel vertrieben, sofern ein vom Wohnort-Fiskus am bestmöglichen Antrag auf dem dafür vorgeschriebenen Formular „SDP“ vorgelegt wird, der über die Zentralstelle, an die die Gesellschaft geteilt wird, Formulare „SDP“ sind bei den obengenannten Banken erhältlich.

Für die Anrechnung von drei Fünfteln der niederländischen Dividendensteuer auf die deutschen Steuern von Einkommen gilt der Art. 18 in Verbindung mit Art. 20 Abs. II des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens (vgl. EGBL 1960 II S. 1761).

Eindhoven, den 24. April 1986

Der Verwaltungsrat

Bilanz zum 31. Dezember 1985

Table with columns: Aktiva, Passiva, in Mio hfl. Rows include Anlagevermögen, Umlaufvermögen, Eigenkapital, Karrierefähige Verbindlichkeiten, etc.

Gewinn- und Verlustrechnung für 1985

Table with columns: Nettogewinn, in Mio hfl. Row includes Nettogewinn.

Der Wert der Aktien der N. V. Gemeenschappelijk Bezit van Aandelen Philips' Gloeilampenfabrieken durch das Eigenkapital der N. V. Philips' Gloeilampenfabrieken und durch das Eigenkapital des United States Philips Trust, in welchem die Aktionäre der obengenannten Gesellschaften Besitztümmer sind, bedingt wird, ist es für die Aktionäre wichtig, einen Einblick in den Gesamtverlauf ihrer Interessen zu bekommen. Mit sich und eine konsolidierte Ergebnisübersicht der N. V. Philips' Gloeilampenfabrieken mit ihren Erzielungen sowie des Trusts veröffentlicht. Von dem im Geschäftsbericht 1985 enthaltenen konsolidierten Übersichten werden nachstehend die Gewinn- und Verlustrechnung der Philips-Gruppe für 1985 sowie die Bilanz der Philips-Gruppe zum 31. Dezember 1985 abgedruckt. Der Geschäftsbericht 1985 ist bei dem in Deutschland als Zahlstellen für die Stammaktien der N. V. Gemeenschappelijk Bezit van Aandelen Philips' Gloeilampenfabrieken tätigen Banken erhältlich.

Bilanz der Philips-Gruppe zum 31. Dezember 1985

Table with columns: Aktiva, Passiva, in Mio hfl. Rows include Anlagevermögen, Umlaufvermögen, Eigenkapital, etc.

Gewinn- und Verlustrechnung der Philips-Gruppe für 1985

Table with columns: Nettogewinn, in Mio hfl. Rows include Nettogewinn, Herstellungskosten des Umsatzes, etc.

PHILIPS

Werbeberatung - Marketing Konzeption, Marktanalysen und Publikation durch: Dipl.-Wirtschaftling, Herbert H. Meyer, 2099 Norderstedt 1, Postfach 1785, Tel. 0 40 / 5 21 76 16 u. 5 21 81 35

Engl. GmbH (Ltd.) Tel. 0 69 / 59 51 47, Fax. 4 170 194

Wir zählen zu den größten Transport- und Vertriebsorganisationen der Schweiz und umfassen mit einer großen Zahl von Fahrzeugen einen täglichen Verkehr Deutschland/Schweiz. Wir verfügen zudem über eine beste Infrastruktur mit modernem und großzügigem Lager- und Bürohaus mit Geleiseschluss in Zürich.

Generalvertretungen für die Schweiz Unser dynamisches Management besitzt viel Erfahrung im Marketing von Konsumgütern. Offerten, die streng vertraulich behandelt werden, sind zu richten an Chiffre J 12408 IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich.

Anlageberater Vertriebsgruppen Versicherungsaufendienst für Vertrieb geschlossener Immobilienfonds (gewerbliche Projekte) gesucht. Verantwortlichkeit auch über Abschluss von Lebensversicherungs-Tilgung. Initiator: Banken-Tochtergesellschaft. Kontaktaufnahme unter S 1587 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Großer Importeur von Parfüm, Kosmetik und dekorative Kosmetik (Franz. Marken) sucht Interessenten zur Eröffnung von Parfümerien in der Bundesrepublik Deutschland einschl. West-Berlin und Österreich. Kein Bar-Kapital erforderlich, nur geringe Sicherheiten nötig. Beste Konditionen. Interessierte Bekundungen unter S 1747 Telefon 0 68 61 / 7 28 42, mo.-fr. 9-17 Uhr

Nutzen Sie diese Chance Wir suchen für alle PLZ-Gebiete (Kapitalmarkt - 50 Milliarden DM) REGIONAL-MANAGER sowie Anlageberater und Hypothekendarlehenvermittler. Vertrieb - Festgeld - Anlage: Kapitalverdopplung in wen. Jahren f. Anleger oder als Hypothek-Kredit-Selbsttilgung. Wir sind Partner einer intern. Bank, keine Vermittler. Ihre aussagefähige Bewertung richten Sie bitte an VG-GmbH, Robert-Koch-Str. 7, 4999 Dortmund 1, Tel. 02 31 / 52 99 65

Sichere Existenz für eine Dame mit Niveau, Geschmack und Freude an schöner Kindermode, die sich selbstständig machen möchte. Geboten wird die einmalige Chance, eine exklusive Kinderboutique zu übernehmen. Die gesamte Ware wird zur Verfügung gestellt, und es wird eine Exklusivlieferung im gesamten Bundesgebiet garantiert. Da sie äußerst gründlich eingearbeitet werden, sind Fachkenntnisse nicht unbedingt erforderlich. Eigenkapital sollte jedoch vorhanden sein. Sie sind interessiert? Dann schreiben Sie bitte an Bäre Artia, Johannestor 1, 20355 Hamburg 1

Gießereibetrieb Suchen Sie kurzfristig einen Zusatzauftrag? Wir suchen Gießereibetrieb für die Herstellung der Seitenteile von gutsermigen Parkbanken im Jugendstil oder ähnlich, ggf. nach Vorlage. Stückzahl ca. 20 000 Seitenteile, Material Grauguss. Erläuterungen unter C 1641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Handwritten text: WELT-Verlag

FUSSBALL / Meisterfeier auf Samstag verschoben. Bremen braucht noch einen Punkt

Wird Bremen nun noch abgefangen?

Wo wird am Samstag der Meister gefeiert - in Stuttgart, wo Werder Bremen zum letzten Saisonspiel antritt, oder in München, wo der FC Bayern auf Mönchengladbach trifft?

UEFA-Cup ohne Hamburger SV?

Verpaßt der Hamburger SV auch noch sein letztes Saisonziel? Nach der 0:2-Niederlage in Bochum sagte Felix Magath: „Mit solchen Leistungen haben wir die Teilnahme am UEFA-Cup nicht verdient.“



Entsetzen und Luftsprünge der Freude: Michael Kutzop schlägt die Hände über dem Kopf zusammen. Er verschob den Elfmeter in der 89. Minute und brachte die Münchner, hier Pfilzger und Wohlfarth, zum Jubeln.

Bleibt Dortmund auf Platz 16?

Es gab ihn schon einmal im Jahre 1969, diesen Dreikampf gegen den Abstieg: Nürnberg, Köln oder Dortmund, wer belegt Platz 16, der zu zwei Relegationsspielen gegen den Dritten der zweiten Liga führt?

BUNDESLIGA

Table with 2 columns: Team and Points. Lists teams like Bremen-München, Düsseldorf-Nürnberg, etc., with their respective points.

DIE TABELLE

Table with 4 columns: Rank, Team, Points, Goals. Shows the current league table with 18 teams.

Die Torschützen: Düsseldorf - Nürnberg: 1:0 Demant (19), 2:0 Bockefeld (29), 2:1 Glatler (71) - Mannheim - Köln: 1:0 Seibert (37), Foullmetzer (1), Hörberbach (64), - Bochum - Hamburg: 1:0 Benatti (7), 2:0 Kühn (66), - Frankfurt - Saarbrücken: 0:1 Szemi (16), 0:3 Mohr (51), 1:1 Körbel (56), 1:3 Büttel (89), - K'lauren - Hannover: 1:0 Brehme (43), - Dortmund - Schalke: 0:1 Thon (38), 1:1 Zorc (78), Handelfmeter, - Leverkusen - Stuttgart: 0:1 Klusmann (28), 1:1 Hübner (67), 2:1 Tsch (71), - M'gladbach - Uerdingen: 0:1 Kirehboff (50), 0:2 Gudmundsson (72), 1:2 Rahn (84), - In der Torschützenliste führt weiter der Bochumer Kutz mit 22 Treffern vor Neubarth (23/Bremen).

SAT 1 in den Hallen und Straßen

Bremen, 89. Spielminute: Kutzop verschießt den Handelfmeter. Jubel in der Münchner Olympiahalle. 6000 Fans des FC Bayern verfolgten dort die Live-Übertragung durch SAT 1 aus Bremen.

Aufatmen, weil Kutzop nur an den Pfosten traf?

„Mit Geschenken wollen wir nicht Meister werden“

Michael Kutzop hätte der Held werden können, der Mann, der Werder Bremen zur deutschen Fußball-Meisterschaft schuf, der Spieler, über den noch lange gesprochen werden wird. Wenn er nur den Elfmeter in der 89. Minute zum 1:0-Erfolg über den Widersacher aus München verfehlt hätte, womit der Titelgewinn sichergestellt wäre.

Aufatmen, weil Kutzop nur an den Pfosten traf?

„Mit Geschenken wollen wir nicht Meister werden“

ULRICH DOST, Bremen konnte sein Mißgeschick kaum fassen: „Ich war mir so sicher, daß ich verwandelt würde.“ Schließlich hatte er bislang acht Elfmeter für Werder geschossen. Aber haben die Bremer hier nicht einen Denkfehler begangen? Kutzop hatte immerhin schon 89 Minuten in den Knochen, dieser Streßsituation war er bislang noch nie ausgesetzt gewesen.

Aufatmen, weil Kutzop nur an den Pfosten traf?

„Mit Geschenken wollen wir nicht Meister werden“

an glauben, begründete Udo Lattek so: „Wir sind an solche Streßsituationen besser gewöhnt als die Bremer.“ Was zumindest der vergebene Elfmeter von Kutzop bewies.

EISHOCKEY / Sowjetische Eifersüchtelien

Tretjak bleibt der Held

Anatoli Tarassow, Viktor Tichonow und Wladislaw Tretjak sind im sowjetischen Eishockey die großen Figuren einer Dreiecks-Geschichte, die in jeder zum anderen am liebsten sagt: Störe meine Krone nicht. Auf dem Pulverfuß sitzt in Moskau bei dem Weltmeisterschaft Nationaltrainer Tichonow. Wenn er im Tittelkampf scheitert, werden Vorgänger Tarassow und der mögliche Nachfolger Tretjak an der Lunte zündeln.

EISHOCKEY / Sowjetische Eifersüchtelien

Tretjak bleibt der Held

mannschaft zu verlieren. Der erboste Tretjak wehrte sich still. Er war sportlich topfit, als er seinen Rücktritt erklärte.

NACHRICHTEN

Lendl plant Comeback

New York (sid) - Der Welttranglistenerste Ivan Lendl plant ein Comeback für das Turnier in Forest Hills (5.-11. Mai). Lendl hat seit dem 30. März, als er im Finale von Chicago gegen Boris Becker verlor, wegen einer Knieverletzung pausiert. In Forest Hills startet auch Boris Becker.

Jubiläum mit Rekorden

Frankfurt (sid) - Mit der Rekordbeteiligung von 25 Mannschaften mit 232 Fahrern aus 19 Ländern begeht das „Remmen um den Henninger Turm“ der Radprofis am 1. Mai in Frankfurt sein 25. Jubiläum. Mit dabei sind Kuiper (Holland), Moser (Italien), Lemond (USA) sowie die Deutschen Braun, Thura und Götz.

Gutendorfs Rücktritt

Berlin (sid) - Der Fußball-Zweitligaklub Hertha BSC Berlin hat sich endgültig von Rudi Gutendorf getrennt. Nach seinem Rücktritt als Trainer am vergangenen Wochenende löste der 59 Jahre alte Trainer auch seinen Manager-Vertrag mit den Berlinern.

Tor von Uwe Reinders

Paris (dpa) - Mit einem Tor in der ersten Minute schoß der frühere Bremer Fußball-Profi Uwe Reinders seinen Klub Girondins Bordeaux in das Endspiel um den französischen Pokal. Bordeaux gewann das Halbfinal-Rückspiel gegen Paris St. Germain mit 2:1 (Hinspiel: 1:1). Gegner im Finale ist Rekord-Pokalstieger Olympique Marseille, dem ein 1:1 (Hinspiel: 1:0) im Rückspiel beim FC Rennes reicht.

Kohde nicht in Berlin?

Berlin (sid) - Claudia Kohde (Saarbrücken) wird möglicherweise nicht

NACHRICHTEN

Lendl plant Comeback

an den 80. Internationalen Deutschen Meisterschaften der Damen in Berlin (12.-19. Mai) teilnehmen. Ihr Stiefvater Jürgen Kirsch: „Sie ist im Moment nach den vielen Starts der letzten Wochen überseht.“ Für Berlin gemeldet haben Martina Navratilova (USA), Steffi Graf (Deutschland) als Nummer drei der Welttrangliste, Bettina Bunge (Aschaffenburg) und das Berliner Talent Claudia Porwick.

Aachen: Chance verspielt

Aachen (sid) - Fußball-Zweitligaklub Alemannia Aachen hat nach dem 0:1 zu Hause gegen Hessen Kassel alle Chancen auf einen der drei Aufstiegsplätze zur Rückkehr in die Bundesliga verspielt. Die Fans forderten die Entlassung von Trainer Werner Fuchs und verbrannten noch im Stadion ihre Fahnen.

Noch ein Belgier

München (dpa) - Bayern München verpflichtet für ein Jahr den belgischen Fußball-Torwart Bobby Dekeyser (21) vom Amateurklub Saint Gilloise. Sein Landsmann Jean-Marie Pfaff hatte ihn empfohlen.

HANDBALL

Bundesliga, Frauen, Nachholspiel: Hannover - Engelskirchen 14:23.

FUSSBALL

Erste englische Division, Nachholspiel: Bromwich - Sheffield 1:1.

TENNIS

Damenturnier in Charleston/South Carolina, erste Runde: Drescher (Schweiz) - Rimes (USA) 6:2, 6:2, Diss (Brasilien) - Golas (Jugoslawien) 6:1, 7:5, Tanvier (Frankreich) - Russel (USA) 6:1, 6:2, Cusio (Deutschland) - Vermaak (Südafrika) 6:3, 6:2, Grand-Prix-Turnier in Monte Carlo, zweite Runde: Nystroem (Schweden) - Perez (Uruguay) 6:4, 6:3.

Nationale Olympische Komitees gegen die Öffnung der Spiele für Profis

Athleten-Code übereilt ausgearbeitet

dpa, Seoul Eine eindeutige Absage hat die 5. Generalversammlung der Vereinigung der Nationalen Olympischen Komitees (ANOC) in Seoul einer überhasteten Streichung der Zulassungsregel 26 und damit der Öffnung der Olympischen Spiele schon 1988 für Profis erteilt. Die Versammlung sprach sich dafür aus, in einer eigenen Kommission alle Aspekte der Nationalen Olympischen Komitees (IOC) als Ersatz geplanten Einführung eines Athleten-Codes zu erörtern. Sie forderte das IOC auf, nicht vor Anhörung der ANOC eine Entscheidung zu treffen.

Nationale Olympische Komitees gegen die Öffnung der Spiele für Profis

Athleten-Code übereilt ausgearbeitet

niernte ihre Aufgabe: „Wir brauchen ein Dokument, das wir alle unterschreiben können, das aber auch die Welt so widerspiegelt, wie sie ist.“ Die Haupttatsache gegen die endgültige Öffnung der Olympischen Spiele für Profis ritt der sowjetische Sportminister und NOK-Präsident Marat Gramow. Er warf dem IOC vor, weder die NOKs noch die internationalen Sportverbände befragt zu haben. „Das ist ein Übergriff auf die Souveränität der olympischen Bewegung.“ Der Athleten-Code sei übereilt ausgearbeitet, nicht ausgefeilt und werde in dieser Form „Olympia in seinen Grundfesten erschüttern“.

Nationale Olympische Komitees gegen die Öffnung der Spiele für Profis

Athleten-Code übereilt ausgearbeitet

In der Frage der Olympia-Beteiligung erhielt Gramow überraschend deutliches Kontra aus Ländern der Dritten Welt wie Puerto Rico, Kuba und Senegal. Der Sprecher aus Senegal meinte: „Niemand darf vergessen, daß Seoul die Spiele erhalten hat und nicht Nordkorea.“ Bei der Diskussion um den Athleten-Code wurde immer wieder deutlich, daß sich die 161 vom IOC anerkannten NOKs (152 sind in Seoul vertreten) bei den Entscheidungen des IOC nicht ihrem Gewicht entsprechend berücksichtigt fühlen. Die Hauptargumente gegen die vorliegende Fassung des Athleten-Code in der ANOC-Versammlung lauteten: „Die Zulassung von Profis führt zur Gewalt im Sport, weiteren Kommerzialisierung und macht das Doping-Problem unkontrollierbar“, der Code sei übereilt verfaßt, unausgegoren und gefährde den Zusammenhalt der olympischen Familie; die derzeit gültige Regelung funktioniere und bedürfe keiner Änderung; die NOKs liefen Gefahr, ihr Recht auf Nominierung der Olympiamannschaft an die Sportverbände und Manager zu verlieren; die Dritte Welt werde in ihrer Entwicklung gestört und weiter ausgeschlossen.

Gerade das stellte der britische NOK-Präsident Charles Palmer in seinem leidenschaftlichen Plädoyer für den Athleten-Code in Abrede. „Chancenlosigkeit für die Entwicklungsländer besteht doch nur, wenn wir eine Regel mit der Vorschritt schaffen, daß jeder Sportler nur an fünf Tagen in der Woche je zwei Stunden trainieren darf.“ Palmer forderte seine Kollegen vergeblich auf: „Lassen Sie uns den Schritt ins 20. Jahrhundert tun, ehe es in gut zehn Jahren vorbei ist.“

erdgas IST EINE SAUBERE SACHE.

DIE VORSCHAU Samstag, 15.30 Uhr: Uerdingen - Düsseldorf (1:1), Stuttgart - Bremen (0:6), Schalke - Leverkusen (0:2), Hannover - Dortmund (1:1), Hamburg - Frankfurt (0:2), München - M'gladbach (2:4), Nürnberg - Mannheim (0:2), Köln - Bochum (1:0). In Klammern die Ergebnisse der Hinspiele.

Rau erneuert seine Absage an die Grünen

Die sozialdemokratisch geführten Bundesländer Hessen, Saarland, Bremen und Hamburg haben sich der von Nordrhein-Westfalen beschlossenen Verfassungsklage gegen die Änderung des Streikparagrafen 116 angeschlossen. Das gab der Ministerpräsident des Landes und SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau gestern in Bonn bekannt. Er begründete die Verfassungsklage, die er schon in der Bundesratssitzung vom vergangenen Freitag angekündigt hatte, sowohl mit verfassungsrechtlicher Kritik an der Gesetzesänderung als auch mit dem Argument, daß damit der soziale Frieden im Lande gefährdet werde.

Auf seiner ersten Pressekonferenz in Bonn seit seiner Nominierung als Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl 1987 nahm Rau auf insgesamt 32 Fragen in der Bundespressekonferenz Stellung. Er bekräftigte seine Absicht, die absolute Mehrheit der Mandate im Bundestag anzustreben und allein mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten zum Kanzler gewählt zu werden. Rau erneuerte auch seine Absage an eine Koalition mit den Grünen, was - für die Bundespolitik - im übrigen auch von Böhmer in Hessen gutgeheißen werde. Die Begründung Raus: "Erstens, weil es eine nach meiner Überzeugung unüberbrückbare Meinungsverschiedenheit gibt in der Frage der Industriepolitik. Die Grünen wollen den Ausstieg aus der Industriegesellschaft; ich will die Veränderung der Industriegesellschaft mit den Mitteln der Industriegesellschaft. Und zweitens: die Grünen haben außen- und sicherheitspolitisch ein Konzept - Neutralität der Bundesrepublik, sofortiger Austritt aus der NATO - das mit sozialdemokratischen Positionen nicht übereinstimmt und nicht in Übereinstimmung zu bringen ist." Nur regional sei eine Zusammenarbeit mit den Grünen möglich.

Rau war vom Sprecher der Bundespressekonferenz mit einem Bibelzitat begrüßt worden. Aus Sprüche 15, Vers 13 zitierte der Sprecher den Ratschlag "Freude erfährt der Mensch, der zu antworten weiß. Wie gut ist ein Wort zur rechten Zeit." Predigersohn Rau hatte seine erste Antwort schnell parat - aus der Bibel: "Ich hatte mir oft vorgenommen zu Euch zu kommen, war aber verhindert" (Römerbrief eins, Vers 13 a).

Entscheidung zu SALT II ist kein Präzedenz-Fall

Reagans Konzession ohne Zusammenhang mit Libyen

FRITZ WIRTH, Washington
Der amerikanische Luftangriff gegen Libyen droht zu einem trigonometrischen Punkt der amerikanischen Politik zu werden, zu dem einige Beobachter alle folgenden politischen Entscheidungen in Bezug setzen. So wurde dieser Angriff in den letzten Tagen auch in Zusammenhang gebracht mit der Entscheidung Präsident Reagans, ob er den SALT-II-Vertrag weiter respektieren soll oder nicht.

Es trifft zu, daß die SALT-Entscheidung am 18. April im Weißen Haus fiel, also einen Tag nach dem Luftangriff auf Libyen, doch es trifft ebenso zu, daß das Weiße Haus sich zu diesem Zeitpunkt schon lange seine künftige SALT-Politik abgesteckt hatte. Man versichert im Weißen Haus: Wir können Khadafi nicht den Gefallen tun, den Libyen-Konflikt zum Angelpunkt unserer künftigen Politik zu machen.

Der SALT-II-Vertrag ist ein Unikum. Er ist vom amerikanischen Kongress niemals ratifiziert worden, ist offiziell Ende des letzten Jahres abgelehnt und wird von beiden Seiten dennoch respektiert. Er liegt unter anderem die Zahl der Abschußvorrichtungen für Raketen mit Mehrfach-Gefechtsköpfen auf 1200 fest. Durch die Umrüstung der bisherigen Poseidon U-Boot-Flotte auf Trident-Boote, die statt 16 Abschußbehältern 24 besitzen, sind die Amerikaner in ständiger Nähe des Limits. Es wurde bereits im letzten Jahr durch die Indienststellung des Trident-Bootes "Alaska" überschritten.

Kompromiß unter Druck

Reagan glied diese Überzahl aus, indem er die Abwrackung des Poseidon-Bootes "Sam Rayburn" anordnete. Das gleiche Problem entsteht im Mai wieder, wenn das Trident-Boot "Nevada" seine Versuchsfahrt aufnimmt und damit die Zahl der Raketen auf 1223 erhöht. Ronald Reagan, seit Jahren entschiedener Gegner von SALT II, entschloß sich dennoch erneut zu einer Konzession und ordnete an, daß die beiden Poseidon-Boote "Andrew Jackson" und "Nathan Hale" abgewrackt werden.

Reagan stand dabei einerseits unter dem Druck von Verteidigungsminister Weinberger, CIA-Chef Casey, seiner eigenen Abrüstungsbehörde

ACDA und seinem rechten Parteiflügel, sich nicht mehr länger an den SALT-II-Vertrag gebunden zu fühlen, und wurde andererseits von Außenminister Shultz, dessen Abrüstungsberater Paul Nitze und der überwiegenden Mehrheit der NATO-Verbündeten aufgefordert, weiter zu diesem Vertrag zu stehen.

Vertragsverstöße Moskaus

Die Befürworter des Vertrages argumentieren, daß er eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen mit den Sowjets ist. Die Gegner argumentieren, daß die Sowjets selbst schon lange gegen den SALT-II-Vertrag verstößen. Es müssen den Sowjets ein Denkzettel verpaßt werden, daß man solche Vertragsverletzungen nicht hinnimmt.

Erheblichen Vertragsverletzungen der Sowjets hatte Verteidigungsminister Weinberger bereits im November vorigen Jahres in einer Dokumentation zusammengestellt. Sie weist nach, daß der Bau der sowjetischen SS 25-Rakete ein klarer Verstoß gegen den SALT II-Vertrag ist. Nach diesem Vertrag ist es den beiden Großmächten erlaubt, nur einen neuen Typ landgestützter Interkontinentalraketen zu bauen. Die Sowjets taten es mit der Konstruktion ihrer SS 24 und behaupten, daß die SS 25 kein neuer Raketen-Typ sei, sondern nur die Weiterentwicklung des bereits bestehenden Typs SS 13. Das Pentagon beharrt jedoch darauf, daß die SS 25 alle Kriterien einer neuen Rakete erfüllt. Bis heute sind 72 dieser neuen Raketen installiert.

Das bedrückende für Ronald Reagan: Diese SALT-Debatte ist eine Fortsetzung ohne absehbares Ende. Im Weißen Haus warnt man bereits: Keine der gegenwärtigen Pro-SALT-Entscheidungen sollte als Präzedenzfall verstanden werden.

Unmittelbar nach der Entscheidung, die amerikanischen Präsidenten, die Obergrenze des zweiten SALT-Abkommens vorläufig einzuhalten, hat der Rüstungsbeauftragte des amerikanischen Außenministeriums, Botschafter Paul Nitze, sich am Dienstag zu Konsultationen über Abrüstungstragen nach Bonn begeben, wo er gestern mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher zusammengetroffen ist.

Strauß: Europa kann auf die Luftfahrt als Wirtschaftssekto nicht verzichten

Bayerns Ministerpräsident erzielt in Paris Einigung über Ansbau des Airbus-Programms

P. RUGE/W. SCHAUFUSS, Paris
„Die Entscheidung ist gefallen, die Airbus-Familie wird vergrößert“, Franz Josef Strauß schränkte aber ein: „Die anderen mußten davon noch überzeugt werden“. Dennoch, der bayerische Ministerpräsident sieht sich in seiner Auffassung bestätigt, durch persönliche Vorsprache die am europäischen Luftfahrtprogramm beteiligten Regierungen von der Notwendigkeit rasch zu treffender Entscheidungen zu überzeugen.

Wie ein Staatsgast

Bei seinem Besuch an der Seine fand er offene Ohren, denn die Franzosen haben für die Entwicklung neuer Modelle bereits Vorleistungen erbracht. Nach einer vorangegangenen Abstimmung mit Bundeskanzler Kohl konnte der bayerische Ministerpräsident in Paris jetzt zusage, daß im Haushaltsplan 87 von deutscher Seite 370 Millionen Mark für Projektstudien der neuen Airbus-Typen bereitgestellt werden: die A 340, in einer viermotorigen Langstreckenversion, und die A 330 als zweistrahliges Großraum-Mittelstreckenflugzeug.

Der bayerische Ministerpräsident, der offiziell als Vorsitzender des europäischen Konsortiums Airbus-Industrie gekommen war, wurde in der

französischen Hauptstadt wie ein Staatsgast empfangen. Sowohl Staatspräsident Francois Mitterrand wie der neue bürgerliche Premierminister Jacques Chirac hatten für Franz Josef Strauß mehr als nur höfliche Gesprächsminuten. Das zeigt die große Interesse der Franzosen an der weiteren Ausdehnung der technischen und industriellen Zusammenarbeit mit den Deutschen.

„Entweder Airbus, oder die Europäer verschwinden vom Himmel der Großraumflugzeuge“, sagt Franz Josef Strauß, der sich damit gegen den Vorwurf wehrte, von den europäischen Regierungen würden zu hohe

„Subventionen“ abgefordert. Die amerikanische Konkurrenz profitiere von Militärerträgen und davon, daß sie in ihren Monopolbereichen spekulative Gewinne erwirtschaften, die sie in die Wettbewerbskassen pumpen können. Die Amerikaner, so sagte der bayerische Ministerpräsident weiter, würden den Europäern vorrechnen, daß ihnen 50 000 Arbeitsplätze durch den Airbus verloren gingen. Europa aber könne mit seinen traditionellen Luftfahrtunternehmen auf diesen Wirtschaftssektor nicht verzichten.

Das Airbus-Programm A 330/A 340 erfordert nach Ansicht von Strauß einen Investitionsaufwand von rund 2,5

Milliarden Dollar innerhalb von sechs Jahren, wobei der bayerische Ministerpräsident aber deutlich machte, daß dieser Betrag nicht identisch sei mit der Höhe der beantragten Regierungsdarlehen.

Technologisch interessant an der Weiterentwicklung der Airbus-Familie sei der steigende Anteil für die deutsche Luftfahrtindustrie: von 12 Prozent bei der A 300 über 17 Prozent bei der A 310 auf 30 Prozent bei der A 320. Das entspräche etwa dem Geschäftsanteil von 37,5 Prozent am Airbus, der auch für die neuen Typen A 330/A 340 gelten soll.

Nach London und Madrid

Frankreich und die Bundesrepublik haben mit ihren 37,5 Prozent die größten Anteile an der Airbus-Industrie, deren weitere Partner Großbritannien und Spanien sind. Strauß wird sich, wie er erklärte, auch noch in London und Madrid für die Weiterentwicklung und Finanzierung des Airbus-Programms einsetzen.

Zu etwaigen Spekulationen um eine erneute Wachablösung im Airbus-Industriemanagement erklärte Strauß: „Ich bin mit der neuen Leitung sehr zufrieden. Jean Pierson, der französische Airbus-Chef, ist seiner Aufgabe voll gewachsen.“

Privat-Uni will Hilfe vom Staat

P.F.F. Witten

Die Universität Witten/Herdecke hat gestern im Düsseldorfer Wissenschaftsministerium beantragt, von 1987/88 an in die „Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau“ aufgenommen zu werden, ein gemeinsames Programm von Bund und Ländern. Es geht um den Endausbau in zwei Stufen von je fünf Jahren. 1997 sollen dann 2100 Studienplätze zur Verfügung stehen. Die am 30. April 1983 eröffnete Universität ist die erste deutsche Hochschule in freier Trägerschaft. Das Ausbauprogramm ist auf jährlich 18,8 Millionen Mark veranschlagt. Unter anderem soll eine eigene Zahnklinik errichtet werden. Die Finanzierung der laufenden Kosten will die Privatuniversität weiterhin aus eigenen Mitteln bestreiten.

Verdacht auf Ost-Spionage

DW. Karlsruhe

Der Generalbundesanwalt hat gegen einen in Berlin geborenen Kaufmann Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit erhoben. Der 57-jährige ist Alleingesellschafter und Geschäftsführer einer niederländischen Firma, die Osthandelsgeschäfte mit medizinisch-technischen Apparaten betreibt. Im März 1971 soll er sich in Leipzig während der Frühjahrsmesse verpflichtet haben, der „DDR“ Unterlagen über Dienststellen der Bundeswehr in Koblenz zu beschaffen. Er soll Publikationen mit medizinischer und naturwissenschaftlicher Thematik sowie 17 Reports der amerikanischen Firma Defense Marketing Service (DMS) geliefert haben, die sich mit Fragen der westlichen Verteidigung befassen.

Lockerung der Apartheid-Gesetze

DW. Kapstadt

Die Apartheid-Gesetze zur Kontrolle aller Bewegungen von Schwarzen in Südafrika werden gelockert. Künftig dürfen sich Schwarze auch in städtischen Siedlungen auf eigens dafür ausgewiesenen Grundstücken niederlassen, kündigte die südafrikanische Regierung in Kapstadt an. Gleichzeitig wurde im Parlament ein Gesetzesentwurf vorgelegt, nach dem die südafrikanische Bereitschaftspolizei neue umfassende Vollmachten zur Bekämpfung von Rassenunruhen bekommen soll. Danach soll dem Minister für Recht und Ordnung die Möglichkeit gegeben werden, bestimmte Gegenden zu „Unruhegebieten“ zu erklären. Die Sicherheitskräfte hätten dort Vollmachten wie bei einem Ausnahmezustand.

Marktwirtschaft soll Profil der FDP bestimmen

DIETMAR FUCHS, Bonn

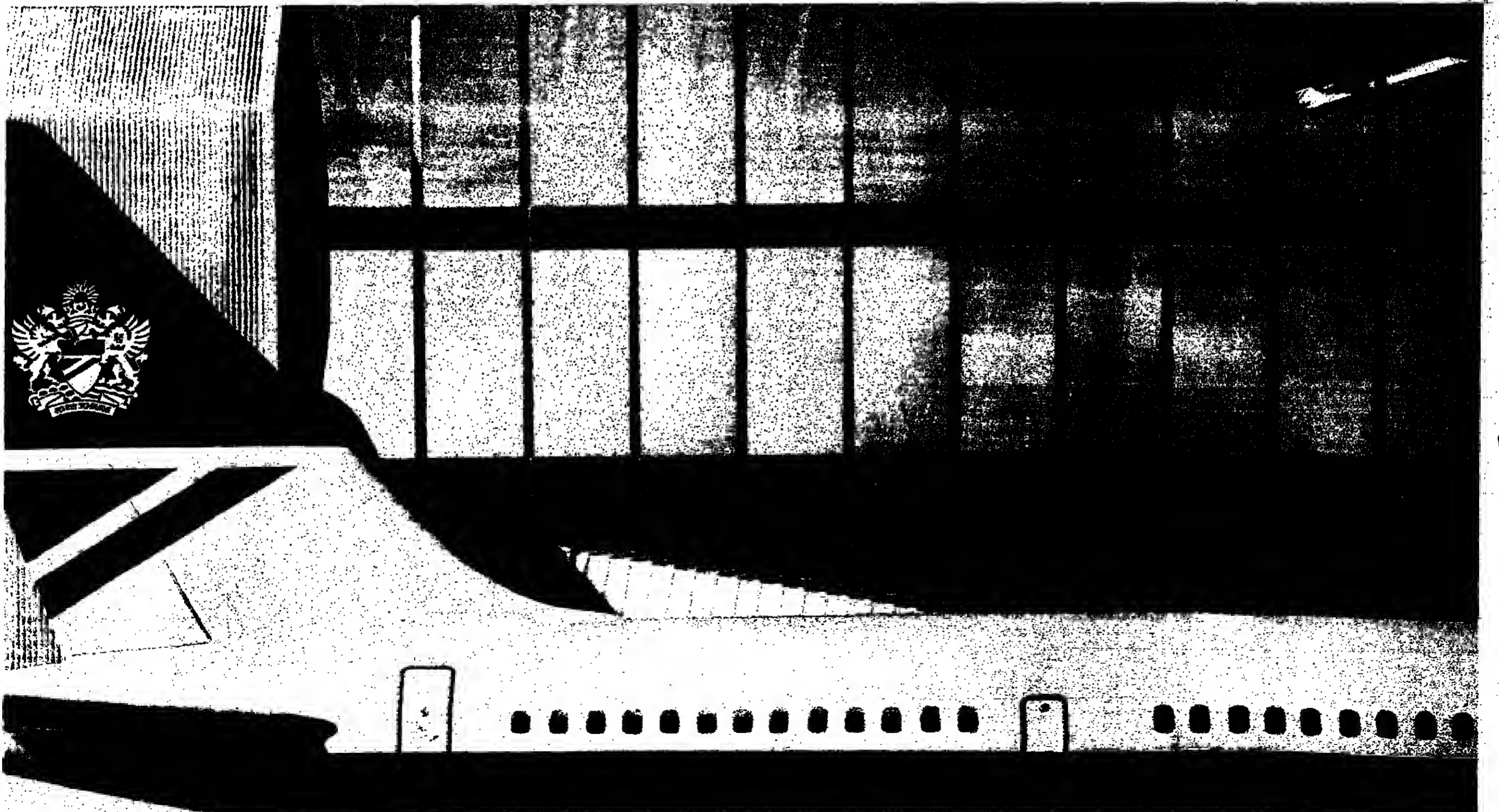
Die FDP wendet sich entschieden gegen staatliche Beschäftigungs- und Konjunkturprogramme. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Wirtschaft ist der Vorstellung der FDP, die Perspektiven für mehr Beschäftigung“ sagte FDP-Chef Dietmar Fuchs. Helmut Haussmann in Bonn, er habe vielmehr jetzt darauf zu achten, Steuererleichterungen, Subventionen, Bau, Privatisierung und allgemeine Forschungsförderung dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen.

Im bevorstehenden Bundestagswahlkampf will sich die FDP als einzige glaubwürdige Vertreterin der Marktwirtschaft darstellen. Bei dieser Strategie hat das Beschäftigungsprogramm neben dem steuerpolitischen Konzept herausragende Bedeutung. Mit seiner eindeutigen marktwirtschaftlichen Handschrift sei es das einzig geschlossene Programm aller Parteien, das die steuer-, markt-, und sozialpolitischen Aspekte dem Ziel nach mehr Beschäftigung unterordnet. Haussmann ergänzte: „Wir grenzen uns damit sowohl von Sozialdemokraten wie Christdemokraten ab, weil wir ohne und aber sagen, nur mehr und konsequenter Marktwirtschaft sorgt langfristig für sinnvolle und wettbewerbsfähige neue Arbeitsplätze.“

Die FDP fordert die Tarifpartner auf, in ihrer Verantwortung für mehr Beschäftigung auch unkonventionelle Wege zu gehen. Durch zeitlich begrenzte niedrigere Eingangslöhne etwa 20 Prozent unterhalb der Tariflöhne sollten Anreize für die Einstellung von Arbeitslosen, Berufsanfänger und Ungelernten gegeben werden.

Allgemein notwendig ist nach Auffassung der FDP ein flexiblerer Arbeitsmarkt mit der Möglichkeit, die Tarifpolitik mehr den betrieblichen Besonderheiten sowie den Branchen und Regionen anzupassen und damit von allgemeinen Regelungen abzuweichen. Außerdem sollte das Vermittlungsmonopol für Arbeitnehmer durch die Nürnberger Bundesanstalt gelockert und die nichtgewerbliche private Arbeitsvermittlung ermöglicht werden. Wie schnell das FDP-Programm den Arbeitsmarkt entlasten könnte, vermochte Haussmann nicht zu sagen. Es gebe keine kurzfristigen Patentrezepte.

Wir haben ein paar Millionen in Ihr Weiterkommen investiert.



London-Heathrow, Terminal 4. Eröffnet am 12. April 1986. 93.000 Quadratmeter Dienstleistung in großzügigen, geräumigen Hallen mit getrennten Ankomfs- und Abflugebenen, unkomplizierter, schneller Abfertigung an 64 Schaltern und 17 direkten Jetways zu den Maschinen. Mit allen interkontinentalen Direktverbindungen rund um den Globus und noch schnelleren Transferzeiten.

BRITISH AIRWAYS
Die Airline

Handwritten text in Arabic script: "الخطوط الجوية البريطانية"

Donnerstag, 24. April 1986

Donnerstag, 24. April 1986 Nr. 95

Wirtschaftsprofil der Bestimmen

DIETHART GOOS

Wirtschaftsprofil der Bestimmen

Wirtschaftsprofil der Bestimmen

Wirtschaftsprofil der Bestimmen

Wirtschaftsprofil der Bestimmen

Verlierer Ökonomie

A. G. - Wie die bevorstehende Landtagswahl in Niedersachsen und die Bundestagswahl 1987 auch ausgehen mögen, ein Verlierer steht jetzt schon fest: der Primat der Ökonomie vor billiger Propaganda.

Bohnen

hät. - 164 Liter Kaffee betrug der Pro-Kopf-Konsum der Bundesbürger im vergangenen Jahr, ein Spitzenwert im internationalen Maßstab.

Uhren-Wettlauf

Von WERNER NEITZEL

Am Uhrenmarkt hat sich ein bemerkenswerter Wandel vollzogen. Das Selbstbewusstsein der Schweizerischen und deutschen Produzenten auf dem Gebiet der Zeitmessung, das eine ganze Zeitlang durch die mit Macht insbesondere aus Japan und Hongkong vorgetragene Marktdiktatur reichlich angeknackst erschien, ist wieder erstarkt.

Immerhin ist es ja beispielsweise auf dem Gebiet der Armbanduhr in den unteren und mittleren Preisklassen den Eidgenossen (Stichwort "Swatch") gelungen, beträchtliche Absatzfolge zu landen und vorzuzugewinnen.

Federn mußten auf dem Felde der Armbanduhr freilich auch die deutschen Produzenten lassen. Allerdings hat für die deutsche Uhrenbranche die Kleinuhr einen vergleichsweise geringen Stellenwert.

Die Domäne der deutschen Uhrenindustrie, die zu rund 90 Prozent in Baden-Württemberg ansässig ist, liegt ohnehin ziemlich eindeutig bei der Großuhr, also den Weckern, Tisch-, Stand- und Wanduhren aller Variationen.

VEREINIGTE STAATEN

Verschlechterte Auftragslage schockt die Aktienmärkte

Sbt. Washington. Weiterhin gemischt sind die Konjunktursignale, die Washington ausstrahlt. Wie schon im Februar sank der Index der US-Verbraucherpreise im März noch einmal um 0,4 Prozent, so daß sich seit Jahresfrist eine Inflationsrate von nur 2,3 (Gesamtjahr 1985: 3,6) Prozent ergibt.

SOWJETUNION / DIW-Untersuchung zur Wirtschafts- und Außenhandelspolitik

Trotz des Ölpreisverfalls noch keine Kürzung der Westimporte erwartet

Die Sowjetunion dürfte trotz der erheblichen Einnahmeverluste aufgrund des Ölpreisverfalls ihre Westimporte nicht rigoros kürzen. Nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin spricht dafür die eigene Interessenlage.

Der drastische Rückgang des Weltmarktpreises für Erdöl, der im Verlauf des Jahres auch den Erdgaspreis nach unten drücken wird, und die Abwertung des US-Dollar zwingen die Sowjetunion zur Revision ihrer Außenhandelsplanung.

Wie die sowjetischen Planer letztlich darauf reagieren werden, steht zwar noch nicht fest. Aber nach Ansicht des Instituts darf aus dem rechtlichen Devisenausschlag nicht auf Importkürzungen unmittelbar geschlossen werden.

AUF EIN WORT



Die Konkurrenz der einzelnen Volkswirtschaften wird auch zur Konkurrenz der verschiedenen Steuersysteme. Wer will, daß die Wettbewerbsfähigkeit unseres Finanzmarktes erhalten bleibt, muß angesichts der Globalisierung der Kapitalmärkte in erster Linie darauf achten.

Kaffeeverbrauch ist gestiegen

Nach dem Rückgang um fünf Prozent im Jahre 1984 erreichte der Kaffeeverbrauch 1985 mit 298 000 Tonnen fast wieder das Volumen von 1983. Wie der Kaffee-Verein Bremen in seinem Jahresbericht 1985 mitteilt, stieg der Absatz trotz einer Preissteigerung um durchschnittlich 5,5 Prozent auf 21,36 DM pro Kilogramm um vier Prozent.

AUTOINDUSTRIE / Breitschwerdt: Nur hochwertige Produkte können bestehen

Beschäftigung ständig weiter erhöht

Die deutsche Wirtschaft könne international nur als Anbieter qualitativ hochwertiger und technisch überlegener Produkte bestehen. Darauf verweist Werner Breitschwerdt, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, auf einer Veranstaltung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bremen, und erläuterte diese These anhand der Automobilindustrie.

KONJUNKTUR

Ifo: Die Konsumwelle läßt noch weiter auf sich warten

Optimisten in der Industrie seien die Investitionsgüterhersteller der Elektrotechnik-Branche, die mit steigenden Exporten rechnen. Auch die Stahl- und Leichtmetallbauer erwarten eine belebte Nachfrage.

HANDEL

BDI fordert, UWG nicht zur Dauerbaustelle zu machen

Für den Kampf gegen die Konzentration im Handel ist das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb das falsche Schlachtfeld. So artikuliert ein Sprecher des Bundesverbandes der Deutschen Industrie während der gestrigen Anhörung zur geplanten UWG-Novelle sein Unbehagen an dem, was die Koalitionspartner als Entwurf auf den Tisch gelegt hatten.

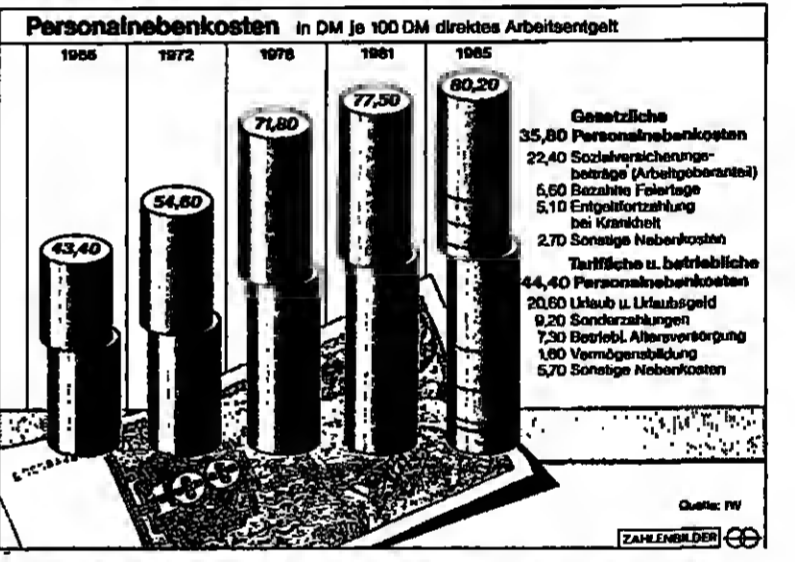
MITTELSTAND

Die Eigenkapitalbasis hat sich bisher kaum verbessert

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Graf Lambsdorff, hat Forderungen nach einer steuerlichen Begünstigung nicht entnommener Gewinne sowie nach einer steuerlichen Investitionsrücklage eine Absage erteilt.

Auch der Geschäftsführer des Verbandes der Vereine Creditreform, Helmut Röhl, wies darauf hin, daß die Eigenkapitalausweitung der Unternehmen noch nicht gebremst worden sei. Seit der ersten Hälfte der 70er Jahre habe sich die durchschnittliche Eigenkapitalquote von 26 auf 18 Prozent vermindert.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



In den Personalkosten der Unternehmen sind außer dem Entgelt für unmittelbare geleistete Arbeit noch Nebenkosten von beträchtlichem Ausmaß enthalten. Nach Berechnungen des Instituts für deutsche Wirtschaft (IW) betrug der "zweite Lohn" 1985 bereits 80,20 DM je 100 DM Direktentgelt.

Beiersdorf darf auch Sonntags arbeiten

Hamburg (tr) - Das Hamburger Kosmetik- und Pharmazeutikunternehmen Beiersdorf AG hat eine bundesweite als beispielgebend geltende Ausnahmegenehmigung vom Arbeitsverbot am Sonntag erhalten.

Übernahme untersagt

Berlin (tr) - Der 1. Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hat ein Verbot gegen den Zusammenschluß des Konstanzer "Südkurier" mit dem "Singer Wochenblatt" bestätigt.

Weniger Emissionen

Frankfurt (cd.) - Im März wurden inländische Rentenwerte für brutto 21,7 (Februar 22,2) Mill. DM (Nominalwert) und netto 6,6 (14,0) Mrd. DM abgesetzt.

Monetäre Expansion

Frankfurt (cd.) - Die monetäre Expansion hat sich im März wieder verstärkt. Die Zentralbankgeldmenge

setzt eine Verminderung der Steuerbelastung voraus. AWM-Vizepräsident Klaus-Jürgen Lehward präsentierte dazu Vorschläge. Die Forderungen an eine umfassende Steuerreform in der nächsten Wahlperiode umfassen einen linear-progressiven Einkommensteuer-Tarif mit einem Spitzensteuersatz von unter 50 Prozent, eine analoge Reduzierung des Körperschaftsteuersatzes, eine Abschaffung der Gewerbesteuer, die Streichung der Vermögenssteuer auf Betriebsvermögen, um die Doppelbesteuerung des in Kapitalgesellschaften investierten Kapitals aufzuheben sowie eine kritische Überprüfung aller steuerlichen Vergünstigungen.

Als flankierende Maßnahmen wurden die geplanten gesetzlichen Regelungen zur Erleichterung der Außenfinanzierung mittelständischer Unternehmen positiv bewertet.

Über Unternehmensbeteiligungen könnte dem Mittelstand echtes Eigenkapital zur Verfügung gestellt werden, betonte Johannes Puhl, Vorstand der Risikokapital-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Versicherungswirtschaft AG, Düsseldorf. Bereits heute haben die von Banken, Versicherungen, Industrieunternehmen oder länderübergreifenden Finanzierungsinstituten getragenen rund 30 Beteiligungsgesellschaften in der Bundesrepublik nach Angaben Puhls 800 bis 900 Mill. DM investiert und damit 21 Mrd. DM Umsatz und 115 000 Arbeitsplätze mitfinanziert.

ge übertraf den Durchschnitt vom vierten Quartal 1985 um 6,75 Prozent und bewegte sich damit deutlich über dem Zielkorridor (3,5 bis 5,5 Prozent). Kräftiger zugenommen haben vor allem die Bankkredite an den privaten Sektor mit Schwerpunkt bei kurzfristigen Ausleihungen. In den letzten sechs Monaten stiegen die Bankkredite an Unternehmen und Privatpersonen mit einer saisonbereinigten Jahresrate von gut 6,5 Prozent.

"Zielzonen prüfen" - Hamburg (DW) - Der Präsident der Landeszentralbank Hamburg, Wilhelm Nilling, hat sich für eine vorübergehende Prüfung der Bedingungen, unter denen für die wichtigsten Währungs-Zielzonen eingeführt werden könnten, ausgesprochen. An dieser Prüfung müsse auch die Bundesrepublik mitwirken. Nach wie vor seien die Wechselkurschwankungen zu ausgeprägt, sagte Nilling vor der Vereinigung der Landesbanken in Deutschland. Hier gelte es, Abhilfe zu schaffen.

Zinssatz sinkt - Frankfurt (cd.) - Nur noch für Einzahlungen bis Ende April hält die Dresdner Bank den Zinssatz von 4,25 Prozent beim "Extra-Sparen". Danach gibt es nur noch vier Prozent für dieses Sparkonto mit gesetzlicher Kündigungsfrist, dessen Zins für ein Jahr fest zugesagt wird. Den höheren Zins der Sparer nur, wenn er sein Konto mit einer Mindesteinlage von 5000 DM in diesem einen Jahr nicht antastet.

Ölförderung gestiegen - Hamburg (dpa/WVD) - Die Rohölförderung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich 1985 gegenüber 1984 um 1,2 Prozent erhöht. Wie die Deutsche Shell AG in Hamburg mitteilte, wurden im vergangenen Jahr 4,1 Mill. Tonnen Rohöl gefördert. Mit 0,1 Prozent war der bundesdeutsche Anteil an der Weltrohförderung jedoch verschwindend gering. Das meiste Öl sprudelte aus den Quellen im Gebiet westlich der Ems. Dort wurden 1,4 Millionen Tonnen gefördert. Stark zugenommen hat die Förderung im Gebiet nördlich der Ems und im Oberrhein.

ITALIEN

Schuhpreise halten vom Kauf ab

Die Italiener werden zwar nicht berührt gehen, ihre Konsumgewohnheiten auf diesem Gebiet unterliegen neuerdings aber einem einschneidenden Wandel. In den letzten drei Jahren sank der Binnenabsatz von Schuhen um 24 auf 158 Millionen Paar. Verantwortlich war dafür die Preisexplosion, die sich vor allem elegante Lederschuhe gefallen lassen mußten. Infolge dieser Entwicklung mußten 1985 beinahe 400 Einzelhändler ihren Laden schließen.

Politische Urteilskraft kann man abonnieren.

Bitte: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36. Bitte liefern Sie mir vom nächstnächsten Termin an bis auf weiteres DIE WELT...

FRANKREICH / Franc-Abwertung zwingt ausländische Pkw-Hersteller zu Preiserhöhungen - Qualität gefragt

Deutsche Autos setzen sich am Markt durch

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris Die französischen Importeure deutscher Automobile haben in den letzten Tagen ihre Verkaufspreise um zwei bis vier Prozent erhöht - mit Ausnahme des Volkswagenwerks, das Ende des Monats folgt. Das sind die Folgen der Abwertung von Anfang April.

zehn Prozent auf 6,3 Mrd. Franc gestiegenen MBF-Umsatz waren Pkws mit 37,6 Prozent beteiligt. Die anderen Importeure halten sich mit Angaben zur Ertragslage zurück. BMW spricht von einem unverändert positiven Ergebnis, bei einem um 1,9 Prozent auf 2,25 Mrd. Franc gestiegenen Pkw-Umsatz.

stand damit an zweiter Stelle nach Renault, der dank des R25 auf 30,4 (27,2) Prozent Anteil kam. BMW litt hingegen unter dem Trend zum Kompaktwagen; der Zulassungsanteil schrumpfte auf 1,86 (1,72) Prozent und in der über 100 000 Franc-Klasse auf 14,7 (17,6) Prozent.

Demgegenüber konnte Opel seinen Marktanteil auf 4,93 (4,35) Prozent ausweiten. Eine starke Position in Frankreich besitzt die VW-Gruppe mit einem Marktanteil von 6,27 (5,55) Prozent, davon 1,39 (1,33) Prozent Audi. Auch umsatzmäßig steht die Gruppe mit über sieben Milliarden Franc an zweiter Stelle nach Ford, deren Umsatz von 8,94 Mrd. Franc nicht nur aus den Importwagen resultiert.

NORDSEEÖL / London verbessert Bohr-Konditionen

Neue Lizenzrunde steht an

Trotz der drastisch gefallen Ölpreise hat die britische Regierung bestätigt, daß sie mit der zehnten Runde der Vergabe von Bohrkonzessionen für die Suche nach Öl und Gas im britischen Nordsektor wie geplant vorangehen wird. Die Lizenzvergabe wird bis Anfang nächsten Jahres abgeschlossen sein. Sie kommt damit zu einer Zeit, in der praktisch alle Ölförderunternehmen ihre Bats für die Öl- und Gas-Exploration in der Nordsee zum Teil massiv reduziert haben.

So hat etwa der größte britische Ölkonzern BP vor kurzem mitgeteilt, sein Explorationsbudget in diesem Jahr um fast 30 Prozent, nämlich von gut 2,1 auf 1,55 Mrd. DM, zu kürzen. Immerhin 80 Prozent dieser Reduzierung entfällt auf die Nordsee. Insbesondere für die kleineren Ölförderunternehmen, die nur mit Mühe die hohen Investitionen in immer unwirtschaftlicheren Nordsee-Gebieten finanzieren und denen mit dem jüngsten Ölpreisverfall auch die Aussicht auf sehr hohe Renditen genommen worden ist, kommt die neue Runde zur Vergabe von Nordsee-Blöcken, zur unpassendsten Zeit. Die Regierung in London versucht, die Lizenzvergabe attraktiv zu gestalten.

ÖSTERREICH / Banken kämpfen nicht mehr so stark um Marktanteile - Reserven gestärkt

Kreditinstitute mit 1985 zufrieden

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien Ein ausgesprochen gutes Jahr haben die österreichischen Banken und Sparkassen 1985 erlebt. Allerdings wurden die günstigen Rahmenbedingungen keinesfalls wie in früheren Jahren zu heftigen Positionskämpfen um Marktanteile genutzt. Stattdessen machte sich allorts ein Umdenken bemerkbar: Zumindest bei den Großinstituten war das Marktanteilsdenken erstmals seit vielen Jahren von untergeordneter Bedeutung. Im Vordergrund der Geschäftspolitik stand die Verbesserung der Ertragslage und die Stärkung der Reserven.

Prozent der Verpflichtungen vorgeschrieben. Der Finanzminister Franz Vranitzky, vormals Chef der Länderbank, ging allerdings bald nach Amtsantritt im September 1984 daran, die Bankengesetzgebung den internationalen Usancen anzupassen. In dem nun vorliegenden und bereits im parlamentarischen Ausschuß zur Debatte eingebrachten Entwurf wird schon ab dem nächsten Jahr das Eigenmittelerfordernis an der Bilanzsumme gemessen. Ab 1991 - nach einem Übergangszeitraum von fünf Jahren mit nur vier Prozent - gelten 4,5 Prozent als Mindestfordernis. Gemessen daran liegt die Eigenkapitalquote derzeit kaum über zwei Prozent. Lediglich die Zentralbank schaffte im Vorjahr mit 2,87 Prozent den Branchenspitzenwert.

Die Großinstitute blieben sogar überwiegen hinter dem Branchendurchschnitt zurück. Nach wie vor unbefriedigend ist in Österreich die Zinsspanne (Zinssaldo in Prozent der Bilanzsumme), die sich nach allgemeiner Aussage erst ab Herbst 1985 zu verbessern begann und im Jahresdurchschnitt zwischen 0,7 und 1,2 Prozent lag - lediglich die Zentralbank erreichte über zwei Prozent. Die Erträge aus Gebühren und Provisionen erbringen lediglich bei der Creditanstalt (CA) mit annähernd der Hälfte des Zinssaldos ein befriedigendes Einkommen. Auch im vergangenen Jahr konnte sich die Branche nicht auf verursachungsgerechte Entgelte einigen.

Rhône-Poulenc klagt über Dollarbaisse

J. Sch. Paris Dieses Jahr wird für den staatlichen französischen Chemiekonzern Rhône-Poulenc nach Angaben seines Präsidenten Loik Le Floch-Prigent "schwierig" sein. Bereits im ersten Quartal wurde ein 4,5prozentiger Rückgang des Konzernumsatzes verbucht, nachdem sich dieser 1985 auf 58,10 (51,21) Mrd. Franc erhöht hatte. Auch der auf 2,31 (1,99) Mrd. Franc gestiegene Reingewinn dürfte schrumpfen. Dafür verantwortlich gemacht wird vor allem die Dollarbaisse. Sie führe zu einer verschärften internationalen Konkurrenz mit besonderen Absatzschwierigkeiten in der Dollarzone. Die den Europa-Export fördernde Franc-Abwertung und DM-Aufwertung würde das nach Prigent nicht ausgleichen, obwohl der Konzern in der Bundesrepublik sehr stark vertreten ist (von seinem Umsatz entfallen 70 Prozent auf das Auslandsgeschäft). Weitere Schwierigkeiten erwartet Rhône-Poulenc aufgrund des Ölpreisverfalls.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Weniger verdient

New York (dpa/WVD) - Der drittgrößte US-Autohersteller, die Chrysler Corp hat im ersten Quartal dieses Jahres knapp 30 Prozent weniger verdient als ein Jahr zuvor. Der Gewinn von 356,9 Mill. Dollar zählt jedoch zu einem der besten Quartalsergebnisse in der 61jährigen Unternehmensgeschichte. Branchenführer General Motors (GM) verdient in dem Zeitraum mit 1,064 Mrd. Dollar, ein Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Neue Börsenverbinding

London (VWD) - Die Londoner Börse hat eine elektronische Verbindung zum Handel mit Aktien mit der National Association of Securities Dealers' Automated Quotations System (Nasdaq) hergestellt. Die Nasdaq ist auf den Freiverkehr mit etwa 2200 Aktien in den USA spezialisiert. 270 in den USA im Freiverkehr gehandelten Aktien werden exakt mit den neuesten Kursen auf einem Bildschirm der Londoner Börse dargestellt. Gleichzeitig erlaubt die Nasdaq 288 in London gehandelte Papiere auf elektronischem Weg. Dieses Pilotprojekt ist auf zwei Jahre angelegt.

Gespräche mit Anstrahlen

Rom/Brüssel (AP) - Von Gesprächen mit der EG-Kommission in Brüssel kommt es der australische Ministerpräsident Bob Hawke zu Gesprächen mit der italienischen Regierung und einer Audienz beim Papst nach Rom geflogen. Vor seinem Abflug in Brüssel hatte Hawke seine Unterredungen mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, und Kommissionsmitglied Willy de Clerq über die Probleme beider Seiten mit dem Agrarhandel als Erfolg gewertet. Der Streit um australische Einfuhren in die EG hatte sich in den letzten Wochen derart zugespitzt, daß die Clerq einen vorgesehenen Besuch in Canberra abgesagt hatte. Der Agrarhandel soll bei den kommenden multilateralen Handelsgesprächen eingehend behandelt werden.

Gipfel-Thema

Washington (AP) - US-Außenminister George Shultz hat die Europäische Gemeinschaft beschuldigt, mit ihren Agrarsubventionen ein "Chaos" auf dem Weltmarkt anzurichten. Die Erweiterung der EG um Spanien und Portugal habe das Problem noch vergrößert. Nachdem die Beratungen über das Problem auf der Pariser OECD-Konferenz zu keinem Ergebnis geführt hätten, müsse auf dem Tokioter Weltwirtschaftsgipfel nach einer Lösung gesucht werden.

Gewinn verdreifacht

London (dpa/UPD) - Der Triebwerkhersteller Rolls-Royce Ltd. hat seinen Gewinn vor Steuern für 1985 mit 81 Mill. Pfund (268 Mill. DM) gegenüber 1984 mehr als verdreifacht. Wie das Unternehmen mitteilte, stieg der Umsatz um 14 Prozent auf 1,6 Mrd. Pfund. Das Unternehmen soll im nächsten Jahr privatisiert werden.

Rekord-Konsumausgaben

London (AP) - Die Einzelhandelsverkäufe in Großbritannien sind im März auf ein Rekordniveau gestiegen. Den jüngsten Statistiken zufolge erhöhte sich der Index der Konsumausgaben saisonbereinigt auf 119,4, nachdem er im Februar bei 117,2 gelegen hatte (1980 = 100). Im März letzten Jahres stand der Index bei 114. Im Wochenenddurchschnitt erreichten die Einzelhandelsverkäufe im März 1,66 Mrd. Pfund (5,53 Mrd. DM) gegenüber 1,58 Mrd. Pfund im Februar.

Kreditanalyse

Rio de Janeiro (dpa/WVD) - Brasiliens Regierung erwägt eine "rigorose Aufklärung" der Herkunft und des Verbleibs der im Ausland aufgenommenen Kredite. Wie aus Pressemeldungen hervorgeht, soll die Bestandsaufnahme dazu dienen, widersprüch-

Der Grund war eine über Jahre sich verschlechternde Eigenkapitalausstattung, die in einer Rangliste der OECD die österreichischen Banken zwischen am untersten Ende aufscheinen ließ. Dies kam indes weniger vom sorglosen Handeln der Institutsvorstände, sondern wurde durch allzu lockere gesetzliche Bestimmungen geradezu provoziert. Denn nach der derzeit geltenden Fassung des Kreditwesengesetzes war lediglich eine Eigenmittellquote in Höhe von vier

Insgesamt verbesserte sich das Teilbetriebsergebnis der großen Institute geradezu sprunghaft, liegt aber, gemessen an der durchschnittlichen Bilanzsumme mit Werten zwischen 0,32 und 0,79, vom Ziel noch weit entfernt.

Table with 10 columns: CABV, Girozentrale, Länderbank, Zentralbank, BAUG, Gesamtbank, Erste Österreichische. Rows include Bilanzsumme (Mrd. ÖS), Auslandsmittel (Aktiva in %), Zinssaldo (Mill. ÖS), Provisionen und Gebühren (Mill. ÖS), Reinergebnis (Mill. ÖS).

CABV - Großinstitut; BAUG - Bank für Arbeit und Wirtschaft; Reinergebnis - Jahresergebnis vor Steuern und Investitionsrückl.; Zuweisung an Stammesverpflichtungen

die im Inlandgeschäft üblich sind. 1985 erhöhten die italienischen Exportunternehmen ihre Listenpreise durchschnittlich um fünf Prozent, womit die Inflationsrate nur zum Teil an die Auslandskundschaft weitergegeben wurde.

Nach Angaben des Mailänder Fachverbandes der italienischen Schuhindustrie exportierte die Branche im Jahre 1985 insgesamt 435 Millionen Paar Schuhe, 10,6 Prozent mehr als im Vorjahr; während dem Wert nach die Ausfuhr um 15,3 Prozent auf 7105 Mrd. Lire zunahm. Größter Kunde war 1985 die Bundesrepublik Deutschland, die ihre Bezüge aus Italien um 4,3 Prozent auf 88 Millionen Paar erhöhte. In der italienischen Schuhindustrie gibt es gegenwärtig 9500 Betriebe mit 135 000 Beschäftigten. Viele haben nicht mehr als zehn Angestellte.

massa Einkaufszentren der Zukunft. Einkauf ohne Zeitverlust, Optimale Standorte in Autobahnnähe, Keine Parkplatzprobleme. Argumente, die für Handelsunternehmen der 90er Jahre entscheidend sein werden! massa Aktien demnächst amtlich notiert. Umsatzentwicklung des gesamten Einzelhandels, massa Umsatzentwicklung, massa Gewinnentwicklung.

GERMAN OIL / Niedersachsen steuert Ausstieg an

Keine Belastung für das Land

Der Land Niedersachsen sind aus dem Engagement bei der German Oil GmbH keinerlei Kosten erwachsen. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Dringliche Anfrage der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hervor. German Oil war vor Jahresfrist auf Betreiben des Landes gegründet worden, um die Wiederinbetriebnahme der von Mobil Oil stillgelegten Raffinerie in Wilhelmshaven zu erreichen.

ERDGASMARKT / Industrielle Verbraucher klagen über Wettbewerbsverzerrungen durch das billige Öl

Die meisten Gaswerke senken vorzeitig ihre Preise

HANS BAUMANN, Essen Rund drei Viertel der 500 selbständigen Stadtwerke in der Bundesrepublik Deutschland haben ihre Preise für Erdgas gesenkt. Die Preisnachlässe bewegen sich zwischen fünf und zehn Prozent. Damit weicht die Gaswirtschaft von ihrer bisherigen Praxis ab, die Gaspreise immer nur nach sechs Monaten zum 1. April und zum 1. Oktober den sich verändernden Heizölpreisen anzupassen.

auf Erdgas umzustiegen, ohne bei Preisnachlässen auf der Ölseite den Kürzeren zu ziehen. Obwohl die Gaswirtschaft sicher ist, daß der Einbruch der Preise für Heizöl vorübergehender Natur ist, will man doch mit der Herabsetzung des Erdgaspreises das eigene mengenmäßige Wachstum verteidigen.

Der Preisnachlaß für Erdgas wird sich nach Ansicht der Gaswirtschaft bis zum Oktober hinziehen. Zum 1. Oktober soll dann der Erdgaspreis mit dem Heizölpreis gleichgezogen werden. Dieses Datum ist besonders wichtig, weil dann die Heizperiode beginnt.

dem Verbraucher im Aufwand für Energieverbrauch angepaßt, als nur ein Bruchteil der Ölheizenergie zu den besonders niedrigen Heizölpreisen nutzen kann, weil sie noch aus ihren Tanks feuern, die sie vor Beginn der Heizperiode 1985/86 zu Preisen um 65 bis 70 Pfennig je Liter füllten.

BAYER

Dividende wird um eine Mark erhöht

Erwartungsgemäß schlägt auch die Bayer AG, Leverkusen, ihren 320 000 Aktionären für 1985 eine Dividendenaufstockung auf 10 (9) DM je Aktie vor (Hauptversammlung am 19. Juni). Neben Steuergutschrift erhöht sich die Ausschüttung für den anrechnungsberechtigten Inlandsaktionär auf 15,62 (14,06) DM je Aktie, Rund 39 Prozent der Aktien dieser nach jüngster (Januar-) Erhebung mit 2,84 (2,61) Mrd. DM Aktienkapital noch eindeutig als an der Spitze deutscher Publikums-Gesellschaften gehören ausländischen Aktionären.

HAMBURGER SPARKASSE / Ergebnis auf hohem Niveau

Kontinuierlich gewachsen

Die Hamburger Sparkasse, das mit Abstand größte deutsche Sparinstitut, ist auch im Berichtsjahr 1985 stetig gewachsen und hat das Ergebnis auf hohem Niveau gehalten. Im Zuge der Ausweitung des Geschäfts stiegen sowohl Zins- als auch Provisionsüberschüsse. Im Dienstleistungsbereich spielte nach Angaben des Vorstandspräsidenten Peter Mählmann das überaus rege Wertpapiergeschäft eine überragende Rolle. Der Wertpapierumsatz bei der Haspa nahm einschließlich Eigenemissionen um 7,3 Prozent auf 4,4 Mrd. DM zu, allein die Aktienumsätze wuchsen um 136 Prozent auf 667 Mill. DM.

Table with 3 columns: Hamburger Sparkasse, 1985, +/- %

Eisenhändler besorgt über die Ertragslage

Trotz zusehends freundlicheren Konsumklimas sieht die E. D. E. Einkaufsbüro deutscher Eisenhändler GmbH, Wuppertal, in dem an Schärfe zunehmenden und die Ertragslage stark belastenden Wettbewerb sowie in der rückläufigen Wohnungsbau-Nachfrage, weit mehr als nur einen Schönheitsfehler für künftige Umsätze und Ertragserwartungen. Die mit gut 1070 Mitgliedern und deren 16 000 Beschäftigten überregional tätige Vereinigung mittelständischer Haus- und Eisenwarenhändler sieht für 1986 daher nur Chancen für ein reales Umsatzwachstum von zwei bis drei Prozent.

Dies ist nur etwas mehr als das, was 1985 mit real knapp zwei (6,1) Prozent auf 1,55 Mrd. DM im Durchschnitt erzielt wurde. Mit einem Plus von sieben Prozent auf 381 Mill. DM sah der Bereich Werkzeuge und Industriebedarf noch sehr gut aus, anders das Haus-, Glas- und Porzellan-Sortiment mit einem Minus von 3,1 Prozent auf 125 Mill. DM. Gut gehalten hat sich der Bereich Baubeschlag, Baugeräte, Baubedarf und Holz. Hier stiegen die Umsätze leicht um 0,4 Prozent auf 471 Mill. DM.

SCHIESSER / Marktstellung durch modische Wäsche- und Freizeitkleidung verbessert

Phase der Stagnation abgeschlossen

Mit einer forcierten Ausrichtung ihres Programms bei Wäsche, Home- und Freizeitbekleidung in den modischen Bereich hinein will sich die zu den bedeutendsten Wäsche-Produzenten zählende Schiesser AG, Radolfzell, eine noch bessere Ausgangsposition im Wettbewerb auf den Märkten verschaffen. Die Verkäufe für das laufende Jahr 1986 seien nach Angaben der Verwaltung vor allem bei Kollektionen ermutigend. In den ersten Monaten des laufenden Jahres lagen die Auftragseingänge wertmäßig um etwa fünf Prozent über dem Vorjahr. Für das ganze Jahr steuert man bei Schiesser auf einen Jahresumsatz von rund 400 Mill. DM zu.

In 1985 hat Schiesser nach Beendigung einer dreijährigen Phase der Stagnation den Umsatz um 3,2 Prozent auf 437,4 Mill. DM ausgeweitet. Dabei lag man im Inlandsgeschäft wieder im Wachstum: Das Herrenwäsche-Geschäft verbesserte sich hier um 1 Prozent auf 172 Mill. DM, Damenwäsche kam auf 134 Mill. DM (plus 2 Prozent), Kinderwäsche- und Bekleidung erzielte 43 Mill. DM (plus 12 Prozent) und Freizeitbekleidung 28 Mill. DM (plus 9 Prozent).

Der Preiskampf bei der Wäsche drückte freilich auf den Ertrag wie auch die Umstellung auf modische Sortimente die Rentabilität in der Großserienfertigung beeinflusste. Deshalb habe das Betriebsergebnis unter dem Vorjahr gelegen. Ausgewiesen wird ein auf 5 (7) Mill. DM verringerter Jahresüberschuss, aus dem eine von 14 auf 10 Prozent reduzierte Dividende auf das 48 Mill. DM betragende Aktienkapital ausgeschüttet wird.

Auch BASF schüttet zehn Mark aus

Wb. Ludwigshafen

Im Gleichklang mit Hoechst und Bayer will auch die BASF AG, Ludwigshafen, ihre Dividende für 1985 auf 10 (9) DM je Aktie auf 2,378 Mrd. DM voll dividendenberechtigtes Grundkapital erhöhen und die 200 Mill. DM zur Hälfte berechtigten Kapitals mit 5 DM je Aktie bedienen. Die Chemiegruppe hat im vergangenen Jahr 1985 (1985) Mill. DM nach Steuern bei einem Umsatzsprung im Konzern um knapp zehn Prozent auf 44,4 (40,4) Mrd. DM verdient. Den freien Rücklagen werden wieder 150 Mill. DM zugewiesen. Die Sachinvestitionen wurden im vergangenen Jahr um 36 Prozent auf 2,79 (2,05) Mrd. DM ausgeweitet. Die Belegschaft war um über 12 Prozent auf 130 170 (115 820) Mitarbeiter aufgestockt worden. Die Hauptversammlung findet am 20. Juni statt.

VOLKSWAGEN / Arbeitnehmer-Verband protestiert

Streit um Sozialwahlen

Bei der Volkswagen AG haben Proteste aus der Belegschaft zu einem Stopp der Wahlen für die Vertreterversammlung der Betriebskrankenkasse (BKK) geführt. Nach Angaben eines VW-Sprechers sind die rund 115 000 Wahlunterlagen, die den stimmberechtigten VW-Mitarbeitern der Werke in Wolfsburg, Hannover, Salzgitter, Braunschweig, Emden und Kassel bereits zugesandt wurden, vom Wahlaustritt der BKK für ungültig erklärt worden, weil die Anonymität der Wähler nicht gewährleistet sei.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alfeld: Thomas König, Inh. e. Holzhandlung, Freden: Bremen: Hagedorn Transport GmbH, Detmold: E. K. Purlinex Möbelhandlung, Lemgo-Hörstmar: Ho-nover: Kronc u. Ziemann GmbH u. Co. KG Maschinenfabrikation, Langenhagen: Hofmann, Walter Becker, Bau-Ges. mbH, Wahlburg: München: "Crosby" Textilvertriebsges. mbH, TA-Bau Baurealisation GmbH, Garching: Orthebach am Main: ELUFES Elektro + Sanitär Montage GmbH, Mühlheim a. M.: Pforzheim: Nachl. d. Adolf Walter Richl.

ALLGEMEINE KREDITVERSICHERUNG / Mit dem Prämienwachstum zufrieden

Zahl der Insolvenzen bleibt hoch

Der Pleitegeier über insolvenz-fälligen Branchen und der Dreiviertel-Anteil von masselosen Konkursen ließ hier die Schadenquote steigen. Daß die gesamte Bruttoschadenquote von knapp 55 (47) Prozent der verdienten Beiträge nicht höher liegt, ist, so Vorstandsvorsitzender Hubert Beuter, der umsichtigen Risiko-An-nahmepolitik zuzuschreiben. Das galte insbesondere für Risiken aus Leasing-Geschäften. Dreiviertel des Beitragswachses entstammte im Berichtsjahr aus 1985 und aus 1984 bereits angebahntem Neugeschäft, zum kleineren Teil aus der Erhöhung der Deckungssummen.

auf 3,7 Mill. DM sinken. Dieser geringe Rückgang wurde durch um 20 Prozent gestiegene Erträge aus erstmals über 100 Mill. DM Kapitalanlagen mehr als wettgemacht. Die Kapitalerträge machten auch die Erhöhung der Dividende an neun deutsche und sechs westeuropäische Versicherer (darunter Allianz und Münchener Rück zusammen 50 Prozent) von zwölf auf 14 Prozent möglich. Doch spielen bei der Erhöhung auch die Interessen der ausländischen Aktionäre eine Rolle, die keine Steuergutschrift erhalten. Mit wieder 1 Mill. DM wurden die Rücklagen dotiert.

Advertisement for DIT-WACHSTUMSFONDS and DIT-SPEZIAL. Includes text: 'Unsere Wertpapierberater empfehlen Ihnen jetzt die beiden neuen Aktienfonds des DIT: DIT-WACHSTUMSFONDS und DIT-SPEZIAL.' and a table showing 'Wertenwicklung' from 1981 to 1985.

Py. Frankfurt Prämienaufkommen, Schadent-wicklung und Ergebnis der Allgemei-ne Kreditversicherung AG (AKV), Mainz, ähneln dem berühmten Janus-kopf. In Richtung Prämienwachstum von 10,7 Prozent auf 171 Mill. DM kann die Gesellschaft zufrieden sein, der Blick auf das gegenüber dem Vor-jahr verringerte Wachstum (24,4 Pro-zent) ist Ausdruck von Umsatzrück-gang und Geschäftsstagnation in ein-zelnen Wirtschaftsbereichen.

Trotz günstiger gesamtwirtschaftli-cher Rahmenbedingungen befürchtet Beuter, daß sich hieraus keine posi-tiven Folgen für die Insolvenzzahlen ergeben. Erste Zahlen ließen erken-nen, daß 1986 allenfalls mit einer Sta-gnation zu rechnen sei. Daraus erge-be sich eine ständige Forderung an der Kreditversicherer nach erhöhten Deckungssummen.

Das indirekte, überwiegend aus-ländische Geschäft brachte nicht nur ein gutes Plus von fast 20 Prozent, sondern, so Beuter, auch einen stattli-chen Gewinn. Das Geschäft bringt aber nur acht Prozent des Umsatzes. Der höhere Schadensatz ließ auch das versicherungstechnische Ergebnis nach Zuführung von 1 (2,5) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung von 4

Deckungssummen.

MELITTA-KAFFEE / Den Flop von 1984 ausgebügelt

Explosive Preisentwicklung

Am heftigsten kämpften deutschen Kaffeemarkt mit einem Gesamtvolumen von 5,7 Mrd. DM konnte der Melitta-Unternehmensbereich Kaffee seinen Umsatz 1985 um 6,5 Prozent auf 301 (282) Mill. DM steigern. Auf das Inland entfielen davon 235 Mill. DM (plus 10,1 Prozent). Im Exportanteil von rund 20 Prozent sind die Umsätze der eigenen Röstereien in den USA, in Japan und Brasilien nicht enthalten.

Seinen mengenmäßigen Marktanteil konnte Melitta im Vorjahr mit 4,1 (4,9) Prozent konsolidieren, er erhöhte sich im 1. Quartal 1986 auf 4,5 Prozent.

Die STREIF AG informiert: Banqualität bis ins Detail

Ein STREIF-Markenhäus, das heißt die Qualität und die Sicherheit einer großen Marke. Das bedeutet ein in höchsten Hallen unter gleichen Produktionsbedingungen individuell hergestelltes Haus. Ein Haus mit RAL-Gütezeichen. Ständige Güte-Inspektionen während der Herstellung garantieren die STREIF-Qualität. Im Fertigungsprogramm werden die Zwischenprüfungen für jedes STREIF-Markenhäus dokumentiert und als Qualitätszertifikat aufbewahrt. Zur Sicherheit des Bauherrn.

Diese besonders hochwertige und abgesicherte Art des Bauens trifft übrigens auch für die Anbauleistung und alle handwerklich gefertigten Sonderbauteile zu. Das sichert Qualitätskonstanz und schützt vor Pusch am Bau - auch deshalb ist die STREIF AG in Europa einer der führenden Hersteller von Ein- und Zweifamilienhäusern.

NAMEN

Dr. Theodor Fleper, Hauptgeschäftsführer der Niederheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Rudolf Ströbele, bislang Erster Direktor der Hauptstelle München der Landeszentralbank in Bayern, ist als Nachfolger von Herbert Zimmerer, der Ende April in den Ruhestand treten wird, zum Vizepräsidenten berufen worden. Zum Leiter der Hauptstelle München wurde Dr. Joachim Lemhardt bestellt.

Horst P. Herfert, für Finanzen und Verwaltung zuständiges Vorstandsmitglied der Deutsche SB-Kauf AG & Co., Bochum, hat im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Verkauf der Agros C & C-Märkte gebeten, von seinen Aufgaben entbunden zu werden. Er scheidet zum 30. April 1986 aus.

Peter E. Klein, seit 1984 Verkaufsführer der Champion Zündkerzen Deutschland GmbH, Bad Homburg, wurde als Nachfolger von Hans Jürgen Milsmann zum Geschäftsführer bestellt.

Klemens Weber, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Güterverkehrs, wurde zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr gewählt.

Heinz Döring wurde zum Präsidenten der Vereinigung Freischaffender Architekten Deutschlands e. V. (VFA) gewählt. Zum Vizepräsidenten wurde Helmut Pralat ernannt. Werner Niezmann und Helmut Bill sind die neu gewählten Beisitzer im Präsidium. Horst Sebartow, der bisherige Präsident, wurde zum Ehrenpräsidenten der VFA erklärt.

KERAMAG / Im Vorjahr wiederaufgenommene Dividende soll weiter steigen

Klar besser als die schwache Branche

J. GEHLHOFF, Düsseldorf Konträr zu dem mit Abstieg des Wohnungsbaus flauen Geschäft der deutschen Sanitärkeramikindustrie beglückt der hier zweitgrößte Produzent Keramag AG, Ratingen, seine 2000 Aktionäre für 1985 mit Verbesserung der im Vorjahr nach zwei Ausfalljahren wiederaufgenommenen Dividendenzahlung auf 4 (2,50) DM je Aktie (Hauptversammlung am 13. Juni). Unbeirrt von der auch für 1986 als flau eingeschätzten Branchenkonjunktur verkündet Vorstandsvorsitzender Wolfgang H. Molitor: „Wir arbeiten an weiterer Dividendensteigerung.“

Das Ertragswunder dieser einzigen Aktiengesellschaft der Branche hat besondere Gründe. Einerseits konnte man sich 1985 dem in der Branche neunprozentigen Produktionsrückgang nicht entziehen. Der Umsatz wurde mit 98,9 (96,8) Mill. DM nur deshalb fast konstant gehalten, weil die mit 87 Prozent von 18 Mill. DM Aktienkapital über die Pariser Allia

S. A. zum französischen Konzern Lafarge Coppee gehörende Keramag ihren Handelsumsatz mit Standardwaren-Importen von ausländischen Schwestergesellschaften auf 12 (3) Mill. DM steigerte. Bei nur noch 554 (612) Beschäftigten fiel das DVFA-Netzergebnis denn auch auf 8,30 (12,19) DM je Aktie zurück.

Andererseits konnte Keramag den wiederum nur kaum zur Hälfte für die Dividende benötigten Jahresüberschuss von 3,3 (3,1) Mill. DM diesmal auch mit Teilbeträgen aus dem Sonderertrag beim Verkauf von zwei Finanzbeteiligungen füllen. Die bei nun 17,1 (15,3) Mill. DM angelangten offenen Rücklagen, denen 18,5 (10,2) Mill. DM flüssige Mittel gegenüberstehen, will man in kommenden Jahren gleichfalls zum Teil an die Aktionäre auskehren, wenn sich Anstrengungen („branchenverwandte“) Neuerwerbungen aus der reich gefüllten Kriegskasse nicht realisieren sollten. Erfolgreich im Markt sieht Keramag weiterhin seine modernen Bad-

BUNDESPOST / Wirtschaft wehrt sich gegen die Gebührenpolitik für Mietleitungen

Der Monopolist spielt seine Macht aus

JÜRGEN KARAD, Köln Der Dauerstreit zwischen der Deutschen Bundespost und seinen Mietleistungszustrom spitzt sich zu. Nachdem der Postverwaltungsrat der 29. Änderungsverordnung der Fernmeldeordnung noch nicht zugestimmt hat, ist das Tarifierungsmodell „nutzungszeitabhängige Tarifierung“ („nT“) von der Bundespost noch nicht auf internationalen Mietleitungen realisiert.

Die Einführung dieses Tarifs kann als Musterbeispiel gelten, wie ein Monopolist seine beherrschende Stellung rigoros ausnützt, um seine Vorstellungen von zukünftiger Telekommunikationspolitik durchzusetzen. Im Prinzip geht es um einen einfachen Vorgang: Die Deutsche Bundespost als Netzmonopolist stellt ein Datenleitungserrohr zur zeitlich unbegrenzten Nutzung zur Verfügung. Dafür fordert sie bisher, wie international üblich, eine Mietpauschale für Leitung und Wartung.

Die zahlreichen nationalen und internationalen Mietleistungsnetze wie START, Lufthansa, DATEV und andere internationale Firmennetze, sprechen dafür, daß diese Art der Leistungsanbahnung den Wünschen der Informationsverarbeiter hinsichtlich Transportsicherheit, Leistungsfähigkeit und Kalkulierbarkeit entsprach. Neue, zukunftsweisende Anwendungen, zum Teil in Geschwindigkeits-

klassen, die weit über die Kapazität des angekündigten ISDN-Netzes hinausgehen, wurden auf der Basis von pauschalisierten Mietleistungen geplant. Dies war und ist der Deutschen Bundespost ein Dorn im Auge:

1. Sie befürchtete Einnahmeverluste durch optimale Nutzung der Mietleitungen; was von der Post als Tarifbeiträge und „Rosinenpicken“ diffamiert wird.

2. Sie sieht eine Konkurrenz zu den geplanten ISDN-Netzen der Post. Deshalb entwickelte die Bundespost das Prinzip der volumenabhängigen bzw. nutzungszeitabhängigen Tarifierung: Auf die Mietpauschale wird ein mengenabhängiger Faktor zugeschlagen. Übertragen auf einen Wettbewerbsergebnis würde das Ergebnis wie folgt aussehen: Ein Autotaxi bietet den Kunden Fahrzeug zum festen Preis an, verlangt aber zusätzlich noch monatlich Kilometergeld.

Doppelter Effekt der Poststrategien: Einerseits wird die Lust an „Rosinenpicken“ genommen und andererseits der Druck auf die Anwender zur Nutzung des neuen ISDN-Netzes verstärkt. Der DIHT und andere Spitzenverbände fürchten zu Recht, daß durch die Einführung dieses Tarifprinzips der deutschen Volkswirtschaft auf dem internationalen Informationsmarkt nicht gutzumachende Wettbewerbsvorteile entstehen.

Der Autor ist wissenschaftlicher Referent bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln.

DVS / Kritik an Schadenversicherern

Strapazierte Beziehungen

Py. Düsseldorf Mit Worten herber Kritik gegenüber der Versicherungswirtschaft wurde auf der Hauptversammlung des Deutschen Versicherers-Schutzverbands (DVS) nicht gespart. Georg Klipper, Geschäftsführer der 1885 gegründeten und zur Zeit rund 4500 Mitglieder aus Gewerbe und Industrie zählenden Organisation, sah die Beziehungen zwischen „Vertrauen in die Leistung“ (Lebensversicherung) und „schwerer Enttäuschung“ (Auto- und Betriebspflichtversicherung) arg strapaziert.

Klipper kritisierte vor allem die gegenüber den vorherigen Kraftfahrt-Tarifwerten noch gestiegene Unübersichtlichkeit. Ein Fahrzeug könne als Folge der übertriebenen Regionalisierung in Haftpflicht-, Teil- und Vollkasko in drei verschiedenen Regionalklassen versichert sein.

In eine ernste Vertrauenskrise seien die Versicherer dagegen bei der Deckung von US-Haftpflichtrisiken geraten. Nachdem der US-Markt of-

fenkundig schwierig geworden ist, werde von deutschen Versicherern versucht, die deutsche Industrie mit Versicherungsprämien zu belasten, die nicht einmal die amerikanischen Gesellschaften ihren US-Kunden zumuten würden. Klipper: „Der DVS hält eine Differenzierung zwischen deutschen und amerikanischen Risiken für dringend erforderlich.“ Man erwarte, daß der besonderen Risikolage und den langjährigen Geschäftsverbindungen zu deutschen Industriekunden Rechnung getragen werde.

Bei der Regulierung von deutschen Gewässerschäden seien dem DVS nur wenige Fälle bekannt, in denen die Versicherer zufriedenstellend reagiert hätten. Fast immer sei zu beobachten, daß sich die Versicherer die Beweislast der Kunden zumuten machen und Restrisiken ablehnten, weil öffentlich-rechtliche Ansprüche der Kommunen nicht ausdrücklich mitversichert seien.

PEDUS / Dollar-Kurs bremst das Wachstum

Büro-Service wird ausgebaut

sz München Eine Konsolidierungsphase, die durchaus drei Jahre dauern kann, will die Münchner Dienstleistungsgruppe Pedus International P. Dussmann GmbH & Co. KG in der nächsten Zeit einleiten. Zumindest so lange, wie die beiden 1986 gestarteten neuen Diversifikationsbereiche, die Senioren-Wohnstifte und der Büro-Full-Service, sich noch in der Verlustzone befinden. Für den dynamischen Firmenchef Peter Dussmann bedeutet dies jedoch nicht, sich mit neuen Aktivitäten zurückziehen.

Ermutigt durch die Anfangserfolge bei der Vermietung vollintegrierter Büros in München (100 Einheiten) und in Düsseldorf (250) sollen noch in den nächsten einhalb Jahren insgesamt 1100 Büros in zehn deutschen und acht ausländischen Städten eröffnet werden. Bei Vollauslastung erwartet Dussmann dann einen Umsatz von etwa 30 Mill. DM. Das notwendige Investitionsvolumen von rund 15 Mill. DM soll aus Eigenmitteln bestreiten werden.

Im Geschäftsjahr 1984/85 (30.6.) konnte die Gruppe, die sich seit 1963 von einem Gebäudereiniger zu größten europäischen Dienstleistungsgruppe mit Vollpflege über Klinikhygiene bis hin zu Sicherheits- und Wirtschaftsdiensten entwickelt hat, ihren Umsatz um 22 Prozent auf 475,9 Mill. DM ausweiten. Davon entfielen 144,4 Mill. DM (plus 9 Prozent)

auf das Inland und 331,5 Mill. DM (plus 29 Prozent) auf die vier Auslandsmärkte in den USA, Österreich, Italien und Luxemburg. Die Umsatzrendite stagnierte nach Angaben von Dussmann bei 1,8 Prozent.

Das laufende Geschäftsjahr 1985/86 wird allerdings, so Dussmann, einen Rückgang des Gruppenumsatzes von etwa 4 Prozent auf 460 Mill. DM bringen. Zwar soll das Inlandgeschäft um beachtliche 28 Prozent auf 185 Mill. DM ausgeweitet werden. Dies wird jedoch nicht ausreichen, da wegen des Dollar-Kursverfalls - minus im Auslandsumsatz von 17 Prozent auf rund 275 Mill. DM auszugleichen. Zudem werden die amerikanischen Pedus-Gesellschaften durch eine bewußte Konsolidierungsphase und die Aufgabe von unrentablen Kunden nur noch einen Umsatz von 80,4 (82,1) Mill. Dollar beisteuern. Derzeit beschäftigt die Gruppe 20 015 (19 132) Mitarbeiter, davon 9982 (9138) im Inland.

Nach einer in Auszügen vorgelegten konsolidierten Bilanz werden für 1984/85 langfristige Verbindlichkeiten von 25,3 (24,7) Mill. DM und kurzfristige von 51,4 (41,8) Mill. DM bei einem Eigenkapital von 32,3 (27,9) Mill. DM ausgewiesen. Das Anlagevermögen gibt Dussmann mit 30,2 (23,6) Mill. DM, das Umlaufvermögen mit 78,7 (70,9) Mill. DM an. Investiert wurden 14,5 (17,4) Mill. bei Abschreibungen von 5,8 (4,8) Mill. DM.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Varta erhöht Dividende

Bad Homburg (dos) - Eine von 7,50 DM auf 8,50 DM erhöhte Dividende pro Aktie im Nennwert von 50 DM schlägt die Verwaltung der Varta AG, Bad Homburg, der Hauptversammlung (11. Juni in Hagen) für das Geschäftsjahr 1985 vor. Das zur Quant-Gruppe gehörende Unternehmen weist einen Jahresüberschuss von 33,5 (29,6) Mill. DM aus. Daraus werden den Rücklagen 16,8 (14,6) Mill. DM zugeführt. Das Varta-Grundkapital beträgt 38,94 Mill. DM.

DLW gibt 11 DM

Stuttgart (ul) - Die Verwaltung der DLW AG, Bietigheim, schlägt der HV am 7. Juli vor, für 1985 eine Dividende von unverändert 11 DM je 80-DM-Aktie auf das Aktienkapital von 58,5 Mill. DM auszuscheiden. Der Umsatz des DLW-Konzerns ist im vergangenen Jahr um 1,9 Prozent auf 724 (Vorjahr: 736) Mill. DM zurückgegangen.

Großaufträge für Claas

Harsewinkel (dos) - Zwei Großaufträge im Wert von rund 40 Mill. DM hat der Erntemaschinen-Hersteller

Claas oHG, Harsewinkel, bereingekommen. So hat Algerien 500 Mäh-drescher bestellt; weitere 200 Maschinen werden in den Nahen Osten geliefert. Erst vor kurzem hat Claas einen Auftrag aus Ungarn über die Lieferung von 300 Großmäh-dreschern erhalten.

Garny: Neues Kapital

Frankfurt (Wb.) - Die Garny AG, Mörfelden-Walldorf, schlägt ihrer HV am 3. Juli eine Dividende von unverändert 7,50 DM je Aktie vor. Um die weitere Expansion mit hohem Eigenkapital-Anteil - die Quote liegt in der AG bei 67 Prozent, im Konzern bei 89 Prozent - bewältigen zu können, sollen die Aktionäre ein genehmigtes Kapital von 5 Mill. DM schaffen.

Escada geht an die Börse

Frankfurt (Wb.) - Der Damenoberbekleidungs-Hersteller Escada AG, München, will im Mai an die Börse gehen. Geplant ist die Platzierung von 8,5 Mill. DM stimmrechtlosen Vorzugsaktien. Die 22 Mill. DM Grundkapital des Unternehmens bestehen in je 11 Mill. DM Stamm- und Vorzugsaktien. Escada hat 1984/85 bei ei-

nem Konzernumsatz von 238 Mill. DM einen Jahresüberschuss von 12,6 Mill. DM verdient.

Plus durch Tennisboom

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Tennisboom soll der Ellen Betrix GmbH, Dreieich, helfen, ihre Umsätze nach oben zu treiben. Das Kosmetik-Unternehmen will 1986 erstmals umfangreich bei deutschen Tennisspielerinnen werben. Nach einer Umsatzsteigerung der Gruppe 1985 um 12 Prozent auf 250 Mill. DM wird 1986 eine Zunahme von 3 bis 5 Prozent erwartet. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Inland erstmals über 1000.

VW: Option auf 11 Prozent

Hamburg (dpa/VWD) - Die Volkswagen AG, Wolfsburg, die durch den Verkauf ihrer Tochter Triumph-Adler AG, Nürnberg, an die Ing. C. Olivetti Spa, Ivrea, mit 5 Prozent an Olivetti-Kapital beteiligt wird, hat eine Option auf insgesamt 11 Prozent. Die Ausübung dieser Option sei an keine Frist gebunden, sagte der stellvertretende VW-Vorstandsvorsitzende, Horst Münzner, gestern in Hamburg.

BASF / Neues Modell der betrieblichen Sozialpolitik tritt zum 1. Juli in Kraft

Erziehungsurlaub für sieben Jahre

JOACHIM WEBER, Ludwigshafen Die Entscheidung zum eigenen Kind soll den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASF AG, Ludwigshafen, künftig leichter fallen: Am 1. Juli tritt ein Modell der betrieblichen Sozialpolitik in Kraft, nach dem jeweils ein Elternteil nach der Geburt eines Kindes und dem anschließenden Erziehungsurlaub für maximal sieben Jahre aus seinem Beschäftigungsverhältnis ausscheiden kann, um danach - mit Wiedereinstellungs-garantie - an einen vergleichbaren Arbeitsplatz zurückzukehren.

Interessant ist das Beiwerk dieses Programms: Wenn wir Mitarbeitern diese Möglichkeiten einräumen, müssen wir erwarten, daß sie von sich aus alles unternehmen, um ihre berufliche Qualifikation zu erhalten“, betont Hanns-Günter Krüger, Chef des Personalwesens im 50 000-Mitarbeiter-Werk Ludwigshafen. Dabei sollen die Aussteiger auf Zeit freiwillig nicht sich selbst überlassen bleiben. Um den Kontakt zur Arbeitswelt aufrechtzuerhalten, sollen sie viel-

mehr Urlaubs- und Krankheitsvertretungen auf der Basis befristeter Verträge übernehmen. Bei der Wiedereinstellung werden diese Zeiten dann voll angerechnet. Und auch solche Mitarbeiter, die von vornherein nicht ganz aussteigen wollen, sind in dem Programm mit dem schönen Namen „Eltern und Kind“ berücksichtigt. Ihnen wird der Anspruch auf eine Teilzeitarbeit von mindestens 20 Wochenstunden verbrieft.

Mit diesem Modell verfolgen die Ludwigshafener mehrere - und keineswegs nur ungenutzte - Ziele gleichzeitig: In der gegenwärtigen Situation ist es wichtig, daß der Arbeitsmarkt entlastet wird. Die vorübergehenden Aussteiger ermöglichen die Übernahme von zusätzlichen Ausgebildeten oder befristet Eingestellten. Das Unternehmen erhält sich ein wertvolles Reservoir erfahrener Mitarbeiter. Das könnte in den 90er Jahren bedeutsam werden. Die Teilzeit-Option trägt zur Flexi-

bilisierung der Arbeitszeit bei. Dieses Ziel wird vom Chemiekonzern schon seit Jahren verfolgt. Und: „Letztlich soll das alles unsere Überzeugung verdeutlichen, daß angesichts des extremen Geburtenrückgangs mit seinen langfristigen Auswirkungen auf Berufswachstum und Rentenversicherung familienfördernde Maßnahmen auch Bestandteil der betrieblichen Personalpolitik sein müssen“, unterstreicht Personalbe-ratshalter Peter Eisenlohr.

Ganz klar sieht er aber auch, daß das Modell als Vorbild für den Rest der Wirtschaft untauglich ist. Diese Regelung kann kein allgemeingültiges Evangelium sein. Großunternehmen wie die BASF können so etwas machen. Doch zur Verallgemeinerung über den Gesetzgeber oder den Tarifvertrag eignet es sich nicht. Die Schelte der anderen Arbeitgeber dürfte dem Chemiekonzern also - wieder einmal - gewiß sein. Indessen: „Der Zeitpunkt der allgemeinen Möglichkeiten würde das Ende der eigenen Personalpolitik bedeuten.“

Advertisement for KKB Bank. Text: Deutschlands größtes „Unternehmen“, der private Haushalt, bringt uns viel Vertrauen entgegen: Er hat bei uns nicht weniger als 5,2 Milliarden DM angelegt. Includes a form for requesting a business report and the KKB Bank logo.

Handwritten signature or stamp at the bottom of the page.

صحة من الامل

Donnerstag, 24. April 1985



PHILIPS

Philips High Tech:

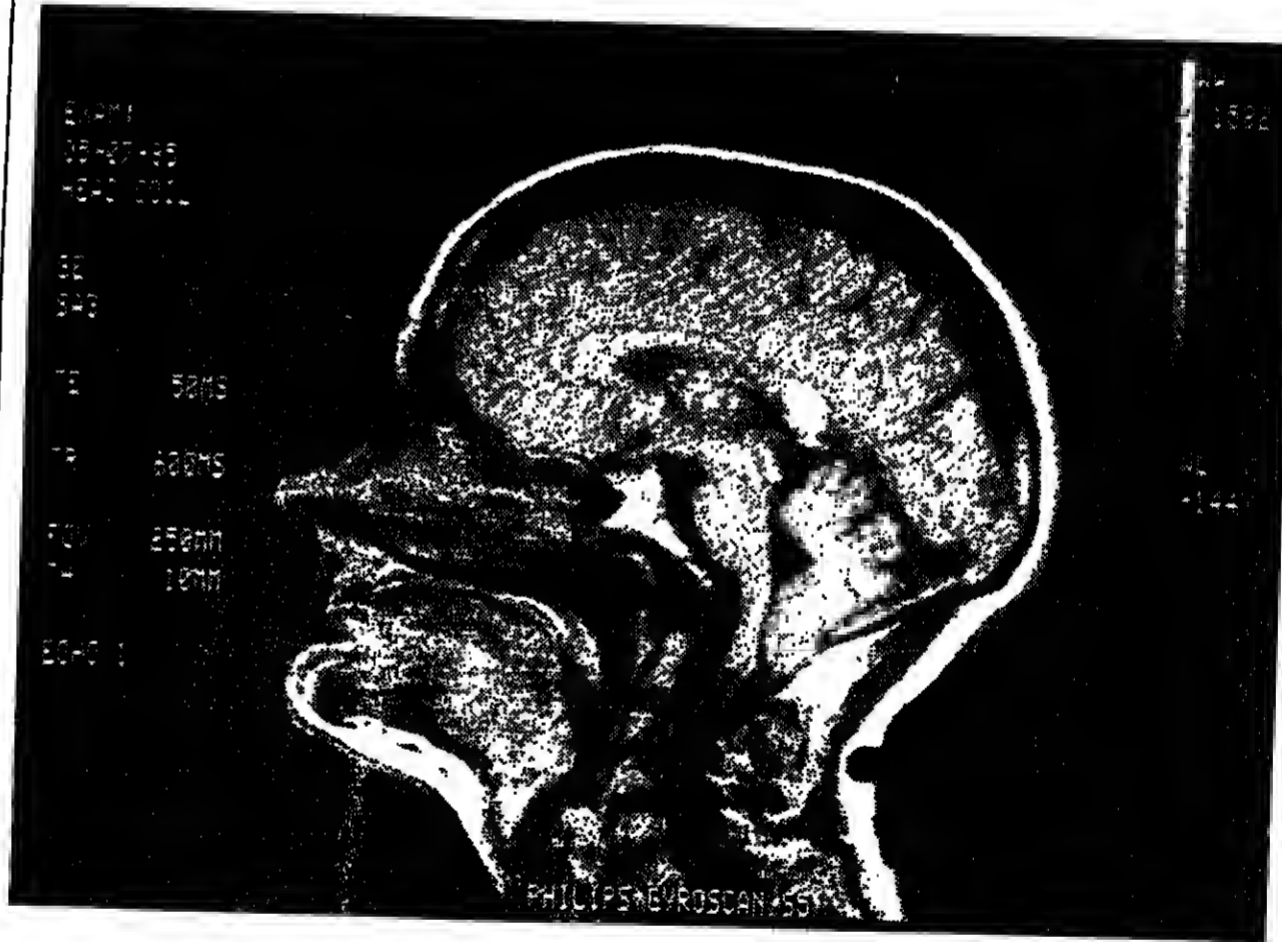
Warum die Philips MR-Forschung der klinischen Diagnose zu mehr Durchblick verhilft.

Die Kernspin- (MR-) Tomographie ist ein neues bildgebendes Diagnoseverfahren für die Medizin, das einen seit Jahrzehnten in der Wissenschaft bekannten Effekt ausnutzt, die Kernspinresonanz: Wenn man Atomkerne in einem starken Magnetfeld durch hochfrequente elektromagnetische Impulse beeinflusst, geben sie Resonanzsignale ab, aus denen sich mit einem Computerprogramm Bilder rekonstruieren lassen.

Bei der Untersuchung des menschlichen Körpers werden körpereigene Atomkerne, z.B. Wasserstoff, zur Aussendung hochfrequenter Signale ver-

anlaßt, aus denen Schnittbilder des Körpers berechnet werden. Diese Schnittbilder zeigen eine mit bisherigen Diagnoseverfahren nicht erreich-

System Philips GYROSCAN S 15. Diese Institute arbeiten eng mit dem Philips Forschungslabor Hamburg zusammen.



MR-Schnittbild des menschlichen Kopfes, aufgenommen mit einer speziellen Kopfspule. Eine fast lehrbuchartige Darstellung von Gehirn und Gesichtsschädel. Weiße und graue Hirnsubstanz werden deutlich getrennt. Selbst die Organe der hinteren Schädelgrube und des Hirnstamms werden ohne Abbildungsfehler dargestellt, was z.B. mit dem CT-Scanner bis heute nicht möglich ist.



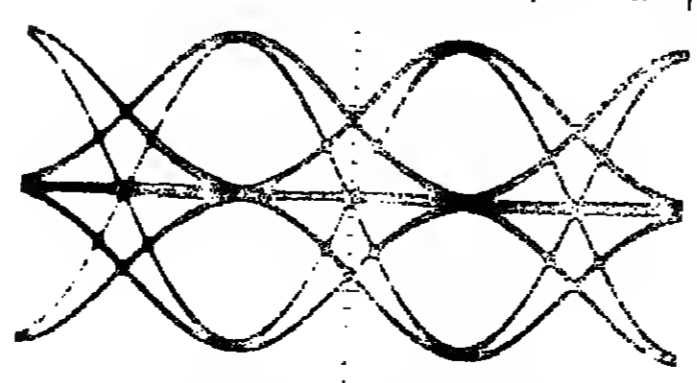
Auswertung und Befundung der mit Hilfe der Kernspinresonanz gewonnenen Schnittbilder des menschlichen Körpers am Computer-Arbeitsplatz. Durch Anwendung verschiedener Rechenprogramme läßt sich die Darstellung der klinischen Fragestellung entsprechend variieren, so daß der Befund optimal abgebildet wird. Im Hintergrund sind Magnet und Patiententisch erkennbar.

bare Detailvielfalt. So kann man krankhafte Gewebsveränderungen sehen; Tumore und Durchblutungsstörungen werden erkannt. Weitere Beispiele sind die Darstellbarkeit von Infarktbereichen am Herzen und von Herden der Multiplen Sklerose im Hirn.

Ziel der Forschungsaktivitäten ist es, die klinische Anwendbarkeit der MR-Tomographie für weitere Organbereiche abzuklären, die Untersuchungszeit zu verkürzen, die Bildgüte zu optimieren und die Darstellung von Stoffwechselfvorgängen zu ermöglichen.

Heute werden bei vielen medizinischen Forschungsprojekten sowie auch in der klinischen Routine MR-Tomographen von Philips eingesetzt. So arbeiten z.B. die Universität Köln, die Universität Bonn und das Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf mit dem supraleitenden 1,5 Tesla

Welcher Aufwand für ein solches Projekt notwendig ist, zeigen folgende Zahlen: Philips hat bis zum Jahresende 1985 in den Bereich MR-Tomographie über 400 Mio. DM investiert, und etwa 250 Mitarbeiter sind ständig in der MR-Forschung und Entwicklung tätig.



FORSCHUNG. INNOVATION. KOMPETENZ.

BÖRSEN UND MÄRKTE

Warenpreise - Termine

Waren schlossen am Dienstag die Gold-, Silber-, Kupfer- und Kaffeeterminkontrakte am Terminmarkt der New Yorker Comex. Gut behauptet ging Kakao aus dem Markt.

Table with multiple columns listing various commodities like Wheat, Soybeans, Coffee, and their prices/contracts.

Wolle, Fasern, Kautschuk

Table listing wool, fibers, and rubber prices from various regions like New York, London, and Hamburg.

NE-Metalle

Table listing prices for non-ferrous metals such as Aluminum, Copper, and Zinc.

Devisenmarkt

Table showing exchange rates for various currencies including the Dollar, Deutsche Mark, and Swiss Franc.

Geldmarktsätze

Table detailing money market rates for different maturities and currencies.

Neuliquide Anleihen (DM)

Table listing newly issued German government bonds with their respective terms and yields.

Goldmärkte

Table showing gold prices in various forms and markets.

Euro-Geldmarktsätze

Table detailing Euro money market rates.

Goldmünzen

Table listing prices for various gold coins and bullion.

Hamburger Sparkasse Jahresabschluss 1985

unter Auslassung der Vorspalten, Leerpositionen und Vermerke - Jahresbilanz zum 31. Dezember 1985

Balance sheet table showing assets (Aktivseite) and liabilities (Passivseite) for the Hamburger Sparkasse.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1985

Income statement table showing expenses (Aufwendungen) and earnings (Erträge) for the year 1985.

Anhang zur Gewinn- und Verlustrechnung: Jahresüberschuss, Einsetzung in die Sicherheitsrücklage, Bilanzgewinn.

HEMHOOR ZEMENT Aktiengesellschaft in Abwicklung

Wir laden unsere Aktionäre zu der am 2. Juni 1988, 10.30 Uhr, im Sitzungssaal der Hemmoor Zement AG in Abwicklung, Cuxhavener Straße 1, 21710 Hemmoor, stattfindenden 104. ordentlichen Hauptversammlung ein und bitten, Einzelheiten hierzu der Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 77 vom 24. April 1988 zu entnehmen.

Hypothekbank in Hamburg Aktiengesellschaft

Auslosung: Durch unseren Treuhänder wurde heute folgende Auslosung vorgenommen: Zur Rückzahlung am 1. August 1988: 1. uns. 7 % Hypothekendarlehen...

Rückzahlungen

Table listing scheduled payments for various loan types and interest rates.

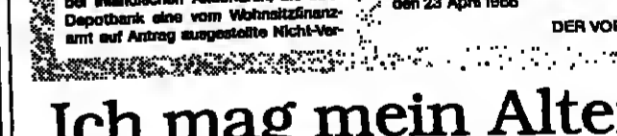
Hamburg, den 21. April 1988. Restanten Einlagen 98: Endziffer 3 vert. z. 1. S. 84, Endziffer 7 vert. z. 1. S. 85.

Dividendenbekanntmachung

Wertpapier-Kenn-Nr. 807 800. Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft beschloß am 23. April 1988 für das Geschäftsjahr 1985 die Ausschüttung einer Dividende von DM 2,50 je Aktie zu DM 50,-.

Ich mag mein Alter...

Früher dachte ich immer: Es muß schrecklich sein, alt zu werden. Denn: Ist man nicht völlig auf Abstellgleis geschoben? Muß man nicht auf vieles verzichten? Plagt einen nicht jeden Tag ein anderes 'Wehwechen'?



Informationen erhalten Sie durch den Deutschen Evangelischen Verband für Altenhilfe im Diakonischen Werk der EKD, Postfach 476, 7000 Stuttgart 1.

ungen

schwierig geworden in deutschen Versicherungen... sprächen die Industrie...

stium

nd und 30,1 Mill. D... zent auf die vier...

usgebaut

de Geschäftsjahr 1985... ge 50 Duzenn, die...

EN

in Ausmaß vor... erten Bilanz w...

h Tennisboom

W.P. - Die De... der Elite Be...

in auf 11 Prom

W.P. - Die De... der Elite Be...

g Kraft

W.P. - Die De... der Elite Be...

Jahre

W.P. - Die De... der Elite Be...

Wir sind ein junges... Betriebsanalyse, Bankgespräche, Liquiditätsbeschaffung...

An alle Gastronomen! Wollen Sie Ihre Gäste mit etwas ganz Besonderem überraschen...

Standhüter gesucht! Unsere Second-hand-Schallplatten... Info: Zebra "Second-hand"...

Handelsvertreter! Vertrieb Kfz-Zubehör und -Ersatzteile, Abnehmergruppen...

Versandhandel sucht weitere Produkte! Bisher im Angebot: Übermote Spielzeugmaschinen...

Das Kontor Bürozentrum! IHRE PRÄSENZ in HAMBURG... * Konferenzraum/Schreibservice...

Planen Sie für Ihre Firma eine Telefon-Agentur in Deutschland! Nähe Karlsruhe?

Lizenznehmer gesucht! für Herstellung/Vertrieb unschiff. Langweiliger 2. Fahr...

östl. Ruhrgebiet, Großstadt! seit 30 J. eingeführter renom...

Wir vertreten Ihre Interessen in Italien! Verkauf, Verwaltungen, Finanzanträge...

Übersetzer für Übers. techn. Unterlagen ins Englische (aber auch L. a. Sprachen)...

Marketing - Ihre Zukunft? Ein führendes deutsches Unternehmen der Verbindungstechnik...

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK mit vorläufigem Sitz in Luxemburg. 7% Deutsche Mark-Anleihe von 1973 - WKN 464 411/20 - Auslosung...

Hoechst Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung. Wir laden unsere Aktionäre ein zu der ordentlichen Hauptversammlung am Dienstag, dem 3. Juni 1986...

Hoechst Tagesordnung (Kurzfassung) 1. Vorlage des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts der Hoechst Aktiengesellschaft für 1985...

Hoechst Aktiengesellschaft Frankfurt am Main, April 1986. Die vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit den Vorschlägen zur Beschlussfassung...

FINANZANZEIGEN

Hoechst Bezugsangebot. Der Vorstand hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats von dem genehmigten Kapital Gebrauch gemacht...

Dresdner Bank Aktiengesellschaft Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft Bankhaus H. Aufhäuser...

Dresdner Bank Aktiengesellschaft Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft Bankhaus H. Aufhäuser...

Zum Ausgabebetrag von DM 270,- je Aktie zu DM 50,- können jeweils - ohne Börsenumsatzsteuer - bezogen werden.

Die Bezugsrechte werden vom 30. April bis 14. Mai 1986 einschließlich an den Börsen Frankfurt am Main, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart...

WELT-Leser sind näher dran. Sie haben den entscheidenden Informationsvorsprung, 90 Korrespondenten sind an 35 Plätzen des In- und Auslandes für die WELT tätig...

Wiedergeburt des Helden

P. F. R. - Nicht nur Bücher, auch Helden haben ihr Schicksal. Der Aufklärer Friedrich Nicolai, dem Goethes „Werther“ zu lebensfähigem Verfall war, schrieb einfach eine Fortsetzung, in der Werthers Freitod rückgängig gemacht wird: Die Pistole war nicht scharf geladen, enthielt lediglich eine Blase Hühnerblut. Der Held brach zwar blutüberströmt zusammen, aber es war nur Ohnmacht. Er kriegt seine Lotte, und übers Jahr wird Taufe gefeiert. Gar so drastisch machte sich Goethe seinerseits nicht an die Retusche. Er ließ einen Herausgeber, Werther-Aufzeichnungen entdecken, die en détail von einer Reise ins Land der Eidgenossen berichten.

Fortsetzung folgt, auch wenn der Held tot ist oder doch eigentlich tot sein müßte. Einen besonders originellen Trick kann der Taschenbuch-Leser jetzt bei Agatha Christie studieren. Die frühen Bände mit ihrem Meisterdetektiv Poirot stehen

neuerdings wieder in den Regalen. Die biographische Botschaft, die man daraus nicht ohne Erstaunen entnimmt: Der kleine Belgier, an der Schwelle zum Greisenalter, wurde als politischer Flüchtling während des Ersten Weltkriegs nach Großbritannien verschlagen. Er lebt mit einigen Landsleuten in einem Dorf von der Müßiggangigkeit einer reichen Lady.

Was tun, um den Helden auch noch in den 50er und 60er Jahren des Jahrhunderts auf Mörderjagd einsetzen zu können? Agatha Christie hat einfach stillschweigend für ihre berühmteren Romane Weltkrieg I und II vertauscht. Mindestens zwanzig Jahre jünger geworden, konnte Poirot seine Abschiedsvorstellung immer wieder hinauschieben. Er war mit der (1891 geborenen) Autorin annähernd gleichaltrig geworden: ein bemerkenswerter Triumph der Literatur über das Leben.

Kein Grund indes zu glauben, der Schriftsteller sei autonom. Agatha Christie hat ihren Helden allmählich gehaßt, doch töten konnte sie ihn nicht. Der Leser wegen.

Will kein Idealtypus sein - Ein Interview mit der Wiener Schauspielerin und Sängerin Erika Pluhar

Schönheit ist für jede Frau ein Problem

WELT: Zwei Frauen haben Sie in der letzten Zeit auf dem Theater verkörpert: die Katherina in den „Dämonen“ des Lars Norén und die Monique in dem Einpersonenstück „Eine gebrochene Frau“, das Sie zusammen mit Ihrer Regisseurin Margaretha Krnjanc nach dem Tagebuch der Simone de Beauvoir erarbeitet haben. Was reizte Sie an diesen beiden Rollen, die so gegensätzlich scheinen?

Pluhar: Die beiden Gestalten loten zwei extreme Seiten aus. Bei beiden Geschichten funktionieren die inneren Beziehungen nicht mehr im gewünschten Sinne. Irgendwo bleibt das Frausein auf der Strecke. Trotzdem gibt es natürlich gewisse Unterschiede. Wenn ich mich als Frau in eine weibliche Figur hineinbebe, sie mich also interessiert, übt sie auf mich eine Art Sogwirkung aus. Es reizt mich, auf sie zuzugehen. Je verschiedenartiger diese Konfrontation ist, desto eher begrüße ich das, desto mehr fasziniert es mich.

WELT: Trotzdem schien es mir, als wären Sie an der „Gebrochene Frau“ intensiver beteiligt.

Pluhar: Ich habe mir die „Gebrochene Frau“ völlig zu eigen gemacht, obwohl das Muster dieser Figur sicher eines ist, das sich persönlich nie gelebt habe. Das Erlebnis selbst betrifft in seiner Durchschnittlichkeit nahezu jeden. Jeder wird einmal verlassen und bleibt dann auf seinen Trümmern sitzen. Da die „Gebrochene Frau“ überhaupt keine Theaterliteratur ist, wie übrigens auch nicht die „Dämonen“, sondern eher eine Fiktion der Banalität, versuche ich darin genau so zu sprechen, wie ich spreche würde, wenn mir das in Wirklichkeit passiert. Es geht nicht anders. Es gibt keine Verpackung, kein Gebäude, in das man sich zurückziehen könnte. Das ist ein vollkommenes Reduzieren auf meine Person.

WELT: Identifizieren Sie sich in letzter Zeit eher mit Frauen, die ihre Probleme haben? Nehmen Sie also Abstand von jenem Idealtypus Frau, den Sie früher verkörpert haben?

Pluhar: Ich zucke immer mehr davor zurück, einfach zu sagen: Ich identifiziere mich mit Frauen. Ich identifiziere mich mit Menschen, und da ich ein weiblicher Mensch bin, sind es notwendigerweise Frauen. Ich höre mehr und mehr darauf, ein Problem isoliert zu betrachten. Für mich ist das Frausein zu einer Selbstverständlichkeit geworden, deswegen kann ich mich nicht mehr in dieser Weise reduziert verhalten. Ich sehe



Das Lied ist für sie „unmittelbarer Gedankenaustausch mit Menschen, die zuhören wollen“. Erika Pluhar

mich seinerzeit aus meinem ziemlich stoischen Burgtheater-Dasein herausgerissen hat.

WELT: War Schönheit für Sie je ein Problem?

Pluhar: In der Vergangenheit schon. Schönheit ist für jede Frau ein Problem, weil sie damit so widersprüchlich und konstant konfrontiert wird. Eine Frau muß einfach schön sein. Ich selbst hingegen habe mich nie hübsch gefungen. Ich beobachte jetzt die jungen weiblichen Wesen, wie sie mit diesen dummen, von der Mode diktierten Bildern kämpfen, anstatt zu versuchen, mit sich selbst in Übereinstimmung zu gelangen - was ja letztlich Schönheit bedeutet. Aber was weiß man schon, wenn man jung ist!

WELT: Sie sprachen von den jungen Leuten: Sie sehen da eine Änderung?

Pluhar: In letzter Zeit erschrecke ich da immer öfter. Ich spüre einen Umschwung. Man will wieder ausweichen, kriecht in die kleinen Schlupflöcher, weil die Konfrontation mit dem Leben so mühsam ist. Ich sehe, wie sich die Mädchen wieder lieber an den häuslichen Herd zurückziehen

hen, wie überhaupt junge Menschen in ihrer Gestalt, in ihrer Konzentration auf ihr Äußeres, so manipulierbar werden.

WELT: Das hat sich geändert in den letzten fünf, zehn Jahren?

Pluhar: Es gab eine wachere, offenere, bewußtere Zeit, die zu Hoffnung Anlaß gab. Jetzt hab' ich das Gefühl, daß sich alles wieder langsam schließt. Die Menschen haben Angst. Der Opportunismus blüht, die stillschweigende Zensur.

WELT: Deprimiert Sie etwa die Erfahrung, durch das Theater „nichts verändert“ zu haben?

Pluhar: Vielleicht ist mir deshalb die Arbeit, die Sie noch nicht angesprochen haben, in den letzten Jahren so wichtig geworden: meine Lieberabende. Sie sind für mich ein ganz direkter Umgang mit dem Publikum. Anders als bei einer Theaterarbeit gibt's da nicht diese totale Konfrontation. Auge in Auge, sondern einen unmittelbaren Gedankenaustausch mit Menschen, die zuhören wollen. All das ist für mich zu einem wesentlichen Faktor meines Berufs geworden.

WELT: Das Singen und Schreiben ist Ihnen wichtig geworden?

Pluhar: Es gehört einfach dazu. Jetzt könnte ich gar nicht mehr Gedichte herstellen. Alles hat eine ungeheure Gleichzeitigkeit gewonnen. In meinem neuen Liederbuch, das bei Rowohlt erscheint, versuche ich in einem Vorwort, meine Einstellung zum Lied zu definieren. Ähnlich ist meine Einstellung zum Schreiben: Ich schreibe ja nicht einfach und sage, ich bin ein Schriftsteller. Ich versuche schon, abzuwägen und genau zu spüren, inwiefern etwas mit mir zu tun hat und in diesem Bezug zu mir selbst von irgendeinem Wert für andere sein kann.

WELT: Fühlen Sie sich als Sängerin weniger eingebunden in eine Männerwelt mit ihren Machtstrukturen und Mechanismen?

Pluhar: Ich empfinde das schon deshalb nicht mehr, weil ich eben nicht mehr mit den großen Vermarktungspotentialen umgehe. Es ist eigentlich sehr schön, klein und direkt gehalten, da schmerzt mich jetzt nichts mehr, im Gegenteil. Komischerweise finden sich Verbündete an ganz anderen Ecken. Für mich ist das ein sehr signifikanter Weg, der sich da abzeichnet, weil er sich so herauslöst aus dem, was meine Vorstellungen oder Erwartungen niemals bestimmt hat. Jetzt wird es einfach so, und es stimmt.

HARTMUT REGITZ

Sommerhausen: Patrick Meyers' „K 2“ erstaufgeführt

Tod auf dem Gipfel

Ein Spiel der eiskalten Farben, eine strahlende Enge, eine tödliche Pracht: Das ist die Szene des Sterbens. Auf einem der höchsten Berge der Welt, dem berühmten „K 2“ im Himalaya, erleben zwei amerikanische Alpinisten die Faszination des Todes. Und die schillernden Abgründe ihrer Innerlichkeit.

Das Stück „K 2“ des amerikanischen Dramatikers Patrick Meyers, lange am Broadway und in Paris gelaufen, jetzt an Veit Relins Sommerhausener Torturmtheater für Deutschland erstaufgeführt, ist nur vordergründig ein Bergsteigedrama. Die äußere Handlung ist nur ein Anlaß, der Berg eine Metapher. Zwei Bergsteiger, ein Physiker und ein Staatsanwalt, sind abgestürzt. Nur einer kann überleben, sich retten. Und der Physiker, schwer verletzt, zwingt seinen Freund mit einem psychologischen Trick, nicht sein Sterben zu teilen: Dem Staatsanwalt wird die Verantwortung für die Familie des Physikers übertragen.

Aber Patrick Meyers, dessen viertes Stück „K 2“ ist, wollte kein neues Heldenepos der Berge schreiben. „K 2“ - das erinnert eher an Rilkes „Ausgesetzt auf den Bergen des Herzens“. Die eiserne Schönheit, die au-

berste Entfernung vom wärmenden, aber eben auch verdeckenden menschlichen Innenraum, sind das Imaginationstfeld, auf dem der Mensch die tiefsten, letzten Begründungen seiner Existenz erfährt. Veit Relin, wie so oft sein eigener Bühnenbildner, hat das in Sommerhausen treffend dargestellt: Von hinten bemalte Plexiglasscheiben schaffen ein kalt-künstliches Szenarium, das sich als fremde Welt gegen jede menschliche Annäherung sperrt.

Der Physiker und der Staatsanwalt sind Prototypen der Theoretiker und der Pragmatiker, der Gott-Sucher und der Positivist, der Trümer und der Gefühlsverleugner. Im Grunde sind beide der Kälte nicht gewachsen. Gott, wie der Physiker ihn ermittelte hat, als subatomares Informationssteilchen ist ebenso unertlich wie die pragmatische Ordnung des Sozialen, wie sie der Staatsanwalt befreit. Was beide wollen, der eine bekennt, der andere widerstrebend, sind die Momente der Wärme, der Nähe, der Überwindung von Einsamkeit, mögen sie nun Freund oder Frau oder Kind heißen.

Patrick Meyers ist seinem Thema nicht immer gewachsen. Seine Ausflüge in pädagogische, soziologische, zivilisationskritische oder teilchenphysikalische Theorien sind oft aufgesetzt, laufen - viel zu kompliziert - parierend neben den Figuren her.

Und Regisseur Veit Relin hat viel Mühe daran gesetzt, das zu überdecken. Er hetzt die beiden „Helden“ zueinander, gegeneinander, ineinander. Er treibt die Darsteller in jede nur denkbare psycho-physische Krise, um die gesuchte Wärme wenigstens als Angewiesenes gegen die Kälte ins Spiel zu bringen. Leider hat er nur einen Darsteller, der das voll zur Geltung bringen kann: Jürgen Klügel, ein Physiker ist deswegen der Stärkere, weil er seine innere Gefährdung immer mitspiegeln läßt, während Staatsanwalt Wolfgang Thon den Widerspruch aus Menschen-Schmacht und intellektueller Beharrung allzusehr mit Aktionismus in den Griff zu bekommen sucht. Dennoch herzlicher Beifall für gutes Gebrauchs-theater.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Vorstellungen täglich außer Sonntag und Montag, Informationen: 06333 / 308



Ausgesetzt auf den Bergen des Herzens: Szene aus Patrick Meyers' Stück „K 2“

Passau: K. Obermeyers Oper „Lola“ uraufgeführt

Eine lustige Blutwurst

Das Stadttheater Passau ist wohl Deutschlands kleinstes Opernhaus. Aber am Mut zur Moderne mangelt es ihm nicht. So hat man jetzt einen gebürtigen Passauer am Vorabend seines 43. Geburtstags die Möglichkeit zu einer Uraufführung gegeben, und heraus kam ein urbarisches, erkömödiantisches Volks-theater. Klaus Obermayer, der mittlerweile in München wirkende Komponist, schreibt ansprechend, seine Partitur hat Witz und Esprit. Man spürt, da ist ein Köhner am Werk, der es versteht, sein Publikum zu begeistern, ohne deswegen den Zeitstil zu verleugnen. Zusammen mit dem Autor Herbert Rosendorfer hat er satirisch-froh die Beziehung zwischen dem Bayernkönig Ludwig I. und seiner Mätresse Lola Montez zu einer Oper aufgearbeitet.

Als „Königliche Morität“ spult sich das turbulente Bühnengeschehen ab. Dieser Untertitel ist klug gewählt: Die schon ältere, aber immer noch attraktive Gräfin von Landsfeld beauftragt einen Dichter, ein Theaterstück über ihr Verhältnis mit Ludwig zu schreiben. Im Gespräch mit dem jungen Poeten zeigen Bilder aus ihren Münchner Tagen an ihr vorüber, so daß ihr Leben als bunte Abfolge einzelner Projektionen abrollt.

Dieser Moritätencharakter wird noch durch einen Sprecher unterstrichen, dem Rosendorfer ironisch die Züge Richard Wagners verliehen hat. In breitem Sächsisch klopft der Nibelungen-Komponist derbe Sprüche („Erst die Blutwurst, dann das Kunstwerk“) und weist darauf hin, daß er seine Protektion durch Ludwig II. letztlich der fieschen Lola verdankt. Denn ohne sie hätte der erste Ludwig nicht vorzeitig abdanken müssen,

Zum Tode des Filmregisseurs Otto Preminger

Diktator ohne Allüren

Ein Mann der versöhnenden Kompromisse war der Anwaltsohn aus Wien gewiß nicht. Er hat nie ein Blatt vor den Mund genommen, sich erfolgreich den rigiden und absurden Zensurbestimmungen widersetzt, offen und öffentlich an allem Kritik geübt, was ihm nicht paßte. Dazu gehörte auch vor allem Hollywood, das er, durch Beruf und Habliebe an den Ort gebunden, eine „Würstchenfabrik“ nannte, die nur genormte Produkte hervorbringe.

Bei einem Blick in sein umfangreiches Werkverzeichnis fällt sofort die scheinbare Disparität seiner Stoffe auf. Da gibt es Filme der schwarzen Serie („Laura“) ebenso wie Politstreifen („Sturm über Washington“), „Exodus“; Musical-Filme („Carmen Jones“) stehen neben Kostümfilmchen („Amber“) und Problemfilmen („Der Mann mit dem goldenen Arm“), melancholische Liebesgeschichten („Bonjour Tristesse“) folgen auf leichtgewichtige Komödien wie „The Moon is Blue“. Einem erotischen Geplänkel, das in Amerika einen Skandal hervorrief, weil darin unbekümmert von „Schwangerschaft“, „Jungfrau“ und „Verführung“ geredet wurde.

Der Vielseitigkeit der Themen steht als eingetragenes Element die handwerk-

Die Dresdner Schauspielerei an den Rhein und nach Hamburg

Dresdner Schauspielerei an den Rhein und nach Hamburg

Das Dresdner Staatsschauspiel wird Anfang Mai auf eine Gastspielreise in die Bundesrepublik kommen. Sieben Produktionen stehen auf dem Programm der zweiwöchigen Reise nach Düsseldorf, Hamburg und Köln. Der Besuch des „DDR-Ensembles ist die „Antworte“ eines Gastspiels des Düsseldorf Schauspielhauses in Dresden und Leipzig und zugleich der erste deutsch-deutsche Theateraustausch seit 25 Jahren. Die Tournee beginnt am 2. Mai mit der Aufführung von Kippahards „Bruder Eichmann“ in Düsseldorf. Außerdem sind Stücke von Gelmann, Heiner Müller und Hebbel vorgesehen.

AP, Jerusalem

In der Altstadt von Jerusalem haben Archäologen den ältesten bisher bekannten Torgang zum Tempelberg entdeckt. Frau Eilat Mazar wie zehn Jahre nach Abschluß der Ausgrabungen ihres Vaters Benjamin Mazar, des Nestors der Altertumforschung in Israel, nach, daß Gebüdereste im Südosten der Altstadt zu einem 18 Meter langen Torgang gehört haben. Der Zugang war offenbar eines von ursprünglich zwölf Toren zu dem Tempel Salomos aus dem Jahr 975 v. Chr.

Französische Literatur in deutscher Übersetzung

DW, Düsseldorf

„Französische Literatur in deutscher Sprache“, so heißt die jüngste Veröffentlichung des Düsseldorf Heinrich-Heine-Instituts. Der von Bernd Kortländer und Fritz Nies herausgegebene Reader führt auf Beiträgen eines 1985 in Düsseldorf abgehaltenen Kolloquiums. Behandelt werden Probleme des Übersetzens in Theorie und Praxis. Insbesondere wird eine kritische Bilanz der deutschen Übersetzungen französischer Literatur der letzten 200 Jahre gezogen sowie die Frage gestellt, was an Wichtigem auf dem deutschen Markt fehlt (Droste Verlag, Düsseldorf, 177 S., 18 Mark).

Zeichnungen von Boris Sajtina

DW, Hannover

... und Narren sind sie alle“ wurde eine Ausstellung mit Bildern und Zeichnungen von Boris Sajtina überschieden, die das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover vom 27. April bis 17. Juni zeigt. Sie umfaßt rund 180 satirische Arbeiten des 43jährigen bulgarischen Künstlers, der seit 1965 in Paris lebt. Während der Ausstellung werden außerdem ein Film über und ein Film von Sajtina gezeigt. Der Katalog kostet 18 Mark, im Buchhandel 24 Mark.

1. Bonner Landestreffen mit Schriftstellern

akt, Bonn

Das erste Bonner Landestreffen der Autoren veranstaltet der Bonner Literaturverein am kommenden Samstag im Kultur-Forum der Stadt Bonn. Unter dem Motto „Nord Rheinsische Worte“ stehen Lesungen, Diskussionsrunden und Musikabende auf dem Programm. Rund 40 Autoren und zehn Herausgeber von Literaturzeitschriften werden an der Veranstaltung teilnehmen, darunter Josef Reding, Udo Weibörner, Jodock Nachtdichter und Ludwig Verbeck.

Alexej Arbusow †

akt, Moskau

Im Alter von 77 Jahren ist Alexej Arbusow, einer der bedeutendsten sowjetischen Dramatiker, gestorben. Arbusow, der auch als Schauspieler und Regisseur tätig war, gehörte seit 1934 dem sowjetischen Schriftstellerverband an. Seine Stücke, die in seiner Heimat ständig aufgeführt wurden, zeichnen sich durch eine lyrische Stimmungslage mit Tendenz zur Melodramatik aus. In Deutschland ist Arbusow besonders mit den Stücken „Irkutsker Gesichte“, „Tanjaja“, „Grausame Spiele“ und „Altmodische Komödie“ bekannt geworden.

Ein Carl-Orff-Institut soll in München, der Geburtsstadt des 1982 gestorbenen Komponisten, eingerichtet werden.

KULTURNOTIZEN

Ein Carl-Orff-Institut soll in München, der Geburtsstadt des 1982 gestorbenen Komponisten, eingerichtet werden.

Die chinesischen Malerinnen Yu Feng und Chow Chung Cheng werden von morgen an im Kölner Museum für Ostasiatische Kunst vorgestellt.

„Musik an der Ubi“ heißt eine neue Konzertreihe, die heute an der Universität/Gesamthochschule Essen (mit Werken von Franz Liszt) eröffnet wird.

Die „PEGGY Guggenheim Collection“ in Venedig besitzt als erstes Museum in Italien einen Roboter, der Alarm-, Klima- und ähnliche Anlagen ständig überwacht.

Mit „Malern, die nicht nur malen“ hat der Kunstverein Coburg sein neues Ausstellungsgebäude eröffnet.

„Emil Orlik - ein Lebenswerk zwischen Prag und Berlin“ heißt eine Ausstellung der Künstlergilde Esslingen, die bis 17. Mai im Deutschordenshof von Heilbronn gezeigt wird.

Cecil Beaton, seinen Kriegs- und Modephotographien sowie den Entwürfen für Hollywood, ist eine Ausstellung vom 16. Mai bis 20. Juli im Londoner Barbican Centre gewidmet.

Zürich: Das zeichnerische Werk von R. P. Lohse

Statt Farben Zahlen

Der Irrationalismus heute ist eine List dieser Gesellschaftsordnung, die den kritischen Denkprozess mißtraut“, hat der Maler Richard Paul Lohse in seinen „Entwicklungslinien“, Aphorismen über sein Weltbild und sein Kunstideal, notiert. Dort verkündet er auch: „Das serielle Prinzip ist ein radikales Demokratieprinzip.“

Dieses Be- und Überladen gegenstandsloser Malerei mit gesellschaftspolitischen Theorien ist in zeitgenössischen Kunst kein ungewöhnliches Phänomen. Lohse steht damit nicht allein. Aber seine Werke verschließen sich ganz besonders der Einsicht, daß sie mehr als nur ornamentale Effekte und die Demonstration einer Physik des Sehens zu bieten haben, mag der Künstler, was seine Notate nahelegen, auch an gesellschaftliche Funktionen gedacht haben. Das macht die Ausstellung der „Zeichnungen 1935-1985“ von Richard Paul Lohse im Kunsthaus Zürich bewußt.

Zu sehen sind Versuchsreihen, ausgeführt mit Blei- und Buntstift, die den Beziehungen der Farben zueinander nachspüren. Das deutet schon Titel an wie „Elf sich durchdringende Stufen“, „Zwei komplementäre Durchdringungen“ oder „Asymmetrische Gruppen innerhalb eines regelmäßigen Systems“. Immer geht es um die Reihung oder Zuordnung von Farben in Linien, Quadraten oder

Passau: K. Obermeyers Oper „Lola“ uraufgeführt

Eine lustige Blutwurst

Das Stadttheater Passau ist wohl Deutschlands kleinstes Opernhaus. Aber am Mut zur Moderne mangelt es ihm nicht. So hat man jetzt einen gebürtigen Passauer am Vorabend seines 43. Geburtstags die Möglichkeit zu einer Uraufführung gegeben, und heraus kam ein urbarisches, erkömödiantisches Volks-theater. Klaus Obermayer, der mittlerweile in München wirkende Komponist, schreibt ansprechend, seine Partitur hat Witz und Esprit. Man spürt, da ist ein Köhner am Werk, der es versteht, sein Publikum zu begeistern, ohne deswegen den Zeitstil zu verleugnen. Zusammen mit dem Autor Herbert Rosendorfer hat er satirisch-froh die Beziehung zwischen dem Bayernkönig Ludwig I. und seiner Mätresse Lola Montez zu einer Oper aufgearbeitet.

Als „Königliche Morität“ spult sich das turbulente Bühnengeschehen ab. Dieser Untertitel ist klug gewählt: Die schon ältere, aber immer noch attraktive Gräfin von Landsfeld beauftragt einen Dichter, ein Theaterstück über ihr Verhältnis mit Ludwig zu schreiben. Im Gespräch mit dem jungen Poeten zeigen Bilder aus ihren Münchner Tagen an ihr vorüber, so daß ihr Leben als bunte Abfolge einzelner Projektionen abrollt.

Dieser Moritätencharakter wird noch durch einen Sprecher unterstrichen, dem Rosendorfer ironisch die Züge Richard Wagners verliehen hat. In breitem Sächsisch klopft der Nibelungen-Komponist derbe Sprüche („Erst die Blutwurst, dann das Kunstwerk“) und weist darauf hin, daß er seine Protektion durch Ludwig II. letztlich der fieschen Lola verdankt. Denn ohne sie hätte der erste Ludwig nicht vorzeitig abdanken müssen,

JOURNAL

Berlin erste deutsche „Kulturstadt Europas“

AP, Berlin

Wie Berlin als erste deutsche Stadt das Jahr 1988 als „Europäische Stadt der Kultur“ begehen wird, hat Kultursenator Volker Hassemer erläutert. Danach sollen vorwiegend zwischen Mai und Oktober 1988 in drei Stufen alle Sparten der Künste beteiligt sein. Zunächst sollen die geschichtlichen Entwicklungslinien dargestellt werden. Die zweite Stufe stehe unter dem Motto „Kulturwerkstatt Berlin“. In der dritten Stufe werde sich Berliner Kunst in der Begegnung mit europäischer Kunst zeigen. Die Benennung Berlins als „Europäische Stadt der Kultur“ nach Florenz 1986 und Amsterdam 1987 durch die EG war auf Vorschlag der Bundesregierung erfolgt, die auch den Großteil der Kosten tragen werde.

Dresdner Schauspielerei an den Rhein und nach Hamburg

dpa, Düsseldorf

Das Dresdner Staatsschauspiel wird Anfang Mai auf eine Gastspielreise in die Bundesrepublik kommen. Sieben Produktionen stehen auf dem Programm der zweiwöchigen Reise nach Düsseldorf, Hamburg und Köln. Der Besuch des „DDR-Ensembles ist die „Antworte“ eines Gastspiels des Düsseldorf Schauspielhauses in Dresden und Leipzig und zugleich der erste deutsch-deutsche Theateraustausch seit 25 Jahren. Die Tournee beginnt am 2. Mai mit der Aufführung von Kippahards „Bruder Eichmann“ in Düsseldorf. Außerdem sind Stücke von Gelmann, Heiner Müller und Hebbel vorgesehen.

Torgang zum Tempel von Salomo entdeckt

AP, Jerusalem

In der Altstadt von Jerusalem haben Archäologen den ältesten bisher bekannten Torgang zum Tempelberg entdeckt. Frau Eilat Mazar wie zehn Jahre nach Abschluß der Ausgrabungen ihres Vaters Benjamin Mazar, des Nestors der Altertumforschung in Israel, nach, daß Gebüdereste im Südosten der Altstadt zu einem 18 Meter langen Torgang gehört haben. Der Zugang war offenbar eines von ursprünglich zwölf Toren zu dem Tempel Salomos aus dem Jahr 975 v. Chr.

Französische Literatur in deutscher Übersetzung

DW, Düsseldorf

„Französische Literatur in deutscher Sprache“, so heißt die jüngste Veröffentlichung des Düsseldorf Heinrich-Heine-Instituts. Der von Bernd Kortländer und Fritz Nies herausgegebene Reader führt auf Beiträgen eines 1985 in Düsseldorf abgehaltenen Kolloquiums. Behandelt werden Probleme des Übersetzens in Theorie und Praxis. Insbesondere wird eine kritische Bilanz der deutschen Übersetzungen französischer Literatur der letzten 200 Jahre gezogen sowie die Frage gestellt, was an Wichtigem auf dem deutschen Markt fehlt (Droste Verlag, Düsseldorf, 177 S., 18 Mark).

Zeichnungen von Boris Sajtina

DW, Hannover

... und Narren sind sie alle“ wurde eine Ausstellung mit Bildern und Zeichnungen von Boris Sajtina überschieden, die das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover vom 27. April bis 17. Juni zeigt. Sie umfaßt rund 180 satirische Arbeiten des 43jährigen bulgarischen Künstlers, der seit 1965 in Paris lebt. Während der Ausstellung werden außerdem ein Film über und ein Film von Sajtina gezeigt. Der Katalog kostet 18 Mark, im Buchhandel 24 Mark.

1. Bonner Landestreffen mit Schriftstellern

akt, Bonn

Das erste Bonner Landestreffen der Autoren veranstaltet der Bonner Literaturverein am kommenden Samstag im Kultur-Forum der Stadt Bonn. Unter dem Motto „Nord Rheinsische Worte“ stehen Lesungen, Diskussionsrunden und Musikabende auf dem Programm. Rund 40 Autoren und zehn Herausgeber von Literaturzeitschriften werden an der Veranstaltung teilnehmen, darunter Josef Reding, Udo Weibörner, Jodock Nachtdichter und Ludwig Verbeck.

Alexej Arbusow †

akt, Moskau

Im Alter von 77 Jahren ist Alexej Arbusow, einer der bedeutendsten sowjetischen Dramatiker, gestorben. Arbusow, der auch als Schauspieler und Regisseur tätig war, gehörte seit 1934 dem sowjetischen Schriftstellerverband an. Seine Stücke, die in seiner Heimat ständig aufgeführt wurden, zeichnen sich durch eine lyrische Stimmungslage mit Tendenz zur Melodramatik aus. In Deutschland ist Arbusow besonders mit den Stücken „Irkutsker Gesichte“, „Tanjaja“, „Grausame Spiele“ und „Altmodische Komödie“ bekannt geworden.



Einor der letzten Großen von Hollywood: Otto Preminger (1904-1986)

PRIVATES HAUSEIGENTUM – GARANT FÜR GUTES WOHNEN

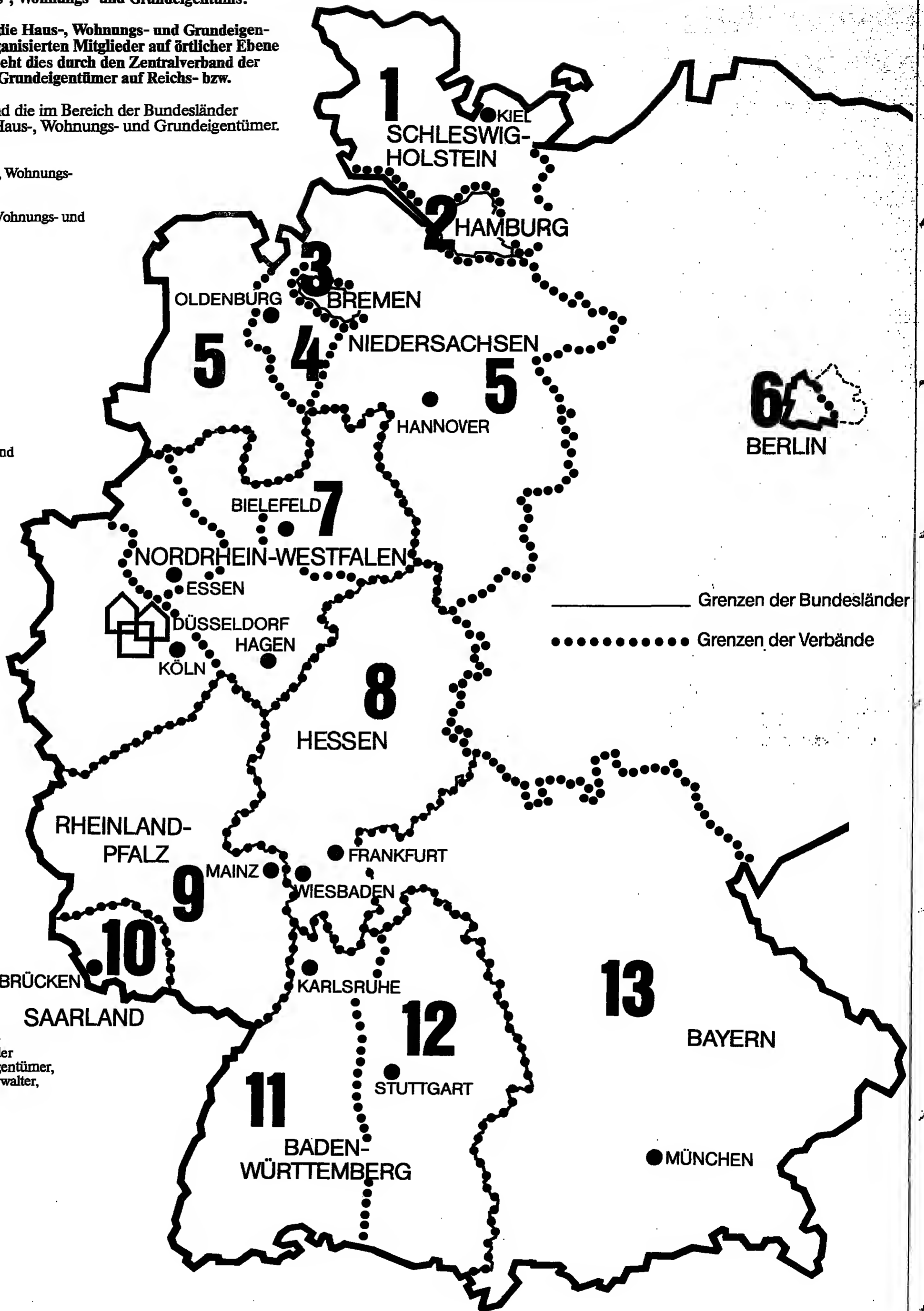
Die Organisation des privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums:

Seit mehr als 150 Jahren vertreten die Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümervereine die Interessen der organisierten Mitglieder auf örtlicher Ebene und seit mehr als 100 Jahren geschieht dies durch den Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer auf Reichs- bzw. Bundesebene.

Mitglieder des Zentralverbandes sind die im Bereich der Bundesländer bestehenden Landesverbände der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer. Dabei handelt es sich um:

- 1 Verband Schleswig-Holsteinischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V.
- 2 Landesverband Hamburgischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer-Vereine e.V.
- 3 Landesverband Bremischer Haus- und Grundbesitzervereine e.V.
- 4 Landesverband der Oldenburgischen Haus- und Grundbesitzervereine e.V.
- 5 Landesverband Niedersächsischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer-Vereine e.V.
- 6 Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine e.V.
- 7 Gesamtverband der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümerversände in Nordrhein-Westfalen. Diesem gehören an:
 - a Verband der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in Nordrhein und Westfalen
 - b Grundeigentümer Ostwestfalen und Lippe e.V.
 - c Verband Rheinischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V.
 - d Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümerversand Ruhr e.V.
 - e Landesverband Westfälischer Haus- und Grundeigentümer e.V.
- 8 Landesverband Hessischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V.
- 9 Landesverband der Haus- und Grundeigentümerversände von Rheinland-Pfalz e.V.
- 10 Verband der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer des Saarlandes e.V.
- 11 Landesverband Badischer Haus- und Grundeigentümer e.V.
- 12 Landesverband Württembergischer Haus- und Grundeigentümer e.V.
- 13 Landesverband Bayerischer Haus- und Grundbesitzer e.V.

Zusätzlich gehören dem Zentralverband der Bergbaugeschädigter Haus- und Grundeigentümer, Sitz Herten, und der Verband der Hausverwalter, Sitz München, als Mitglieder an.



Die Ziele, die der Zentralverband aufgrund seiner Aufgabenstellung anstrebt, sind im wesentlichen

- Erhaltung und Ausbau der geltenden Eigentumsordnung und die
- Stärkung der Position des privaten, mittelständischen Sektors in der Wohnungswirtschaft.

Als wohnungswirtschaftlicher Spitzenverband ist der Zentralverband im vorparlamentarischen Raum, d. h. im Vorfeld der eigentlichen Gesetzgebung tätig. Hinzu kommt die Aufgabe der laufenden Information der Mitglieder über Rechte und Pflichten sowie über die Entwicklung von Rechtsprechung und Gesetzgebung.

Die Organisation insgesamt nimmt also im Interesse des einzelnen Mitgliedes im Rahmen ihrer Möglichkeiten am politischen Geschehen teil und stärkt dadurch die Position des privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums in der Bundesrepublik Deutschland.

Gemeinsam mit den angeschlossenen Landesverbänden und rund 1.000 örtlichen Vereinen vertritt der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer heute die Interessen von rund 800.000 Einzelmitgliedern. Er zählt damit zu den mitgliederstärksten Verbänden in der Bundesrepublik.

Handwritten text in a box at the bottom of the page, possibly a stamp or signature.

NEUORIENTIERUNG DER FÖRDERUNG

Steuergerechtigkeit für Hauseigentümer

Von HANS GATTERMANN

Am 3. Juli 1984 hat die Bundesregierung Leitlinien zur Neuorientierung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums beschlossen, am 21. März 1986 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Neuordnung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums in zweiter und dritter Lesung verabschiedet, am 18. April 1986 wird der Bundesrat folgen, bis zum 1. Mai 1986 wird das Gesetz im Bundesanzeiger verkündet sein.

Über die derzeitige steuerliche Behandlung des selbstnutzenden Wohneigentums brauchen also viele Worte nicht mehr verloren zu werden, zumal da diese Behandlung im Augenblick kein Vergleichsmaß für das ab 1.1.1987 geltende Dauerrecht abgibt, weil sich durch den zur Zeit noch im Rahmen eines Konjunkturprogramms geltenden Befristeten und begrenzten Schuldzinsenabzug ein schiefes Bild ergeben würde.

Vom 1.1.1987 an wird die Nutzungswertbesteuerung für alle selbstgenutzten Wohnungen abgeschafft, gleichgültig, in welcher Gebäudeform die Wohnung gelegen ist, gleichgültig, ob die Wohnung zum Privatvermögen, zum notwendigen Betriebsvermögen oder zum gewillkürten Betriebsvermögen gehört. Das ist ein Stück Wiedergewinnung von Sinnhaftigkeit des Steuerrechtes, weil nicht länger Einkünfte besteuert werden, die dem Steuerpflichtigen gar nicht zufließen. Das ist ein Stück Wiederherstellung von Steuergerechtigkeit, weil alle selbstnutzenden Wohnungseigentümer endlich gleich behandelt werden. Das ist ein Stück Steuervereinfachung, weil eine Vielzahl von Bürgern dadurch nicht mehr verpflichtet sind, Steuererklärungen abzugeben, Belege zu sammeln und auch von der Finanzverwaltung nicht mehr verlangt werden müssen.

Niemand wird dadurch Nachteile erleiden, daß er Verluste aus der Einkunftsart Vermietung und Verpachtung nicht mehr mit anderen Einkünften steuermindernd verrechnen kann. Während einer zwölfjährigen Übergangsfrist können solche Steuerbürger selbst bestimmen, ab wel-

STADT- UND DORFERNEUERUNG / Privates Engagement für Städte und Dörfer

Mit 1200 Sanierungsmaßnahmen hilft der Bund rund 1000 Kommunen

Von OSCAR SCHNEIDER

Im Städtebau stehen wir vor umfassenden neuen Aufgaben. Vorrangig geht es um die Stadterneuerung im Sinne eines ökologisch orientierten Stadtbbaus. Schon seit Jahren rücken die Erhaltung und Erneuerung der Innenbereiche unserer Städte wie die Dorferneuerung in den Mittelpunkt der städtebaulichen Bemühungen. Wir können die Erfolge bisheriger Stadterneuerungspolitik in den Innenstädten, in Wohngebieten, im Wohnumfeld und insbesondere in den historischen Stadtkernen ablesen. Sie sind wohlicher, lebendiger, attraktiver und damit bürgerfreundlicher geworden.

Stadterneuerung ist heute die vorrangige kommunalpolitische Aufgabe. Die Gemeinden selbst gehen ihr in den höchsten Stellenwert. Der Investitionsbedarf im Bereich der Stadterneuerung ist groß. Infolge der schwierigen Finanzlage in vielen Städten und Gemeinden sind in den letzten Jahren dringend notwendige Investitionen im Bereich von Städtebau und Umweltschutz unterblieben. Die Bundesregierung hat auf diesem Feld gehandelt. Mit der außerordentlichen Anhebung der Mittel für die Städtebauförderung hat sie der zunehmenden politischen Bedeutung der Stadt- und Dorferneuerung Rechnung getragen.

Das Ende vergangenen Jahres aufgestellte Städtebauförderungsprogramm '86 ist inzwischen ein großer Erfolg geworden. Gefördert werden insgesamt mehr als 1200 Sanierungsmaßnahmen in rund 1000 Städten und Gemeinden. Unser Programm hat außergewöhnlich breite Zustimmung im kommunalen Bereich gefunden. Die Wünsche der Gemeinden überstiegen das verfügbare Mittelvolumen bei weitem. Die Förderungsschwerpunkte unseres Programms liegen in den bisherigen Aufgabefeldern der Stadterneuerung, insbesondere in der Modernisierung, der Verbesserung des Wohnumfeldes, der Stadterhaltung und Ortsbildpflege, in der Verkehrsberuhigung und bei Gemeinbedarfseinrichtungen.

Es ist heute unbestritten, daß gemeindliche Maßnahmen der Stadterneuerung in hohem Maße wirtschafts- und beschäftigungspolitische Bedeutung haben. Sie bereiten in ganz besonderer Weise private Investitionen vor, stärken durch die Anreizförderung Investitionswillen und Investitionsfähigkeit. Mittelständische Betriebe beispielsweise werden im Rahmen der Stadterneuerung erhalten und gestärkt. Kaufkraft wird durch eine gesteigerte Attraktivität im Zuge der Innenstadterneuerung angezogen, Brachflächen werden für neue Nutzungen wiedergewonnen. Wie positiv die bisherigen Sanierungswirkungen insgesamt eingeschätzt werden, zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik-

schäfts- und beschäftigungspolitische Bedeutung haben. Sie bereiten in ganz besonderer Weise private Investitionen vor, stärken durch die Anreizförderung Investitionswillen und Investitionsfähigkeit. Mittelständische Betriebe beispielsweise werden im Rahmen der Stadterneuerung erhalten und gestärkt. Kaufkraft wird durch eine gesteigerte Attraktivität im Zuge der Innenstadterneuerung angezogen, Brachflächen werden für neue Nutzungen wiedergewonnen. Wie positiv die bisherigen Sanierungswirkungen insgesamt eingeschätzt werden, zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik-

Die bewährten Grundprinzipien des Städtebauförderungsgesetzes sind auch Fundament des neuen Städtebaugesetzes. Sie werden jedoch auf die Lösung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben ausgerichtet. Nicht mehr die Ausweitung neuer Bauflächen, sondern die Revitalisierung unserer Städte und Gemeinden steht im Vordergrund. Auch in den kommenden Jahren ist die öffentliche Förderung der städtebaulichen Aufgaben unverzichtbar, gerade als auslösendes Element für private Investitionen.

Wie groß der Bedarf noch ist, dies hat das Echo auf die Aufstockung der Städtebauförderungsmittel dokumentiert. Es ist der Lebensraum "Stadt", der vielfältige, sinnvolle und notwendige Tätigkeitsfelder eröffnet, um das Zusammenleben der Bürger besser und bürgerfreundlicher zu gestalten. Stadterneuerung, Modernisierung, Belebung der Innenstädte, das Mischen von Arbeiten, Wohnen und Freizeitgestaltung in unmittelbarer Nachbarschaft sind große Aufgaben für die Kommunen, für Architekten, für Bauwirtschaft und den Bürger.

Der Bürger sollte noch mehr als bisher seinen Bedarf artikulieren, damit gemeinsam die Fortentwicklung der Städte vorangetrieben werden kann. Es wird ganz entscheidend sein, dem Besitzer von städtischen Grundstücken und Gebäuden konkrete Anregungen zur Modernisierung und zur Sanierung zu geben.

So gesehen sind Modernisierung und Sanierung ständige Aufgaben, die zunächst von Eigentümern aus eigenem Antrieb wahrgenommen werden sollten. Die Herausforderung, die die Stadt- und Dorferneuerung heute darstellt, kann nur erfolgreich bestanden werden, wenn alle - Bürger, Planer und Architekten, Politik und Verwaltung - Phantasie und Gestaltungskraft aufbringen.



ZEICHNUNG KLAUS BOHLE

MIETWOHNUNGSBAU

Kommt das Ende der Verschwendung?

Von KURT H. BIEDENKOPF

Der Skandal um die Neue Heimat und das Mismanagement in diesem größten gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sind geeignet, ein allgemeineres, aber wesentliches Problem zu verdeutlichen: Der soziale Mietwohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland hat sich überlebt.

Die aus öffentlichen Kassen regelmäßig fließenden Fördermittel (in den letzten Jahren von Bund und Ländern jährlich etwa 5 bis 6 Milliarden Mark) hatten neben der Neuen Heimat auch viele andere gemeinnützige Wohnungsunternehmen in dem Glauben gewiegt, es werde immer so weitergehen.

Dabei hatten schon vor Jahren Wohnungsbauexperten die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor der Fortsetzung einer staatlichen Wohnungsbauförderung gewarnt, die zwar in den 50er und 60er Jahren ihre sozialpolitische Berechtigung hatte, aber spätestens seit Beginn der 80er Jahre immer fragwürdiger geworden ist.

Schon 1976 hat das Bonner Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG) in seiner Studie "Wohnungsbau am Wendepunkt" eindringlich auf die zukünftig abnehmenden Bedarfszahlen im Wohnungsmarkt hingewiesen und eine schrittweise Beendigung des sozialen Mietwohnungsbaus empfohlen.

Die Thesen des IWG wurden damals von den im sozialen Wohnungsbau engagierten politischen und wirtschaftlichen Besitzständen nahezu einhellig verworfen. Heute wächst die Zahl der leerstehenden Wohnungen und mit ihnen die Probleme der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft.

Auch der Sachverständigenrat hat den sozialen Wohnungsbau in den letzten Jahren zunehmend kritisiert: "Der soziale Wohnungsbau ist sowohl im Hinblick auf den Wirkungsgrad als auch in bezug auf die Verteilungswirkungen der hier eingesetzten Mittel zu einem Exempel für wirtschaftspolitische Fehler geworden" (1982). "Die Förderung (des sozialen Wohnungsbaus) ist schon fiskalisch viel zu teuer, sie verfälscht die Markt- und führt zu Verschwen-



ZEICHNUNG KLAUS BOHLE

BHB
BAYERISCHE
HANDELSBANK
Aktiengesellschaft

Hypotheken
Pfandbriefe

München 22, Von-der-Tann-Straße 2

PRIVATGRUND

Haus- und Grundbetreuung GmbH,
Paulstraße 10 - 2000 Hamburg 1
- Grundeigentümergebäudehaus -
Telefon (0 40) 32 22 03 und 32 60 38

Das Betreuungsunternehmen des Hamburger Grundeigentümer-Verbandes hilft Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümern und führt alle mit dem Grundeigentum im Zusammenhang stehende Tätigkeiten aus:

- Verwaltungen von Mehrfamilienhäusern und Eigentumswohnungen.
- An- und Verkauf von Grundbesitz/ Eigentumswohnungen.

Wenden Sie sich an unsere Fachkräfte, die weitere Einzelheiten und Vorschläge unterbreiten können.

PRIVATBAU GMBH
FÜR BAUBETREUUNG
HAMBURG

Nach II. Wohnungsbaugesetz anerkannt als Betreuungsunternehmen für private Bauherren.

- BAUBETREUUNG
- MODERNISIERUNG
- INSTANDSETZUNG
- SANIERUNG
- BAUTRÄGER
- FINANZIERUNG

Über 30 Jahre im Dienste des privaten Grundeigentums

GRUNDEIGENTÜMERVERBANDSHAUS
Paulstraße 10, 2000 Hamburg 1
Telefon (0 40) 33 67 41

Warum abseits stehen?

Schließen Sie sich uns an!

Die überörtlichen Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit Ihrer Organisation versichern das private Haus-, Wohnungs- und Grundeigentum.

Überall in der Bundesrepublik vertrauen uns die Mitglieder der Vereine und Verbände.

Vertrauen auch Sie uns.

Unsere Leistung:

- Optimaler Versicherungsschutz
- günstige Beiträge
- individuelle Betreuung
- zuverlässige Schadenregulierung

Überzeugen Sie sich. Fordern Sie unverbindlich unser Angebot.

GV GRUNDEIGENTÜMER-VERSICHERUNG VVaG
Paulstraße 10 - 2000 Hamburg 1 Tel. 040-3 00 50 30
Potsdamer Straße 143 - 1000 Berlin 30 - Tel. 030-2 18 70 07
Theaterstraße 2 - 3000 Hannover 1 - Tel. 05 11-32 06 02

BHB BAYERISCHE HAUSBESITZER-VERSICHERUNGSGESELLSCHAFT a.G.
Sonnenstraße 13 - 8000 München 15 - Tel. 089-55 14 16 20

hwg

Leistungsgesellschaft Niedersächsischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer mbH

Die gute Adresse für Ihr Haus!

- Immobilienmarkt
Verkauf von Mehrfamilienhäusern, Eigentumswohnungen etc., Vermietungen
05 11/14391
- Hausverwaltung (EDV-Abwicklung)
Miethäuser und Wohnungseigentum
05 11/121040

Theaterstr. 2
3000 Hannover 1

Für jeden Hamburger Grundeigentümer unentbehrlich!

Informativ - interessant - im Hamburger Bereich führend
Monatsschrift

Hamburger Grundeigentum

Herausgeber:
Landesverband Hamburgischer Haus-, Wohnungs- u. Grundeigentümer-Verein e.V.,
Paulstraße 10, 2000 Hamburg 1

WESTHYP WESTFÄLISCHE HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Mit uns können Sie immer rechnen.

Coupon
Ich bin an einem WESTHYP-Carthen interessiert und bitte um weitere Informationen.

Name _____
Straße _____ Haus-Nr. _____
PLZ _____ Ort _____

Florianstraße 1
4600 Dortmund 1
Tel.: (0231) 10820

INSTANDHALTUNG UND MODERNISIERUNG

Schwerpunkte künftiger Wohnungsbaupolitik

Von ALFRED RÖHER

In den ersten dreißig Jahren der Nachkriegszeit wurden zunächst alle Kräfte im Wohnungsbau darauf konzentriert, in möglichst kurzer Zeit zahlmäßig viele neue Wohnungen zu bauen. Inzwischen hat die Wohnungsvergung in der Bundesrepublik einen hohen Standard erreicht. Zur Zeit wird der Wohnungsbestand auf etwa 26 Millionen Wohnungen bei rund 25,3 Millionen Haushalten geschätzt. Damit steht jedem Bewohner - statistisch betrachtet - eine Wohnfläche von 32 Quadratmetern zur Verfügung.

Aus diesem statistischen Ausgleich des Wohnungsmarktes darf jedoch nicht geschlossen werden, daß im Wohnungsbau keine Aufgaben mehr zu bewältigen sind. Im Gegenteil: Mehr als eine halbe Million Wohnungen wurden in den 60er Jahren am Rande der Städte in Siedlungen errichtet, auf die damals viele Kommunen stolz waren. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß die meist vielgeschossige, monotone Fertigbauweise dieser Wohnsiedlungen unter den Bewohnern zu großer Anonymität führt. Häufig ist auch das Wohnumfeld wenig attraktiv. Hohe Leerstände und einseitige Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in diesen Trabanten-siedlungen sind die Folge.

Hier stellen sich für die Wohnungsbaupolitik ebenso neue Aufgaben wie auf dem Gebiet der Modernisierung von Wohnungen, die zu einem noch früheren Zeitpunkt errichtet worden sind. So sind 7,5 Millionen der zur Zeit in der Bundesrepublik vorhandenen Wohnungen vor 1948 und weitere 7,6 Millionen zwischen 1949 und 1964 erbaut worden. Ein Drittel aller Wohnungen hat weder Bad, WC noch Zentralheizung. Sie entsprechen damit nicht mehr den Wünschen der Bürger nach angemessenem Wohnkomfort und sind dringend renovierungsbedürftig.

Altbauwähler und Eigentümer sollten sich, ebenso wie Architekten, rechtzeitig auf die anstehenden Renovierungen einstellen und sich mit den auf sie zukommenden Aufgaben vertraut machen. Insbesondere müssen sich alle Beteiligten von vornherein darüber klar sein, daß Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten

mit schwierigen und dreischichtigen Problemen verbunden sind. Die konstruktive und materialtechnische Ausprägung bestehender Altbausubstanz erfordert nämlich in der Mehrzahl der Fälle ein spezielles Fachwissen, wobei die Eigenart der Gebäude eine veralgemeinernde Betrachtungsweise erschwert. Angesichts der geringen Kenntnisse der meisten Eigentümer, Architekten und Handwerker über die vielfältigen Möglichkeiten der Altbau-Modernisierung wurde schon vor mehr als zehn Jahren der Bundesarbeitskreis Altbauerneuerung (BAKA) e.V. gegründet, der sich zur Aufgabe gestellt hat, diese Personengruppen durch geeignete Veranschaulichung und Vermittlung umfassender Informationen und Beratung die richtigen Wege zur Altbauerneuerung zu weisen.

Dies gilt insbesondere hinsichtlich geeigneter Baustoffe und -methoden der Planung und Ausführung. Derzeit verfügt der BAKA über ein flächendeckendes Netz von circa 60 Beratungsstellen im ganzen Bundesgebiet. Wo sich die nächste Beratungsstelle befindet, kann bei der zentralen Geschäftsstelle des BAKA in Bonn erfragt werden.

Trotz seines inzwischen erreichten Volumens wird der Altbau- und Sanierungsmarkt zum Teil überhaupt noch nicht in seiner Dimension wahrgenommen, zumindest aber in seinen Eigenarten und Besonderheiten noch nicht erkannt. Viele Unternehmen und Architekten sehen in der Altbau-Modernisierung eine Art Neubau in kleiner Münze, mit der Folge, daß viele der angebotenen Produkte und Verarbeitungsverfahren entweder nicht für die Altbau-Modernisierung geeignet sind oder falsch vermarktet werden.

Es ist deshalb für die Zukunft eine unverändert dringende Aufgabe, einen ständigen Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen Marktakteuren und modernisierungsbereiten Hauseigentümern anzuregen und zu institutionalisieren. Der BAKA bietet hierzu eine besonders geeignete Diskussions- und Handlungsplattform, die es ermöglicht, die vielfältigen Erfahrungen von BAKA-Architekten nutzbar zu machen und Produktinnovationen für den weiten Bereich der Altbau-Modernisierung anzuregen.

ZIVILSCHUTZ / Die Bundesregierung stellt Geld für mehr Sicherheit bereit

Die Versorgung mit Schutzraum ist noch immer völlig unzureichend

Von F. ZIMMERMANN

Der Schutzraum ist ein besonders wichtiger, zugleich aber auch ein mit vielen Problemen belasteter Aufgabenbereich des Zivilschutzes. Als schwierig erweist sich bereits eine vorurteilsfreie Behandlung der Frage „Brauchen wir eigentlich Schutzräume in der Bundesrepublik Deutschland?“

Die Diskussion dieser Frage kommt nicht zur Ruhe. Sie ist oft mehr durch Lautstärke als durch Überzeugungskraft geprägt und wird mit emotionalem Engagement stärker von den Gegnern als von den Befürwortern des Schutzraumbaus geführt. Es verwundert deshalb nicht, daß der Bürger Schwierigkeiten hat, sich selbst ein zuverlässiges Urteil über die Notwendigkeit von Schutzräumen zu bilden.

Unter Fachleuten unterschiedlicher politischer Couleur, die durch umfassende Sachkunde als Experten der zivilen Verteidigung legitimiert sind, ist indessen unbestritten: Schutzräume sind notwendig und unverzichtbar, weil sie - weit mehr als alle anderen Zivilschutzmaßnahmen - die Überlebenschancen der Bevölkerung in einem Verteidigungsfall vergrößern. Schutzraumbau kann nicht ersetzt werden durch noch so aufwendige Rettungsmaßnahmen, die ihre Wirkung erst entfalten, wenn der Schutz versagt hat.

Dieser Erkenntnis entspricht die Intensität unserer Schutzbauaktivitäten leider nicht. Die Wirklichkeit zeigt vielmehr zu der nächsten Feststellung: Die Schutzraumversorgung in der Bundesrepublik ist noch immer unzureichend. Ende 1985 standen bundesweit nur rund 2,4 Mill. Schutzplätze zur Verfügung. Dies bedeutet: Nur für vier Prozent der Bevölkerung, d. h. nur für jeden 25. unserer Bürger, sind tatsächlich Schutzräume vorhanden. Der Grund für die bestehende Mangelsituation ist ebenso einfach wie einseitig: Es ist nicht gelungen, den Wiederaufbau unserer Städte für die gleichzeitige Errichtung von Schutzräumen in ausreichender Zahl zu nutzen.

Hinzu kommt, daß gewisse politische Kräfte - allen voran Friedensbewegung und Grüne - nicht mitleidig werden, den Zivilschutz insgesamt,

insbesondere aber den Schutzraumbau als Akt der Kriegsvorbereitung zu diffamieren. Diese Diffamierung hat leider gerade auf die privaten Schutzbauaktivitäten einen starken negativen Einfluß. Ihr muß nachdrücklich entgegengetreten werden.

Kein vernünftiger Mensch käme auf den Gedanken, die Schweiz oder Schweden, Staaten mit einem vorbildlich ausgebauten Zivilschutz und einer nahezu vollständigen Schutzraumversorgung ihrer Bevölkerung, der Kriegsvorbereitung zu verdächtigen!

Einen solchen Verdacht kann und muß auch die Bundesregierung von

Schutzraumbau zur Verfügung, ein Betrag, mit dem mehr als 100 000 neue Schutzplätze geschaffen werden können. Schutzräume mit weiteren ca. 500 000 Schutzplätzen befinden sich im Bau bzw. in der Planung und werden voraussichtlich bis 1989 fertiggestellt sein.

Bei aller Freude über diesen Fortschritt stimmt es bedenklich, daß die Schutzplätze in privaten Hauschutzräumen nur mit ca. 3 Prozent am gesamten Schutzplatzzuwachs beteiligt sind, wo doch gerade der Bau eines neuen Wohngebäudes die unwiederbringliche Gelegenheit bietet, sich eine wirksame Schutzmöglichkeit im eigenen Haus zu schaffen. Ich appelliere deshalb an alle Bürger, sich ihrer Eigenverantwortung bewußt zu sein und die ihnen möglichen Vorsorge-maßnahmen zu treffen.

Keiner ist hierbei auf sich selbst gestellt, jeder kann mit der Hilfe des Staates rechnen. Für die Errichtung von Hauschutzräumen in Wohngebieten werden unabhängig von der Höhe des Einkommens der Bauherren - gestaffelt nach der Zahl der zu schaffenden Schutzplätze - Zuschüsse in Höhe von 4900 Mark bis 16 800 Mark gewährt, die auf Antrag baubegleitend - also ohne Wartezeiten - zur Verfügung stehen. Darüber hinaus können die mit den Zuschüssen nicht gedeckten Mehrkosten im Rahmen von Höchstbeträgen steuerlich abgesetzt werden.

Allerdings kann die Hilfe des Staates immer nur eine Hilfe zur Selbsthilfe des Bürgers sein. Die Finanzkraft des Staates reicht nun einmal nicht aus, den Bürger auf Staatskosten, sozusagen „prämienfrei“, gegen alle Gefahren des Lebens zu sichern und zu schützen.

Bei einer nüchternen Beurteilung der tendenziellen Entwicklung gerade der privaten Schutzbauaktivitäten besteht heute wenig Anlaß zu optimistischer Erwartung. Es verrät schon eher Realitätsinn, wenn man davon ausgeht, daß ausreichende Zuwächse im Schutzraumbau auch mittel- und langfristig wohl nur durch Einführung einer gesetzlichen Schutzbaupflicht erzielt werden können. Der Bund jedenfalls geht im Bereich des öffentlichen Schutzraumbaus mit gutem Beispiel voran.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

sich weisen, weil sie eine konsequente Politik der Friedenserhaltung und Friedenssicherung betreibt. Gegenwärtig wird Schutzraumbau in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich auf freiwilliger Grundlage betrieben. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Errichtung von Schutzräumen, wie sie im Schutzbaugesetz von 1965 vorgesehen war, mußte wieder suspendiert werden, weil die verfügbaren Haushaltsmittel zur Finanzierung nicht ausreichten. Das Freiwilligkeitsprinzip ist im Grunde die entscheidende Ursache für die noch immer unbefriedigende Situation im Schutzraumbau. Doch Besserung ist in Sicht.

Seit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung im Herbst 1982 ist es gelungen, die Investitionsmittel für den Schutzraumbau im Bundeshaushalt beträchtlich zu erhöhen. 1986 steben erstmals mehr als 100 Mill. Mark für die Förderung des

EIGENTUMSBILDUNG / Was man beachten muß

Herr in der Wohnung, aber nicht im Hause

Von VOLKER BIELEFELD

Als vor nunmehr 35 Jahren das Wohnungseigentumsgesetz verabschiedet wurde, ist damit nicht nur ein neuer Weg zur Eigentumbildung für breite Bevölkerungskreise beschritten, sondern gleichzeitig eine neue, besondere Form des Wohnens in den „eigenen vier Wänden“ geschaffen worden.

Inzwischen dürfte es rund 1,9 Millionen Wohnungseigentümer geben, deren Eigner in der überwiegenden Mehrheit mit und in „ihrem Eigentum“ zufrieden wohnen und leben. Nun hat die Eigentumswohnung aber in jüngster Zeit wieder Schlagzeilen geliefert, die auch Schatten auf diese Art des Wohnens geworfen haben. So hat sich nicht nur manche „Kapitalanlage“ inzwischen als Fehlinvestition erwiesen, sondern auch mancher Wohnungseigentümer zeigte sich enttäuscht, weil er sich sein „Wohnen in den eigenen vier Wänden“ anders vorgestellt hatte. Doch überall dort, wo sich Ärger und Enttäuschung einstellen, wäre dies in den meisten Fällen vermeidbar gewesen, wenn sich die Betroffenen rechtzeitig darüber informiert hätten, was es mit der Eigentumswohnung auf sich hat.

Wohnungseigentum ist echtes Eigentum, aber in einer „Mischform“ von Alleineigentum an der Wohnung und Miteigentum am gemeinschaftlichen Eigentum, also am Grundstück und vor allem an solchen Anlagen und Einrichtungen, die der Nutzung und dem Gebrauch durch alle Eigentümer dienen. Wer eine Eigentumswohnung erwirbt, muß sich also darüber im klaren sein, daß er zwar „Herr in der eigenen Wohnung“, nicht aber „Herr im Hause“ ist. Das hat Vorteile, aber auch Nachteile.

Vorteile wiegen die Nachteile auf

Die Vorteile liegen vor allem darin, daß eine Eigentumswohnung nach wie vor billiger ist als ein Eigenheim und daß sich ein Wohnungseigentümer an den Kosten, die das gemeinschaftliche Eigentum betreffen, nur anteilig zu beteiligen braucht. Wenn also das Dach, die Fassade oder die Heizungsanlage reparaturbedürftig

sind, wird der Wohnungseigentümer nur mit einem Bruchteil der Kosten belastet. Die Vorteile einer Eigentumswohnung im Vergleich zum Eigenheim liegen also vor allem in den insgesamt niedrigeren Kosten.

Die Nachteile einer Eigentumswohnung liegen darin, daß jeder Eigentümer an mehrheitlich getroffene Beschlüsse der Wohnungseigentümergeinschaft gebunden ist. Für eine Wohnungseigentümergeinschaft gilt also insoweit das demokratische Mehrheitsprinzip, das jedoch dort seine Grenzen findet, wo die Rechte einzelner über das normal zulässige Maß hinaus beeinträchtigt werden.

Erst informieren, dann kaufen

So ist es beispielsweise unzulässig, mehrheitlich ein Tierhaltungs- oder Musikverbot auszusprechen, weil alle Angelegenheiten, die über die ordnungsmäßige Verwaltung hinausgehen, immer der Zustimmung aller Eigentümer bedürfen. Das gilt vor allem für bauliche Veränderungen, wie etwa die Verglasung eines zur Wohnung gehörenden Balkons. Hier sind wiederum die Rechte des einzelnen Eigentümers zugunsten der Mehrheit eingeschränkt. Andererseits bewirkt dieses Einstimmigkeitsprinzip aber auch, daß zum Beispiel eine im gemeinschaftlichen Eigentum stehende Gartenfläche nicht gegen den Willen eines einzelnen Eigentümers oder einer Minderheit in einen Kfz-Stellplatz umgewandelt werden darf.

Es wird also von Fall zu Fall zwischen den schutzwürdigen Interessen des einzelnen bzw. der Minderheit und denen der Mehrheit unterschieden, so daß letztlich immer ein Interessenausgleich gegeben ist.

Welche Rechte und Pflichten der Wohnungseigentümer nun im Einzelfall übernimmt, ergibt sich zunächst aus den Vorschriften des Wohnungseigentumsgesetzes. Wer sich über diese Rechte und Pflichten umfassend vor dem Kauf einer Eigentumswohnung informiert und sich beraten läßt, wird selten enttäuscht werden und wird auch in einer Eigentumswohnung zufrieden leben können.

PRIVATES HAUSEIGENTUM - GARANT FÜR GUTES WOHNEN

ZENTRALVERBAND DER DEUTSCHEN HAUS-, WOHNUNGS- UND GRUNDEIGENTÜMER e.V.

Postfach 32 12 20 - 4000 Düsseldorf 30

SPITZENVERBAND DER PRIVATEN WOHNUNGSWIRTSCHAFT

● DEM EIGENTUM VERPFLICHTET ●

Die Organisation des privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums vertritt die Interessen der mittelständischen Eigentümer im Bund, im Land und in der Gemeinde. Ihr Beitritt würde uns noch stärker machen!



ZENTRALVERBAND DER DEUTSCHEN HAUS-, WOHNUNGS- UND GRUNDEIGENTÜMER e.V.
Postfach 32 12 20 - 4000 Düsseldorf 30

Ich interessiere mich für die Arbeit, Ziele und Aufgaben Ihres Verbandes. Bitte senden Sie mir weitere Unterlagen.

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Handwritten signature or stamp at the bottom of the page.

HAUSVERWALTUNG / Strukturwandel schuf ein neues Berufsbild

Abschied vom Ärger mit den Nebenkostenabrechnungen

Von F. W. WARNECKE
Max S., Eigentümer eines Miethauses mit zehn Wohnungen, ist verzweifelt. Soeben hat der dritte Mieter in seinem Haus die Betriebskostenabrechnung angezweifelt...

Dabei hatte S., der als Inhaber eines Sanitärinstallationsbetriebs mittlerer Größe den Umgang mit Zahlen gewohnt ist, gerade bei der Abrechnung der Nebenkosten besondere Sorgfalt aufgewendet...

Sein Entschluß steht fest: Ehe er die Anwälte und Gerichte bemüht, wird er die gesamte Verwaltung seines Hauses einer Tochtergesellschaft seines Haus- und Grundeigentümervereins übertragen...

Max S. ist kein Einzelfall. Eine wahre Flut von immer komplizierteren Vorschriften und die „Mündigkeit der Bürger“ haben die richtige Bewirtschaftung einer Immobilie zu einer komplexen Aufgabe werden lassen...

Die Zahl derjenigen Hauseigentümer, die vor den Unannehmlichkeiten mit Mietern, Behörden und Handwerkern kapitulieren, nimmt ständig zu. Ihre Problemlöser sind Fachleute der Wohnungswirtschaft...

Der Leistungsumfang ist von Unternehmen zu Unternehmen verschieden. Er wird durch den zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer abzuschließenden Vertrag bestimmt.

Im Idealfall übernimmt der Verwalter alle Maßnahmen, die für die Erhaltung, Verbesserung und Nutzung des Objektes erforderlich sind. Grundlage jeder fachgerechten Hausverwaltung ist das Rechnungswesen.

Eine einwandfreie Hauskontenführung mit Hilfe einer leistungsfähigen Datenverarbeitungsanlage bietet den Auftraggebern eine vollständige Übersicht über sämtliche Einnahmen und Ausgaben...

Betriebs- und Nebenkostenabrechnungen, die einer Überprüfung durch die Gerichte standhalten, aber auch die technische Hausbetreuung bei



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Modernisierung und Instandhaltungsmaßnahmen werden von Fachunternehmen ebenso angeboten wie die Abwicklung von Mieterwechseln mit Wohnungsabnahme und Neuvermietung zur aktuellen Marktmiete...

Aber nicht nur die Bewirtschaftung von Miethäusern erfordert den Einsatz von Fachleuten, sondern auch die Verwaltung von Wohnungseigentum.

Die Probleme von Wohnungseigentümern sind inzwischen so vielschichtig, daß der Oberlehrer als Peleberabverwalter zum teuren Irrtum für die Gemeinschaft werden kann.

weit ein reibungsloses Zusammenleben der Gemeinschaft im Hause möglich ist. Dabei fördern die Eigentümersammlungen den Verwalter in besonderem Maße...

Der Verwalter von Wohnungseigentum hat für jedes Jahr einen Wirtschaftsplanaufstellung, und es sollte selbstverständlich für ihn sein, daß er zum Jahresende eine Bilanz erstellt...

In zunehmendem Maße gewinnt auch die technische Betreuung des Objektes durch den Verwalter an Bedeutung. Die Überwachung der technischen Einrichtungen und Gebäudeteile ist für die Substanzhaltung genauso bedeutsam wie die Vergabe notwendiger Wartungs- und Reparaturaufträge.

Durch den tiefgreifenden Strukturwandel in der Wohnungswirtschaft sind die Probleme für den Haus- und Wohnungseigentümer auch vielschichtiger geworden. Aus den Nachfragemärkten sind Angebotsmärkte geworden, und Leerstände erfordern wie zu vor einen genaueren Überblick über den örtlichen Markt...

Er und seine fachgerechte Dienstleistung werden in zunehmendem Maße gefragt und unentbehrlich. Denn die Wohnung des privaten Hauseigentümers konkurriert mit denen der Wohnungsbaugesellschaften und gemeinnützigen Unternehmen...

Genau dies ist die Chance für Hausverwaltungen, die diesen Namen verdienen.

MIETRECHT

Die Rechtsstellung des Eigentümers wurde verbessert

Von HANS A. ENGELHARD

Mieterschutz in Zeiten der Wohnungsnot, Lockerung in Phasen befriedigender Wohnungsverhältnisse - auf diesen Wechsellagerungen beruht die Rechtsentwicklung seit dem Ersten Weltkrieg...

Folgerichtig hat die 1982 neugebildete Koalition unverzüglich die Ausweitung der früheren Regelung beschritten. Kann es damit sein Bewenden haben?

1. Der zulässige Mietzins ist jetzt stärker am Marktgeschehen ausgerichtet.

2. Beim Abschluß neuer Mietverträge können die Mietparteien für zehn Jahre einen nach ihren Vorstellungen gestalteten Mietzins frei vereinbaren.

3. Beim Kündigungsschutz des Mieters zeichnet sich ein Wandel in der Rechtsanwendung ab. So hat das Bundesverfassungsgericht einer Rechtsprechung Bahn gebrochen, wonach für die Kündigungen wegen Eigenbedarfs der Wunsch des Vermieters maßgebend sein soll...

Der soziale Bezug und die soziale Funktion des Eigentumsobjektes Mietwohnung gebietet es jedoch nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, auf die Belange des Mieters Rücksicht zu nehmen, der auf die Nutzung der Wohnung angewiesen ist...

MITTELSTÄNDISCHE INVESTOREN / Die Modernisierung hat jetzt Vorrang

Größter Wohnungsanbieter sind mit Abstand die privaten Haushalte

Von THEODOR PAUL

Am Jahresende 1985 gab es insgesamt rund 27 Millionen Wohnungen. Seit 1949 sind rund 17,8 Millionen Wohnungen erbaut worden. Im vorhandenen Bestand entfallen rund zwei Drittel aller fertiggestellten Wohnungen auf private Bauherren...

Es hat sich herausgestellt, daß eine ausreichende Wohnungsverorgung nur über die Bildung privater Hauseigentums möglich ist. Der Unterschied zwischen der Bundesrepublik Deutschland und jenen Staaten, in denen das Privateigentum abgeschafft worden ist, macht dies deutlich...

Die meisten Grundbesitzer sind Landwirte

Im Jahre 1983 verfügten in der Bundesrepublik knapp elf Millionen Haushalte über Haus- und Grundeigentum. Das waren 45,3 Prozent der insgesamt 23,5 Millionen privaten Haushalte...

Die Eigentümerquote fiel bei den verschiedenen Haushaltstypen nach sozialer Stellung unterschiedlich hoch aus. Sie lag mit 92,6 Prozent bei den Landwirten am höchsten. Es folgten die Selbständigen mit einer Eigentümerquote von 72,3 Prozent...

verfügen 49,9 Prozent, somit jeder zweite Haushalt über Haus- und Grundeigentum. Bei den Angestelltenhaushalten lag dieser Anteil mit 48 Prozent geringfügig niedriger...

Die Zahl der Haus- und Grundeigentümerhaushalte steigt mit zunehmender Haushaltsgröße deutlich an. So verfügten 1983 von den 7,4 Millionen Ein-Personen-Haushalten nur 22 Prozent über Haus- und Grundeigentum...



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

bei den Vier-Personen-Haushalten waren es 65,5 Prozent aller Haushalte, die über Haus- und Grundeigentum verfügten.

Die Gruppe der privaten Haushalte ist der mit Abstand größte Wohnungsanbieter in der Bundesrepublik. Sie verfügt über 77 Prozent der insgesamt vorhandenen 26,7 Millionen Wohnungen. Zum Vergleich: 15 Prozent der Wohnungen befinden sich im Eigentum gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften...

Damit ist der Mittelstand überwiegend Träger der guten Wohnungsver-

sorgung in der Bundesrepublik, die quantitativ und qualitativ einen Stand erreicht hat, um den uns viele beneiden. Die ausreichende Wohnungsverorgung wäre ohne private Initiative und Investitionsbereitschaft nicht gewährleistet.

Jedem Bürger dieses Landes stehen heute statistisch betrachtet 36 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung. 1950 mußten sich 5,1 Einwohner eine Wohnung teilen, 1984 waren es nur noch 2,3 Einwohner. 90 Prozent aller Wohnungen sind mit Bad und WC ausgestattet, und rund zwei Drittel verfügen über eine Zentralheizung.

Was die Politiker beachten müssen

Angeht diese Entwicklung wird der Wohnungsbestandspolitik, also der Instandsetzung und Modernisierung des vorhandenen Wohnungsbestandes, gegenüber dem Neubau eine absolute Priorität einzuräumen sein. Darüber hinaus wird es mehr denn je darauf ankommen, wer baut, wie gebaut und wo gebaut wird.

Der mittelständische Investor wird in der Regel eine sorgfältige Abwägung von Standort, Ausstattung und Miethöhe vornehmen, die ihm eine langfristige Sicherung seines Eigentums ermöglicht. Es kommt hinzu, daß das Selbstinteresse privater Eigentümer dem Eigentum eine Behandlung zuteil werden läßt, die dem Gemeinwohl und dem Gemeinwohl in aller Regel mehr Nutzen bringt...

Es ist an der Zeit, daß sich die Wohnungspolitik an die Leistungsfähigkeit des mittelständischen Investors erinnert und auf die regulierenden Kräfte eines freien Wohnungsmarktes vertraut, der durch die Unterstützung Bedürftiger durch den Staat sozial korrigiert werden kann. Eine neue Wohnungspolitik muß dieser Erkenntnis Rechnung tragen.

Sterbegeld- und Unfallvorsorge jetzt bis DM 10 000,-!

Gemeinnütziges Sozialwerk des privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums e.V.
Cecilienallee 45, Postfach 32 12 20, 4000 Düsseldorf 30, Telefon (02 11) 43 45 55

Alle reden von „Sicherheit“ - aber wer tut wirklich etwas für seine Sicherheit? Hand aufs Herz: Haben Sie ausreichend und sinnvoll vorgesorgt, um den Risiken und Notfällen des Lebens zu begegnen?

- STERBEGELD-VORSORGE UND IHRE VORTEILE!
Abhängig von den Einkommensverhältnissen unserer Mitglieder ist die Höhe des Sterbegeldes gestaffelt. Es beträgt mindestens DM 500,-, höchstens DM 10 000,-.
1. Günstige Beiträge, die nicht unerheblich unter den Beitragssätzen einer vergleichbaren Einzelversicherung liegen.
2. Beitrittsmöglichkeiten bis zum vollendeten 80. Lebensjahr für alle Mitglieder und deren Ehegatten.
3. Die Dauer der Beitragszahlung hängt vom Eintrittsalter ab, sie geht längstens bis zum Alter von 85 Jahren.
4. Die Versicherungssumme wird fällig beim Tode, spätestens beim Alter 90.
5. Keine Aufnahme- oder sonstige Gebühren, keine Gesundheitsprüfung, lediglich Staffelung der Versicherungssumme beim Tod im 1. Versicherungsjahr mit Ausnahme bei Unfalltod.
6. Mitversicherung der Kinder bis zum vollendeten 25. Lebensjahr im Rahmen der festgesetzten Höchstgrenze gegen einen Zusatzbeitrag von DM 0,35 je Kind.
7. Auszahlung des Sterbegeldes nach Vorlage der Sterbeurkunde und des Versicherungsscheines durch unsere zuständige Geschäftsstelle.

- UNFALL-VORSORGE UND IHRE VORTEILE!
1. Versicherungsschutz für berufliche und außerberufliche Unfälle bei Tod durch Unfall, Invalidität durch Unfall und ein Unfall-Krankenhaustagegeld für den Versicherten selbst oder den Familienvorstand.
2. Im Rahmen der Familienversicherung auch Versicherungsschutz für außerberufliche Unfälle für die Ehefrau bei Tod durch Unfall, Invalidität durch Unfall und ein Unfall-Krankenhaustagegeld sowie für die Kinder bei Tod durch Unfall und Invalidität durch Unfall.
3. Beitritt und Beitragszahlung in Verbindung mit der Sterbegeld-Vorsorge.
4. Keine von Berufstätigkeit oder Unfallgefahren abhängigen Beiträge und keine Gesundheitsfragen.
Voraussetzung für das Wirksamwerden der Versicherung ist eine 50%ige Beteiligung des zu versichernden Personenzirkels an der Sterbegeld-Vorsorge.

Bitte ausschneiden
Ich interessiere mich für die Sterbegeld- und Unfallvorsorge und bitte um weitere Informationen.
Name
Straße
PLZ Ort
Mitglied des Vereins in

HAUSBANK MÜNCHEN
Bank für Haus- und Grundbesitz in München eG
- der richtige Partner für die Wohnungswirtschaft
Gebührenfreundliche Führung von Hauskonten für Mietobjekte und Wohnungseigentümer-Gemeinschaften
Günstige Finanzierungen für Erwerb und Werterhaltung von Immobilien
Verwalter-Service
der sachkundige Partner zur kostensparenden und übersichtlichen Buchhaltung und Abrechnung von Mietobjekten und Wohnungseigentum - auch EDV-ONLINE
Führung von Mietkautionenkonten
kostenlose Verwaltung von Mietkautionenkonten mit separater EDV-Aufstellung am Jahresende für jedes Mietobjekt
HAUSBANK MÜNCHEN
Bank für Haus- und Grundbesitz in München eG
Institut der VOLKSBANK-Organisation
Sonnenstraße 13, 8000 München 2, Telefon-Sammel-Nr. 0 89 / 5 51 41-0

Zeitschriften
Broschüren
Bücher
Verlag Deutsche Wohnungswirtschaft GmbH
zum Beispiel:
Der Wohnungseigentümer
Ratgeber zum Wohnungseigentum
Von Volker Bielefeld
2. Auflage, 448 Seiten, Format: 11,5 x 18 cm, kartoniert, Preis: 17,50 DM + Versandkosten.
Dieser Ratgeber soll vor allem den Wohnungseigentümern und Verwaltern bei der Beantwortung ihrer Fragen aus der Alltagspraxis des Wohnungseigentums behilflich sein.
Die Mietfibel
Ratgeber für Vermieter und Mieter
4., überarbeitete und ergänzte Auflage, 152 Seiten, Format: 11,5 x 18 cm, kartoniert, Preis: 8,- DM + Versandkosten.
Die Mietfibel befindet sich auf dem neuesten Stand der Gesetzgebung. Sie gibt Auskunft über alle Fragen, die ein Mietverhältnis betreffen, wie z. B. Staffelmiete, Zermietvertrag, Schönheitsreparaturen, Betriebskosten, Mieterhöhung, Kündigungsgründe und -insten, Heizkostenabrechnung und viele andere Punkte, die von Anfang an klar und eindeutig geregelt sein sollten, um späteren Ärger zu vermeiden.
NEU DWW
DEUTSCHE WOHNUNGSWIRTSCHAFT
Rechtsentscheide
DWW-Sonderheit
Rechtsentscheide
Leitsätze nach Sachgebieten geordnet (1980 bis 1986), 76 Seiten, Format: DIN A 4, geheftet, Preis: 15,- DM incl. Versandkosten.
Um aus den rund 300 im Rechtsentscheidungsverfahren ergangenen Beschlüssen auf Anhieb den „richtigen“ herauszufinden, bedarf es auch für den geübten Praktiker einiges an Sucharbeit. Hier bietet nun das DWW-Sonderheft 1986 „Rechtsentscheide“ die entscheidende Neuerung. Eine bislang einzigartige Übersichtlichkeit ergibt sich durch die Beschränkung auf die Leitsätze. Durch die Gliederung nach Sachgebieten wird der Leser automatisch zu der einschlägigen Entscheidung hingeführt.

PRIVATE INVESTITIONEN / Gute Versorgung muß gesichert bleiben

Was die Expertengruppe empfiehlt

Von VOLKER GIERTH

Bei der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum, und zwar gemessen sowohl an Wohnfläche als auch an Ausstattungsqualität, nimmt die Bundesrepublik ohne Zweifel international eine Spitzenstellung ein. Zu verdanken ist dies in allererster Linie der Investitionsbereitschaft privater Haushalte.

Auch im vergangenen Jahr waren private Haushalte wiederum die stärkste Bauherrengruppe. Von den insgesamt für den Wohnungsneubau im Jahre 1985 erteilten Baugenehmigungen entfielen 58,7 Prozent auf Privathaushalte, die damit einen noch deutlicheren Einbruch in der Bauwirtschaft verhinderten.

Der Rückgang der an diese Bauherrengruppe erteilten Baugenehmigungen lag mit 20,4 Prozent deutlich unter dem durchschnittlichen Rück-

gang von 26,5 Prozent. Welche Bedeutung die Bautätigkeit der privaten Haushalte für die Wohnungsversorgung auch und insbesondere einkommensschwächerer Mieterhaushalte tatsächlich hat, stellte bereits die sozialliberale Bundesregierung 1982 in ihrem Bericht über das Zusammenwirken finanzwirksamer wohnungspolitischer Instrumente fest, in dem sie ausführte, daß die Mehrzahl der für den Sozialwohnungsbau berechtigten Mieter heute in Eigenheimen und Altbauwohnungen angemessen oder sogar besser untergebracht sind als in Sozialmietwohnungen.

Wer also die erreichte gute Wohnungsverorgung nicht leichtfertig aufs Spiel setzen will, muß sich angesichts der gewandelten Verhältnisse auf den Wohnungsmärkten für eine Wohnungspolitik entscheiden, die den verschiedenen Anbietergruppen gleiche Chancen im Wettbewerb ein-

räumt. Dazu zählt nicht nur die sofortige und endgültige Beendigung der öffentlichen Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus, sondern auch und vor allem eine Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts.

Eine von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg eingesetzte unabhängige Kommission schlägt vor, das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz von 1940 aufzuheben.

Diesen zutreffenden Erkenntnissen kann nur beigepflichtet werden. Es müssen allerdings jetzt auch Taten folgen. Jedes weitere Zögern auf diesem wichtigen Gebiet treibt die Wohnungswirtschaft tiefer in die Krise und führt letztlich zu einer Vernichtung von Vermögenswerten in gewaltigem Ausmaß.

Volker Giertl ist Generalsekretär des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer.

ENERGIEEINSPARUNG IN GEBÄUDEN / Der Verbrauch von Heizöl ging seit 1973 um 35 Prozent zurück

Eine langfristige Aufgabe der Wohnungspolitik

Von MARTIN GRÜNER

Sparsame und rationelle Energieverwendung bleibt trotz der gegenwärtigen Ölpreisentwicklung ein vernünftiges und notwendiges Ziel. Zum Hintergrund: Nahezu 80 Prozent der in Haushalten verbrauchten Energie entfallen auf die Heizung; etwa ein Viertel unseres Endenergieverbrauchs.

Im Gebäude wird der Energieverbrauch insbesondere auch von den wärme- und heizungstechnischen Gegebenheiten bestimmt. Jeder Eigentümer müßte das heute wissen und weiß es vermutlich auch. Das zeigt jedenfalls der bemerkenswerte Verbrauchsrückgang. Im Durchschnitt werden heute pro Quadratmeter rd. 35 Prozent weniger Heizöl benötigt als 1973. Insgesamt wird in Gebäuden nicht mehr Energie verbraucht als 1973, obwohl wir rund zehn Prozent

Wohnungen (etwa 3 Millionen) mehr haben. Dabei sind Wohnfläche und Komfort im Durchschnitt deutlich gestiegen. Ganz wesentlich hat zu diesem erfreulichen Ergebnis natürlich auch das sparsame Verhalten der Mieter beigetragen.

Die Bundesregierung hat diesen Prozeß von Anfang an durch finanzielle Förderung heizungssparender Maßnahmen unterstützt. Sie hat ferner mit den Energieeinspar-Verordnungen über baulichen Wärmeschutz, Heizungsanlagen und verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung wichtige Weichen gestellt.

Zu kurz gedacht wäre es, die Wirtschaftlichkeit etwa von wärmedämm- oder heizungstechnischen Maßnahmen nur aus dem Blickwinkel der heutigen Energiepreise zu beurteilen. Die Langfristigkeit von Gebäudeinvestitionen gebietet vielmehr auch eine langfristige Amortisations-

betrachtung. Dabei ist man gut beraten, die derzeitigen Energiepreisturbulenzen nicht zur Basis der Kalkulation zu machen. Im übrigen brauchen z. B. neue Heizungen nicht selten bis zu einem Drittel weniger Energie als alte Anlagen. Dies bringt selbst bei niedrigen Preisen eine nachhaltige Entlastung der Betriebskosten.

Um den Modernisierungsprozeß auf dem Heizungssektor nicht zuletzt auch im Interesse der Umweltentlastung zu beschleunigen, hat die Bundesregierung wirksame steuerliche Anreize geschaffen. Auch Eigenheimbesitzer können jetzt die Kosten für den Einbau einer neuen Heizung steuerlich absetzen, wenn das Gebäude älter als zehn Jahre ist.

Wer sich vor der Durchführung energiesparender Maßnahmen interessenneutral und unabhängig beraten lassen will, kann dies z. B. bei einer der zahlreichen Energiebera-

tungsstellen der Verbraucherzentralen tun. Diese Beratung wird kostenlos angeboten. Die Rahmenbedingungen für Energiesparmaßnahmen in Gebäuden sind nach wie vor gut.

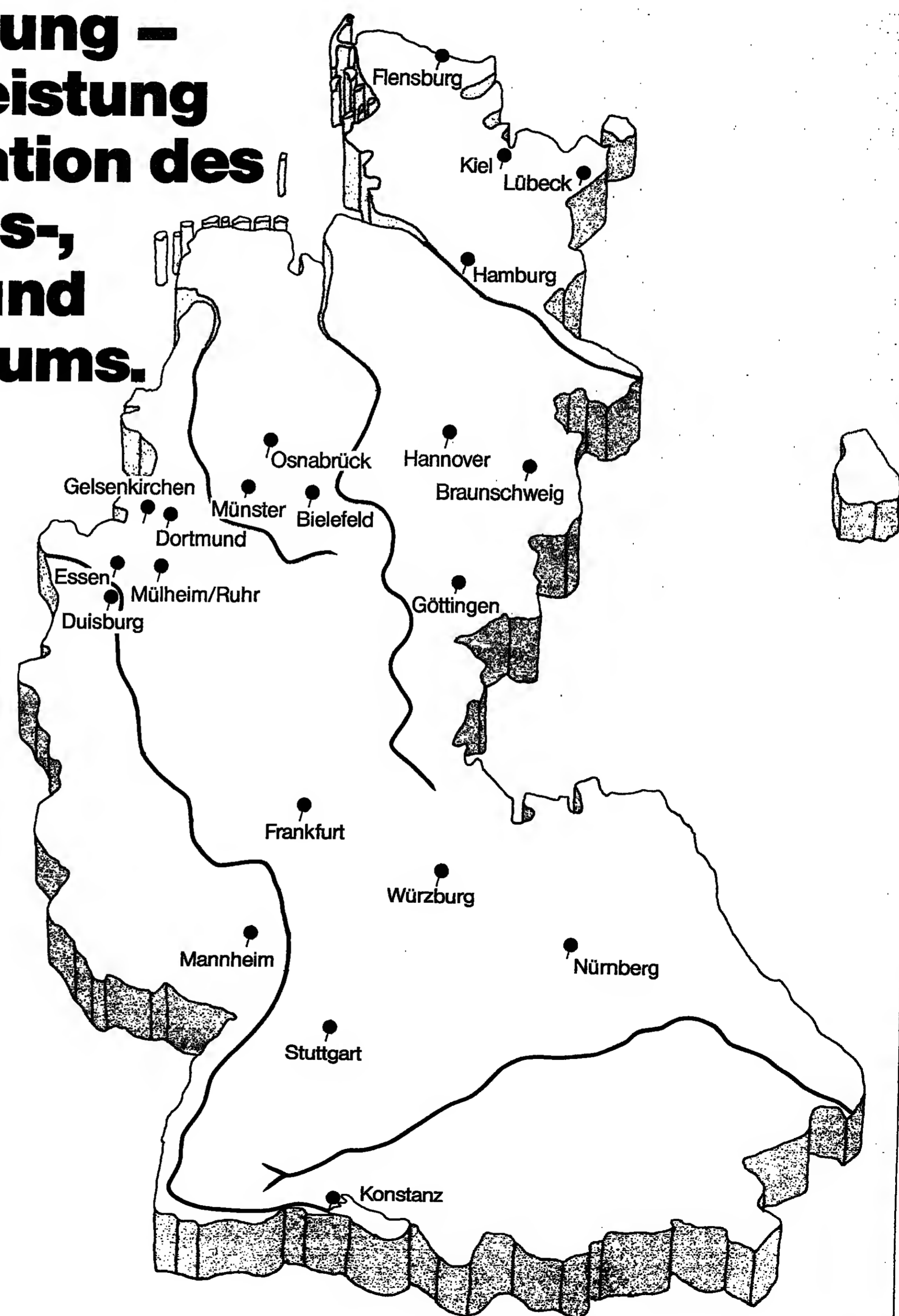
Die Bundesregierung hält an ihrer Einsparpolitik fest. Sie hat diese von Anfang an als langfristige Aufgabe begriffen. Preiseinbrüche, wie wir sie derzeit erleben, ändern nichts daran, daß sparsame und rationelle Energieverwendung die Sicherheit der Versorgung erhöht, die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft stärkt und zur Verminderung der Umweltbelastung beiträgt.

Privates Haus- und Wohnungseigentum
 Redaktion: Arnulf Gosch und H.-H. Holzner, Bonn
 Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Hausverwaltung - eine Dienstleistung der Organisation des privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums.

Eine Vielzahl von Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümervereinen unterhalten leistungsfähige Hausverwaltungsgesellschaften - ein qualifizierter Service für die Mitglieder

- | | |
|--|--|
| 4800 Bielefeld
Alter Markt 11 | 7750 Konstanz
Hegastraße 11 |
| 3300 Braunschweig
Marstall 3 | 2400 Lübeck
Waldstraße 43a |
| 4600 Dortmund
Elisabethstraße 4 | 6800 Mannheim
M 7, 22 |
| 4100 Duisburg
Dellstraße 30 | 4330 Mülheim/Ruhr
Dickswall 73 |
| 4300 Essen 1
Huyssenallee 50 | 4400 Münster
Aegidiimarkt 7 |
| 2390 Flensburg
Marienhölungsweg 11 | 8500 Nürnberg 1
Färberplatz 12 |
| 6000 Frankfurt
Niederuau 61-63 | 4500 Osnabrück
Arndtstraße 32 |
| 4650 Gelsenkirchen
Gabelsbergerstraße 1/3 | 7000 Stuttgart 1
Werastraße 1 |
| 3400 Göttingen
Groner Torstraße 1 | 8700 Würzburg
Bibrastraße/Moritzgasse 1 |
| 2000 Hamburg 1
Paulstraße 10 | 3000 Hannover 1
Theaterstraße 2 |
| 2300 Kiel
Sophienblatt 3 | |



UNIVERSITÄT

سكنا من الامم

WELT DES BUCHES

Eine Sonderbeilage mit Neuerscheinungen des Frühjahrs 1986

Donnerstag, 24. April 1986

Nr. 95 - DIE WELT

Es ist die Wahrheit, die da brennt . . .

„Die Schatten“ - Aus dem Nachlaß von Franz Fühmann

Wer war dieser Franz Fühmann aus Rokytnice in Böhmen, dessen Leben sich zwischen Extremen verzehrte und der schrie, um sein Gewissen zu erforschen, unerbittlich gegen sich selbst, gepöbeln vom „Salz der Fragen“ und keiner Antwort endgültig vertrauend? Er war ein Goldgräber der Wahrheit, ein von den Worten Besessener, versiert in allen literarischen Gattungen und Formen, und Gnade Gott dem, der die hohen, strengen Maßstäbe nicht anerkannte!

Dieser manische Büchersammler und exegetische Tiefen-Leser war rigoros; er lobte überschneidend und verachtete abgrundtief. Den nachdrängenden Jungen war er ein väterlicher Mentor; von denen jedoch, die es sich zu leicht machten, die nicht vorzogen bis zum Zentrum der Wahrheit, wandte er sich ab auf Lebenszeit. Radikal war der physische Kolob in jeder Hinsicht: Einmal Tages unterwarf er sich einer extensiven Abmagerungskur, die ihn zur Vogel-scheuche entstellte, und seither galt ihm schon ein Schluck Mineralwasser als Bach-kanal.

Seine äußeren Lebensdaten sind die des Blutzoll-Jahrgangs 1922: Gymnasium, Wehrmacht, Kriegsgefangenschaft. Aber die Schürde der Biografie werden erst sichtbar in den Polarisationen, in die er gerissen wurde und denen er sich aussetzte. Er erlebte Faschismus, Krieg und einen neuen Anfang. Darüber schrie er, als Zwanzigjähriger rätlos und klagend, nach Kriegsende in überschaumend begeisterten, vom Optimismus der „Zeitenwende“ getragenen Versen und Reportagen.

Später, nach den Enthüllungen über Stalin, nach dem 17. Juni, nach Ungarn und Polen, nach dem Einmarsch der Bruderländer in das Bruderland Tschechoslowakei, das Land seiner geistigen Wurzeln, beginnt die Wandlung; er schreibt anders und über anderes, skeptischer, wahrhaftiger, ein strenger Untersuchungs-Richter. Damals, 1968, trennte er sich aus Protest vom Ostberliner Aufbau-Verlag; 1976, nach der Biermann-Ausbürgerung, legte er die Ehrenämter nieder.

Dieser schmerzliche Prozeß der Wahrheitsfindung kündigt sich bereits in den Antikriegserzählungen an, vor allem in der meisterhaften Novelle „Kameraden“ (1955), in der er die Entwertung des Menschen im Faschismus gestaltete. Hier hat Fühmann, ein „schuldlos erstulbter gewordener König Odipus“, zum ersten Mal gezeigt, wonach sein künftiges Werk gerichtet sein wird: auf die existenzielle Anatomie einer Figur.

Er, der große Arbeiter, befaßte sich mit Spieltheorie und mathematischer Logik, mit Semantik und Semiotik, um den Stoffen gerecht zu werden, die ihn in den siebziger und frühen achtziger Jahren als Erzähler interessierten. Dabei entwickelte er einen Prosatypus von höchster Kunstfertigkeit und narrativer Präzision. Mit derselben Leidenschaftlichkeit widmete er sich einem Projekt, das sein letztes werden sollte: ein Geflecht von biblischen, mythologischen und auf den Tag bezogenen Erzählungen, die er sich „so zurückhaltend wie möglich, allerdings in der Sache gnadenlos“ vorstellte. Ein Buch der unbewussten Fabulier-Blöcke, rauh wie die Realität; er hat das Ziel, unfehlbar, erreicht.

Dann kam die Krankheit, Rückgratoperation, verlegter Darmausgang; dreimal wurde er für tot erklärt, plötzlich ließ auch die Sehkraft rapid nach. Im Rollstuhl sitzend, von einem Stahlkorsett schmerzhaft aufrecht gehalten und den Tod vor Augen, der in ihm fraß, las er mühselig mit der Lupe und schrieb „ein Kaschperspiel, und damit ein Bücherwerk, schreibt ich gleich drei.“ Das war sein Abschiedsgruß.

Jetzt wird der Nachlaß gesichtet. Einen ersten Einblick bietet der Band „Die Schatten“: sechs Erzählungen, ein Aufsatz über die Erfahrungen mit ihren Gegenständen und ein Hörspiel (zwei Gedenkrede von Ingrid Prignitz, Fühmanns Lektorin im Rostocker Hinstorff Verlag, der die Entstehungsgeschichte des auf 13 Texte angelegten, nicht mehr vollendeten Werkes kenntnisreich dokumentiert und zugleich die historischen und strukturellen Dimensionen vor Augen führt; er sollte sorgfältig und an erster Stelle gelesen werden).

Die Sammlung basiert auf der Hinstorff-Ausgabe „Das Ohr des Dionysios“ (1985), wurde aber ohne Not stark verändert. Ver-

zichtet wird nicht nur auf die kongenialen Stieggraven Werner Schinkos, auf die Nennung der Herausgeberin und auf die Entstehungsdaten der Erzählungen (man hat sie sich aus der Nachbemerkung zu rekonstruieren), verzichtet wird auch auf die 1982 geschriebene Erzählung „Der Mund des Propheten“, zu der Fühmann nach der Berliner Begegnung zur Friedensförderung vom Dezember 1981 angeregt wurde und in der er sich für die Friedensbewegung in seinem Staat, für eine „Weltinnenpolitik von unten“, engagierte.

Ihr Schicksal ist bekannt. Der zentrale Satz der Erzählung lautet daher demonstrativ: „Da reckte sich der Prophet und sprach: So will ich für den Verstummen sprechen!“ Dieser Text ist Fühmanns politisches Testament, es wird quälend vermisst, und wo sonst wäre sein Ort, wenn nicht hier, im originären Erzählzusammenhang?

Der zyklische Charakter des Erzählungs-kranzes geht aus Fühmanns Notizen für die Gesamtkomposition hervor; die Lücken jedoch beträchtlich sind, entschloß sich Hinstorff für die chronologische Abfolge der ausgearbeiteten Teile. Hoffmann und Campe durchbricht die Chronologie willkürlich und kommentarlos und ergänzt den Text so mit dem in Fühmanns Todesjahr vollendeten Hörspiel „Die Schatten“, das sich im Kontext fremd ausnimmt. Warum muß ein Sprechstück herhalten, den Titel für einen



Franz Fühmann FOTO HANS-JÜRGEN BOLLE

graphic einer überdimensionalen Abhör-anlage unter wechselnden Herrschaften, kulminiert Fühmanns Spottfähigkeit. Eine Grotte von einmaliger akustischer Beschaffenheit, durch einen Erdsplitt mit der Oberwelt verbunden, hietet sich dem „Selbstherrschenden Straton“ als Überwachungsanlage für Staatsgefängnisse an, denn „Gewißheit“ kann „nur aus Erkenntnissen wachsen“, eine „Grotte der Läuterung“ mithin, bis sie „der Staatskunst undenklich“ geworden, der Unterhaltungsindustrie überantwortet wird: Man errät nun aus dem Geschrei die Art der Folterung, später den Grad der Liebeserregung, eine Hör-Peep-Show, „das historische Erbe neu zu beleben“, wird erwogen: „Und dann ging es noch eine Stufe tiefer (es geht immer noch eine Stufe tiefer hinein).“

Der Aufsatz „Meine Bibel“ stellt den Schlüssel zum Verständnis für Fühmanns späte Arbeiten dar: Ihn interessierte in den Worten der Bibel und der Mythen „das Sensationelle der Seelen“, in dem er nichts anderes als das „Alltägliche“ erblickte; das zuletzte Subversive der Erotik und der Dichtung bezauberte ihn. Und es sind immer wieder die Schatten der Vergangenheit, die in seine eigene Biografie tief hineinsinken, und die von ihm heilsichtig wahrgenommenen Gefährdungen der Gegenwart und Zukunft. Fühmanns Werk ist ein singulärer Beweis für eine Wandlung in Würde. Und schließlich, gegen Ende dieses Credos, der außerordentliche, auf die Geschichte Israels bezogene, aber auch auf unsere Geschichte zu beziehende Satz: „Das Volk kann über sein Schicksal verfügen, da es über seine Haltung verfügt.“

Nachgelassene Erzählungen: Bei der Erwähnung „weicher Stellen“ ist Vorsicht geboten, hier steht Fertiges neben Unfertigem. Gewiß wäre Fühmann, hätte er die Drucklegung erlebt, mit jedem einzelnen Satz noch einmal ins Gericht gegangen; was jetzt störend wirkt (sich widersprechende Beschreibungen von Details, alibi poetisierende Formulierungen, syntaktische Verwirrungen in einigen langen Fiktionen usw.), ihn hätte es als ersten gestört.

Unverzeihlich hingegen ist der schludrige Umgang mit dem Text: für den allein der Verlag verantwortlich ist: Absätze verschwinden, Prosapassagen werden wie Verse („Das Glöckchen“; überraschend sind fünf Zeilen wie eine Moralfrostrophe typographiert). Verse wie Prosa („Die Sabbaten“) behandelt. Bemerkenswert einfallreich war man um die Steigerung der Druckfehlerquote bemüht - Hoffmann und Campe wirt für das Buch mit dem Slogan: „Fühmanns Vermächtnis“.

Aus den Gedenkreiden, die auf der Trauerfeier in der Ostberliner Akademie der Künste und in Fühmanns Grab in Märkisch-Buchholz gehalten wurden, sind die von Christa Wolf und Uwe Kolbe dem Band als Zeugnisse langjähriger Schriftstellerfreundschaft beigegeben. Sie zeichnen, den großen Verlust beklagend, auf sehr persönliche Weise ein Bild von diesem wunderbaren Menschen. Es bleibt hinzuzufügen: Fühmann hat gern darauf hingewiesen, daß er aus der böhmischen „Knödelkultur“ stamme, in der sich alles langsam entwickle.

Aber welche Intensität, welche künstlerische Kraft hirt diese Langsamkeit, dieses Zuschusselberkommen, dieses allmähliche Augenauflösen vor der Wahrheit in sich! Ja, Fühmanns Abschied ist ein Vermächtnis, und wie er es verstanden wissen wollte, hat er uns in einem Gedicht, dreifach beschwörend, zugerufen: „Dem Grund zu, wir zerrn an den Strängen.“

BERND JENTZSCH

Beim Kaviar in Nikitas Datscha

Erlebte Geschichte: Die beiden ersten Bände in einer neuen Reihe des Herder-Verlags

Europäische Zeit. Zeugen“ lautet der Titel der neuen Reihe der Herder-Bücherei. Der Herausgeber ist Professor Wolfgang Leonhard, ein bekannter Forscher des Sowjetismus und des Kommunismus. Wir vermehren hier die Summe von Menschen, die über ihre Erlebnisse berichten - darüber, wie sie mit der Realität des Totalitarismus konfrontiert wurden. In diesem Jahr sollen fünf Bände dieser Reihe erscheinen. Zwei davon liegen vor.

Kein Wunder, daß der erste Band dem besonders tragischen Ereignis gewidmet ist - dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges; konkreter, der Reaktion in den Kreisen der Kommunisten verschiedener Länder auf die politische Tat, die den Krieg ermöglichte, die den Hitler-Stalin-Pakt im Jahr 1939.

Insgesamt kommen in diesem Buch 70 Zeugen zu Wort, unter ihnen Chruschtschow und Honecker, Trotzki, Herbert Wehner, der sowjetische Superspion Leopold Trepper, die Schriftsteller Ija Ehrenburg und Arthur Köstler, die Führer der Komintern Manuilski und Gortwald, der finnische Präsident Paasikivi, die deutschen Intellektuellen Wolfgang Abendroth und Klaus Mehner, der Altkommunist Willi Münzenberg und andere.

Man könnte außer diesen 70 noch viele andere Zeitzuge heranziehen. Jeder von uns, der in jenem sonnigen Frühjahr 1939 schon erwachsen genug war, um sich für das politische Geschehen zu interessieren, hat seine Erinnerungen an das aus unserer damaligen Sicht Undenkbare - das Bündnis zwischen der Sowjetunion und dem Nazi-Reich. Noch heute sehe ich die demonstrative Hakenkreuzfahne mitten in Moskau, geheiß über dem Gebäude der Deutschen Botschaft aus Anlaß des Besuchs von Reichsaußenminister Ribbentrop; noch jetzt höre ich das Gelächter, mit dem wir, Studenten der Moskauer Universität, die Mitteilung unseres Professors für Marxismus-Leninismus über den Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen am 17. September 1939 in einer Stehovation begrüßten mußten - die Auflehnung Polens zwischen Hitler und Stalin.

Im Buch stehen zwei kurze Geschichten nebeneinander, beide traurig. Nach Bekanntwerden des Nazi-Sowjet-Paktes hatte sich der damalige kommunistische Emirant in London und spätere „DDR“-Staatswissenschaftler Jürgen Kuczynski eine teure Zigarre gekauft - „zur Feier des Paktes“.

Ein kommunistischer Emigrant in Paris, Thorwald Siegel, stellte über die Nazi- und Sowjetbonzen fest: „Die einen gleichen den anderen“ - und schluckte Zyankali. Gefeierte wurde der Pakt selten. „Gleiche Brüder, gleiche Kappen“, „Pack schlägt sich, Pack vertritt sich“ - solche Einschätzungen verbreiteten sich.

Während der erste Band der neuen Herder-Reihe ein Kollektivzeugnis von 70 Autoren darstellt, hat der zweite die

Hier muß man zitieren: „Hinter jedem von uns stand ein Diener, der sich nicht von seinem Platz rührte. An der Geschicklichkeit, mit der sie ihren Dienst versahen, konnte man erkennen, daß sie die Gewohnheiten und Bedürfnisse der Gäste genau kannten. Sie wurden unterstützt von einigen Hilfskellnern, die zwischen den einzelnen Gängen die Teller wechselten. Auf silbernen Platten türmten sich Kaviar, Lachsrogen, Räucherlachs, Stör, Schinken, kleine Gewürzgerichte. Nach der Vorspeise legten uns die Kellner Speisekarten vor, auf denen wir uns die gewünschte Suppe und das Hauptgericht aussuchen konnten. Jedes Menü war mit dem Namen eines Präsidiumsmitglieds bezeichnet. Für diese kommunistischen Funktionäre war es ein ganz gewöhnliches Abendessen, aber ich hatte in meinem ganzen Leben noch nie so köstliche Speisen gesehen.“

Wolfgang Leonhard: **Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes**. Erinnerungen aus der Sowjetunion, Westeuropa und USA. 221 S., 12,90 Mark. Vladimir Goljachowski: **Arzt in der Sowjetunion**. 255 S., 12,90 Mark. - Beide im Herder-Verlag, Freiburg.

Erinnerungen eines einzelnen, des sowjetischen Orthopäden Vladimir Goljachowski, zum Inhalt. Der international anerkannte Arzt gehörte zur Elite der sowjetischen Medizin und durfte sogar Chruschtschow behandeln. Jetzt lebt er in den USA.

Das Schicksal brachte Goljachowski in Berührung mit verschiedenen Schichten der Sowjetbevölkerung. Die tragische Geschichte einer jungen Polin, der er die Beine amputieren mußte und die dann in einem abschließlichen Versterbenbeim bis zum Lebensende vegetierte, steht neben der Geschichte, die ihm Stalins letzte Mätresse, die berühmte Valetschka (Valentina Iostomina), über den Tod des Diktators erzählte. Der Autor berichtet über seine Begegnungen mit Boris Pasternak vor und nach der gegen den Verfasser des „Dr. Schiwago“ entfesselten Hetzkampagne. Damals sagte ihm der lungenkreislernkte Schriftsteller: „Ich möchte sterben“ - so unerträglich lastete die brutale Behandlung durch die Behörden auf seiner Seele.

Goljachowski schreibt über den bekanntesten sowjetischen Chirurgen, Dr. Judin, der plötzlich nach Sibirien strafversetzt wurde, wo er in einem kleinen Krankenhaus für Häftlinge nicht etwa operieren durfte, sondern den Operationsaal sauberhalten mußte. Detailreich schildert der Autor seinen Besuch auf der Staats-Datscha Chruschtschows, wo er mit den Mitgliedern des Präsidiums des ZK (wie damals das Politbüro hieß) speisen durfte.

Neben der Schilderung von Lebensfreuden der Nomenklatura findet der Leser wieder ein unheilverkündendes Kapitel: Wie mitten in Moskau in einem streng geheimen Institut an bakteriologischen Waffen gearbeitet und mehrere Leute im Bezirk von Brzuzelose-Viren infiziert wurden. Vorbeugungsmaßnahmen ergriff man erst, nachdem General Karpets vom Innenministerium der UdSSR diesen Viren zum Opfer gefallen war.

Anfang April 1986 veröffentlichte das sowjetische Regierungsvorgan „Iswestija“ nach einem Vierteljahrhundert Schweigen die Nachricht über den tödlichen Unfall eines sowjetischen Kosmonauten - in einem Labor in Moskau, in einer Höhenkammer. Er starb an Verbrennungen. Diese Publikation erklärt sich mit großer Wahrscheinlichkeit durch das Erscheinen des Buches von Goljachowski. Denn dieser war unter den Ärzten, die vergebens versucht hatten, den Fliegeroffizier zu retten. Zwar gibt „Iswestija“ einen anderen Namen an (Bondarenko statt Sergejev) und ein anderes Datum (März 1961 statt Oktober 1960), aber alle Umstände sind so identisch, daß es sich kaum um zwei verschiedene Unfälle handeln kann.

Die Rückkehr des Danziger Tafelsilbers

Zwischen Großstadtkommune und Bauernkate: Neue Erzählungen von Arno Surminski

Nur 25 Jahre alt ist er geworden, der Berthold Witt; dann verließ ihn die Lust am Leben. Zu seiner Beerdigung in Albersdorf tauchen sechzehn Mitglieder der Hamburger Kommune auf, in der der Verstorbene Zuflucht gesucht hatte aus der Enge seiner provinziellen Heimat. Und siehe da: Die hundert Paradiesvögel erweisen sich selbst in den Augen der miträuschenden Pfahlbürger als „richtige Menschen“. Eine kleine Begebenheit.

Alle Begebenheiten, die Arno Surminski in seinem neuen Erzählband mittelt, scheinen ohne die dramatische Dimension des

Wagenremise aufnimmt, nach und nach das gerettete Tafelsilber für Lebensmittel hergibt. Vierzig Jahre später kauft der inzwischen zum Rechtsanwalt avancierte Fritz Broschek die Löffel, Messer und Gabeln mit dem Danziger Stadtwappen von dem alten Bauern zurück - Erzählungen von zwei Generationen Vertriebenen und westlicher Generationen Vertriebenen und westlicher „Gastgeber“. Das erinnert thematisch an die großen Romane des Autors, an „Johanne oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland“ (1974), „Kudonow oder an fremden Wassern weinen“ (1978) und „Polninken oder Eine deutsche Liebe“ (1984).

Daneben klingen neue Töne an: melancholisch untermalte Skurrilität in der Figur des häßlichsten Menschen der Welt, dem erst im dritten Glied die Schönheit geschenkt wird, die er verzweifelt mit seinem

vielen Geld kaufen wollte, oder das allmähliche Verzagen des einst hochgestellten Pensionärs, der schließlich die Visitenkarten seiner internationalen Geschäftsfreunde von der Spitze des Kirchturms herabschleusen läßt.

Nur vier Buchseiten braucht der Autor, um an der Haltestelle „Schlesisches Tor“ in Berlin die Zerrissenheit der Stadt und des Landes in einer einzigen Szene so zu be-wußtsein zu bringen, daß sich tiefe Betroffenheit einstellt und ohne jedes Pathos die unausgesprochene Warnung, sich an den vordernatürlichen Zustand zu gewöhnen. Qualität des Einfalls und der Sprache fallen bei Arno Surminski zusammen. Er ist ein überaus ehrlicher Erzähler, dem man gelegentliche Populär-Philosophien nicht übelnimmt; insgesamt stimmt es bei ihm. Man liebt ihn gern und immer mit Gewinn.

ALFRED STARKMANN



Probleme in der neuen Heimat für die Vertriebenen: Blick auf den Bootshafen von Neubrüggen. FOTO: BAVARIA

HESSE **Hermann Hesse Lesebücher**

6 Themenbände und ein Band „Das Lied des Lebens“ die schönsten Gedichte von Hermann Hesse 210 Seiten, Gebunden, DM 12,80

Suhrkamp In allen Buchhandlungen

- „Eigensinn macht Spaß“ 120 Seiten, Gebunden, DM 12,80
- „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“ 120 Seiten, Gebunden, DM 12,80
- „Wer lieben kann, ist glücklich“ 120 Seiten, Gebunden, DM 12,80
- „Das Stumme spricht“ 120 Seiten, Gebunden, DM 12,80
- „Die Einheit hinter den Gegensätzen“ 120 Seiten, Gebunden, DM 12,80
- „Die Hölle ist überwindbar“ 120 Seiten, Gebunden, DM 12,80

neu bei **Reclam**

Klassiker, die wirklich gelesen werden: Reclam Lese-Klassiker

Johann Wolfgang Goethe: Die Wahlverwandtschaften DM 22,- Heinrich von Kleist: Samliche Erzählungen und Anecdoten DM 22,- Karl Philipp Moritz: Anton Reiser DM 25,- Anton Tschekow: Erzählungen DM 22,- Emile Zola: Germinal DM 28,- Leinen im Schmuckschuber

Liebesgeschichten Reclam

Emily Brontë: Sturmhöhe Reclam

Francis Carr: Mozart und Constantine Übers. und Hrsg. von O. Klose 266 S., 28 Abb. Geb. DM 13,80 (Deutsche Erstausgabe)

Unbegreifliches Von Arthur Schnitzler bis Hermann Broch Hrsg. von W. Kirstan und K. Paul 574 S., Geb. DM 23,80

MOZART und Constantine

Reclam

Rhetorik Gedichte und Leder

Hans Christian Andersen: Märchen Übers. von H. Dierker, Kogon und Nachw. von L. L. Albersen, III. von Th. Hoemann, Graf-Pocci, R. de Beau, L. Richter, O. Specker 402 S., 28 Abb. Geb. DM 18,80

Bei Ihrem Buchhändler

Neuer Gesamtkatalog von Philipp Reclam jun. Verlag GmbH · Postfach 11 49 · 7257 Ditzingen

Warum das Schöne wieder fasziniert

Ein Philosoph untersucht die Geschichte der Ästhetik

Walter Schulz hat seine Tübinger Vorlesungen zur Geschichte der Ästhetik überarbeitet und sie als „Metaphysik des Schwebens“ herausgegeben. Seine Absicht ist es, für bestimmte Zeiten gültige Zusammenhänge zu zeigen, indem er einzelne Kunstfassungen von Philosophen so zusammensetzt und aufeinanderfolgend lässt, bis man glaubt, so sei es gewesen, so habe man voneinander gewußt und aufeinander reagiert, so zum Beispiel hielte Schelling auf Hegel, so Nietzsche auf beide zurück.

Der Nutzen eines so aufgebauten Buches ist, daß man zentrale und von Schulz sehr verdichtete Grundauffassungen von Philosophen zur Ästhetik bekommt, manchmal über – und dies ist ebenso von Reiz – auch periphere Auffassungen. Der Verfasser hat die Geschichte der Ästhetik nämlich so eingerichtet, daß sie als eine einzige Rutschbahn in eine Kunstfassung erscheint, in der das „anything goes“ möglich wird, zu

Walter Schulz: **Metaphysik des Schwebens** Untersuchungen zur Geschichte der Ästhetik. Verlag Günther Neske, Pfullingen, 527 S., 72 Mark.

gleich aber einer solchen Kunst die alte numinose Berücksichtigung eingeräumt bleibt.

Wie und auf welche Weise das Buch zu einer eigenen Aussage sich aufschwingt, zum Schweben in „Negativität“ und „Potentialität“ moderner Kunst, trägt es die bekannten Züge des Tübinger Philosophen, die vielleicht die eigentliche Bedeutung der Arbeit ausmachen: Belesenheit, knappe, gut lesende Diktion im Weitläufigen, Umsicht und milder Blick auf Kontrares und Spannungen.

Wenn, um den Ausdruck Nietzsches aufzugreifen, unsere Welt seit dem 19. Jahrhundert „aus den Fugen geraten ist“ und nicht mehr von einer ontologischen Metaphysik getragen wird, sondern, wie Schulz meint, „Ihr entsagt hat“, dann ist es also nur noch die Kunst, die als ein Residuum der Metaphysik betrachtet werden dürfen. Sie enthält sich dabei sowohl im „Welt-“ wie im „Selbstbezug“ eindeutig „normativer Anleitung“. Dieser „Mangel“, meint Schulz, ist positiv zu sehen. Er ist sich dabei der Hinwendung zum Subjektivismus bewußt. Die Zwecklosigkeit der Kunst muß ertragen werden, ebenso „negative“ und „entartete Kunst“.

Dies hebt aber nicht den Sachverhalt auf, daß jedes Kunstwerk für uns etwas *bedeutet* in der Weise der *Erhebung* in eine ontologisch nicht mehr abgedeckte Dimension, die in der *Kunst* erscheint und nur hier erscheinen kann, „weil sie ja keinen dogmatischen Wahrheitsanspruch erhebt, sondern nur „indirekt zeigt“.“

Diese Epiphanie des Indirekten entnimmt Schulz Sören Kierkegaards Existenzmittelung: Indirektheit in der Kunst bringt das „fraglos erscheinende fest Seiende in die Schweben“. Die Metaphysik des Schwebens – ein von Schulz eingeführter Zustand und Terminus für die ortlos gewordene Gegenwartskunst – kann dann jede Position problematisieren. In der Abstoßung von jedem

und im Freibleibenwollen von allem gleich sie der romantischen Ironie, was ihr eigentlich den Vorwurf der Weltflucht einbringen müßte.

Im Gegensatz aber zur romantischen Ironie, die Schritt für Schritt alles in Frage stellte, bis sie zuletzt genötigt wurde, sich selbst in Frage zu stellen, stellt sich die Philosophie des Schwebens selber (noch) nicht in Frage, sondern sie stellt zunächst einmal alles um sich herum, vor allem die metaphysische Tradition, in Frage.

Übernimmt die Kunst die Rolle einer zahn- und anspruchlos gewordenen Metaphysik, so entspräche sie einem ontologischen Bedürfnis, dem jede Verbindlichkeit ausgetrieben wäre. Eine Verbindlichkeit zum bloßen Spiel ist aber – um Kant zu variieren – eine offenbare Ungereimtheit, da aus einem „anything goes“ niemals numinose Wirkungen und damit auch keine bedeutende Kunst entstehen würden.

Heute präsentiert sich die Ästhetik anders. Man sieht zum Beispiel in der Architektur, daß sich gegen ein Abräumen der Schönheit bis auf die bloße Funktion ein großer Widerwille aufgetan hat – die Postmoderne gegen das Erbe des Bauhauses –, und daß an den neuen Häusern unschuldig, metaphysisch, als wäre nie etwas gewesen, die geschmählten alten, symbolischen Formen und Zitate wieder angebracht sind. Man sieht es zum Beispiel an der Wissenschaftstheorie, die – über ihrem Genauigkeits-Tick relativistisch geworden – zurückweicht und dem Interesse an einem ganz anderen, mythischen und wiederum metaphysischen Denken Platz macht.

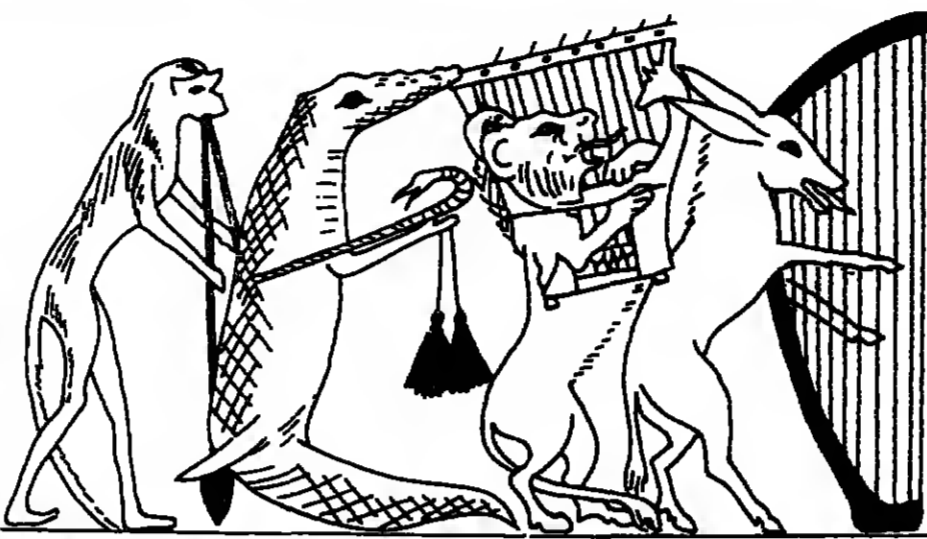
Walter Schulz hat ohne Frage ein wichtiges Buch geschrieben, aber in dieser traditionellen-idealistischen Sprache gibt es viele Bücher, und deren Schwierigkeit besteht darin, daß sich die Sachen schon gar nicht, nicht einmal die Meinungen über sie ändern, wenn sich schon die Begriffe in Frage stellen und austauschbar werden:

„Die Erfahrung, daß die Welt durch die Kunst in die Schweben gebracht wird und daß umgekehrt die Welt die Kunst als scheinhaft und unreal deklariert, hat etwas *Beunruhigendes* und *Tröstliches* zugleich. Die Chance wird eröffnet, daß im ästhetischen Erlebnis eine Ver-gleichgültigung wach wird: Wirklichkeit und Kunst beschäftigen sich wechselseitig in *Ihr Recht*, indem sie sich gegenseitig in Frage stellen.“

Wenn die Zeit inzwischen über ein solches Infragestellen hinweggegangen ist und recht daran hatte, dies zu tun, stellt sich eher die Frage, ob Abräumungen dieser Art überhaupt wünschbar sind? Denn diese luftige Chance von Schweben und Aufbruch täuscht nicht darüber hinweg, daß es sehr leicht fällt, eine Sache wie einen Anspruch auf ein Minimum zu bringen, es sehr schwer aber fällt, etwas Neues zu erfinden und, schwerer noch, innerhalb der Tradition.

Zu Resümieren ist also, daß die Beobachtung und die Gedankenarbeit Schulz' etwa um 1975 aufzuhören scheint, zu einem Zeitpunkt, da ein modischer Kritizismus und Hinterfragen euphorisch in allen Wissenschaftsdisziplinen wucherten.

FRIEDRICH WILHELM KORFF



Elizabeth Romer: Ägyptisches Tierorchester (Umzeichnung)

Sie bauten die Nekropolen

Aufschlüsse über eine altägyptische Arbeitersiedlung

Bieber über Geschichte und Kultur des Pharaonenreiches berichten uns ausführlich über Glanz, Gold und Taten der Könige, die gewaltigen Tempel und die riesigen Pyramiden und Königsgräber. Über die Menschen jener Zeit, ihr tägliches Leben, ihre Freuden und Sorgen und selbst ihre Häuser und Siedlungen wissen wir aber merkwürdig wenig.

Das liegt einmal daran, daß nur die Häuser der Götter und der Toten aus oder in Stein für die Ewigkeit gebaut waren. Dörfer und Städte wurden im wesentlichen aus getrockneten Nilschlammziegeln errichtet, und selbst die Paläste der Pharaonen besaßen nur ein paar Türumrahmungen oder Säulen aus Stein.

Bei den – freilich seltenen – Regenstürmen sank das Ganze in sich zusammen, und um das immer kostbare Fruchland nicht zu verkleinern, wurde das neue Haus am alten Platz gebaut, ebenso bei Vergrößerung der Familie oder wachsendem Wohlstand. Im

John Romer **Sie schufen die Königsgräber** Geschichte einer altägyptischen Arbeitersiedlung. Aus dem Englischen von Joachim Rehork. Mit 36 Stichzeichnungen von Elizabeth Romer. Max Hueber Verlag, München, 352 S., 36 Mark.

Lauf der Jahrtausende verfielen so die altägyptischen Siedlungen zu formlosen Lehnhügeln, und dieser Lehm wurde und wird noch heute von den feldigen Fellachen des Nillandes abgegraben und als „Sebbach“ auf ihren Feldern als fruchtbarer Dünger benutzt.

Gewiß sind seit dem Alten Reich auf den Reliefs und Wandgemälden der Gräber unzählige Darstellungen von Saat und Ernte, Viehzucht und Handwerk zu sehen, doch es ist im Einzelfall oft schwer zu entscheiden, ob es sich wirklich um Szenen aus dem täglichen Leben handelt oder um hundertfach wiederholte, zum rituellen Topos erstarrte Wiedergaben.

Um so größer war die freudige Überraschung der Ägyptologen, als seit den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts eine ganze Siedlung ausgegraben werden konnte, deren Reste so gut erhalten waren, daß man his-wellen sogar noch bestimmen konnte, welcher Familie einzelne Häuser gehörten: das sogenannte Dorf der Nekropolenarbeiter Deir el-Medine, zwischen dem „Tal der Könige“ und dem „Tal der Königinnen“ weit

vom Fruchland entfernt in der thebanischen Wüste gelegen. Diese Lage in der Einöde ist einer der Gründe für die gute Erhaltung.

Ein weiterer ist die Tatsache, daß das Dorf nur wenige Jahrhunderte besiedelt war, denn die königlichen Felsgräber in den beiden Tälern wurden lediglich im Neuen Reich, also in einem Zeitraum von etwa 400 Jahren, angelegt. Davor oder danach wäre kein vernünftiger Ägypter je auf den Gedanken verfallen, sich in der öden Wüste in der immer etwas unheimlichen Nähe der Friedhöfe anzusiedeln.

Ein letzter Grund liegt darin, daß die Bezeichnung „Nekropolenarbeiter“ für die Bewohner, wie sie sich in der Ägyptologie eingebürgert hat, eigentlich ein falsches Bild gibt: Es waren vielmehr hochqualifizierte Handwerker und Künstler, welche die uns heute noch begeistern Gräber der Pharaonen und ihrer Familien schufen, und sie wurden entsprechend hoch entlohnt.

So konnten sie sich nicht nur die Grundmauern ihrer Häuser, sondern auch weitere Bauteile aus Stein leisten und sich selbst und ihren Familien wunderschön bemalte Gräber in den Hügeln beim Dorfe hohlen, in denen natürlich auch Namen und Titel nicht fehlen durften.

Zu den Grabinschriften tritt eine geradezu überquellende Fülle an Papyri, beschrifteten Kalksteinplatten und Feinschriften. Diese Hinterlassenschaft, im Wüstensand vorzüglich konserviert und von den Grabfledderern der Jahrtausende als uninteressant liegengelassen, bringt uns nun ein interessantes, lebendiges Bild einer solchen Handwerkergemeinschaft. Da finden sich die täglichen Anwesenheitslisten, offizielle, religiöse und private Feiertage, der Krankenstand und ein gelegentliches „Blaumachen“.

Sorgsam geführte Protokolle unterrichten uns über Prozesse – vom Streit um einen Topf Fett bis zu den Staatsaffären der aufkommenden Räuherien an den Königsgräbern. Und nicht zu vergessen die ersten Belege in der Geschichte der Streiks, die zudem erfolgreich waren. Aus dem reichen Material hat John Romer ein fesselndes Sachbuch gemacht: er benutzt als Leitlinien die oft vier oder fünf Generationen zu verfolgenden Schicksale von Familien und Sippen. Dabei hält er sich eng an die Quellen.

PETER H. SCHULZE

Die Sprache der Melodie, die Melodie der Sprache

Anspruchsvolles Handbuch der Musikpsychologie

Von Handbüchern erwartet man, daß sie umfassend über eine wissenschaftliche Disziplin informieren. Diese Anforderung pflegen sich meistens mehrere Autoren zu teilen. Wenn das hier eine Wissenschaftlerin allein unternimmt, muß sie über ein ungewöhnliches Wissen verfügen. Diese Voraussetzungen erfüllt die Autorin erstens durch ihre psychologischen Studien, während deren sie schon von ihrem Lehrer Weliek auf das Thema Musikpsychologie hingewiesen wurde, und zweitens durch nachfolgende musikwissenschaftliche Studien. Mit diesen seltenen interdisziplinären Voraussetzungen vermag sie den Anspruch an ein solches Handbuch überzeugend einzulösen.

Schon im Vorwort formuliert Frau de la Motte-Haber ihr wissenschaftliches Anliegen, daß sie nämlich mit dem Handbuch auch eine neue Konzeption vorstellen will: Musik als eine Art Sprache, mit einem Sprachcharakter, „der verstanden werden muß“. Diesen Charakter der Musik gründet die Autorin auf den beiden Begriffen Assimilation und Akkommodation, die Piaget aus der Beobachtung des Spracherwerbs beim Kleinkind entwickelt hat.

Als Nachweis ihrer These zitiert sie zahlreiche Untersuchungen und Tests, die zeigen, daß musikalischer Ausdruck generell – unabhängig von der jeweiligen Kultur – zu einer einheitlichen Beurteilung führt. Damit erfüllt sie ihre Forderung, daß die Musikpsychologie, die Rückbindung an einen Begriff von Musik“ braucht. Diese Forderung entspricht zugleich dem Bedürfnis der historischen Musikwissenschaft, das Kunstwerk psychologisch zu begründen.

Gleich zu Beginn referiert die Verfasserin die umfangreichen Studien zur Musiktheorie des 18. und 19. Jahrhunderts, in denen die absolute Instrumentalmusik als Sprache über der Sprache bezeichnet wird. Auffällig ist nun, daß in der Arbeit wohl die Zeitgestalt als vergleichbares Element von Musik und Sprache dargestellt wird, auch die psychische Energie und die körperliche Aktivität, an die das Erlebnis der Gefühle gebunden ist.

Die Klanggestalt jedoch, die Sprachmelodie, die selbst in der Grammatik des Dudens ein eigenes Kapitel erhält, wird hier nirgends erwähnt. Wie überhaupt diese letztlich musikwissenschaftliche Theorie einer Bindung der Musik an die Sprachqualitäten zur gleichen Zeit abgehandelt wird, da die Linguisten gerade die Unterschiede von Sprache und Musik hervorheben.

Überblickt man das ganze Handbuch, bildet indes das wissenschaftliche Ziel, den Sprachcharakter der Musik darzustellen, quantitativ nur einen geringen Anteil. Schon im folgenden Kapitel, wenn es um Urteil, Vorurteil und Einstellungen zur Musik geht, oder wenn danach die Musik im Hintergrund abgehandelt wird, im Kaufhaus, im Restaurant, am Arbeitsplatz, im Auto, im Film, in der Werbung, oder die Musik für alle Tage, ein ästhetischer Gegenentwurf, wird dieses kognitive Konzept verlassen, um die Vielfalt der subjektiven Erlebnisweisen darzustellen. Hier zeigt die Autorin, daß sie die zahlreichen Untersuchungen, vor allem auch aus den USA, kennt und geschickt zu referieren vermag.

Das IV. Kapitel ist der musikalischen Begabung gewidmet. Auch hier wird die Polarität zwischen den Typen kognitiver Struktur

tur einerseits und künstlerischer Kreativität, andererseits eindrucksvoll dargestellt, etwa mit den psychischen Grundstruktur von Komponisten, zu der Melancholie ebenso gehört wie qualvoller Antriebsdruck zu künstlerischer Gestaltung. Dabei demonstriert die Verfasserin ihre wissenschaftliche Unabhängigkeit, indem sie neben dem kognitiven und dem gestaltpsychologischen auch das psychoanalytische Denkmodell benutzt. Wenn sie allerdings später Freud's Traumdeutung als eine Art Inhaltsanalyse aufzählt, zeigen sich die Grenzen ihres Verständnisses.

Die Arbeit schließt mit einem Kapitel besonderer Art, in dem die Geschichte der Erklärungsmodelle des Musikverstehens und ihrer Testverfahren aufgearbeitet wird – eine Leistung, die in dieser komprimierten Art bisher nicht bekannt ist. Jedem einzelnen Kapitel ist ein ausführliches Literaturverzeichnis beigelegt, und den Abschluß bildet ein Sachregister. Hervorzuheben sind

Helga de la Motte: **Handbuch der Musikpsychologie** Laaber Verlag, Laaber, 474 S., 118 Mark.

mit den Notenbeispielen vor allem die Bildbelegungen und – bisher nicht beobachtet – die ausführlichen, den Text vorzüglich ergänzenden Erläuterungen. In diesem Zusammenhang ist weiter festzustellen, daß Frau de la Motte-Haber das Thema Vererbung nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch beherrscht: der Mädchenkopf auf dem Umkleischilde mit melancholischem Blick in die Weite und Mikrophon vor dem Mund entspricht genau den Regeln der Werbung: er wirbt nur mit indirektem Bezug für das Produkt.

Wer diese Arbeit studiert, sollte mit dem letzten Kapitel beginnen, weil dadurch das Verständnis für das Opus erleichtert wird. Denn die Autorin gibt dem Leser wenig Füllen. Überwiegend beginnt sie zwar die Kapitel mit interessanten Beispielen, die anregend zu lesen sind, sie können jedoch nicht Hinweise auf nachfolgende Zusammenhänge ersetzen.

Dies gilt vor allem, wenn systematische Darstellungen von historischen ohne Begründung unterbrochen werden. Der Leser verliert leicht den Überblick, auch wenn vielfach innerhalb von Abschnitten ein neuer Gedanke ohne visuelle Trennung vom vorhergehenden abgehandelt wird.

Wir haben vor uns eine Art Suite mit immer neuen und interessanten Inhalten über das ganze musikpsychologische Spektrum vom Behaviorismus und der russischen Widerspiegelungstheorie über die kognitive- und Gestaltpsychologie bis zum einflussreichen Verstehen und der Psychoanalyse, meist aus kritischer Distanz dargestellt, verknüpft durch das Generalthema – quasi die Tonart. Ein Fazit aus der umfangreichen anspruchsvollen Materialsammlung erfolgt nicht.

Diese kritischen Anmerkungen sollen die Qualität des Handbuchs nicht mindern. Jeder, der es studiert, wird einen Gewinn davontragen. Allerdings sollte der Musiker, der psychologische Laie, ein Wörterbuch stets zur Hand haben, weil Begriffe nicht definiert werden und ein Glossar fehlt.

FRIEDRICH KLAUSMEIER

Der Kaiser,
der die Zeit anhalten wollte.

Ausgezeichnet mit dem **Goncourt 1985** für den historischen Roman

Er führte sein riesiges Reich zur Einigung und baute die Große Mauer. Er hielt Wohlstand und Frieden für gefährlich und verherrlichte den Krieg. Er schaffte den Feudalismus ab und herrschte als grausamer Despot. Er setzte seine großwahnsinnigen Pläne mit mathematischer Strenge in die Tat um und ließ ein gewaltiges Heer lebensgroßer Tonsoldaten aufstellen, das zum Hüter seiner Unsterblichkeit werden sollte. Ch'in Shih-huang-ti, der erste chinesische Kaiser. Er regierte im 3. Jahrhundert vor Christus und gab China seinen Namen. Der renommierte China-Kenner Jean Lévi erzählt Leben und Wirken dieses schillernden Herrschers.

Eine gespenstisch-faszinierende Welt voller Schrecken und Schönheiten tut sich auf...

DER GROSSE KAISER

450 Seiten, geb., DM 42,-

LANGEN MÜLLER

Zeit, da die Seelen erfrieren

Zu den ersten Bänden der Tankred-Dorst-Ausgabe

Tankred Dorst hat einmal - fast ein wenig erbittert - gesagt: „Es ist nicht an mir, die Eindeutigkeit der Welt zu beweisen.“ Diese Haltung, diese human befreiende Nähe zu seinen Figuren charakterisiert den Dramatiker Dorst. Das hebt ihn heraus aus der Menge jener, die mit geradezu manischer Besessenheit versuchen, mit dem Kopf etwas zu produzieren, was die Angst vor dem Unvorhersehbaren, vor dem Unverständlichen bannen könnte. Dorst's Bühnengestalten wissen kaum je, was sie tun, weil sie als Lebende das Ende nicht kennen.



Tankred Dorst
FOTO: PETER PEITSCH

Vor allem seine „Deutschen Stücke“, wie „Die Villa“ oder „Auf dem Chimborazo“ um die Zeit von Nationalsozialismus, Zweitem Weltkrieg und Neuanfang kreisen, haben mit dieser Nähe zu den Handelnden mehr über Wesen und Entstehung großer Verhältnisse zutage gefördert als so manche analytische Erörterung. Insofern ist es auch einsehbar, daß die Dorst-Werkausgabe des Suhrkamp-Verlages, von der bislang die ersten beiden Bände vorliegen, mit diesem Schwerpunkt beginnt.

Auch daß der zweite Band das Riesenepos „Merlin“ - Dorst's bislang wohl wichtigstes und ausgereiftestes Stück - aufgenommen hat, ist vertretbar, wenn man dem inneren Werkzusammenhang folgt: „Merlin“ ist ja sozusagen die überwältigende, im My-

Tankred Dorst: Werkausgabe
Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M., Band I: Deutsche Stücke, 640 S., 38 Mark, Band II: Merlin, 312 S., 38 Mark.

thos wurzelnde Metapher jenes Scheiterns, das die Menschen in den „Deutschen Stücken“ konkret erfahren. Der dritte Band, der in diesen Tagen erscheint, geht dann auf Dorst's Anfänge zurück: „Die Kurve“, „Die große Schmährede an der Stadtmauer“, „Die Mohrrin“, „Der gestiefelte Kater“ oder wie man ein Spiel spielt“ etc.

Man sollte freilich bei dieser thematischen Gliederung nicht übersehen, daß Dorst's dramatisches Gesamtwerk ein von vielen Seiten begehbarer Teppich ist, der erst in der Zusammenschau sein in sich verknüpftes Bild preisgibt. So realistisch er nämlich etwa in den Stücken des ersten Werk-Bandes erscheinen mag, es geht ihm selbst da um den kritischen Existenzkampf. Wie lassen sich Vorstellung und reale Existenz, Spiel und Leben, Ästhetik und konkrete Not miteinander in Beziehung bringen? Liegt am Ende genau an dieser Nahtstelle das Problem des menschlichen Scheiterns? Bereits in der „Großen Schmährede an der Stadtmauer“ von 1961 wird eine Frau durch das Spielen einer Ehe deren Realität erweisen. Aber Wirklichkeit läßt sich letztendlich nicht durch Erfindung fixieren. Die Frau scheitert genau an der Stelle, wo es so scheint, als gelänge dieser Übergang.

Fast ein Vierteljahrhundert später erlernt der Jüngling Heinrich, aus der erfahrungssamen Provinz in die taumelnde Großstadt-Welt Berlin gekommen, auf stöbliche Weise diesen Zusammenhang. Der Titel reflektiert das schon: „Heinrich oder die Schmerzen der Phantasie“, mit Rilke und Schopenhauer („Die Welt als Wille und Vorstellung“), mit Friedrich dem Großen und, zurück zur Natur, mit pubertärer Ich-Logik und dem Bewährungsmotus des Nationalsozialismus trifft Heinrich auf Bombennächte, Judenverfolgung und auf vor Angst haltlos gewordene Menschen.

Im Jahre 1968, ausgerechnet auf dem Höhepunkt jugendlichen Glaubens, die Welt aus dem Kopf heraus, auch mit Kunst und Theater, ändern zu können, schrieb Dorst seinen „Toller“. Der Dichter an der Spitze der Münchner Räterepublik - er möchte politisch wirken und macht eben doch nur Literatur.

Und schließlich der „Merlin“! Der Teufel selbst spricht es aus: „Die Idealisten, die Gralsucher, die Gründer von Tafelrunden und idealen Staaten, von neuen Ordnungen und Systemen, die mit ihren Theorien Erlösung versprechen und das große Glück über die Menschheit bringen wollen - die führen am Ende ganze Völker geradewegs in die Hölle!“ König Artus, der die Idee der Zivilisation gebar, wankt hinaus, in die offene See, unfähig zu ertragen, was die Wirklichkeit daraus werden ließ. Der Mythos wurde zum Fluch, aber der Fluch auch zum Mythos.

In seinen letzten Werken nähert sich Dorst seinem Thema wieder von einer anderen Seite. „Ich, Feuerbach“ steigert das Vorgesprochene eines Schauspielers im Theater zum Existenzkampf. Der Mime ist in der

Nervenklinik gewesen. Spielend muß er nun erweisen, daß er existenzfähig ist. Der „Verbotene Garten“ ist der Ort, an dem der italienische Dichter Gabriele d'Annunzio, ein schwärmerischer Duce-Verehrer, ein echtes Schickschiff aufstellen ließ. Ästhetik und Macht, Vision und Existenz - das sind die alten Polaritäten des Dorst'schen Schaffens. Und man tut gut daran, sie nicht auseinanderzurechnen, sondern ihnen Papeten, ihren wechselnden Perspektiven zu folgen; denn erst aus der Zusammenschau aller Details kommt man der Wahrheit nahe, die der Autor so beharrlich umkreist.

Aber ist das Weltbild des Tankred Dorst nur ein Bild des Scheiterns? Die Frau aus der „Schmährede“ ist am Ende verzweifelt. In der „Villa“ nimmt sich die Frau, die das Diesseits am phantasiereichsten siebt, das Leben „Merlin“ versinkt in der Klage. „Heinrich“ kehrt gereift heim und wohl dem Glück auf immer verloren. Ist Tankred Dorst ein Pessimist, einer jener Untergangspropheten gar, vor denen wir uns kaum noch retten können? Er selbst zieht sich auf solche Fragen gern zurück. Er wisse das nicht. Es sei nicht sein Wille, pessimistisch zu sein, aber beim Schreiben komme das wohl mit hinein.

In Bezug auf die „Villa“ hat Dorst einmal auf diesen Aspekt hin gesagt, das Stück sei eine Frage. „Die Grenze ist auch eine Metapher - das Thema ist Weggehen.“ Und in diesem Weggehen liegt - das zeigt selbst sein Stück „Mensch“ - die Chance eines neuen Daseinsentwurfes.

Es widerspräche dem Wesen dieses sorgsam dramatisierten, dem Leben eindeutig recht zu geben gegenüber der Idee. Was Dorst ja vor allem anderen auszeichnet, ist die Vermeidung wohlfeiler Urteile. Weil seine Gestalten handelnd das Ende nicht kennen, habe sie auch nicht recht oder unrecht. Und was sie tun, ist - selbst scheitern - nicht selten von Größe, von Faszinationskraft. Toller versagt in der Politik, aber versagt er auch als Dichter?

Die Idee der Artusrunde - der runde Tisch gegenüber der offenen Abendmahlstafel - büßt nichts, aber auch gar nichts an Genialität ein, nur weil sich keine reale Erfüllung daraus herleitet. Die überbordende Ästhetik eines d'Annunzio geht zwar mit der Macht eine verhängnisvolle Bindung ein; ist aber seine Ästhetisierung der Macht ohne Faszinationskraft?

Franz Kafka hat einmal gesagt: Eine Krähe könne einen Himmel zerstören; aber das besage nichts gegen den Himmel; Himmel, das heiße eben Unmöglichkeit für Krähen. Der Gedanke ließe sich unschwer auch auf die Krähen beziehen. Und im Hinblick auf Tankred Dorst könnte er lauten: Philosophische, ästhetische Entwürfe vermögen es, Leben zu zerstören, aber das besagt nicht zwangsläufig etwas gegen beide; sie bedeuten wohl nur Unmöglichkeit füreinander.

Im „Mensch“ gibt es ein (zumindest in der Fernseh-Version) grandioses Bild: Der knorrige alte Unternehmer Moch, der sich gegen alles Neue erbittert sperrt, erfährt in seinem schibigen Zimmer, bei zunehmender Kälte erstarrt er zu einer Eisfigur. Ihn hat die „Eiszeit“ (charakteristischerweise der Titel eines Dorst-Stückes über den auch mit dem Faschismus verbundenen Dichter Knut Hamsun) eingeholt. Aber in der Erstarrung liegt noch Behauptung - die Lebensvorstellungen der Mochs sind nicht (oder nicht mehr) haltbar. Doch als Figur, als exemplarische Erscheinung, als tiefgefrorenes Sinnbild überdauert er nicht nur, er erregt unsere Bewunderung.

„Es geht“, hat Dorst zu seiner „Eiszeit“ gesagt, „um Menschen, nicht um Argumente, nicht darum, wer recht hat.“ Der Mensch, und was er hervorbringt, ist groß oder klein, zerstörerisch oder beglückend, aber immer der Aufmerksamkeit wert. Und solange das so erregend dargestellt ist wie bei Dorst, verzichten wir gern auf Eindeutigkeit.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Gibt's kein Rindfleisch, nehmt Huhn!

Wladimir Woinowitsch und die sowjetische Realität

Die meisten Urteile, die in der Sowjetunion in politischen Prozessen gefällt werden, basieren auf Anklagen wegen antisowjetischer Agitation und Propaganda. Wie jedoch Wladimir Woinowitsch zeigt, tragen insgesamt die Schriften der Gegner des sowjetischen Systems im Inland wie im Ausland nicht in dem Maße zur antisowjetischen Propaganda bei wie das wirkliche Leben in der Sowjetunion - und in noch höherem Maße die Handlungsweise der sowjetischen Organe.

Woinowitsch lehrt uns, das sowjetische Leben direkt zu betrachten, ohne ideologisch und politisch zu philosophieren. Viele hochstirnige Politologen zerbrechen sich den Kopf, um das „schwierige“ Rätsel zu lösen: Warum haben die phantastischen kommunistischen Ideen dazu geführt, daß in Rußland ein alpträumhaftes System entstanden ist, wohnigende die „reaktionäre“ kapitalistische Idee den Menschen in den demokratischen Ländern erlaubt, in Freiheit und Wohlstand zu leben?

Der Ironiker Woinowitsch sieht darin kein Rätsel: Er ist bereit, dem amerikanischen Präsidenten eine Reihe von Ratschlägen zu unterbreiten, mit deren Hilfe der Herrscher der Vereinigten Staaten sein Land zur „Nulllösung“ führen kann, d. h. zur Angleichung der Verhältnisse in den USA an die in der UdSSR. Dazu muß der US-Präsident ledig-

Wladimir Woinowitsch
Ihr seid auf dem richtigen Weg, Genossen
Neun Übersetzer aus dem Russischen,
Piper Verlag, München, 324 S., 29,80 Mark.

lich erklären, daß seine Partei die einzig richtige Lehre vertrete, alle anderen Parteien verbieten und zugleich die Vorsitzenden und unbeherrschten Mitglieder seiner Partei erschießen lassen.

Darüber hinaus muß er alle wohlhabenden Farmer nach Alaska schicken und anstelle ihrer Farmen Kolchosen gründen, Privatunternehmen konfiszieren, die Bevölkerung der Hawaii-Inseln nach Maine umsiedeln und sie dort Holz fällen lassen, die Leitung sämtlicher Bereiche des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens an sich reißen, überall in Amerika anordnen, Plakate mit seinem Konterfei aufzuhängen und an jeder Ecke Büsten von ihm aufzustellen.

Solche negativen Visionen wird im Westen nur der begreifen, der weiß, daß die Sowjetunion nicht nur ein anderes Land ist, sondern auch eine andere Zivilisation. In seinem Buch schildert Woinowitsch westliche Gutwilligkeit, denen dies überhaupt nicht in der Sprache der westlichen Demokratien. Wenn überall sonst in der Welt eine Grenze eigene Rechte durch die Obrigkeit protestiert man durch Demonstrationen; und wenn man kein Geld für eine Zehnzimmerwohnung hat, dann kauft oder mietet man eine Pünktchenwohnung. Das ist in der Sowjetunion die reine Utopie.

Der Versuch, dieses Land auf der Basis der dort verwendeten Begriffe zu studieren, ist deshalb zum Scheitern verurteilt, weil die Wörter im sowjetischen sozialpolitischen Lexikon nominal nichts anderes ausagen als in der Sprache der westlichen Demokratien. Wenn überall sonst in der Welt eine Grenze eigene Rechte durch die Obrigkeit protestiert man durch Demonstrationen; und wenn man kein Geld für eine Zehnzimmerwohnung hat, dann kauft oder mietet man eine Pünktchenwohnung. Das ist in der Sowjetunion die reine Utopie.

Der sowjetische Paß ist kein amtlicher Ausweis zur Berechtigung einer Person, sondern eine Bescheinigung der Leibeigenschaft des Inhabers, ein Dokument, das die eine oder andere Einschränkung seiner Rechte dokumentiert (zum Beispiel „Jude“ oder „Kollektorbauer“) und mitunter auch einfach die Minderwertigkeit im Vergleich zu den vornehmten Ausländern - selbst im eigenen Land.

„Ihr seid auf dem richtigen Weg, Genossen“ - das ist die Interpretation von Begriffen - das ist die Interpretation von Begriffen. In dieser Gesellschaft verwendet werden. Der Schriftsteller zeigt, daß die kostenlose Ausbildung und das kostenlose Gesundheitswesen in der UdSSR nicht das gleiche sind, was man im Westen darunter versteht.

Woinowitsch verwendet in seiner erzählenden Darstellung keine Hyperbeln, greift nicht zu irgendwelchen kunstvollen Methoden: Er schildert einfach, wie die Menschen in der UdSSR leben. Wenn es zum Beispiel heißt, die Wahlen dort seien geheime Wahlen, so bedeutet dies, daß jeder, der zu



Wladimir Woinowitsch
FOTO: RUDOLF OTT

geheimen Abstimmung in die Kähne geht, in den Kreis der verdächtigen Personen gerät. Wenn ein Kommunist als ausgesprochen ehrlicher Mensch gilt, heißt das, daß er sich bestechen läßt und die Arbeit, für die er Bestechungsgelder kassiert hat, ehrlich ausführt.

Der Schriftsteller zeigt weiter, daß nicht nur einzelne Begriffe, die in der UdSSR verwendet werden, das Gegenteil dessen bedeuten, was das normale Bewußtsein darunter versteht, sondern daß alle sowjetischen Massenmedien und die staatliche sowjetische Literatur die Realität sukzessive so sehr verfälschen, daß die Bevölkerung aus den jeweiligen Meldungen genau das Gegenteil herausliest. Wenn zum Beispiel die USA in der sowjetischen Presse nur in den schwärzesten Farben dargestellt werden, ist das für den sowjetischen Leser ein Beweis dafür, daß die USA das allerschönste Land der Welt sind. Es verwundert kaum, daß die neuen russischen Emigranten, die in Amerika mit ersten Problemen konfrontiert werden, die sowjetische Propaganda der Desorientierung bezichtigten: Wozu hat man geschrieben, in Amerika sei alles schlecht, wenn dort in Wirklichkeit nicht alles gut ist?

Das entscheidende Merkmal an Woinowitsch's Buch ist seine transparente Schlichtheit. Es scheint, als hätte es jener Knabe aus Andersens Märchen geschrieben, der als einziger den Mut hatte, zu erklären, der Kaiser sei ja nackt. Dieses Buch ist unentbehrlich für den sowjetischen Landeskundunterricht an deutschen Schulen und Universitäten, wo heute Lehrbücher verwendet werden, in denen die sowjetische Realität nicht von dem Andersenschen Knaben dargestellt wird, sondern von den hinterhältigen (oder dummen) Alten, denen es opportunistisch erscheint, nicht das zu sehen, was wirklich ist.

Woinowitsch reagiert mit den unterschiedlichsten Emotionen: Ironie, Leid und Pathos. Die Ironie ist dort zu finden, wo der Schriftsteller den Sinn des sowjetischen „newspeak“ aufdeckt und das krankhafte Mißtrauen der offiziellen Stellen. Wenn zum Beispiel eine amerikanische Jazzsängerin in die Sowjetunion kommt und auf der Bühne mit dem Hinterteil wackelt, so geschieht das natürlich im Auftrag der CIA, um die unschuldige sowjetische Jugend zu verführen.

Witende Töne in der Erzählung werden dann laut, wenn Verbrechen der Obrigkeit gegen die Kultur zur Sprache kommen, Verhaftungen von Schriftstellern und Beschneidung ihrer Bücher, die Verfolgung großer Künstler. Pathetisch schreibt Woinowitsch über die Russen - weltweit bekannte (wie Professor Sacharow) und unbekannt (Doktor Oleg) -, die sich nicht ergeben, die ihre Seele nicht mit Lüge und Betrug verraten haben.

Aufschlußreich sind viele Beispiele für die Ausdrucksweise aller Schichten der sowjetischen Bevölkerung: Die Realität des Alltags wird auch durch die Realität der Sprache reflektiert. Bedauerlicherweise ist in den Übersetzungen nicht immer die besondere Eigenart der Sprache des Verfassers und der handelnden Personen übermitten worden.

Überall dort, wo Woinowitsch als Beobachter fungiert, ist er zweifelslos glaubwürdig. Aber wenn er das ihm bekannte Territorium verläßt und doch zu philosophieren und prophetisieren versucht, muten seine Überlegungen ein wenig dilettantisch an. So behauptet er, es gäbe einen Unterschied im Verhältnis von Zielen und Mitteln zwischen Lenin und Stalin: Lenin - sagt er - habe mit kriminellen Mitteln utopische Ziele verfolgt, während Stalin Mittel und Ziele in völlige Übereinstimmung gebracht habe. Die moderne Philosophie hat sich bereits von dieser Aufteilung distanzieret. Tatsächlich ist gerade in der sozialen Utopie als Ziel ein frevelhafter Kern enthalten: Sie konstruiert den Menschen, indem sie ihn von seinem natürlichen Wesen abgleiten läßt, weshalb er auch unweigerlich frevelhafte Methoden für seine Verwirklichung verlangt.

HERMANN FEIN

Im Klub der feinen Damen

Ein Amerika-Epos: Helen H. Santmyers Riesenroman

Die Stadt Waynesboro liegt irgendwo im südwestlichen Ohio an einem Fluß. Wahrscheinlich hat sie ein paar Züge des großen Cincinnati und ähnelt noch mehr dem kleinen Xenia: Am ersten Ort wurde die Autorin Helen Hooven Santmyer 1885 geboren, am zweiten hat sie die meisten ihrer Lebensjahre verbracht und verbringt sie noch, nun in einem Pflegeheim - eine bemerkenswerte Pensionärin, weltbekannt seit einigen Jahren dank ihres ungemein ausgedehnten Epos „... and Ladies of the Club“.

Der Titel stammt von der Formel ab, mit der jede der Damen im literarischen Frauenklub von Waynesboro ihren Vortrag über irgendeinen Dichter zu eröffnen hatte: „Madam Chairman and Ladies of the Club“. Für die eben bei Diana in Zürich erschienene Ausgabe deutscher Sprache hat man leider nur schlicht und wenig sinnvoll übersetzt „... und Damen des Klubs“. Es müßte aber „Meine Damen des Klubs heißen, was als Titel jedoch auch keinen Sinn gäbe - kurzum, das Buch hätte auf Deutsch anders betitelt werden sollen.

Umtauchen aber ließe sich ein Roman von in deutscher Übertragung 1680 Seiten nur sehr schwer. Die Diana-Ausgabe kostet 58 Mark und wiegt mehr als 1,5 Kilogramm. Zum Vergleich: Die britische PAM-Taschenbuchausgabe kostet um die 20 Mark, hat

Helen Hooven Santmyer: ... und Damen des Klubs
Aus dem Amerikanischen von Christa E. Seibicke und Hans-Jürgen Jacobs. Diana Verlag, Zürich, 1680 S., 58 Mark.

1176 Seiten und wiegt 630 Gramm - was für eine Beteklektüre ebenfalls noch zu schwer ist, und das muß bedauert werden, denn bei all seinen beträchtlichen Qualitäten, der Roman würde sich sonst hervorragend eignen für leichtere, doch langwierige Krankheiten oder auch für Sanatoriumsaufenthalte: Obwohl er als enormer Sanftteppich auch viel Trauriges zeigt, ist er eine Herzensfreude von bemerkenswerter Qualität. Weltweit wurde er bei 60 Jahren amerikanischer Menschengeschichte und Geschichte zu schreiben, und sie zu beschreiben am Exempel der Kommune Waynesboro und ihrer Bewohner. Als Vehikel dazu hat sie die Chronik benutzt eines 1868 gegründeten Literaturklubs für Frauen (Mitgliederzahl sehr beschränkt), um dann über diese Frauen einzudringen in ihre Männer-Haushalte, Verwandtschaften, Probleme, Feindschaften, Geurten und Tode, Gewissenskämpfe und Glücksfälle - samt innenpolitischen Leidenchaften.

Helen Hooven Santmyer hat einen beträchtlichen Teil ihres Lebens damit verbracht, über 60 Jahre amerikanischer Menschengeschichte und Geschichte zu schreiben, und sie zu beschreiben am Exempel der Kommune Waynesboro und ihrer Bewohner. Als Vehikel dazu hat sie die Chronik benutzt eines 1868 gegründeten Literaturklubs für Frauen (Mitgliederzahl sehr beschränkt), um dann über diese Frauen einzudringen in ihre Männer-Haushalte, Verwandtschaften, Probleme, Feindschaften, Geurten und Tode, Gewissenskämpfe und Glücksfälle - samt innenpolitischen Leidenchaften.

Das rollt mächtig einher wie ein durch den Mississippi verstärkter Ohio-Strom; das hat, obwohl der Schauplatz gut 200 Kilometer entfernt liegen muß, vom Eriese die frische Luft der großen Wasser, und das ist über Kinder und Kindeskind hinweg ein Epos an angloamerikanischer Farbigeit, deutscher Disziplin, irischer Phantasie: Ein reich besetztes kleines Szenarium, das sich in aller Schlichtheit öfters weit über Weltbühne.

Die enorme Länge macht da nicht viel aus. Die Daseinsgeschichten aus der Ansiedlung W. ergeben sich in der Hand dieser Erzählerin so abwechslungsreich wie nahe zu dem Leben selbst, und obwohl die lange Prosa selten aufkocht zur großen Prosa: Hier haben wir ein erstklassiges Stück Erzählhandwerk. Leider merkt man das der deutschen Übertragung selten an: Sie ist frei, aber nicht sehr treffend, sie ist unangenehm umständlich, kurzum es fehlen ihr die schöne Nüchternheit, die Präzision und die Qualität des Originals.

Die Geschichte heilt dort an, wo Epen aus dem Ende einer historisch bewegten Zeit - im vorliegenden Fall in den Tagen nach dem großen Bürgerkrieg. Hier herrscht nun Allg. Hier haben die Scarlett O'Haras und Rhett Butlers dieser Welt nichts mehr verloren. Die brave, saubere, strebsame Provinz eines Riesenlandes übt sich in Lebensunterhalt, Daseinsfreude, Alltag und Pflicht, in mehreren Generationen, mit deutlich markierter Zeitgeschichte, ob Einführung des Goldstandards, oder Auseinandersetzung um den nächsten Präsidenten. Ein selbstbe-



Helen Hooven Santmyer
FOTO: AP

wußter Einwanderer-Menschenschlag gibt den Ton an, der dabei so amerikanisch ist wie nur denkbar.

Immerhin, gerade eine so umfangreiche Geschichte braucht ein paar Leitfiguren, und die finden sich, als aus Waynesboro's Töchterschule ein Jahrgang junger Mädchen von gutem Hause entlassen wird ins Leben. Da wird der Klub gegründet für vor allem ältere Damen, doch zwei Mitglieder kommen hinzu aus dem jungen Abschlus-Jahrgang 1868: Sally Conran zum einen, die bald einen jungen Offizier namens Rausch heiratet, der nun als Zivilist eine Seilerrei aufbaut, einen der großen Betriebe der kleinen Stadt; zum anderen die sanfte intelligente Ärztin Anne Gordon - sie nimmt den jungen Dr. Tucker zum Mann.

Literaturklub besserer Damen, dazu Industrie, Energie und Gite, verkörpert in zwei bemerkenswerten Frauen, außerdem noch der viel geplagte Doktor, der fast jedermann kennt in allen Gegenden und Schichten der Stadt. Mrs. Santmyer hat da von Anfang an ein Netz ausgeworfen, in dem sich das Leben am Ort zu einem guten Teil fängt. Was dann noch fehlt, das bringen Figuren-Verketungen (schließlich, fast jeder kennt fast jeden) dann schon mit sich.

Dieses Epos mit seinen 36 Abschnitten, gekennzeichnet mit Jahreszahlen und Zitate aus den Klub-Protokollen, spielt ausschließlich im Städtchen Waynesboro; dort gibt es genügend Spiegelung für alle Phänomene der Zeiten, und selbst für den Ersten Weltkrieg. Die Rede ist von ganz gewöhnlichen und darum bemerkenswerten Leuten, und von dem, was ihnen so begegnet, von frühen Feldzügen religiöser Damen gegen den Teufel Alkohol, bis zu den Wandlungen der Geschichte, bis zu schlimmen Weibern als Gefahren für die Männer, bis zu Hochzeiten, Kindtaufen und Trauer um die Toten. Das Porträt einer ständisch freien abgestuften Gesellschaft mit allen Nützlichkeiten, Albernheiten und Torheiten, es ergibt sich dabei so zwanglos wie so manches Bild von Güte, Bosheit, Hochmut, Bösartigkeit, Bigotterie, großzügigem Selbstopfer oder auch stillem Mut - es fehlt nicht viel in diesen Weltbildern der Mrs. S.

Wer wird sich um Mutter kümmern, die jetzt so allein ist? Wer hilft den Opfern der großen Überschwemmung, wer kümmert sich um Kinder, die nicht gut tun, und was wird, wenn der Mann untreu ist? Die scheinbar kleinen Sorgen, die zahllose, dabei doch persönlich gut erkennbare Personen der Saga quälen, ergeben zusammen mit Freuden, Sehnsüchten und Träumen und auch zusammen mit großen Schmerzen das Muster, das häufig dem gesamten Dasein sehr ähnlich sieht.

Wir nehmen Töchter, Söhne, Enkel und Urenkel zur Kenntnis und begleiten sie auch, wir sehen Automobile kommen, und da sind plötzlich auch Flugzeuge am Himmel, wir erleben nebenher eine ganze Menge US-Präsidenten und US-Politik - doch im Grunde hängen wir, die Leser, noch an den ersten Gestalten der Saga. Wir finden es dann auch ganz in Ordnung, daß der Roman, man muß trotz allem sagen, abbricht mit dem Tod der beiden einst so jungen Damen.

Gewiß, fast in jedem Kapitel stirbt jemand, aber das bewegt doch nicht so wie der Heimgang von Sally, der heimlichen Herrscherin über die Stadt - und bald darauf der Tod von Anne, wenige Tage nach der ersten Wahl von Franklin Roosevelt zum Präsidenten. Als am nächsten Sonntag der Braten geteilt wird am Familientisch, da sagt die alte Dame nachdenklich: „Ich hasse es, an das Sterben zu denken, und das Land in den Händen der Demokraten lassen zu müssen.“ Wenig später meint sie, sie habe das etwas Dummes gesagt. Dann stirbt sie, das letzte Gründungsmitglied des Klubs „für Frauen“, die sich doch mit „meine Damen“ anreden. Es stecken vertrackte Gleichnisse in diesem Werk, als manchen Lesern lieb sein dürfte. Jedoch, auch da entscheidend vielerlei Lesestoff.

CHRISTIAN FERBER

Dieses Buch liefert den Hintergrund

MANFRED TIEGER
NORD IRLAND
Geschichte und Gegenwart
248 Seiten, 57 Fotos, 16 Illustrationen
Broschur, DM 39,80

Die erste umfassende Darstellung des Nordirland-Konfliktes in deutscher Sprache. Dieses Buch erklärt den geschichtlichen Hintergrund und die gegensätzlichen Interessen der Beteiligten. Ein Anhang ist dem 1985 unterzeichneten Nordirland-Vertrag zwischen London und Dublin gewidmet.

Birkhäuser Verlag
Basel Boston Stuttgart

Ausgewiesene Fachleute berichten über aktuelle Themen der Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften.

UNIVERSITAS

Zeitschrift für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Sie sollte Ihre Zeitschrift werden.

Ihr Name ist gleichzeitig Programm: universaler Einblick in die Wissenschaften.

UNIVERSITAS Coupon WELT. Bezugsbedingungen: Monatlich erscheint 1 Heft. Preis im Abonnement je Heft DM 6,-...

Mit Wundern die Angst besiegen

Braucht die Religion die Psychotherapie? Zum Magnum opus von Eugen Drewermann

Der Theologe Eugen Drewermann (Jahrgang 1940) ist katholischer Priester und Privatdozent für Systematische Theologie in Paderborn. Er führt außerdem, wie der Verlag mitteilt, „psychotherapeutische Einzelgespräche“.

(that) und ... vor allem in seiner abendländischen Form eine Entwicklung genommen (hat), die unweigerlich zuerst in die Kirchen, Riten- und Dogmenförmlichkeit des Protestantismus und hernach, seit den Tagen der Aufklärung, in die atheistische Verstandeskritik des Religiösen, überhaupt einmünden mußte.

finden, der Heiligen Schrift keinen anderen Stellenwert einzuräumen als einer Sammlung von Mythen bzw. Märchen, die unmittelbar entstehen, wenn die Mythen ihres religiösen Gehaltes entkleidet werden.



Gustav Klimt: „Paradieseschor“ und „Kuß“ aus dem Wiener Beethovenfest

Wie es freilich auf die Dauer mit dem eigenen Freiraum des Autors im Hinblick auf seine von der Tiefenpsychologie nachhaltig geprägte Theologie bestellt sein wird, bleibt abzuwarten. Schon die Wendung „Religion im Verein mit der Psychotherapie“ kann stützig machen: Bedarf denn die Religion wirklich einer solchen Kooperation?

den darin anzutreffenden Urbildern (Archetypen) aus, jedoch werden auch Freud und dessen Schüler, kaum jemals Alfred Adler, dafür aber die eher sterilen Epigonen der Gesprächstherapie, der Schicksals- und der Transaktions-Analyse herangezogen.

unbewußten Seelenkräfte, mithin als Repräsentant einer einseitigen Bewußtseinseinstellung interpretiert werden.“ Schließlich muß auch für das Gottes-Erlebnis der Propheten, tiefenpsychologisch gelten, daß alles, was einem Menschen erscheint, als Erscheinung Teil seiner Psyche ist.

Der Name Marlitt war 1982 Blickfang für eine Fernsehverfilmung, die ihr Wirken an der kaiserzeitlichen Massenillustrierten „Gartenlaube“ zeigte. „Die Rache der alten Mamsell“ heißt jetzt in Anlehnung an Marlitts Bestseller vom Geheimnis eines betagten Fräuleins die Lebensgeschichte der Ahnfrau aller Liebes- und Schicksalsromane.



Kitsch und Frauenrecht: Eugenie Marlitt, die Erfolgsautorin der Gartenlaube

Die Mamsell nimmt Rache

Herrad Schenks „seriöse“ Biographie der Eugenie Marlitt

Das junge Mädchen mit dem durchsichtig herabfließenden seeblauen Gewande, mit dem langwallenden blonden Haar, stand in seiner hinreißenden Lieblichkeit neben der funkelnden Wassergerbe der Fontaine wie die verlockende Brunnennixe selbst.

derartige Assoziationen. Hat doch die Autorin aus Bonn in ihren Werken bisher viel „Männerunangenehmes“ verbreitet. Von „Geschlechtsrollenwandel und Sexismus“ bis zur „Feministischen Herausforderung – 150 Jahre Frauenbewegung“.

mythologisierung er nur scheinbar ins Gegenteil verkehrt. Sich selbst macht er den „sehr berechtigten Einwand ... daß die tiefenpsychologische Argumentationsfigur ... stets als Symptom der beginnenden Dekadenz einer Religion zu werten sei“; denn es sei „noch niemals ... gelungen, den zerstörten Außenhalt des Religiösen psychologisch von innen wieder zu ersetzen“.

aber ihre phantastische Mischung aus Fiktion und Tatsachenbericht ist zweifellos mehr. Wenn sie neben eine Autobiographie aus Romanziten und die kapitelmäßig aufbereitete „Seriose Biographie“ ein fiktiv-abstruses Interview stellt, in dem die Marlitt von ihren Verhandlungen mit dem ZDF berichtet, so ergibt schon das einen eigenwilligen Reiz.

Der Name Marlitt war 1982 Blickfang für eine Fernsehverfilmung, die ihr Wirken an der kaiserzeitlichen Massenillustrierten „Gartenlaube“ zeigte. „Die Rache der alten Mamsell“ heißt jetzt in Anlehnung an Marlitts Bestseller vom Geheimnis eines betagten Fräuleins die Lebensgeschichte der Ahnfrau aller Liebes- und Schicksalsromane.

„Ja, ich habe viel über Karl May gelesen“, gesteht Herrad Schenk auf Befragen und läßt im Buch den Vorsitzenden der Gesellschaft für Trivialität sagen: „Uns kommt die wichtige, wenngleich kaum leicht zu lösende Aufgabe zu, der Welt ein angemessenes – und das heißt ja wohl: ein möglichst wahrheitsgetreues – Bild von ihrem Leben und Werk zu vermitteln.“

Schlesien zu Ehren

Hupka zum Geburtstag

Es gibt Festschriften, die sind schwer bekümmlich und auch für den zu ehrenden Jubilär wenig nützlich. Diese hier mit dem so nüchternen wie programmatischen Titel „Für unser Schlesien“, erarbeitet von den beiden Historikern Helmut Neubach und Hans-Ludwig Abmeier und erschienen zum 70. Geburtstag des aus Ratibor im Oberschlesien stammenden Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka, ist auf weite Strecken unterhaltsam und belehrend zugleich.



Herbert Hupka

die schlesischen Bundestagsabgeordneten (Helmut Neubach); beide Gruppen waren in ihren Parlamenten überproportional vertreten, was eine schlesische Leidenschaft und Begabung für Politik vermuten läßt. Schlesiens deutsche Geschichte beginnt mit der heiligen Hedwig und mit dem Vertrag von Trentschin 1335, mit dem Polen „für immer“ auf diese Provinz verzichtete. Ein Aufsatze über dieses bis 1945 nie angefochtene Vertragswerk, durch das Schlesien an Böhmen, 1526 an Österreich, 1740 an Preußen fiel, durfte deshalb nicht fehlen. Der Mainzer Ordinaris Joseph Joachim Menzel hat ihn kenntnisreich beigeleuert.

Nicolas Baciu Verraten und verkauft Die tragischen Fehler Churchills und Roosevelts in Osteuropa. Includes a small image of a group of people.

Roosevelt und Churchill liefern Osteuropa an Stalin aus. Dieses Buch rückt die historische Wahrheit um die Osteuropa-Politik Roosevelts und Churchills endgültig zurecht.

Herbert Heinrichs Die Maid gerissen Rot-grüne Kumpanei droht. Includes a small image of a woman.

Die rot-grüne Bedrohung der freiheitlich-sozialen Wirtschaftsordnung. Ein Mann der Wirtschaft analysiert die Gefahren, die von einem rot-grünen Bündnis ausgehen.

HANS-GEORG VON STUBNITZ MENSCHEN AUS MEINER WELT. Includes a small image of a group of people.

Menschen und Zusammenhänge, die das Bild unseres Jahrhunderts prägten. Ein Preuße, Globetrotter und Nonkonformist berichtet über seine Begegnung mit Menschen, deren Lebensweg durch Herkunft, Berufung und Schicksal den Rang der deutschen Nation prägten.

Handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or note.

سكنا من الاجل

Falls überhaupt einer, dann richtet er es

Henry Kissinger über eine Weltpolitik von morgen

Es ist eindrucksvoll, aber mehr noch ist es unterhaltend, den heutigen Henry Kissinger, der keine offizielle Verantwortung mehr trägt, mit dem Berater von Präsidenten und dem Außenminister zu vergleichen, der vor zehn Jahren die Hebel der großen Politik mit unbestrittener Virtuosität manipuliert. Damals zwang die amtliche Position den von der Unersetzlichkeit der Geheimdiplomatie fest Überzeugten zu manchem Verzicht auf brillante Einfälle und bestechende Denkanstöße, die er heute unbehindert darbringt.

Henry Kissinger ist wohlwiegend. Sie beruht auf einer bei diesem ausgeprägten Pragmatiker überzeugenden Sicherheit, daß sich Amerika durch die Überlegenheit seines Systems ein Mehr an unterkühltem Realismus erlauben kann. Bisher seien die Sowjets in Freiräumen vorgestoßen, die sich durch Unentschlossenheit oder Schwäche gebildet hatten. Dies sei kein Beweis für Angriffsflust, sondern eher ein Zeichen, daß es in der sowjetischen Vorstellung keine Obergrenze für die „sinnvoll verwendbare“ Macht gebe.

Die Sammlung seiner Vorträge und Essays aus den Jahren 1962 bis 1985, die nun in einer – übrigens untadeligen – Übersetzung vorliegt, überzeugt immer dort am meisten, wo sich Kissinger der Instruktion seiner weniger subtilen Landsleute über den richtigen Umgang mit der Sowjetführung zuwendet. Seine Warnung vor den optimistischen Er-

wartungen, mit denen der Westen 1982 den Wechsel von Breschnew zu Andropow begleitet hatte, erhalten im Frühstadium der voraussichtlich ausgedehnten Gorbatschow-Ära einen erhöhten Aktualitätswert. „Die Aussichten einer Verständigung“, urteilt Kissinger, „werden durch die oft zu beobachtende Neigung, die Persönlichkeit bestimmter sowjetischer Führer psychoanalytisch zu ergründen, oder nach irgendeiner Clique im Kremel zu suchen, die angeblich theoretisch für den Frieden sei, nicht besser, sondern eher schlechter.“ Seitenweise begegnet man Kissingers tiefer Abneigung gegen die Überschwelligkeit der amerikanischen (und natürlich auch der europäischen) Friedens-Rhetorik. Er nennt es eine besondere Form des Masochismus, die Fehler, die zu Spannungen in den Beziehungen mit der Sowjetunion geführt haben, vorwiegend auf amerikanischer Seite zu suchen.

Kissinger sieht in der außenpolitischen Verfahrensweise der heutigen Sowjetführung eine orthodoxe Interpretation der Realität, die an die Stelle des ideologischen Elans getreten sei. „Für einen Leninisten ist der Friede weder eine persönliche Beteuerung noch ein statischer Zustand. Er ist Ausdruck objektiver Faktoren.“ Kein sowjetischer Führer kann zum Beispiel Zugeständnisse aufgrund des persönlichen guten Willens oder Aufrichtigkeit eines westlichen Führers rechtfertigen. Sowjetische Unterhändler machen ihre Zugeständnisse dem, was sie als Gleichgewicht der Kräfte definieren, nicht gegenüber Persönlichkeiten.

Henry Kissinger: Weltpolitik für morgen. Aus dem Amerikanischen von Hans Jürgen von Kossull, C. Bertelsmann Verlag, München, 316 S., 39,80 Mark.



Henry Kissinger FOTO OPA

Weit pessimistischer als Americas Kräfteverhältnis zur Sowjetunion beurteilt Kissinger die Schwierigkeiten, die es mit den europäischen Partnern gibt. Er bestreitet nicht, daß in dieser Hinsicht von amerikanischer Seite manche Ungeschicklichkeiten begangen worden sind. Doch seine geharnischte Kritik richtet sich primär gegen das anti-amerikanische Mißtrauen, das sich in Europa breitgemacht hat.

Kissinger widerspricht denen, die nicht mehr an einen konventionellen Krieg glauben. Jahrhundertlang seien europäische Kriege geführt worden, obgleich die Kräfte als annähernd gleich galten. Nicht zufällig seien nach 1945 nur Kriege ausgebrochen, bei denen kein Einsatz von Kernwaffen in Betracht kam. Was ihn aber am meisten alarmiert, ist das Signal, das der Sowjetunion durch den Verzicht auf den Ersteinsatz von nuklearen Waffen gegeben würde. Damit signalisiere der Westen, er würde eher eine Niederlage im konventionellen Krieg hinnehmen, als Kernwaffen einzusetzen.

Es sei auch verhängnisvoll gewesen, den Sowjets im NATO-Doppelbeschluss Verhandlungen über die Stationierung von Mittelstrecken-Raketen anzubieten, bevor die Stationierung erfolgte. Die Kontroversen, zu denen es in fast allen NATO-Ländern kommen mußte, hätten den Kremel ermutigt, von den westlichen Zerwürfnissen so lange wie möglich zu profitieren.

Kissinger nimmt die Reagan-Administration in Schutz gegen den Vorwurf der Aggressivität und Sturheit, mit der sie das Ost-West-Verhältnis belastet habe. Das ist der gleiche Henry Kissinger, so sollten sich seine europäischen Kritiker sagen, der unter Nixon bei den Illusionisten der Entspannung als der einzige aufrechte Liberale galt. Er mußte damals mit ihnen – beiderseits des Atlantiks – manchen Kompromiß schließen, bei dem ihm nicht wohl war. Ihnen sei geradezu nachzulesen, was er wirklich gedacht hat.

Lieber vorsorgen, als am Ende das Nachsehen haben

Herbert Jastrows These: Mit SDI Atomwaffen abschaffen

Auf dem deutschen Buchmarkt hat dieses Werk bislang gefehlt. Drei Jahre sind seit der denkwürdigen Rede Präsident Reagans über die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) am 23. März 1983 ins Land gegangen, bis auch in der Bundesrepublik endlich ein Autor auf den Plan getreten ist, dessen Darlegungen über SDI nicht vom Gift oppositioneller Animosität getränkt sind. Allerdings wäre es unredlich, nicht gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß Robert Jastrow das Projekt zur Erforschung eines Abwehrsystems gegen die sowjetischen strategischen Atomraketen mit einer gewissen Sympathie, um das Wort Begeisterung zu vermeiden, in seinem Buch begleitet.

kenden Geste Reagans eine Initiative entgegenzusetzen, welche die USA und den Westen als Ganzes dem sowjetischen Zangenriff entwinden hilft.

Jastrow schildert, wie sich die Sowjetunion vom Inhalt des ABM-Vertrags, kaum daß die Unterschrift trocken war, zunächst schleichend und schließlich für die strategische Stabilität immer bedrohlicher entfernt hat und es heute noch tut. Wer seinen Argumenten zu folgen bereit ist, wird schnell erkennen, daß die Formel vom Rüstungswetlauf im All sich nur aus Vereinnahmungen nähert, mit der Wirklichkeit aber nichts zu tun hat. Der Leser kann nicht nur leicht nachvollziehen, wie die SDI-Technik als Schirm gegen die sowjetische Atomrüstung wirken würde, er begriff auch, daß es wegen der Begrenzung der immensen Kosten letztlich auch für die Sowjetunion reizvoll sein müßte, ihre Anstrengungen von der Offensivrüstung weg auf die Defensiv zu verlegen.

Auf dem amerikanischen Buchmarkt war es schon wenige Monate nach der Rede des Präsidenten verfügbar und erlebte seitdem neue und verbesserte Auflagen. Die deutsche Ausgabe profitiert davon. In ihr kann sich Jastrow bereits intensiv mit einigen Argumenten der SDI-Gegner auseinandersetzen; seine Entgegnungen klingen plausibel.

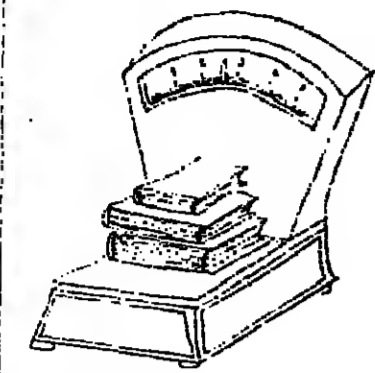
Der Autor ist in der Tat für die Auseinandersetzung mit SDI bestens legitimiert. Als Professor für Geophysik und als mit der Kernforschung beschäftigter Wissenschaftler wirkt er am renommierten Dartmouth College in New Hampshire. Er gründete das NASA-Institut für Weltraumstudien und saß als Erster dem NASA-Ausschuß für die Erforschung des Mondes vor. Was ihn geradezu prädestiniert hat, dieses Buch über SDI zu schreiben, ist seine bewundernswürdige Fähigkeit, den Fachjargon der Wissenschaftler zu meiden und die komplizierten Fragen der Militärstrategie, Politik, Rüstungskontrolle und – nicht zu vergessen – der Technik selbst so darzustellen, daß sie auch dem Laien verständlich bleiben.

Wahrscheinlich wird dieses Buch unter den verbissenen SDI-Gegnern in der Bundesrepublik Empörung auslösen. Sie werden sagen, hier propagiere jemand die strategische Raketenabwehr unter Hintanstellung vieler denkbare Einwände. Das stimmt nicht. Jastrow geht zum Beispiel sehr detailliert auf die Bedenken derjenigen ein, die sagen, mit geringem technischen Aufwand könnte die Sowjetunion ein amerikanisches SDI-System unwirksam machen. Vieles widerlegt er plausibel, so das Drehen der Raketen oder deren Verspiegelung gegen Laser, die schnell brennende Schubrakete zur Verkleinerung der Entdeckungzeit, die Mine im Weltraum zur Vernichtung amerikanischer Kampfsatelliten oder sowjetische Täuschungsmanöver.

Immer wieder ist darauf hinzuweisen, daß SDI bisher ein reines Forschungsprogramm ist und das auch noch einige Jahre bleiben wird. Wer jetzt schon mit dem Bruchton des angeblich Widdens behauptet, SDI sei ein „großer Bluff“, wie kürzlich in mehreren Folgen im „Spiegel“ zu lesen war, tut nur seine Vorurteile kund, hilft aber nicht, die Diskussion über das komplizierte Thema der Sicherung der strategischen Stabilität zwischen den Supermächten sachlich zu führen. Die deutsche Debatte über SDI speist sich aber großenteils aus Emotionen und aus der Unfähigkeit mancher Politiker, zu akzeptieren, daß SDI zunächst einmal der Sicherheit dient und erst in zweiter Linie der Verbesserung der technologischen Basis in der Bundesrepublik. Dieses Buch kommt spät, es kann aber helfen, die Diskussion zu versachlichen.

Immer wieder ist darauf hinzuweisen, daß SDI bisher ein reines Forschungsprogramm ist und das auch noch einige Jahre bleiben wird. Wer jetzt schon mit dem Bruchton des angeblich Widdens behauptet, SDI sei ein „großer Bluff“, wie kürzlich in mehreren Folgen im „Spiegel“ zu lesen war, tut nur seine Vorurteile kund, hilft aber nicht, die Diskussion über das komplizierte Thema der Sicherung der strategischen Stabilität zwischen den Supermächten sachlich zu führen. Die deutsche Debatte über SDI speist sich aber großenteils aus Emotionen und aus der Unfähigkeit mancher Politiker, zu akzeptieren, daß SDI zunächst einmal der Sicherheit dient und erst in zweiter Linie der Verbesserung der technologischen Basis in der Bundesrepublik. Dieses Buch kommt spät, es kann aber helfen, die Diskussion zu versachlichen.

Robert Jastrow: SDI – So werden Atomwaffen überflüssig. Aus dem Amerikanischen von Hermann Kusterer, Verlag Bussé und Seewald, Herford, 184 S., 36 Mark.



Aphorismen

Da wird gefragt, ob es Gutenberg war, der die Druckfehler erfand, oder was der sechste Sinn nützt, wenn die anderen fünf abhandeln gekommen sind. Das kann man als Wortspielereien lesen – sollte man aber nicht. Denn Stanislaw Jerzy Lec, dessen Epigramme, kleine Prosa und Gedichte aus dem Nachlaß Karl Dedecius in dem Band „Steckbriefe“ (Hanser-Verlag, München, 120 S., 16,80 Mark) zusammengefaßt hat, war immer ein politischer Poet. Seine Aphorismen zielen auf die Wirklichkeit, die sozialistische zumeist. Und was er hier (oder sein Übersetzer Dedecius) in Zweizeiler, Vierzeiler oder längerem Gereimtes gegossen hat, ist nichts anderes – nur daß es allzu oft durch den Zwang zum Vers an Treffsicherheit verliert.

Meine sieben Onkel

Keine Autobiographie herkömmlicher Art schrieb der gelernte Journalist und ehemalige Programmredakteur der Deutschen Welle, Christian von Chmielewski. Kindheit und Jugend in Berlin und der Mark Brandenburg verbinden sich mit der Erinnerung an „Meine sieben Onkel“, wie der Titel dieses ebenso humorvollen wie ernsthaften, im Neske Verlag erschienenen Buches heißt (269 S., 34 Mark). Der Autor setzt den lebenszügigen und aufrechten Männern, die als Ärzte, Kaufleute, Druckereibesitzer, Diplomaten, nicht zuletzt als Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime ihren Weg gingen, ein literarisches Denkmal. Mit Detailkenntnis schildert von Chmielewski vor allem die bewegten zwanziger Jahre, bevor es in seinem letzten Kapitel um die Rettung von Familienangehörigen im Fosen von 1940 geht. Die sieben Onkel haben polnische, sächsische und preußische Vorfahren – Anlaß genug für den Autor, zeithistorische Ausflüge zu machen und den Leser in heute zum größten Teil versunkene Welten zu führen. N. M.

Wunschbilder der Symbiose

„Die meisten, doch keineswegs alle Deutschen, haben es sich zur Aufgabe gemacht, sich eine angenehmere Vergangenheit auszumalen“, schreibt Peter Gay in seinem Essayband „Freud, Juden und andere Deutsche“ (Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, 352 S., 48 Mark). Aber Gay ist keiner der Historiker, die hinterher alles schon vorher gewußt haben. Er wendet sich vielmehr gegen eine deterministische Geschichtsbetrachtung, gegen einen Schuldanspruch vor der Beweisaufnahme, und vor allem gegen einen Blickwinkel, der die Jahre von der Reichsgründung bis zur „Machtübernahme“ nur mit dem Wissen von 1945 und danach zu betrachten vermag. So wird deutlich, daß vieles, was uns heute wie ein Menetekel erscheint, damals als Kalauer betrachtet und nicht ernstgenommen wurde – auch und gerade von Juden. Aber zugleich arbeitet Gay heraus, daß die oft beschworene deutsch-jüdische Symbiose eher Wunsch als Wirklichkeit war. P. D.

Leben in der Postmoderne

Diedrich Diederichsen war zu Beginn der achtziger Jahre Chefredakteur der elitären Musikzeitschrift „Sounds“ und damit Chefideologe der wieder kurzhaarigen Jugend. Er hatte den Jargon voll drauf, der damals als Jugendjargon galt und doch wohl mehr eine Erfindung der „Szene“ war. In „Sexbeat“ (Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln, 194 S., 14,80 Mark) blickt er nun zurück auf die siebziger Jahre: Das Leben in der Postmoderne und wie es darum ging, nicht „denen ihr Spiel zu spielen“. Herausgekommen ist aber nicht – wie erhofft – ein amüsantes Rundumschlag, sondern der Bericht eines „Betroffenen“; und das wiederum gehört zu den Dingen, die nun ausgesprochen typisch für „denen ihr Spiel sind“. D. D.

Witze, klassengebunden

Als der „Wahre Jacob“ 1923 in und an der Inflation starb, trat 1924 „Lachen links“ an seine Stelle. „Das republikanische Witzblatt“ war – wie seine Vorgänger und von 1927 an sein Nachfolger, der „Wahre Jacob“ – ein sozialdemokratisches Witzblatt. Es mochte die Kommunisten nicht, auch nicht die USPD, und hatte erhebliche Zweifel an der russischen Revolution. Aber natürlich war man damals überzeugt, daß „Iromie, Satire und Humor klassengebunden“ sind und „Skopsis erst einmal gegenüber dem Lachen der Rechten angebracht“ sei. So ist jedenfalls im Vorwort des Sammelbandes „Lachen links“, herausgegeben von Udo Achten (Verlag J. E. W. Dietz Nachf., Bonn, 240 S., 58 Mark) zu lesen. Der Witzschatzen verspricht zwar „brillante Satiren und Karikaturen“, aber es ist das Dilemma parteigebundener Witze (und Witzblätter), daß sich darüber allenfalls die Parteigänger amüsieren können. So ist der Band zwar nur selten zum Lachen, aber wie ein Vornspiegel sammelt er die vielfältigen Vorurteile, die die Politik der Sozialdemokratie damals bestimmten. P. Jo.

Die jüngste Bestseller-Autorin ist 91 Jahre alt.



Helen Hooven Santmyer: Sie hat – 60 Jahre nachdem sie mit der Niederschrift des Manuskripts begann – noch das Ungewöhnliche geschafft. Ihr Roman, in dem sie die Sonnenseiten zwischen 1868 und 1932 skizziert, ist weltweit nun ganz oben. Ihr Aufstieg ist so ungewöhnlich wie ihr Werk mit 1680 Seiten.

Ein Buch wie dieses wurde seit Jahrzehnten nicht mehr geschrieben. Ein Roman – nicht vollgepackt mit Action, nicht berstend vor Abenteuer, nicht gespickt mit Sex-Dialogen. Aber ein Epos, das dem einfühlsamen Leser ein nostalgisches Leseerlebnis schenkt, das kultivierte Atmosphäre ausstrahlt, das eine verinnerlichte Spannung bietet, und das den Reichtum und das Glück einer schönen Zeit vermittelt.

»Die Gesellschaftskritik einer Jane Austen, die edle Frische eines Thornton Wilder, die Beobachtungsgabe eines naturalistischen Tolstoi und die scharfe Feinheit eines Sinclair Lewis.«
»Man kann sich kaum einen schöneren Platz in der Welt ausdenken, an dem man seinen Sommer verbringen möchte, als den in ihrer Welt.« Cosmopolitan



Erschienen bei DIANA*
*Der Verlag, der auch die erste Gesamtausgabe des Werkes des Nobelpreisträgers JOHN STEINBECK in deutscher Sprache veröffentlicht.

buch aktuell

Die neue Ausgabe von „buch aktuell“ gibt es jetzt kostenlos im Buchhandel. Auf über 100 Seiten finden Sie Informationen über Neuerscheinungen in diesem Frühjahr. Fragen Sie Ihren Buchhändler nach „buch aktuell“ oder fordern Sie das Heft an bei Harenberg Kommunikation, Postfach 13 05, 4600 Dortmund (bitte 2,- DM in Briefmarken als Versandkostenanteil beifügen).



Kostenlos im Buchhandel!

Zur Buchmesse 1986 bringt DIE WELT am 30. September 1986 eine umfangreiche Sonderausgabe der Literaturbeilage WELT DES BUCHES. Anzeigenschluß ist am 16. September '86. Wenn Sie in dieser Buchmessen-Ausgabe der WELT DES BUCHES inserieren möchten, informieren wir Sie gern über alle Einzelheiten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Anzeigenabteilung, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Tel. (040) 3 47 - 42 64 / 3 47 - 43 83

